

**Das Internet als Erweiterung des politischen
Kommunikationsraums:
Nutzerakzeptanz und Nutzungsprofile und ihre Folgen für
die politische Partizipation**

Dissertation
an der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Verfasserin: Sandra Huber, Dipl.-Pol.
Hans-Böckler-Str. 15a
91257 Pegnitz

Datum der Disputation: 16.12.2009

Erstgutachter: Prof. Dr. Hans Rattinger

Zweitgutachter: Prof. Dr. Harald Schoen

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	5
Tabellenverzeichnis	6
1. Einleitung.....	11
2. Das Internet als Medium politischer Kommunikation.....	20
2.1 Hybridmedium Internet.....	20
2.1.1 Zwischen Massen- und Individualkommunikation.....	20
2.1.2 Der Stellenwert von Politik im Netz.....	24
2.2 Interaktivität.....	27
2.3 Ein Plädoyer für die Nutzerperspektive.....	31
3. Partizipation, Kommunikation und Medien in unterschiedlichen Demokratiemodellen.....	33
3.1 Von der athenischen Polis zur Massendemokratie	33
3.2 Demokratietheorie und Partizipation	35
3.2.1 Die realistische Demokratietheorie.....	37
3.2.2 Die normative Demokratietheorie	39
3.3 Die Rolle von Öffentlichkeit und Medien in Demokratiemodellen	42
3.3.1 Die Relevanz von Medien in unterschiedlichen Demokratiemodellen.....	42
3.3.2 Formen und Bedeutung von Öffentlichkeit	44
3.4 Defizite der bundesrepublikanischen Demokratie	55
3.4.1 Politikverdrossenheit und Mediamalaise	55
3.4.2 Sinkende Wahlbeteiligung	60
4. Das Internet als Weg zu mehr Demokratie?	63
4.1 Reinforcement oder Mobilisierung?	63
4.2 Erfahrungen mit der „ersten Generation“ neuer Medien	67
4.3 Konzepte internetgestützter Demokratie	72
4.3.1 Elektronische Demokratie, Teledemocracy, Cyberdemocracy.....	72
4.3.2 Electronic Democratization und Digital Democracy.....	75
4.3.3 E-Governance, E-Democracy, E-Government, E-Administration .	77
4.4 Kontextfaktoren für den Einsatz des Internets im politischen Raum	80
4.4.1 Politische Kultur	80
4.4.2 Politisches System	83
4.5 Risiken des Internets für die Demokratie	85
4.5.1 Digital Divide	86
4.5.2 Politische Internetnutzung aus der Wissenskluft-Perspektive	101
4.5.3 Fragmentierung der Öffentlichkeit	107

5.	Die Nutzung des Internets als politisches Medium durch die Bürger	115
5.1	Vorbemerkung	115
5.2	Datenbasis	117
5.3	Die Empirie des Digital Divide in der Bundesrepublik	121
5.3.1	Internetnutzung	121
5.3.2	Soziodemographische Korrelate der Internetnutzung.....	126
5.3.3	Politische Einstellungen als Korrelate der Internetnutzung.....	129
5.3.3.1	DFG-Studie 2002.....	130
5.3.3.2	ALLBUS 2004 und ISSP „Bürger und Staat“ 2004	140
5.4	Die Bedeutung des Internets in der politischen Kommunikation	144
5.4.1	Politische Information im Netz 2002, 2004 und 2005	144
5.4.2	Politische Interaktion im Netz 2002	152
5.5	Korrelate politischer Internetnutzung: Anzeichen für einen Democratic Divide?.....	154
5.5.1	Soziodemographische Korrelate der politischen Internetnutzung	154
5.5.2	Kognitive Involvierung bei politischen und unpolitischen Internetnutzern	159
5.5.3	Ideologische und parteipolitische Einstellungen bei politischen und nicht-politischen Internetnutzern	160
5.5.4	Systemzufriedenheit politischer und unpolitischer Internetnutzer	163
5.5.5	Wertorientierungen der politischen und unpolitischen Internetnutzer	163
5.5.6	Vergrößerung der Wissenskluft?	164
5.5.7	Fragmentierung der Öffentlichkeit durch politische Internetnutzung?	166
6.	Politische Internetnutzung und politische Partizipation.....	180
6.1	Vorbemerkung	180
6.2	Politische Internetnutzung und Offline-Partizipation	180
6.2.1	Elektorale Beteiligung	180
6.2.2	Nichtelektorale Partizipation	195
6.3	Die Akzeptanz von Onlinewahlen	211
6.3.1	Varianten von Onlinewahlen	211
6.3.2	Die Kontroverse um unterschiedliche Onlinewahl-Modelle	212
6.3.2.1	Argumente für Onlinewahlen	212
6.3.2.2	Die Gewährleistung der Wahlrechtsgrundsätze.....	214
6.3.2.3	Technische Erfordernisse und Möglichkeiten	222
6.3.2.4	Die Wirtschaftlichkeit von Onlinewahlen	223
6.3.3	Pilotprojekte.....	225
6.3.3.1	Vorbemerkung	225
6.3.3.2	Estland	225
6.3.3.3	Schweiz.....	229
6.3.3.4	Großbritannien	232
6.3.3.5	Deutschland	236
6.3.3.6	Zusammenfassung	240
6.3.4	Akzeptanz von Internetwahlen	243
6.3.4.1	Datenbasis.....	243

6.3.4.2	Zustimmung zu Onlinewahlen.....	244
6.3.4.3	Risiken und Chancen von Onlinewahlen aus Sicht der Bürger	247
6.3.4.4	Determinanten der Einstellungen zu Onlinewahlen	249
7.	Zusammenfassung und Fazit	258
Anhang:	Ergänzende Tabellen	273
Literaturverzeichnis	274

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Online-Aktivitäten der Internetnutzer im Mai 2000 (in Prozent)	26
Abbildung 2: Interesse an Online-Angeboten im Mai 2000 (in Prozent)	27
Abbildung 3: Anteil der Internetnutzer in Deutschland	87
Abbildung 4: Anteil der Internetnutzer nach Altersgruppen	88
Abbildung 5: Anteil der Internetnutzer nach Geschlecht	88
Abbildung 6: Anteil der Internetnutzer nach Bildung	89
Abbildung 7: Anteil der Internetnutzer nach Einkommen	89
Abbildung 8: Anteil der Internetnutzer nach Berufstätigkeit	90
Abbildung 9: Normalisierungs- und Stratifikationsmodell der Diffusion von Innovationen	91
Abbildung 10: Tätigkeiten im Internet, mindestens einmal pro Woche, N = 1307.	124
Abbildung 11: Parteipräferenzen von Offlinern und Onlinern 2002 anhand der Wahlabsicht (Vorwahlbefragte) bzw. der Rückerinnerung (Nachwahlbefragte)	133
Abbildung 12: Postmaterialismus bei Offlinern und Onlinern 2002	135
Abbildung 13: Mitgliedschaft in einer Partei, Gewerkschaft oder Bürgerinitiative bei Offlinern und Onlinern 2002	138
Abbildung 14: Parteipräferenzen von Offlinern und Onlinern 2004	142
Abbildung 15: Mitgliedschaft in einer Partei, Gewerkschaft, Kirche oder einem Verein bei Offlinern und Onlinern 2002	144
Abbildung 16: Nutzung des Internets zum Abruf von Politiknachrichten, Preisvergleichen und zur Information über das Geschehen in Deutschland und dem Ausland, 2002-2008, in Prozent der Internetnutzer	149
Abbildung 17: Parteipräferenzen von nicht-politischen und politischen Internetnutzern 2002	162
Abbildung 18: Parteipräferenzen von nicht-politischen und politischen Internetnutzern 2004	162
Abbildung 19: Onlinewahl als Ergänzung der herkömmlichen Briefwahl	246
Abbildung 20: Onlinewahl für alle Bürger	246
Abbildung 21: Beurteilung von Internetwahlen in der Umfrage 05	248
Abbildung 22: Zustimmung zur Onlinewahl als Ergänzung zu Briefwahl nach politischem Interesse, gesamt	252
Abbildung 23: Zustimmung zur Onlinewahl als Ergänzung zu Briefwahl nach politischem Interesse, Offliner	253
Abbildung 24: Zustimmung zur Onlinewahl als Ergänzung zu Briefwahl nach politischem Interesse, Onliner	253

 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Internetnutzung 2002	123
Tabelle 2:	Internetnutzung 2004	123
Tabelle 3:	Internetnutzung 2004, ISSP „Bürger und Staat“	124
Tabelle 4:	Mittelwerte der Zustimmung zu Technik-Items 2004	126
Tabelle 5:	Internetnutzung 2002 und 2004 nach soziodemographischen Merkmalen	127
Tabelle 6:	Logistische Regression der Internetnutzung auf soziodemographische Merkmale 2002.....	128
Tabelle 7:	Logistische Regression der Internetnutzung auf soziodemographische Merkmale 2004.....	129
Tabelle 8:	Kognitive politische Involvierung von Offlinern und Onlinern 2002, Mittelwerte	130
Tabelle 9:	OLS-Regression von Indikatoren politischer Involvierung auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2002	132
Tabelle 10:	OLS-Regression der ideologischen Orientierung auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2002.....	133
Tabelle 11:	Einstellungen gegenüber dem politischen System bei Offlinern und Onlinern 2002, Mittelwerte	134
Tabelle 12:	OLS-Regression von Einstellungen gegenüber dem politischen System auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2002	134
Tabelle 13:	Wertorientierungen der Offliner und Onliner 2002, Mittelwerte.....	135
Tabelle 14:	OLS-Regression von Wertorientierungen auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2002	136
Tabelle 15:	Einstellungen bzw. Verhaltensweisen bezüglich politischer Partizipation bei Offlinern und Onlinern 2002	137
Tabelle 16:	OLS-Regression von Einstellungen bzw. Verhaltensweisen bezüglich politischer Partizipation auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2002	137
Tabelle 17:	OLS-Regression der Mitgliedschaft in einer Partei, Gewerkschaft oder Bürgerinitiative auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2002	139
Tabelle 18:	Maximales und minimales Varianzaufklärungspotenzial von Wertorientierungen und Persönlichkeitseigenschaften	140
Tabelle 19:	Kognitive politische Involvierung von Offlinern und Onlinern 2004, Mittelwerte	141
Tabelle 20:	OLS-Regression von Indikatoren kognitiver politischer Involvierung auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2004.....	141
Tabelle 21:	OLS-Regression der ideologischen Orientierung auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2004.....	142
Tabelle 22:	Nutzung des Internets, um politische Informationen zu suchen, 2002	146
Tabelle 23:	Nutzung von Tageszeitung und TV-Nachrichten zur politischen Information, 2002, in Prozent	146
Tabelle 24:	Nutzung von Internet, Tageszeitung und TV-Nachrichten zur politischen Information, 2005, in Prozent.....	147

Tabelle 25:	Nutzung des Internets um Informationen auf Webseiten von Parteien, Bürgerinitiativen, Behörden, Abgeordneten usw. zu suchen, 2002.....	150
Tabelle 26:	Ansehen von Internetseiten über die Wahl oder den Wahlkampf, 2002.....	152
Tabelle 27:	Nutzung des Internets um politische Einrichtungen oder Personen online zu kontaktieren, 2002.....	153
Tabelle 28:	Beteiligung an politischen Diskussionsrunden im Internet, 2004....	154
Tabelle 29:	Politische Internetnutzung (mindestens eine Form der politischen Internetnutzung sehr oft, oft oder manchmal) nach soziodemographischen Merkmalen, 2002.....	156
Tabelle 30:	Politische Internetnutzung nach soziodemographischen Merkmalen, 2004 und 2005.....	157
Tabelle 31:	Politische Internetnutzung und Interneterfahrung, 2002, Pearson's r.....	158
Tabelle 32:	Politische Internetnutzung und Interneterfahrung, 2004, Mittelwerte.....	159
Tabelle 33:	Politische Involvierung bei nicht-politischen und politischen Internetnutzern, 2002, Mittelwerte.....	160
Tabelle 34:	Politische Involvierung bei nicht-politischen und politischen Internetnutzern, 2004, Mittelwerte.....	160
Tabelle 35:	Einstellungen gegenüber dem politischen System bei nicht-politischen und politischen Onlinern 2002, Mittelwerte.....	163
Tabelle 36:	Wertorientierungen der nicht-politischen und politischen Onliner 2002, Mittelwerte.....	164
Tabelle 37:	Logistische Regression politischer Internetnutzung auf Variablen politischer Involvierung und soziodemographische Merkmale.....	165
Tabelle 38:	Zeitungslektüre zur politischen Information in Abhängigkeit von politischer Internetnutzung, 2005, in Prozent.....	167
Tabelle 39:	Zeitungslektüre zur politischen Information in Abhängigkeit von politischer Internetnutzung, 2002, in Prozent.....	167
Tabelle 40:	Zeitungslektüre zur politischen Information in Abhängigkeit von politischer Internetnutzung, 2002, in Prozent.....	168
Tabelle 41:	TV-Nutzung zur politischen Information in Abhängigkeit von politischer Internetnutzung, 2005, in Prozent.....	169
Tabelle 42:	TV-Nutzung zur politischen Information in Abhängigkeit von politischer Internetnutzung, 2002, in Prozent.....	169
Tabelle 43:	TV-Nutzung zur politischen Information in Abhängigkeit von politischer Internetnutzung, 2002, in Prozent.....	169
Tabelle 44:	Clusterzentrenanalyse der politischen Nutzung von Zeitungen, Fernsehen und Internet, 2005.....	171
Tabelle 45:	Clusterzentrenanalyse der politischen Nutzung von Zeitungen, Fernsehen und Internet, 2002 (Mediennutzungsvariablen z-transformiert).....	171
Tabelle 46:	Charakterisierung der Cluster nach Bildung, Alter und politischem Interesse, 2005.....	173
Tabelle 47:	Mittelwerte der Mediennutzung in den Clustern, 2002.....	174
Tabelle 48:	Charakterisierung der Cluster nach Bildung, Alter und politischem Interesse und Internetnutzung, 2002.....	175

Tabelle 49:	Clusterzentrenanalyse der politischen Nutzung von Zeitungen, Fernsehen und Internet, 2002, Online-Access-Panel (Mediennutzungsvariablen z-transformiert).....	177
Tabelle 50:	Mittelwerte der Mediennutzung in den Clustern, 2002, Online-Access-Panel	177
Tabelle 51:	Charakterisierung der Cluster nach Bildung, Alter und politischem Interesse, 2002, Online-Access-Panel	177
Tabelle 52:	Akzeptanz der Wahlnorm und die Wahlentscheidung 2002 bei nicht-politischen und politischen Internetnutzern, Mittelwerte	181
Tabelle 53:	Akzeptanz der Wahlnorm und die Wahlentscheidung 2002 bei nicht-politischen und politischen Internetnutzern, Mittelwerte	182
Tabelle 54:	Wahlbeteiligung und Parteiidentifikation nach Mediennutzungstypen, 2002	183
Tabelle 55:	Wahlbeteiligung und Parteiidentifikation nach Mediennutzungstypen, 2005	183
Tabelle 56:	Wahlbeteiligung und Parteiidentifikation nach Mediennutzungstypen, 2002, Online-Access-Panel	183
Tabelle 57:	Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung, schrittweise logistische Regression, 2002	188
Tabelle 58:	Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung, schrittweise logistische Regression, 2002, vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der politischen Internetnutzung.....	189
Tabelle 59:	Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung, schrittweise logistische Regression, 2002, nur Internetnutzer	191
Tabelle 60:	Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung, schrittweise logistische Regression, Online-Access-Panel, 2002	192
Tabelle 61:	Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung, schrittweise logistische Regression, 2005	194
Tabelle 62:	Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung, schrittweise logistische Regression, 2005, vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der politischen Internetnutzung.....	195
Tabelle 63:	Mitgliedschaft von nicht-politischen und politischen Onlinern in Bürgerinitiativen und Parteien in Prozent, 2002	196
Tabelle 64:	Mitgliedschaft von nicht-politischen und politischen Onlinern in Bürgerinitiativen und Parteien in Prozent, Online-Access-Panel, 2002.....	196
Tabelle 65:	Mitgliedschaft von nicht-politischen Onlinern/Offline und politischen Onlinern in Prozent, 2005.....	196
Tabelle 66:	Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen und Parteien nach Clusterzugehörigkeit 2002, in Prozent.....	197
Tabelle 67:	Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen und Parteien nach Clusterzugehörigkeit 2002, in Prozent, Online-Access-Panel	198
Tabelle 68:	Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen und Parteien nach Clusterzugehörigkeit 2005, in Prozent.....	198
Tabelle 69:	Bestimmungsfaktoren der Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative, schrittweise logistische Regression, 2002.....	199
Tabelle 70:	Bestimmungsfaktoren der Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative, schrittweise logistische Regression, 2002, nur Internetnutzer	200
Tabelle 71:	Bestimmungsfaktoren der Mitgliedschaft in einer Partei, schrittweise logistische Regression, 2002.....	201

Tabelle 72:	Bestimmungsfaktoren der Mitgliedschaft in einer Partei, schrittweise logistische Regression, 2002, nur Internetnutzer	202
Tabelle 73:	Bestimmungsfaktoren der Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative, schrittweise logistische Regression, Online-Access-Panel, 2002	203
Tabelle 74:	Bestimmungsfaktoren der Mitgliedschaft in einer Partei, schrittweise logistische Regression, Online-Access-Panel, 2002	204
Tabelle 75:	Bereitschaft zu nichtelektoralen politischen Aktivitäten bei nicht-politischen und politischen Onlinern, 2002, Mittelwerte	205
Tabelle 76:	Bereitschaft zu nichtelektoralen politischen Aktivitäten bei nicht-politischen und politischen Onlinern, Online-Access-Panel, 2002, Mittelwerte	205
Tabelle 77:	Bereitschaft zu nichtelektoralen politischen Aktivitäten nach Clusterzugehörigkeit, 2002, Mittelwerte	206
Tabelle 78:	Bereitschaft zu nichtelektoralen politischen Aktivitäten nach Clusterzugehörigkeit, Online-Access-Panel, 2002, Mittelwerte	206
Tabelle 79:	Bestimmungsfaktoren der Bereitschaft zu nichtelektoraler politischer Partizipation, OLS-Regression (Angaben: standardisierte Regressionskoeffizienten) 2002, alle Befragten	207
Tabelle 80:	Bestimmungsfaktoren der Bereitschaft zu nichtelektoraler politischer Partizipation, OLS-Regression (Angaben: standardisierte Regressionskoeffizienten) 2002, alle Befragten, vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der politischen Internetnutzung	208
Tabelle 81:	Bestimmungsfaktoren der Bereitschaft zu nichtelektoraler politischer Partizipation, OLS-Regression (Angaben: standardisierte Regressionskoeffizienten) 2002, nur Internetnutzer	209
Tabelle 82:	Bestimmungsfaktoren der Bereitschaft zu nichtelektoraler politischer Partizipation, OLS-Regression (Angaben: standardisierte Regressionskoeffizienten), 2002, Online-Access-Panel	210
Tabelle 83:	Generelle Häufigkeit der Wahlbeteiligung und Art der Stimmabgabe bei Kommunalwahlen 2005	229
Tabelle 84:	Zustimmung zu Internetwahlen und spezifische Einstellungen zu Internetwahlen (Korrelationskoeffizient Pearson's r)	248
Tabelle 85:	Zustimmung zu spezifischen Einstellungen zu Internetwahlen nach Alter, Geschlecht und Bildung sowie Internetnutzungsintensität und politischem Interesse (Mittelwerte auf einer Skala von 1 "stimme überhaupt nicht zu" bis 5 "stimme voll und ganz zu")	249
Tabelle 86:	Zustimmung zu Onlinewahl als Ersatz für Briefwahl nach Alter, Geschlecht und Bildung (Mittelwerte auf einer Skala von 1 "stimme überhaupt nicht zu" bis 5 "stimme voll und ganz zu")	250
Tabelle 87:	Regression von Zustimmung zur Onlinewahl als Ergänzung zur Briefwahl auf soziodemographische Variablen, politisches Interesse und Häufigkeit der Internetnutzung, 2002 (N = 2741)	254
Tabelle 88:	Differenz in der Zustimmung zu Onlinewahlen als Ergänzung zur Briefwahl zwischen Wählern und Nichtwählern, repräsentative Wahlstudie 2002	255
Tabelle 89:	Zustimmung zu Internetwahl als Ergänzung zu Briefwahl, für Alter, Bildung, Internetnutzung und politisches Interesse nach Art der Stimmabgabe, Mittelwerte	256

Tabelle 90:	Zustimmung zur Onlinewahl als Ergänzung zur Briefwahl nach Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2002 (in Prozent).....	257
Tabelle A1:	Bestimmungsfaktoren politischer Internetnutzung, logistische Regression, 2002	273
Tabelle A2:	Bestimmungsfaktoren politischer Internetnutzung, logistische Regression, 2005	273

1. Einleitung

Mit der rasanten Verbreitung des Internets waren zunächst vor allem in den USA, wenig später aber auch in Deutschland, hohe Erwartungen an seine Bedeutung für die Demokratie verknüpft. Das Internet erweitert den politischen Kommunikationsraum (Grunwald 2006: 169ff.), indem es die Beschränkung der Kanalkapazität der klassischen Massenmedien aufhebt: Prinzipiell kann jede Interessengruppe und Privatperson Inhalte zur Verfügung stellen und so selbst zum Sender werden. Dadurch kann die Gatekeeper-Funktion der klassischen Massenmedien umgangen werden, und Themen, die den journalistischen Selektionskriterien zum Opfer fallen, erhalten potenziell eine größere Chance, in die Öffentlichkeit zu gelangen. Attraktiv für die politische Kommunikation ist jedoch insbesondere die Möglichkeit des direkten Dialogs zwischen Bürgern untereinander sowie zwischen Bürgern und politischen Akteuren wie Amtsinhabern, Interessengruppen oder Parteien, die der Realisierbarkeit diskursiver und deliberativer Demokratiekonzepte auch in modernen Massendemokratien entgegenzukommen scheint. „Das Internet transzendiert die Dualität zwischen Face-to-face-Kommunikation und medienvermittelter Kommunikation und begründet dadurch einen „Raum“ – den Cyberspace –, in dem soziale Beziehungen und Erfahrungen unabhängig von der physischen Realität existieren. In der Sicht der Theorie der Elektronischen Demokratie erscheint das Internet nicht nur als Medium, sondern als neuartiger Interaktionsraum.“ (Zittel 2003: 260).

Die daraus abgeleiteten optimistischen, ja teils sogar euphorischen, Prognosen, sind durch die bisherige Entwicklung eher enttäuscht worden. Dennoch zeigt sich, dass die modernen westlichen Mediendemokratien und ihre Gesellschaften von der Verbreitung eines neuen Informations- und Kommunikationsmediums, über das inzwischen weit mehr als fünfzig Prozent der Bevölkerung verfügen, nicht unberührt bleiben.

Es steht außer Frage, dass Medien ein notwendiger Bestandteil einer modernen Demokratie sind. Politik findet für den überwiegenden Teil der Menschen in den Medien statt. Die politischen Akteure sind auf eine mediale Vermittlung ihrer Argumente angewiesen und müssen sich auf die zur Verfügung stehenden Medientechniken einlassen. Die für eine Demokratie unabdingbare Öffentlichkeit wird in modernen Gesellschaften zum großen Teil über die Medien hergestellt (Gellner 1998: 11,

Castells 2002: 333). Trotz dieser unbestrittenen Notwendigkeit wird die Rolle der Medien in der Demokratie auch nach inzwischen jahrzehntelanger politikwissenschaftlicher und kommunikationswissenschaftlicher Forschung immer noch ambivalent beurteilt – und so wird es wohl auch bleiben. Dies trifft sowohl auf die theoretische Diskussion zu, die der Öffentlichkeit und in einer modernen Massendemokratie damit vor allem der durch die Medien hergestellten Öffentlichkeit, unterschiedliche Aufgaben und Bedeutungen zuweist, als auch auf die empirischen Ergebnisse der Medien(-wirkungs)forschung. Einerseits ist eine moderne Massendemokratie ohne Medien nicht denkbar, andererseits werden gerade dem Leitmedium Fernsehen unter dem Stichwort Videomalaise (Holtz-Bacha 1989) aber auch Wirkungen zugeschrieben, die bei den Konsumenten eher eine Abwendung von der Politik bewirken als eine Aktivierung und Mobilisierung. Auch für die in den 1990er Jahren diagnostizierte Politikverdrossenheit werden nicht selten die Medien mitverantwortlich gemacht (Wolling 1999). Wenn bereits die Wirkungsweise der klassischen Massenmedien, Presse, Rundfunk und Fernsehen, immer noch umstritten ist, so trifft dies umso mehr auf das immer noch relativ neue und in rasantem Wandel begriffene Medium Internet zu. Die Erwartungen und Prognosen bezüglich seiner Auswirkungen auf das Funktionieren der Demokratie sind hier ebenso widersprüchlich wie die, wenngleich bisher nur sporadisch vorhandene, empirische Evidenz (vgl. zusammenfassend Harth 2001: 25ff.).

Unbestritten ist, dass die neuen Medien, und vor allem das Internet, die politische Kommunikation zumindest ergänzen. Dies wird allein durch das inzwischen bestehende Angebot deutlich. Widerstreitende Erwartungen sind jedoch hinsichtlich der Relevanz und Wirkung dieses erweiterten Angebots zu konstatieren. Hier stehen sich Netzoptimisten, Neutralisten und Netzpessimisten gegenüber (Winkel 1999: 28ff.). An anderer Stelle werden diese drei Gruppen als Agnostiker, Analytiker und Apokalyptiker bezeichnet – gemeint ist damit aber durchaus ähnliches (Meckel 1999: 230ff.). Erstere sehen, zumeist allein vermittelt der neuen Technik, eine qualitative und quantitative Erweiterung der politischen Kommunikation und als Folge auch der politischen Partizipation heraufziehen. „Die institutionellen Barrieren für Bürgerbeteiligung fallen weg, die finanziellen Hürden sind viel geringer, und die Möglichkeiten der Gruppendynamik, des Informationsaustauschs und der sachorientierten politischen Debatte sind ungleich größer.“, so fassen Siedschlag et al. (2002: 37) die Ar-

gumente für die Mobilisierungsthese zusammen, die besagt, dass das Netz neue Bevölkerungsgruppen zu neuen Formen basisdemokratischen politischen Aktivismus motiviert. Die Pessimisten bzw. Apokalyptiker betonen hingegen, dass die negativen Entwicklungen, die mit der postindustriellen Gesellschaft, mit der Auflösung sozialer Milieus, Individualisierung und Globalisierung einhergehen, durch das Eindringen des Netzes in den politischen Raum noch weiter verstärkt werden (vgl. Gellner et al. 1998: 8, Harth 2001: 27f.). Sie befürchten nicht nur eine digitale Kluft im Sinne eines Ausschlusses derjenigen Bürger, für die die Technik eine unüberwindbare Hürde darstellt, sondern auch die Fragmentierung der Öffentlichkeit durch einen auf individuelle Präferenzen zuschneidbaren Informationsmix. Aus der kritisch-pessimistischen Sicht ist das Internet ein partikularisierendes Medium, das gerade nicht als „sozialer Raum“ gedeutet werden kann, der verbindliche und in die reale Welt überführbare Interaktion schafft (vgl. Becker et al. 1997). Zudem halten die Pessimisten eine Mobilisierung bisher nicht an Politik interessierter und politisch inaktiver Bevölkerungsgruppen für unrealistisch. Stattdessen drohe vielmehr die Gefahr einer digitalen Spaltung der Gesellschaft, die bestehende Ungleichheiten dadurch potenziere, dass die ohnehin involvierten und aktiven Bürger und Interessengruppen an Einfluss gewannen, während die Mehrheit immer weiter abgekoppelt werde. Statt von Mobilisierung sprechen sie von einem nicht unproblematischen Reinforcement der ohnehin Bevorteilten (van Dijk 2005). Die Skeptiker warnen darüber hinaus vor einer Entwicklung, die viel schwerwiegendere Folgen für die gegenwärtigen westlichen Demokratien hätte als ein Scheitern utopischer Vorstellungen. Darauf macht Richard Moore aufmerksam, wenn er schreibt, „the domination of cyberspace by a small number of vertically integrated transnational corporations, who conceive it primarily as a product distribution system and a means of opinion control, combined with the declining influence of nation-states brought about by the process of globalisation, will see the balance of power shift towards the economic elite. Rather than the realisation of the democratic dream, cyberspace may turn out instead to be the ultimate Big Brother nightmare.“ (Moore 1999: 49). Diese Gefahr besteht nicht nur angesichts der fortschreitenden Kommerzialisierung, sondern auch im Hinblick auf Bestrebungen des Staates, das Netz zu überwachen. Unzweifelhaft hat der Staat z.B. beim Jugendschutz oder bei der Terrorbekämpfung Kontrollver-

pflichtungen. Im Spannungsfeld zwischen Kontrollbedürfnis und Datenschutz droht letzterer aber an Gewicht zu verlieren.

Die dritte Gruppe, die Fraktion der Neutralisten erwartet nicht, wie die Bezeichnung eventuell nahe legt, keine Veränderungen in der Sphäre des Politischen durch das Internet. Allerdings sehen sie nicht zwangsläufig eine in positive oder negative Richtung gehende Entwicklung. Vielmehr sei es eine Frage des Gestaltungswillens und des Umgangs mit den neuen Medien auf Anbieter- und Nutzerseite sowie ihrer rechtlichen Einbettung in das bestehende Mediensystem, ob und in welche Richtung sich traditionelle Machtkonstellationen verändern.

Diese Einteilung der Reaktionen auf das Entstehen und die Verbreitung der neuen technischen Möglichkeiten vernetzter Kommunikation findet man in mehreren frühen Publikationen zum Thema Internet und Demokratie. Sie stellt allerdings nur eine Beschreibung der Erwartungen und ihrer relativ oberflächlichen Begründungen dar. Für eine demokratie- und gesellschaftstheoretische Einordnung und Beurteilung der durch die Informations- und Kommunikationstechnik induzierten Entwicklungen ist sie längst nicht hinreichend. Zudem hat sich allein aufgrund der bisher trotz stetig steigender Nutzerzahlen doch eher inkrementellen Auswirkungen des Internets auf die politische Kommunikation das Gewicht der Netzoptimisten innerhalb der wissenschaftlichen Diskussion verringert. Die realistische und praktische Sicht der Neutralisten scheint sich durchgesetzt zu haben. Meckel weist darauf hin, dass damit der Diskurs in Bezug auf das Internet „Varianten und Verläufe“ (Meckel 1999: 240) aufweise, die anlässlich der Etablierung neuer Medien generell typisch seien. Dabei ist es nicht etwa als bedauerlich anzusehen, dass die positiven Eigenschaften einer Technik nicht von allein zu gesellschaftlich erwünschten Folgen führen. Wäre doch davon auszugehen, dass dann auch negative Eigenschaften diese Eigendynamik aufwiesen. Die Einteilung in Optimisten, Neutralisten und Pessimisten ist insofern fruchtbar, als sie mit einer sich abzeichnenden Präferenz für die Sicht der Neutralisten deutlich macht, dass nicht der Fehler begangen werden sollte, die Möglichkeiten des Internets zu sehr aus einer technikzentrierten Sichtweise heraus zu beurteilen. Vielmehr scheint es angebracht, die Technik als einen Katalysator bestehender gesellschaftlicher Entwicklungen zu betrachten. In dieser Funktion mag sie bestimmte, bereits angelegte Tendenzen beschleunigen, sie dürfte jedoch kaum in der Lage sein, deren Richtung aus sich heraus zu ändern. Wenn wirklich neue Wege beschritten

werden sollten, so bedürfte es gesellschaftspolitischer Entscheidungen und der sich daran anschließenden operativen Konsequenzen.

Dass allein die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (im Folgenden abgekürzt IuK-Technologien) und vor allem das Internet die US-amerikanische oder die bundesrepublikanische repräsentative Demokratie grundlegend verändern, ist vor dem Hintergrund dieser Überlegungen und Beobachtungen nicht zu erwarten. Allerdings kann ebenso wenig davon ausgegangen werden, dass ein neues Medium, das sich so rasant verbreitet, keine Auswirkungen auf die Öffentlichkeit, die politische Kommunikation und damit im weiteren Sinne auch auf die Demokratie hat. Wie weit reichend diese Auswirkungen sind, und in welche Richtung sie die Struktur der demokratischen Öffentlichkeit und der demokratischen Entscheidungsverfahren verändern, ist allerdings nicht technikdeterminiert. Wenn diese Sichtweise akzeptiert wird, ist eine Reihe von Fragen zu stellen:

- Welches Demokratiemodell, vor allem im Hinblick auf Partizipation der Bürger, ist in einer modernen Massengesellschaft wünschenswert und umsetzbar. Was ist gleichsam das Ideal, dem es sich zu nähern gilt?
- Welche Rolle kommt den Medien in diesem Demokratiemodell zu?
- Welche Defizite sind im Vergleich zu diesem Soll-Zustand im gegenwärtigen demokratischen Prozess festzustellen?
- Sind diese Defizite kommunikativer Art und daher auf das bestehende Mediensystem zurückzuführen?
- Besitzt das neue Medium Internet ein Potenzial, diesen Defiziten entgegenzuwirken, das die klassischen Massenmedien nicht aufweisen?
- Wenn diese Frage positiv beantwortet werden kann, so ist letztlich entscheidend, ob dieses Potenzial tatsächlich genutzt wird.

Letztere ist eine empirische Frage, weshalb man nicht umhin kommt, die Handlungsrationalitäten der beteiligten Akteure in die Analyse mit einzubeziehen. Ob und wie ein neues Medium in die politische Kommunikation einbezogen wird, hängt eben nicht nur von den technischen Möglichkeiten ab, die es Sendern und Empfängern bietet, sondern von einer Vielzahl von Rahmenbedingungen, zu denen nicht zuletzt die motivationalen Beweggründe auf allen Seiten gehören. Der Schwerpunkt empirischer Analysen liegt bislang auf der Untersuchung der Angebotsseite, also z.B.

der Online-Angebote staatlicher Institutionen, gesellschaftlicher Interessengruppen wie NGOs, politischer Parteien, Amtsinhaber und politischer Kandidaten. Für die umfassende Einordnung und Beobachtung der Effekte des neuen Mediums für die politische Kommunikation reichen aber allein Analysen des Angebots nicht aus. Vielmehr muss auch der Nutzerseite Aufmerksamkeit gewidmet werden. Reine Besucherzahlen (page visits, clicks), die zumindest den Betreibern der Web-Sites zu- meist bekannt sein dürften, geben allerdings ein viel zu oberflächliches Bild. Besonders virulent wird dies, wenn die These einer durch das Internet induzierten Auswei- tung der Öffentlichkeit oder gar einer Ausweitung der politischen Partizipation dis- kutiert wird. Die empirische Analyse muss vor dem Hintergrund demokratie- und gesellschaftstheoretischer Überlegungen auch Information über soziale Korrelate der Nutzungsakzeptanz und der Nutzungsprofile zur Verfügung stellen. Erst dann wird es möglich, eine für das gegenwärtige Verbreitungsstadium zutreffende Einschätzung der politischen Auswirkungen des neuen Mediums vorzunehmen bzw. fundierte Prognosen über dessen zukünftige Rolle in den politischen Kommunikationsbezie- hungen zu formulieren. Im empirischen Teil dieser Arbeit steht daher die Akzeptanz der Bürger im Vordergrund, das Internet als Medium zur politischen Kommunikation zu nutzen. Dies ist als unabdingbare Voraussetzung anzusehen, damit Veränderungen im Medienangebot überhaupt Folgen für die Demokratie zeitigen können.

Aus den oben formulierten Fragen leitet sich die Struktur dieser Arbeit ab. Zu- nächst werden in Kapitel 2 die relevanten Aspekte des Mediums Internet herausgear- beitet und der Begriff der Interaktivität näher beleuchtet. Nach einer Einordnung der Potenziale des Internets für die politische Kommunikation wird anschließend in Ka- pitel 3 in einem kurzen Überblick über das weite Feld der modernen Demokratiethe- orie darzustellen sein, welche unterschiedlichen Demokratiemodelle bestehen. Dabei beansprucht diese Arbeit nicht, die moderne Demokratietheorie umfassend aufzuar- beiten. Allerdings ist es zur Beurteilung der weiteren Fragen unabdingbar, zumindest die im Hinblick auf die Rolle der politischen Kommunikation sowie der politischen Partizipation jeweils als wünschenswert geltenden Eigenschaften einer Massende- mokratie herauszuarbeiten. Erst solche Kriterien ermöglichen eine Bewertung der durch neue Medien tatsächlich oder potenziell induzierten Veränderungen der demo- kratischen Abläufe. Zu diesem Zweck werden in Abschnitt 3.2 realistische Ansätze von eher normativen Ansätzen unterschieden und die jeweiligen Anforderungen an

Ausmaß und Qualität der politischen Partizipation der Bürger dargestellt. In Abschnitt 3.3 wird der Frage nachgegangen, welche Anforderungen unterschiedliche Demokratiemodelle jeweils an die Qualität der politischen Kommunikation und damit an die Medien stellen und welche Bedeutung das Internet für das Konzept Öffentlichkeit hat. Vor diesem theoretischen Hintergrund werden in Abschnitt 3.4 zwei Problemfelder der deutschen Demokratie erörtert, deren Ursache unter anderem in der Funktionsweise der Massenmedien vermutet wird. Es handelt sich dabei um die unter dem Schlagwort „Politikverdrossenheit“ diskutierte Unzufriedenheit mit Parteien und Politikern sowie um den seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu beobachtenden Rückgang der Wahlbeteiligung – zwei Phänomene, die nicht unabhängig voneinander sind, wird doch die sinkende Beteiligungsbereitschaft zum Teil auch auf eben jene Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie zurückgeführt.

In Kapitel 4 wird der Frage nachgegangen, welche Veränderungen das Internet für die bundesdeutsche Demokratie induzieren könnte. In Abschnitt 4.1 wird zunächst nach den theoretisch erwartbaren Auswirkungen auf die politische Partizipation gefragt. Von prinzipiell positiven Impulsen ausgehend, ist die strittige Frage, welche Bevölkerungsgruppen von den zusätzlichen Möglichkeiten durch die Erweiterung des politischen Kommunikationsraums profitieren. Besteht tatsächlich Grund zu der Annahme, bisher unbeteiligte, uninteressierte oder politikverdrossene Bürger könnten durch neue Möglichkeiten der Information und Kommunikation (re)mobilisiert werden, wie es in der Mobilisierungsthese formuliert wird? Oder ist es wahrscheinlicher, dass die bisher schon politisch interessierten und involvierten Teile der Bevölkerung auch die neuen Möglichkeiten überproportional nutzen und dadurch letztlich auch ihr Gewicht in politischen Entscheidungen weiter steigern? In Abschnitt 4.2 wird auf die Erfahrungen mit der „ersten Generation“ neuer Medien wie Kabelfernsehen und Bildschirmtext zurückgeschaut und es werden Parallelen zur gegenwärtigen Diskussion gezogen. In den Abschnitten 4.3.1 und 4.3.2 werden verschiedene Konzepte internetgestützter Demokratie vorgestellt, in Abschnitt 4.3.3 die in der öffentlichen Diskussion häufig verwendete Begriffe E-Governance, E-Democracy, E-Government und E-Administration definiert. Da die vorgestellten Konzepte internetgestützter Demokratie wesentlich von der US-amerikanischen Debatte geprägt sind, widmet sich Abschnitt 4.4 der Frage, inwieweit die Adaption des

Internets durch politische Akteure, aber auch durch die Bürger, durch die politische Kultur und das politische System mit geprägt wird. Wenngleich bis zu diesem Punkt an der ein oder anderen Stelle auch bereits kritische Gedanken hinsichtlich der Auswirkungen des Netzes anklingen, so bedarf es doch einer detaillierteren Auseinandersetzung mit den möglichen negativen Auswirkungen, die eine Erweiterung des politischen Kommunikationsraums für die Qualität der Demokratie hat. Diese wird in Unterkapitel 4.5 geleistet. In Abschnitt 4.5.1 wird der Relevanz des Digital Divide, also der Spaltung der Bevölkerung in Internetnutzer und Nichtnutzer, nachgegangen. Wenngleich diese Spaltung nicht nur in Bezug auf die politisch-demokratische Dimension des Internets auch knapp zwei Jahrzehnte nach der Entwicklung des ersten Internet-Browsers diskutiert wird, so steht in dieser Arbeit insbesondere der Aspekt eines möglichen „Democratic Divide“ (Norris 2001) im Mittelpunkt. Eng verknüpft mit dem Digital Divide ist die Wissensklufthypothese, deren Implikationen für die politische Internetnutzung in Abschnitt 4.5.2 erörtert werden. Der letzte Abschnitt von Kapitel 4 (4.5.3) ist dem Argument gewidmet, die schier unbegrenzte Menge und Vielfalt an Information und Kommunikationsmöglichkeiten im Internet führe zu einer Fragmentierung des Publikums und damit zum Verlust einer gemeinsamen Öffentlichkeit.

Die eigenen empirischen Analysen folgen in den Kapiteln 5 und 6. Ersteres hat die Beschreibung der generellen Internetnutzung, insbesondere aber der politischen Netznutzung durch die Bürger zum Gegenstand. Nach einer kurzen Vorbemerkung in 5.1 und der Beschreibung der Datenbasis in 5.2 wird in Unterkapitel 5.3 zunächst die generelle Internetnutzung in Deutschland untersucht (Abschnitt 5.3.1). Abschnitt 5.3.2 widmet sich den sozialstrukturellen Korrelaten der generellen Internetnutzung, Abschnitt 5.3.3 den attitudinalen Korrelaten. In Unterkapitel 5.4 wird die Nutzung des Internets zu Zwecken der politischen Kommunikation beschrieben, wobei zwischen politischer Information und politischer Interaktion unterschieden wird. Daran schließt sich in Unterkapitel 5.5 die Vermessung des Democratic Divide an. Hier werden nicht-politische und politische Internetnutzer¹ im Hinblick auf soziodemographische Unterschiede (5.5.1), auf Unterschiede in der kognitiven Involvierung (5.5.2) sowie der ideologischen Orientierung (5.5.3), auf Unterschiede bezüglich der

¹ Die verwendeten Bezeichnungen „nicht-politische“ und „politische Internetnutzer“ sind nicht ganz korrekte sprachliche Verkürzungen. Korrekt müssten insbesondere erstere als „diejenigen, die das Internet nicht politisch nutzen“ bezeichnet werden, da es sich durchaus um Personen handeln kann, die offline politische Menschen sind.

Zufriedenheit mit dem politischen System (5.5.4) und hinsichtlich ihrer Wertorientierungen (5.5.5) verglichen. Der Frage, ob die Erweiterung des politischen Kommunikationsraums durch das Internet der Vergrößerung von Wissensklüften Vorschub leistet, wird in Abschnitt 5.5.6 nachgegangen. Den Abschluss des fünften Kapitels bildet eine Reihe von Analysen, in denen versucht wird, die Einbindung der politischen Internetnutzung in das gesamte Mediennutzungspotenzial der Befragten empirisch zu erfassen. Zu diesem Zweck werden in Abschnitt 5.5.7 Clusteranalysen durchgeführt, die geeignet sind, Teilgruppen mit ähnlichen Mediennutzungsrepertoires voneinander zu separieren.

Das Verhältnis zwischen Internetnutzung und Partizipationsverhalten bzw. Einstellungen gegenüber verschiedenen Formen politischer Beteiligung wird in Kapitel 6 behandelt, das neben einer kurzen Vorbemerkung (6.1) zwei Unterkapitel umfasst. In 6.2 wird der Zusammenhang zwischen politischer Internetnutzung und Wahlbeteiligung (6.2.1) sowie nichtelektoralen Partizipationsformen (6.2.2) aufgezeigt, in 6.3 steht der vernetzte Computer zu Zwecken der Stimmabgabe bei Wahlen zur Debatte. Einführend werden hier in Abschnitt 6.3.1 zunächst die wesentlichen Varianten von Onlinewahlen erläutert, in Abschnitt 6.3.2 wird die Diskussion um die Chancen und Probleme von Onlinewahlen nachgezeichnet und Abschnitt 6.3.3 geht auf Erfahrungen mit Pilotprojekten in Estland, der Schweiz, Großbritannien und der Bundesrepublik ein. Die empirische Analyse der Bevölkerungsmeinungen zum Thema Onlinewahlen folgt in Abschnitt 6.3.4. Nach Einschätzung der Akzeptanz dieser Art der Stimmabgabe in Abschnitt 6.3.4.2 werden nachfolgend Risiken und Chancen aus Sicht der Bürger (6.3.4.3) sowie soziodemographische und attitudinale Korrelate der Zustimmung zu Onlinewahlen (6.3.4.4) untersucht.

2. Das Internet als Medium politischer Kommunikation

2.1 Hybridmedium Internet

2.1.1 Zwischen Massen- und Individualkommunikation

Der Begriff „Internet“ ist inzwischen in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen. Auch hier wurde er bereits verwendet, ohne dass bisher eine Definition gegeben wurde. Diejenigen, die das Internet in irgendeiner Form nutzen, haben eine konkrete Vorstellung davon, worum es sich handelt, selbst wenn sie nur von einigen der Dienste und Möglichkeiten, die es bietet, Gebrauch machen. Für einen Teil der Nichtnutzer dürfte es sich allerdings um einen abstrakten Begriff handeln. Unklarheit über „das Internet“ herrscht aber nicht nur in Bezug auf die Alltagssprache. Auch im wissenschaftlichen Sprachgebrauch ist es hilfreich, die verschiedenen Verwendungen und Bedeutungen des Begriffes deutlich zu machen.

Wie beim Telefon, Radio oder Fernsehen beruht die Entstehung des Internets auf der Entwicklung einer Technologie, deren Kern ein Protokoll für die Datenübertragung in Rechnernetzen ist, das so genannte TCP/IP (Transport Control Protocol/Internet Protocol) (siehe dazu Kubicek 1998: 55f.). Die Datenübertragung auf Basis dieses Standard-Protokolls baut ihrerseits auf „physischen Telekommunikationsnetzen auf und dient dem Transport von Diensten und Anwendungen, die es selbst nicht bestimmt. Es ist insofern nach unten und nach oben offen.“ (Kubicek 1998: 56). Physische Telekommunikationsnetze sind z.B. Kupfer- oder Glasfaserkabel, über die Daten mit Hilfe verschiedener Techniken wie ISDN oder DSL verschickt werden. Dienste wie E-mail (electronic mail), WWW (World Wide Web) oder FTP (file transfer protocol) sind in der Regel das, was alltagssprachlich unter „Internet“ verstanden wird. Auch der vorliegenden Arbeit liegt dieses Verständnis zugrunde.

Ein weiterer im Zusammenhang mit dem Internet häufig verwendeter, aber facettenreicher Begriff ist der des „Mediums“. In der Kommunikationswissenschaft hat sich die Unterscheidung zwischen Medien erster und Medien zweiter Ordnung (Kubicek 1998) oder auch die Unterscheidung in technische und institutionelle Medien (Schweiger 2007: 17) durchgesetzt. Als Medien erster Ordnung bzw. technischen Medien werden technische Artefakte wie das Buch, Telefon, Radio, Fernsehen oder

eben der vernetzte Computer bezeichnet, die Information transportieren können (Kubicek 1998: 59). Bei Medien zweiter Ordnung oder institutionellen Medien haben sich um ein solches technisches Übermittlungssystem zudem unterschiedliche Institutionen, eine organisatorische Infrastruktur und vor allem Nutzungsmuster gebildet. Gegenstand der kommunikationswissenschaftlichen Forschung sind in der Regel Medien zweiter Ordnung, also die Gebrauchsweisen verschiedener Medien erster Ordnung durch den Menschen. Bei nahezu allen Medien erster Ordnung wie Telefon, Radio oder Fernsehen bestanden zunächst oft völlig falsche Vorstellungen, wie diese hauptsächlich verwendet werden würden. Allein diese Erfahrungen lehren, in Bezug auf das Internet nicht den Fehlschluss von technisch möglichen auf tatsächliche Verwendungsweisen zu begehen. Gerade wegen der vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten, die das Internet den Nutzern bietet, ist hier besondere Vorsicht geboten.

Multimedialität ist ein weiteres Schlagwort, das untrennbar mit dem Internet verbunden ist. Schrift, Bild und Ton sind in einem einzigen Medium integriert, das „Funktionen vereint, die bislang separate Medien übernommen haben.“ (Höflich 1997: 85). Diese Offenheit bezieht sich allerdings nicht nur auf die Multimedialität bezüglich der Darstellungsformen, sondern besteht auch im Hinblick auf die zeitliche Dimension, auf die Zugangsbeschränkungen, auf Publikumsgröße und auf den Zweck der Kommunikation. Wie z.B. eine Zeitung oder ein Brief ermöglicht das Internet vorwiegend asynchrone (zeitversetzte) Kommunikation durch die beiden populärsten Anwendungen, WWW und E-mail, aber auch synchrone (gleichzeitige) Kommunikation z.B. in Chatsystemen. Zusätzliche zeitliche Flexibilität ergibt sich durch die Möglichkeiten der Speicherung nicht nur von Texten und Bildern, sondern auch von Ton- und Filmdokumenten, wie sie von Radio- und Fernsehstationen genutzt wird.

Auch was den Öffentlichkeitscharakter bzw. die Zugangsbeschränkungen der Kommunikation anbetrifft, ermöglichen die verschiedenen Dienste und Anwendungen des Internets im Wesentlichen alle Kommunikationsformen des gesamten Spektrums zwischen öffentlicher und nicht-öffentlicher, also privater Kommunikation. Höflich unterscheidet drei idealtypische Formen der Online-Kommunikation (Höflich 1997: 90): Erstens, öffentliche Kommunikation, die sich an ein disperses Publikum richtet und fast ausschließlich einseitig vom Sender zum Empfänger verläuft. Feedback ist dabei zwar nicht ausgeschlossen, spielt aber nur eine marginale Rolle.

Hier wird der Computer als Abrufmedium (Höflich 1997: 90) verwendet. Zweitens, „öffentliche Kommunikationsforen, die durch die Nutzer aktiv gestaltet werden (Computer als Forum und Diskussionsmedium). Der Unterschied zur öffentlichen Kommunikation besteht darin, dass die Nutzer nicht nur ‚rezipieren‘, sondern die Beiträge selbst liefern“ (Höflich 1997: 91). Wenngleich der Zugang zu solchen Kommunikationsforen unbeschränkt ist, sollte, so Höflich, nicht mehr von einem dispersen Publikum, sondern „von ‚elektronischen Gemeinschaften‘ gesprochen werden, die sich als kleinsten gemeinsamen Nenner durch gemeinsame Gebrauchsweisen, Normen und Regeln auszeichnen“ (Höflich 1997: 91). Drittens biete das Netz verschiedene Möglichkeiten der privaten Kommunikation. Diese muss nicht zwischen nur zwei Individuen stattfinden, sondern kann durchaus auch Gruppenkommunikation sein. Auch hier spricht man zum Teil von virtuellen oder elektronischen Gemeinschaften. Im Gegensatz zu den beiden ersten Kommunikationsformen ist die Öffentlichkeit jedoch zumindest eingeschränkt, beispielsweise durch Logins und Passwörter, die nur nach Registrierung vergeben werden. Höflich spricht hier vom „Computer als Medium interpersonaler Kommunikation oder der Gruppenkommunikation“ (Höflich 1997: 92). Die Tatsache, dass bereits bei der Erläuterung des Öffentlichkeitscharakters verschiedener Kommunikationsformen auch auf die Größe des Publikums und den Zweck (Information vs. Kommunikation) Bezug genommen wurde, zeigt, wie schwer diese Dimensionen analytisch zu trennen sind. Die Möglichkeit, diese drei idealtypischen Kommunikationsformen innerhalb eines Mediums in gleichsam fliegendem Wechsel zu nutzen, sprengt die bisher in der Kommunikationswissenschaft etablierten Kategorien. Dies trifft auch auf den Begriff Massenmedium bzw. Massenkommunikation zu. Eine weithin akzeptierte Definition von Massenkommunikation stammt von Maletzke: „Unter Massenkommunikation verstehen wir jene Form der Kommunikation, bei der Aussagen öffentlich (also ohne begrenzte und personell definierte Empfängerschaft) durch technische Verbreitungsmittel (Medien) indirekt (also bei räumlicher oder zeitlicher oder raumzeitlicher Distanz zwischen den Kommunikationspartnern) und einseitig (also ohne Rollenwechsel zwischen Aussagendem und Aufnehmendem) an ein disperses Publikum [...] vermittelt werden.“ (Maletzke 1963: 32). Das Internet kann in diesem Sinne ein Medium der Massenkommunikation sein, es kann jedoch ebenso zur Individualkommunikation verwendet werden. Der Diskussion, ob es sich beim Internet nun um ein

Massenmedium handele oder nicht, begegnet Höflich, indem er für die Bezeichnung Hybridmedium plädiert. „Vor dem beschriebenen Hintergrund ist der Computer nachgerade deshalb als ein Hybridmedium zu bezeichnen, weil von einer Form der medialen Kommunikation in eine andere gewechselt und diese unter einem anderen Vorzeichen fortgeführt werden kann. [...] Die durch eine analytische Grenzziehung offenbarten Gebrauchsofferten des Computers als Kommunikationsmedium können, mit anderen Worten, durch den faktischen Gebrauch innerhalb ein und desselben Mediums jederzeit aufgegriffen werden. Ob und wie dies geschieht und welche soziale Bedeutung dem Medium Computer im Kontext einer kommunikativen Praxis zugeschrieben wird, bleibt damit noch unbeantwortet.“ (Höflich 1997: 94). Mit diesem letzten Satz weist der Autor auf einen zentralen Punkt für die wissenschaftliche Forschung hin. Es ist wiederum eine Warnung vor jeglichem Technikdeterminismus: Entscheidend ist letztlich nicht, was mit Hilfe einer Technik möglich ist, sondern was tatsächlich damit gemacht wird. Dementsprechend betonte Höflich bereits Ende der 1990er Jahre, es sei eine „besondere wissenschaftliche Aufgabe, gruppen- und segmentspezifische Aneignungen des Computers als Medium“ (Höflich 1997: 104) zu untersuchen.

Wenngleich seitdem Anstrengungen in Richtung einer empirischen Erforschung der Internetnutzung in verschiedensten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen unternommen werden, befinden sich diese, was die Datengrundlage betrifft, immer noch auf sehr dünnem Eis. Für den in dieser Arbeit im Mittelpunkt stehenden Bereich der Politik gilt das noch mehr als für kommerzielle Anwendungen. Eine Sichtung der ersten empirischen Befunde über die Nutzung des Internets für politische Zwecke lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Wie anders kaum möglich, handelt es sich um Fallstudien. Die meisten dieser Fallstudien wurden in den USA durchgeführt, wo das Internet am schnellsten Verbreitung fand und wo zahlreiche innovative Projekte initiiert wurden. Damit stellt sich nicht nur die Frage, inwieweit die Ergebnisse aus diesen Fallstudien verallgemeinerbar sind, sondern es ist zudem gerade im politischen Bereich offen, ob sie auf andere Länder wie z.B. die Bundesrepublik übertragbar sind. Schließlich handelt es sich um ein anderes politisches System, aber auch um eine andere politische Kultur.

2.1.2 Der Stellenwert von Politik im Netz

Das Internet ist, wie die Erläuterung des Begriffes „Hybridmedium“ zeigt, vor allem durch seine Vielseitigkeit und Variabilität gekennzeichnet. Dabei wurde auf die Vielfalt der inhaltlichen Angebote noch gar nicht eingegangen, sondern es wurde nur auf unterschiedliche Kommunikationsmodi hingewiesen. Das Internet ist ein Pull-Medium, das es dem Nutzer selbst überlässt, auszuwählen, was ihn interessiert. Sicherlich war die Grenze zwischen Push- und Pull-Medien nie eindeutig und sie verwischt zunehmend. Kontrastiert man jedoch das Push-Medium Fernsehen, das als Leitmedium der politischen Auseinandersetzung sicherlich den Maßstab für das Internet setzt, mit dem Internet und v. a. dem World Wide Web, so werden die unterschiedlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Selektion deutlich. Fest steht, dass die Chance, zufällig auch politische Inhalte aufzunehmen, im Internet wesentlich geringer ist als beim Fernsehen. Die Auswahl wird also eher noch stärker interessengeleitet vonstatten gehen. Andererseits besteht unbestreitbar eine Wechselwirkung zwischen Angebot und Interesse bzw. zufälliger Aufnahme politischer Inhalte. Im Folgenden soll deshalb kurz auf den Stellenwert von Politik online eingegangen werden.

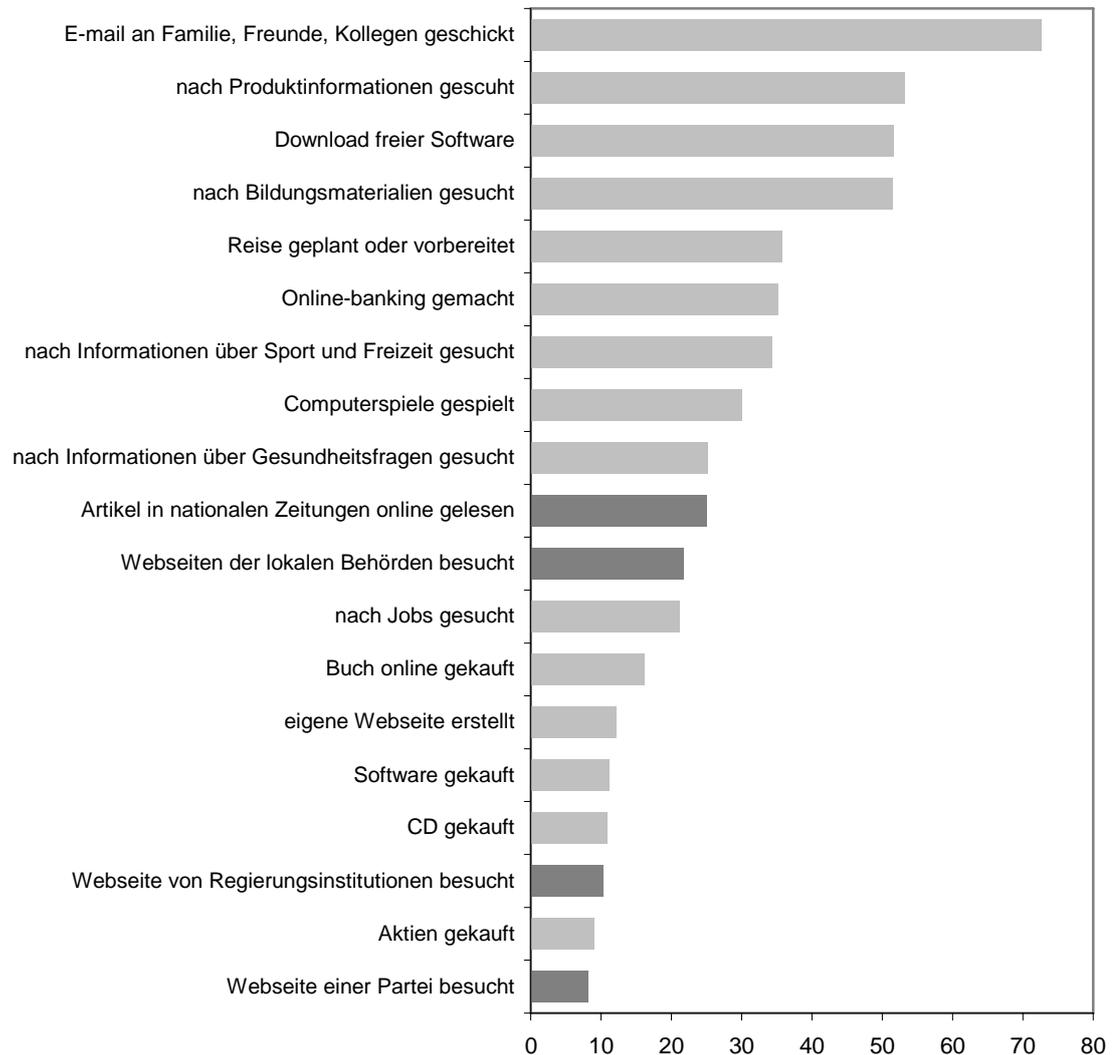
Von Anfang an war mit dem Internet die Hoffnung verbunden, die neue Technik für politische Zwecke nutzen zu können. Hauptaugenmerk lag damals auf dem Einsatz des interaktiven Mediums zur Demokratisierung der Gesellschaft. Seit diesen Pioniertagen lassen sich zwei Entwicklungen beobachten: Erstens, Politik im Netz verlor sehr schnell an Boden im Verhältnis zu Unterhaltung und Produktvermarktung. Diese Beobachtung ist mit Zahlen allerdings schwer zu belegen, da zum einen die Messung von Online-Reichweiten generell eine große Herausforderung in methodischer Hinsicht darstellt (siehe Fisch 2004) und zudem bei politischen Angeboten in der Regel kein ähnlich großer Anreiz zur Erhebung und Veröffentlichung von Akzeptanzdaten besteht wie im kommerziellen Bereich, wo diese Daten zur Vermarktung von Werbung unabdingbar sind. Zweitens dominieren, anders als von den Optimisten erwartet, nicht basisdemokratische Projekte die politische Auseinandersetzung online. Vielmehr haben die etablierten politischen Akteure wie Parteien und Verbände nach anfänglichem Zögern ihre Online-Präsenzen professionell ausgebaut. Ähnlich verlief die Entwicklung im Medienbereich: Auch dort konnten die offline einflussreichsten Zeitungen und Magazine, die so genannten Leitmedien, im Wesent-

lichen ihre Stellung auch online halten. Die Machtbalance zwischen neuen basisdemokratischen Bewegungen und den traditionellen politischen Akteuren hat sich somit jedenfalls nicht hin zu ersteren verschoben. Auch einzelne erfolgreiche Einsätze des Internets in der alternativen Politikwelt dürfen darüber nicht hinwegtäuschen. Sie verhindern wohl lediglich einen Machtzuwachs von Parteien, Verbänden, staatlichen Institutionen und etablierten Medienhäusern.

Beide Beobachtungen werden durch eine Frage aus dem Eurobarometer vom Mai 2000 zumindest gestützt, wenn auch nicht belegt. Dort wurde den Befragten eine Liste von verschiedenen Online-Aktivitäten vorgelegt, mit der Frage, welche davon sie in den vergangenen drei Monaten ausgeübt haben. Als politisch relevant im weitesten Sinne kann das Lesen von Artikeln überregionaler Zeitungen, der Besuch des Online-Angebots der Kommune, der Besuch der Webseiten der Regierung oder einer Partei betrachtet werden. Im Vergleich zu E-mail-Kommunikation, Produktrecherche, dem Download von Software oder Freizeitplanung mit Hilfe des Internets tauchen diese politisch relevanten Online-Aktivitäten erst sehr weit unten auf, wobei das Lesen von Zeitungen online noch an erster Stelle rangiert. Hagen et al. kommen zu einem ähnlichen Ergebnis: „Zwar stößt die Mehrheit der Nutzer in den Netzen zumindest gelegentlich auch auf aktuelle politische Inhalte. Doch die schwerpunktmäßig genutzten Inhalte haben mit Computer zu tun – vermutlich auch mit Erotik – und gehören ganz überwiegend nicht in die politische Sphäre.“ (Hagen 1998: 118)

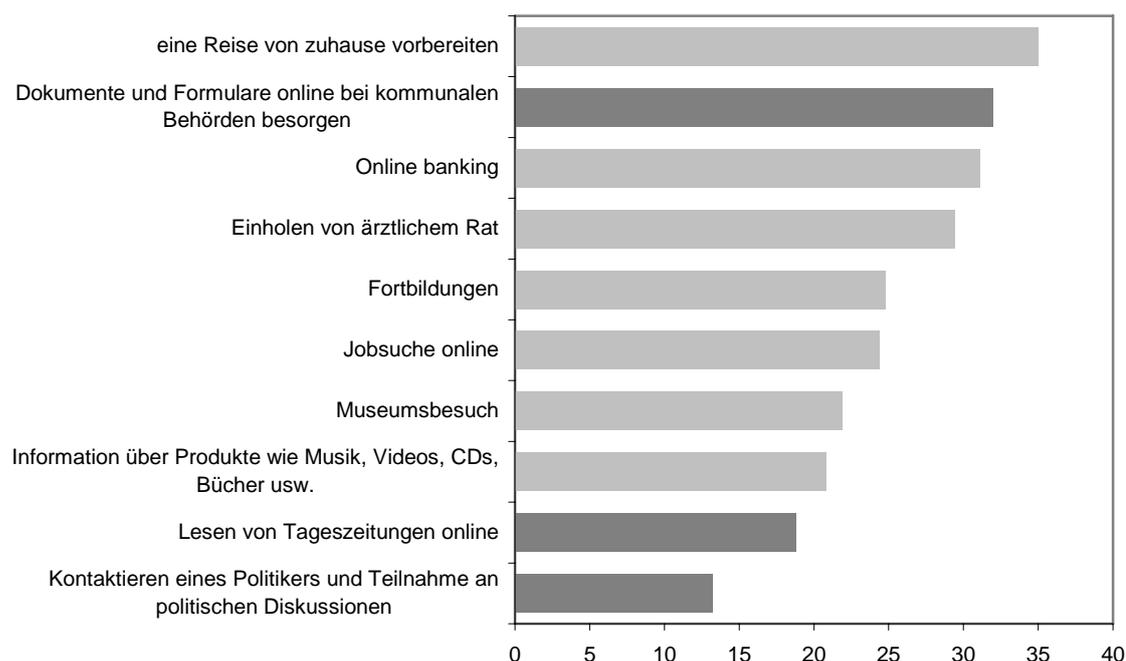
Angedeutet wird mit den Ergebnissen aus Abbildung 1 auch, dass bereits im Jahr 2000 die Illusion, das Internet werde zu einer Art griechischen Agora, ad acta gelegt war. Zwar ist unklar, was Besucher der Website einer Partei, der Kommune oder der Regierung dort genau machen, anzunehmen ist jedoch, dass es sich überwiegend um Informationsabruf handelt.

Abbildung 1: Online-Aktivitäten der Internetnutzer im Mai 2000 (in Prozent)



Quelle: Eurobarometer 53

Die Frage nach der Teilnahme an Diskussionsforen bzw. direkter Kontaktaufnahme mit Politikern wird im Eurobarometer 53 vom Mai 2000 gar nicht in Bezug auf manifestes Verhalten gestellt, sondern nur im Hinblick auf mögliches Interesse (siehe Abbildung 2). Doch selbst hier zeigt sich relativ geringes Interesse der Bürger an einer interaktiven Nutzung des Netzes zur politischen Beteiligung. Nur 13 Prozent der Befragten Deutschen ab 15 Jahren hatten im Mai 2000 überhaupt Interesse daran, einen Politiker online zu kontaktieren oder an politischen Online-Diskussionen teilzunehmen. Vergleichsweise gefragt ist hingegen die Möglichkeit, administrative Angelegenheiten mit Hilfe des Internets zu erledigen. Dies fanden immerhin 32 Prozent attraktiv.

Abbildung 2: Interesse an Online-Angeboten im Mai 2000 (in Prozent)

Quelle: Eurobarometer 53

2.2 Interaktivität

Gerade zu Beginn der Internet-Euphorie Anfang der 1990er Jahre wurde das Kriterium Interaktivität als das entscheidend Neue des Internets sehr stark in den Mittelpunkt gestellt. In Bezug auf die politische Kommunikation eröffnete gerade diese Interaktivität völlig neue Perspektiven bzw. nährte die Hoffnung auf die Verwirklichung „alter“ Ideen, die allein aus praktischen Gründen ohne ein interaktives Medium kaum zu verwirklichen waren. Die Bedeutung, die die Möglichkeit der Interaktivität für die Verwendung des Internets zum Zwecke der politischen Kommunikation hat, macht es nötig, sich eingehender mit dem Begriff zu beschäftigen. Dabei macht die Sichtung der Literatur zum Interaktivitätsbegriff deutlich, dass es keine griffige, allgemein akzeptierte Definition gibt (Höflich 1997: 95).

Der „Urzustand“ interaktiver Kommunikation ist das face-to-face-Gespräch zwischen Menschen. Die Frage ist nun, wann bei medienvermittelter Kommunikation von Interaktivität gesprochen werden kann. Auf der einen Seite wird zum Teil bereits die Auswahl bestimmter Inhalte aus einem größeren Angebot als interaktive und kommunikative Handlung verstanden (z.B. Heeter 1989), auf der anderen Seite gilt z.B. nach Rafaeli (1988) Kommunikation nur dann als vollständig interaktiv,

wenn beide Seiten aufeinander Bezug nehmen. Diese Bedingung ist allerdings selbst in persönlicher face-to-face-Kommunikation nicht immer erfüllt.

Nahezu alle Definitionen des Begriffs verweisen auf graduelle Abstufungen von Interaktivität. Rogers schlägt eine sehr weit gefasste Interaktivitätsskala vor, auf der sich Medien, angefangen bei den klassischen Massenmedien bis hin zu verschiedenen Internetanwendungen anordnen lassen (Rogers 1986: 34). Rafaeli unterscheidet lediglich drei Ebenen von Kommunikation: „two-way (non-interactive) communication; reactive (or quasi-interactive communication) in which later messages refer to, or cohere with earlier ones; and finally fully interactive communication requiring that both sides react to each other.“ (zitiert nach van Dijk 2000: 47).

Eine sehr ähnliche, recht enge Begriffsfassung von Interaktivität liefert auch van Dijk (2000: 47). Er unterscheidet vier aufeinander aufbauende Interaktivitätsstufen, die jeweils um eine Dimension von Interaktivität ergänzt werden, betrachtet aber anders als Heeter die Möglichkeit von „two-way communication“ als grundlegende erste Stufe. Er bezeichnet dies als die räumliche Dimension von Interaktivität. Die zweite Stufe sieht er erreicht, wenn nicht nur asynchrone, sondern auch synchrone Kommunikation möglich ist, denn so van Dijk, „clearly interactivity is damaged by asynchronous communication with too much time between action, reaction and reaction to reaction.“ (van Dijk 2000: 47). Es handelt sich hierbei um die zeitliche Dimension von Interaktivität. Auf der dritten Stufe, die van Dijk mit der Handlungs- und Kontrolldimension von Interaktivität verknüpft, ist neben der Möglichkeit des freien Rollentauschs zwischen Sender und Empfänger die gleichberechtigte Festlegung des Inhalts der Kommunikation durch die Kommunikationspartner entscheidend. Die höchste Stufe sieht er allerdings erst erreicht, wenn gegenseitiges Verstehen, in seinen Worten „intelligence of contexts and shared understanding“ erreicht wird (van Dijk 2000:47). In Bezug auf politische Kommunikation im Internet stellt er jedoch fest: „All current so-called interactive media get stuck somewhere at the second or third level of interactivity.“ (van Dijk 2000: 48).

Heeter (1989) fasst den Interaktivitätsbegriff dagegen sehr weit. Anders als Rogers geht sie davon aus, dass Interaktivität nicht nur eine, sondern insgesamt sechs Dimensionen umfasst: erstens, die Komplexität verfügbarer Wahlmöglichkeiten, zweitens, der vom Nutzer zu erbringende Aufwand, um an mediale Inhalte zu gelangen, drittens, Rückantworten auf Nutzeraktivitäten (von einer Person oder dem Sys-

tem), viertens, die Kontrolle der Informationsnutzung, fünftens, die Möglichkeit, Informationen hinzuzufügen und sechstens die Ermöglichung interpersonaler Kommunikation. Wenngleich Heeter mit dieser weiten Definition von Interaktivität nicht allein ist, hat sie doch einige Unschärfen: Interaktivität wird zum Teil als Eigenschaft des Mediums aufgefasst, zum Teil als Verhalten der Nutzer. Interaktivität im Sinne der ersten fünf Dimensionen ist keine interpersonale, sondern im Falle des Internets Mensch-Maschine-Kommunikation. Um mehr Klarheit zu schaffen, wird hier deshalb für eine differenziertere Fassung des Begriffs Interaktivität plädiert.

Goertz nähert sich einer solchen Differenzierung, indem er zunächst auf das Verständnis von Interaktion in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen hinweist. Während in der Soziologie, der Psychologie und der Pädagogik (und man könnte die Politikwissenschaft hinzufügen) Interaktion bezogen ist auf „wechselseitig aufeinander bezogene menschliche Handlungen“ (Goertz 2004: 98) bezeichnet die Informatik damit die Mensch-Computer-Interaktion, also die Bedienung eines Computers. „Im Verständnis der Informatik bezeichnet ‚Interaktion‘ immer das Verhältnis von Mensch und Maschine, nicht aber die Kommunikation zwischen zwei Menschen mittels einer Maschine.“ (Goertz 2004: 99). Gerade in dieser letzteren Bedeutung des „Mediums als Mittel“ der Kommunikation (Goertz 2004: 101) wird jedoch in der Kommunikationswissenschaft häufig der Begriff „interaktives Medium“ verwendet. Je besser es möglich ist, mittels eines Mediums eine face-to-face Kommunikation nachzubilden, desto interaktiver wäre dieses demnach. Allerdings findet sich auch in der Kommunikationswissenschaft die Verwendung des Begriffs „interaktives Medium“ im Sinne eines „Mediums als Partner“, das gekennzeichnet ist durch Nicht-Linearität, durch Hypertextualität, zumindest aber durch weitreichende Selektionsmöglichkeiten. In letzterem Sinne wird auch von interaktivem Fernsehen und interaktiven Computerspielen gesprochen. Bezogen auf das Internet wären damit auch Online-Angebote interaktiv, die keine Feedback-Funktionen, oder E-mail-Kontaktmöglichkeiten bieten. Bucher weist darauf hin, dass diese Unterscheidung zwischen „Medien als Mittel“ und „Medien als Partner“ schon deshalb sinnvoll ist, weil sich jeweils völlig unterschiedliche Forschungsfragen daraus ableiten. Werden Medien als „Mittel“ der Kommunikation betrachtet, so sei beispielsweise der Frage nachzugehen, inwiefern sich computervermittelte Kommunikation von face-to-face-

Kommunikation unterscheidet, des weiteren sei zu erforschen, ob es gelingt, Vertrauen oder eine Gruppenidentität herzustellen (Bucher 2004:136).

Der Unterscheidung zwischen „Medien als Mittler“ und „Medien als Partner“ sehr ähnlich ist auch die Differenzierung von Interaktivität bei Höflich. Er spricht von „Interaktion mit einem Medium“ und „Interaktion durch ein Medium“ (Höflich 2003: 90). Ersteres entspreche, so Höflich, dem Verständnis von Interaktion als Wechselseitigkeit (Höflich 2003: 90). Die Rolle des Interaktionspartners wird dabei vom Computer übernommen. Insofern ist auch die Selektion von Inhalten und der Abruf von Information als interaktives Handeln zu verstehen. Mit „Interaktion durch ein Medium“ meint Höflich hingegen die „synchrone und asynchrone Kommunikation mit konkreten Interaktionspartnern bzw. mit ausgewiesenen Medienidentitäten, wenn man hierbei berücksichtigt, dass auch unter Pseudonym mit anderen kommuniziert wird.“ (Höflich 1997: 99).

Bezüglich der Frage, inwieweit das Internet die politische Kommunikation der Bürger untereinander und mit politischen Akteuren verändert, meint Interaktivität in erster Linie, dass das Internet als „Mittler“ der Kommunikation zwischen Menschen dient und damit z.B. deliberative Diskussionen über politische Sachfragen orts- und zeitunabhängig ermöglicht. In der Praxis spielt jedoch die Bedeutung im Sinne eines „Mediums als Partner“ eine vermutlich mindestens ebenso große Rolle. So werden in den E-Government Programmen der Regierungen westlicher Demokratien v. a. die Möglichkeiten des Zugangs zu politisch relevanter Information und der Recherche als demokratisierende Anwendungen des Internets hervorgehoben. Die Bedeutung von Interaktivität als Austausch zwischen Menschen mittels des Computers zum Zwecke politischer Diskussion, Willensbildung oder Entscheidung spielt zumindest auf der Ebene der institutionalisierten Politik (noch) eine geringe Rolle.

Welche der beiden Bedeutungen von Interaktivität für die Demokratie wichtiger ist, kann kaum objektiv beantwortet werden. Vermutlich ist die entscheidende Qualität des unbestritten interaktiven Mediums Internet für die politische Kommunikation die Möglichkeit des medienbruchfreien Wechsels zwischen einer Interaktion mit und einer Interaktion durch den Computer bzw. einer Nutzung des „Mediums als Partner“ und des „Mediums als Mittler“. Auch in dieser Beziehung handelt es sich eben um ein Hybridmedium. Im Begriff „Informations- und Kommunikationsmedien“ (IuK-Medien) werden beide Verwendungsmöglichkeiten prägnant zusammengefasst. In

welchem Maße die Bürger jedoch das Internet überhaupt als politisches Medium wahrnehmen und ob diese Chance des fliegenden Wechsels von Informationssuche zu interpersonaler Kommunikation von den Bürgern genutzt wird, ist die empirische Frage, der in Kapitel 5 nachgegangen wird.

2.3 Ein Plädoyer für die Nutzerperspektive

Beispiele für unzutreffende Prognosen hinsichtlich der Verwendung neuer Technologien, nicht nur im Bereich der IuK-Technologien, gibt es zuhauf. Auf der einen Seite liegt die Schwierigkeit bei der Vorhersage von Anwendungsformen neuer Technologien häufig in der fälschlichen Annahme begründet, dass von den schier technischen Möglichkeiten auf ihre Verwendung geschlossen werden kann. Dies ist jedoch meist nicht der Fall. Auf der anderen Seite fehlt häufig aber auf Seiten der Wissenschaft auch die Fantasie, völlig neuartige Einsatzmöglichkeiten und Verwendungsformen vorherzusehen. Angezeigt scheint es in jedem Fall, den Blick so schnell wie möglich darauf zu richten, wie sich eine neue Technologie, in diesem Falle das Internet, in Abhängigkeit von bestehenden sozialen und gesellschaftlichen Normen etabliert. „Die entscheidende Frage ist [...], wie sich die neuen Kommunikationsformen im Alltag der Menschen und in der Gesellschaft institutionalisieren, wie sich Kommunikation dabei verändert und welche Konsequenzen daraus abgeleitet werden können“, konstatierte Krotz bereits 1997 (Krotz 1997: 111). Wenngleich sich inzwischen einige Studien dieser Frage widmen, so ist sie doch bei weitem noch nicht abschließend beantwortet und kann es wahrscheinlich auch nie sein. Das Internet wird in sehr vielen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in sehr unterschiedlicher Weise eingesetzt, sodass themenspezifische Studien notwendig sind. Zudem handelt es sich sowohl, was die technische Seite betrifft als auch, was die Größe und Zusammensetzung der Nutzerschaft betrifft, um ein ‚moving target‘. Eine kontinuierliche sozialwissenschaftliche Beobachtung ist also unabdingbar, um zum einen Spekulationen auf den Boden der Tatsachen zurück zu bringen, zum andern, um Entwicklungen frühzeitig wahrzunehmen. Eben diese beiden Ziele werden in der vorliegenden Arbeit verfolgt.

Aufgrund der oben beschriebenen Multimedialität des Internets und der daraus resultierenden Vielfalt der Kommunikationsformen ist es notwendig, internetgestützte Kommunikation zu differenzieren. Höflich führt zu diesem Zweck den Begriff des

„Medienrahmens“ bzw. spezifischer des „Computerrahmens“ ein: Von einem Medienrahmen kann gesprochen werden, wenn sich bestimmte Gebrauchsweisen eines Mediums für bestimmte kommunikative Zwecke etablieren. „Die einen Medienrahmen bestimmenden Grenzen und Möglichkeiten der Kommunikation sind allerdings nicht nur in einem technischen, sondern auch in einem sozialen Sinne zu verstehen; [...] Immer dann, wenn man sich für ein Medium entscheidet, um mit anderen in Kontakt zu treten, gehen damit Erwartungen eines medienadäquaten sozialen und kommunikativen Handelns der gemeinsam in die Mediensituation eingebundenen Handelnden einher.“ (Höflich 2003: 39) Mit weniger abstrakten Worten: Es entwickeln sich gesellschaftliche Erwartungen, zu welchen kommunikativen Zwecken das Internet überhaupt verwendet wird, welcher konkrete Computerrahmen, also welche Anwendung im Internet für einen bestimmten Zweck gewählt wird und welche Umgangsformen (z.B. sprachliche Ausdrucksweise, Netiquette) einzuhalten sind. Es entwickeln sich z.B. auch Erwartungen, in welcher Form und in welchem Zeitrahmen der Kommunikationspartner reagieren wird. Die Ausprägung solcher Medienrahmen ist eine Folge von Erfahrungen der Menschen mit einem Medium und seinen Verwendungsmöglichkeiten und kann deshalb nicht von heute auf morgen geschehen. Zudem sind einmal entstandene Rahmen nicht starr, sondern ständiger Veränderung unterworfen. Neueinsteiger müssen solche Regeln erlernen und sich ihnen anpassen.

Auch beeinflussen medienunabhängige gesellschaftliche Gegebenheiten die Etablierung von Medienrahmen. So entwickeln sich in verschiedenen Gesellschaften, aber auch in verschiedenen Gesellschaftsschichten durchaus unterschiedliche Medienrahmen bzw. verschiedenen Medienrahmen wird unterschiedliche Bedeutung zugemessen. Solche Rahmen sind nicht computer- oder internetspezifisch, sondern bestehen für alle Medien. Allerdings ist die entscheidende Besonderheit des Internets der problemlose Wechsel zwischen verschiedenen Rahmen. Höflich unterscheidet drei wesentliche Computerrahmen: den Computer als Abrufmedium, als Kontakt- und Diskussionsmedium sowie als Medium technisch vermittelter interpersonaler Kommunikation (Höflich 2003: 39). Diese Rahmen sind jeweils gekennzeichnet durch mehr oder weniger ausgeprägte Interaktivität und durch den Grad der Öffentlichkeit.

Das Konzept des Medien- bzw. Computerrahmens macht deutlich, dass die Bedeutung des Internets für die politische Kommunikation nur dann realistisch eingeschätzt werden kann, wenn empirisch untersucht wird, welche dieser Rahmen in welchem Ausmaß von welchen Nutzersegmenten verwendet werden. Inwieweit die Möglichkeiten der Interaktivität und der inhaltlichen Vielfalt des Internets bezüglich politischer Kommunikation ausgeschöpft werden, ist allerdings fraglich. „Bei dem (vernetzten) Computer als Hybridmedium können sich [...] weitaus trivialere Gebrauchsweisen sozial etablieren, als dies von Visionären einer neuen ‚elektronischen Agora‘ propagiert wird.“ (Höflich 1997: 104).

3. Partizipation, Kommunikation und Medien in unterschiedlichen Demokratiemodellen

3.1 Von der athenischen Polis zur Massendemokratie

Die Athenische Polis mit ihrem Marktplatz, der Agora, ist als Bild ein beliebter Ausgangspunkt für Arbeiten über die partizipationsfördernden Möglichkeiten, die das Internet bietet (Gellner et al. 1998: 7, Fuchs 2000). Sehr schnell folgt allerdings zumeist die ernüchternde Feststellung, dass es sich bei modernen Demokratien des 20. und 21. Jahrhunderts um völlig andere Gebilde handelt als bei der athenischen Polis. Die geographische Ausdehnung und die Bevölkerungszahl sind nur die augenfälligen Unterschiede. Zudem handelt es sich um hochgradig arbeitsteilige Gesellschaften, die durch komplexe Beziehungen zwischen den verschiedensten Akteuren gekennzeichnet sind. Dass in einer modernen Massendemokratie die Organisationsform eines griechischen Stadtstaates nicht praktikabel und realisierbar ist, kann kaum bestritten werden. Dahl (1989, 1994: 25) spricht in diesem Zusammenhang von der zweiten von drei Transformationen, die die Geschichte der Demokratie kennzeichnen: Die Übertragung der Idee Demokratie von kleinräumigen Stadtstaaten auf Flächenstaaten. Dies sei nur möglich gewesen durch die Akzeptanz des Konzeptes der Repräsentation. Was die antiken demokratischen Staatengebilde so faszinierend macht, dass sie bei vielen Diskursen über moderne Demokratieformen dennoch immer wieder herangezogen werden, ist die Art und Weise der Kommunikation, die auf dem athenischen Marktplatz möglich war. Aufgrund der Kleinräumigkeit konnten

alle Bürger (wie auch immer die Gruppe der Bürger definiert war) dem gesamten Entscheidungsprozess, von der Tagesordnung über die Diskussion bis zur eigentlichen Entscheidung beiwohnen und sich beteiligen (Fuchs 2000: 251ff.). Die zwei Elemente, die jede Demokratie in allerdings unterschiedlichen Formen und Ausprägungen, aufweisen muss, Kommunikation und Partizipation, sind in einem kleinräumigen Stadtstaat ohne große Schwierigkeiten umzusetzen. Dass in der athenischen Polis die beiden Elemente Kommunikation und Partizipation an den Entscheidungen noch viel enger verknüpft waren, wird schon daran deutlich, dass sie zu einem großen Teil am gleichen Ort stattfanden. In der modernen Demokratie sind sie für den Großteil der Bürger weit auseinander gerückt.

Die moderne Demokratietheorie ist daher wesentlich von der Tatsache geprägt, dass in einem bevölkerungsreichen Flächenstaat eine diskursive, im Idealfall face-to-face-Kommunikation zwischen allen Mitgliedern eines Demos ebenso unmöglich ist wie eine umfassende Partizipation Aller an allen Entscheidungen. Für den Großteil der Bürger einer Informations- und Mediengesellschaft findet Politik ausschließlich in den Medien statt, oder wie Beierwaltes es ausdrückt: „Es gibt keine Demokratie ohne Medien“ (Beierwaltes 2000: 9). Dennoch sind beide Elemente, Kommunikation und Partizipation, auch in einer modernen Demokratie unverzichtbar für einen demokratischen Entscheidungsprozess. Sie sind gewissermaßen auch wechselseitig bedingt. Kommunikation ist die Voraussetzung für Partizipation in zweierlei Hinsicht: Erstens ist sie notwendig um die Nachricht von der anstehenden Entscheidung zu übermitteln. Zweitens ist sie notwendig um die Informationen zu liefern, die es erst ermöglichen, eine kenntnisreiche Entscheidung zu treffen. Aber auch Kommunikation ist in gewisser Weise auf Partizipation(-smöglichkeiten) angewiesen. Ohne diese verliert sie ihren Zweck. Menschen tauschen sich aus und diskutieren, um letztlich zu Entscheidungen zu gelangen. Dies mag nicht auf jede menschliche Kommunikation zutreffen, wohl aber auf politische Kommunikation. Schwer vorstellbar ist jedenfalls ein System, das das Recht auf freie Meinungsäußerung anerkennt, aber die Bürger von jeglicher politischen Teilhabe ausschließt.

Bereits an der Tatsache, dass der Großteil der Bürger nur alle zwei oder drei Jahre durch Wahlen partizipiert, und diese Partizipation in der repräsentativen Demokratie „nur“ auf die Auswahl der Repräsentanten gerichtet ist, nicht auf Sachentscheidungen, wird deutlich, dass Kontrolle der Regierung durch das Volk, wenn die-

ser Begriff im weitesten Sinne als wirksame Kontrolle verstanden werden soll, zusätzlicher Mechanismen bedarf. Kontrolle ist aber nur möglich, wenn diejenigen, die kontrollieren sollen, informiert sind. Diese Information kann in einer modernen Demokratie nur über Massenmedien bereitgestellt werden. Allerdings sind selbst gut informierte Bürger kaum in der Lage, wirksame Kontrolle auszuüben, solange sie sich nicht über Kommunikation mit anderen auch Gehör in der Öffentlichkeit verschaffen können. Da Öffentlichkeit in einer modernen Demokratie wiederum zum großen Teil „Medienöffentlichkeit“ bedeutet, kommt auch hier den Medien eine Schlüsselrolle zu.

Aus dem bisher Gesagten wird deutlich: Wenn umfassende Partizipation in Nationalstaaten (und erst recht in supranationalen Staatsgebilden wie der EU) unmöglich ist, Demokratie andererseits aber nur durch Beteiligung fortbestehen kann, so stellt sich die Frage, wie viel davon nötig ist und in welchen Formen sie stattfinden kann und soll. Demokratische Partizipation und Kontrolle kann jedoch nur auf Basis von Information und Diskussion sinnvoll sein. In einer Massengesellschaft, in der dies nicht mehr in face-to-face-Austausch zu gewährleisten ist, muss auf die Massenmedien zurückgegriffen werden um diese Kluft zu überbrücken. Sie übernehmen damit eine vermittelnde Rolle, ähnlich wie es das Repräsentationsprinzip hinsichtlich der Partizipation tut. Dies scheinen mir die für das Thema dieser Arbeit relevanten Problemfelder der modernen Demokratietheorie zu sein. Im Folgenden soll daher zunächst geklärt werden, welche Ansätze die verschiedenen Demokratietheorien zur Lösung des Partizipationsproblems hervorgebracht haben. Im zweiten Schritt wird dann analysiert, welche Rolle Kommunikation, Öffentlichkeit und Medien in den jeweiligen Demokratiemodellen spielen.

3.2 Demokratietheorie und Partizipation

Es soll hier nicht um eine Aufarbeitung der modernen Demokratietheorie gehen. Diese ist an anderer Stelle in ausführlicher Form geleistet worden (siehe bspw. Wiesendahl 1981, Schmidt 2008). Gegenstand dieser Arbeit ist hingegen die Frage, ob die neuen Medien tatsächlich dazu beitragen können, Demokratie in irgendeiner Weise zu verbessern. Dies wäre der Fall, wenn sie entweder den Fortbestand sichern und stabilisierend wirken oder wenn sie dazu beitragen, das bestehende System demokratischer gestalten zu können. Geklärt werden muss also zuallererst, worin

eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes bestehen soll, was gleichsam das anzustrebende Ideal ist. In einem zweiten Schritt soll die Diskrepanz zwischen dem normativen Modell und der bestehenden bundesrepublikanischen Demokratie aufgezeigt werden. Erst vor diesem Hintergrund kann schließlich der Versuch unternommen werden, zu beurteilen, ob die neuen Medien, und in erster Linie das Internet, theoretisch und praktisch einen Beitrag zur Überbrückung dieser Diskrepanz zwischen Ideal und Realität leisten können.

Partizipation, zum Teil ist auch von Mitwirkung die Rede, ist eine der notwendigen Bedingungen für eine Demokratie. Diese Forderung enthalten selbst die kürzesten Definitionen von Demokratie. „Regierung durch das Volk“, „Selbstregierung des Volkes“ oder „Herrschaft des Volkes über das Volk“ – all diese Kurzformeln lassen über eine irgendwie geartete Beteiligung des Volkes keinen Zweifel. Auch in dem berühmten Ausspruch Abraham Lincolns aus der Gedenkrede von Gettysburg (1863), Demokratie sei „government of the people, by the people, for the people“ findet diese Forderung Ausdruck. Im Grundgesetz ist sie in Artikel 20 Absatz 2 Satz 1 („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“) enthalten. Welche Bedeutung Partizipation der Bürger für eine Demokratie hat, in welcher Form sie stattfinden soll und wie viel davon nötig, wünschens- und erstrebenswert ist, gehört allerdings zu den Kernstreitpunkten der verschiedenen Schulen der modernen Demokratietheorie.

Diese lassen sich in zwei grobe Richtungen einteilen. Auf der einen Seite sind die realistischen Ansätze zu finden, die davon ausgehen, dass eine Theorie der Demokratie die empirischen soziologischen Befunde zu berücksichtigen hat und keine in Wirklichkeit nicht erfüllten Bedingungen voraussetzen darf. Bei diesen steht die Stabilität eines demokratischen Systems im Mittelpunkt. Ihnen stehen auf der anderen Seite normative Theorieansätze gegenüber, die es nicht bei einer Zustandsbeschreibung bzw. deren Rechtfertigung und der Erklärung von Stabilität belassen wollen, sondern wertbehaftete Soll-Aussagen und Utopien als unvermeidlich für eine Theorie der Demokratie betrachten (Brodocz et al. 2006: 12, Schmidt 2008: 185).²

Auf diese grundlegende Unterscheidung zwischen realistischen und normativen Ansätzen der Demokratietheorie wird hier Bezug genommen, weil im Hinblick auf die Demokratierelevanz der neuen Medien die Konfliktlinie eben zwischen denen verläuft, die keine grundlegenden Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingun-

² Die Einteilung verschiedener Demokratietheorien in eine empirische und eine normative Schule ist nicht unproblematisch. Siehe zu dieser Diskussion Brodocz et al. (2006: 13) und Mayer (2009: 69ff.).

gen heraufziehen sehen, und denen, für die sich mit einem veränderten Medienangebot und neuen Formen der Mediennutzung die Rahmenbedingungen für die Entwicklung in Richtung der normativen Ideale verbessert haben.

3.2.1 Die realistische Demokratietheorie

Innerhalb der realistischen Schule – manchmal wird auch von deskriptiven (Sartori 1992: XII) oder revisionistischen (Schmidt 2008: 185) Theorien gesprochen - finden sich verschiedene Ansätze. Dazu gehört die Theorie demokratischer Elitenherrschaft, die eng mit den Namen Max Weber, Joseph Schumpeter, Seymour M. Lipset und Giovanni Sartori verbunden ist. Robert A. Dahls Beschreibung der westlichen Demokratien als Polyarchien kann ebenso als realistische Demokratietheorie bezeichnet werden wie die ökonomische Theorie der Demokratie von Anthony Downs und die Pluralismustheorie, die in Deutschland Ernst Fraenkel maßgeblich prägte. Gemeinsam ist diesen Schulen der Demokratietheorie eine ausgeprägte Orientierung an der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit der modernen westlichen Demokratien. Das heißt, sie akzeptieren die Existenz einer Elite der Herrschaftsausübenden gegenüber der breiten Masse des Volkes. Diese Akzeptanz beruht zum einen auf der Erkenntnis, dass Apathie gegenüber der Politik unter den Bürgern ein weit verbreitetes Phänomen ist, zum andern verbietet in den Augen der Realisten aber auch der Trade-Off zwischen Demokratie als Beteiligung möglichst vieler Bürger einerseits und der Effizienz der Entscheidungsfindung andererseits eine übermäßige Betonung von Partizipation (Dahl 1994). Im Gegensatz zur klassischen Elitentheorie wird jedoch in all den genannten Ansätzen eine prinzipielle Offenheit und Heterogenität der Eliten vorausgesetzt. Der Zugang zur politischen Elite darf nicht durch soziale Herkunft oder die Abwesenheit von Besitz versperrt sein. Allerdings ist die Zusammensetzung der Eliten in der Regel nicht repräsentativ für die Gesellschaft und sie muss es auch nicht sein. Die Rolle der Bürger ist in der Elitentheorie auf die Auswahl der um die Macht konkurrierenden Eliten durch regelmäßige Wahlen beschränkt. Für darüber hinaus gehende Teilnahmemöglichkeiten wird keine Notwendigkeit gesehen. Die Vertreter der Elitentheorie bezweifeln, dass die Masse des Volkes in der Lage ist, komplexe politische Sachverhalte beurteilen zu können und gehen des weiteren davon aus, dass der Großteil der Bürger auch gar kein Interesse an über das Wählen hinausgehender politischer Partizipation hat. Plebiszitären Elementen erteilt die Eli-

tentheorie eine klare Absage. Die Pluralismustheorie erkennt die tragende Rolle der Eliten ebenfalls an, nimmt jedoch zur Kenntnis, dass organisierte gesellschaftliche Interessen in Form intermediärer Organisation neben den Parteien eine tragende Rolle spielen. Verbände und Interessengruppen artikulieren Bedürfnisse und Anforderungen der unterschiedlichen Teile der Gesellschaft an das politische System. Die Entscheidungsbefugnis verbleibt jedoch bei den demokratisch legitimierten Eliten, die allerdings responsiv sein sollten, indem sie die Anliegen der Verbände und Interessengruppen im Diskussionsprozess berücksichtigen. Die realistischen Ansätze nehmen für sich in Anspruch, in weiten Teilen eine wirklichkeitsgetreue Beschreibung existierender Demokratien zu sein, denn für die überwiegende Mehrheit der Bürger geht die politische Betätigung tatsächlich selten über den Wahlakt hinaus, wie die empirischen Ergebnisse der politischen Soziologie immer wieder aufzeigen (Steinbrecher 2008). Allerdings beruht die Stabilität, die ja im Mittelpunkt realistischer Demokratietheorien steht, darauf, dass die Voraussetzungen der Offenheit und Zirkularität der Eliten auch erfüllt sind und das System generell die Unterstützung der Masse der Bürger genießt, die politische Apathie also als prinzipielle Systemzufriedenheit gedeutet werden kann. Ist dies nicht mehr der Fall, macht sich also in weiten Teilen der Gesellschaft Unzufriedenheit breit, dann ist auch die Stabilität der Demokratie gefährdet. Die Politikverdrossenheitsdebatte Anfang der 1990er Jahre ist ein Beispiel dafür, dass sich die politische und die gesellschaftliche Elite dieser Gefahr durchaus bewusst ist. Politikverdrossenheit, die sich in abnehmender Systemzufriedenheit und Systemunterstützung, in sinkenden Wahlbeteiligungsraten und negativer Medienberichterstattung über die Politik widerspiegelt, bezieht ihre Nahrung vor allem aus der Unzufriedenheit mit den politischen Eliten, den einzelnen Akteuren und den Parteien (Maier 2000: 169). In den konkurrierenden Eliten werden keine echten Alternativen gesehen. Zumindest Teile der Bürgerschaft besinnen sich in einer solchen Situation auf ein Demokratieverständnis, das über die Teilnahme an Wahlen hinaus geht und fordern weitere Partizipationsmöglichkeiten ein. Dabei wird es sich auch in einem derartigen Ausnahmezustand um aktive Minderheiten handeln, während die Masse politikfern bleibt. Die Frage ist jedoch, ob die Demokratietheorie nicht mehr anbieten muss als es die realistischen Ansätze tun.

3.2.2 Die normative Demokratietheorie

Ebendiese Meinung wird von den Vertretern normativer Demokratietheorien vertreten, die das Hauptdefizit der Realisten in einer zu starken Orientierung an bestehenden Verhältnissen sehen. „Die moderne Lehre [die realistische Demokratietheorie, Anm. d. Verf.] ist weniger ein Führer zu neuen Aktionen als die Festschreibung vergangener Leistungen. [...] Aus der Demokratie wird ein zu erhaltendes System, nicht ein anzustrebendes Ziel. Wer wissen will, wie es in Zukunft weitergeht, muss sich nach anderen Lehrern umsehen.“ (Davis 1975: 139). Die anzustrebenden Ziele, gewissermaßen das Ideal, deutlich zu machen, ohne dabei die Realität gänzlich aus den Augen zu verlieren, ist das Anliegen der Vertreter einer normativen Demokratietheorie, deren wichtigste Spielart die partizipatorische Demokratietheorie ist. Demokratie wird hier betrachtet als transitives System, für dessen Weiterentwicklung normative Aussagen unvermeidlich sind. Die partizipatorische Demokratietheorie ist herrschaftskritisch, d.h. sie hält am Ideal der Identität von Herrschern und Beherrschten fest, wenngleich aber auch sie Zugeständnisse an die Realität machen muss. Partizipation der Betroffenen an Entscheidungen ist sowohl der Weg als auch das Ziel einer Demokratie. Ziel ist sie, weil Demokratie „darauf gerichtet [ist], die Identität von Regierenden und Regierten herzustellen. Daher kann ein Staat nur dann (und nur in dem Maße) als demokratisch bezeichnet werden, wenn (bzw. indem) er einen möglichst großen Teil seiner Bürger an der politischen Willensbildung beteiligt und dem Prinzip nach jedem Bürger die Chance bietet, sich in diese Willensbildung einzuschalten.“ (Abendroth 1965: 74). Weg ist sie insofern, als Teilnahme „integraler Bestandteil politischen und moralischen Lernens“ (Wiesendahl 1981: 107) ist und nur politisch und moralisch urteilsfähige Bürger einer Demokratie letztlich Stabilität verleihen. In diesem Sinne wurde vor allem in den 1970er Jahren eine Demokratisierung nicht nur des politischen Bereichs angestrebt, sondern auch anderer gesellschaftlicher Teilsysteme wie der Arbeitsorganisation. Mehr Partizipation heißt für die Vertreter der Partizipatorischen Demokratietheorie, dass es ein „Mischverhältnis von direkt und indirekt demokratischen Elementen“ (Pelinka 1976: 38) geben muss. Zwar ist Repräsentation aus Effizienzgründen unvermeidlich, sie ist aber soweit wie möglich zu Gunsten von plebiszitären Elementen zurück zu drängen. Wenn Demokratie als nie fertiges, als immer weiter zu entwickelndes Projekt betrachtet wird, „muss [man] vielmehr weiter danach fragen, wie der Partizipationsanspruch unter den konkreten

Bedingungen der Gegenwart zu verwirklichen sei.“ (Gisela Zimpel 1972: 74). Damit richten die Vertreter des normativen Ansatzes das Augenmerk auf das dynamische Element einer Demokratie, dem in den realistischen Ansätzen wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die inzwischen lange Geschichte der Demokratie macht deutlich, dass der Begriff „Demokratie“ äußerst wandelbar ist und die konkrete Ausgestaltung dessen, was damit bezeichnet wird, von einer Reihe von Rahmenbedingungen abhängt. Gänzlich leugnen dies natürlich auch die Realisten nicht. Das wird z.B. deutlich, wenn Dahl von drei Transformationen spricht, die die Demokratie bislang durchlaufen hat. Ein moderner Flächenstaat benötigt eben ein anderes Demokratiekonzept als ein Stadtstaat und ein mit demokratischem Anspruch auftretender Staatenbund wie die EU muss die Legitimität seiner Entscheidung wiederum in besonderer Weise rechtfertigen. Doch selbst innerhalb eines Staates verändern sich die Rahmenbedingungen. Lipset stellte 1962 in seiner „Soziologie der Demokratie“ (1962: 68) die Bedingungen für Demokratie zusammen. Notwendig sind demnach ein offenes Klassensystem, materieller Wohlstand, ein egalitäres Wertesystem, eine kapitalistische Wirtschaft, Lese- und Schreibkunde und eine hohe Mitgliederzahl freiwilliger Organisationen. Allerdings ist diese Zusammenstellung weder als vollständig noch als unveränderlich anzusehen, sondern geprägt durch die Gegebenheiten der Zeit, in der sie entstand. Deutlich wird dies vor allem bei dem letzten Punkt, einer hohen Mitgliederzahl freiwilliger Organisationen. Während in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts diese noch gegeben war und sicherlich ein stabilisierendes Moment für die westlichen Demokratien darstellte, ist seit den 1980er Jahren eine abnehmende Organisationsdichte in der Bundesrepublik zu verzeichnen, die, wie immer wieder argumentiert wird, eine destabilisierende Wirkung auf die Demokratie hat. Die empirische Wahlforschung stellt die Frage „Das Ende der politisierten Sozialstruktur?“ (Brettschneider 2002) und kann zumindest eine Abschwächung der Bündnisse zwischen den durch Cleavages definierten und z.B. in Kirchen oder Gewerkschaften organisierten Bevölkerungsgruppen und den Parteien feststellen (Pappi 2002). Folge dieser abnehmenden Bindung zwischen Bürgern und Großorganisationen bzw. Parteien ist nicht nur ein unberechenbareres Wahlverhalten, sondern auch ein Verlust an Orientierung in der komplexen Welt der Politik. In eine ähnliche Richtung argumentieren auch die Verfechter der Sozialkapitalthese, deren bekanntester Vertreter, Putnam, die Bedeutung verbreiteten Engagements in freiwilligen Organi-

sationen für die Demokratie betont. Der Titel seines Buches „Bowling Alone“ (2000), in dem er nachzuweisen versucht, dass der Rückgang der Mitgliedschaften in Vereinen, Gewerkschaften usw. auch für die Demokratie nicht folgenlos bleibe, ist inzwischen zu einem Synonym für den als negativ beurteilten Rückzug ins Private geworden. Wenngleich die beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungen erschwerte Bedingungen für eine stabile Demokratie darstellen, so scheint es doch vorzeitig, deshalb ihren Untergang zu prognostizieren. Allerdings werden Veränderungen notwendig sein, um den Bedrohungen, die diese oder andere, zum Teil auch durchaus erwünschten Entwicklungen, mit sich bringen, begegnen zu können.

Der Erosion bislang als notwendig erachteter Bedingungen stehen auf der anderen Seite für die Demokratie günstige gesellschaftliche Entwicklungen gegenüber. So weist z.B. der empirische Zusammenhang zwischen demokratischen Einstellungen und Bildung auf der Individualebene darauf hin, dass ein gestiegenes Bildungsniveau, wie es seit dem zweiten Weltkrieg zu beobachten ist, stabilisierend wirkt. Auf der anderen Seite kann aber gerade durch die Bildungsexpansion auch Anpassungsdruck auf die Demokratie entstehen. Empirische Ergebnisse zeigen, dass hoch gebildete Bürger tendenziell nicht nur eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen, sondern auch vermittelt über ein ausgeprägtes Kompetenzgefühl, die so genannte internal Efficacy, und über die Herausbildung postmaterialistischer Wertorientierungen über die konventionelle Partizipationsform des Wählens hinausgehende Teilnahmeforderungen stellen (Inglehart 1977, siehe auch Beierwaltes 2000: S. 101). Sie wollen nicht nur über die Auswahl der politischen Elite mitbestimmen, sondern auch direkteren Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen.

Diskutiert werden muss in diesem Zusammenhang auch, ob die Entwicklungen im Mediensystem der Demokratie zu- oder abträglich sind, wobei sich eine einfache Antwort gleichsam von selbst verbietet. Auf die Demokratierelevanz von Medien geht der nächste Abschnitt näher ein.

3.3 Die Rolle von Öffentlichkeit und Medien in Demokratiemodellen

3.3.1 Die Relevanz von Medien in unterschiedlichen Demokratiemodellen

„Untersuchungen, die Medien zu ihrem Gegenstand machen, müssen sich im Klaren sein, dass ihr eigentlicher Gegenstand Kommunikation ist. Medien können nur über ihre Funktion, die Kommunikation zu vermitteln, eine Rolle spielen“ (Beierwaltes 2001: 15). Die Bedeutung der Medien innerhalb eines Demokratiemodells hängt also davon ab, welcher Stellenwert und welche Funktion der Kommunikation zugewiesen wird. In seiner Untersuchung über „Demokratie und Medien“ (Beierwaltes 2001) arbeitet Beierwaltes drei Dimensionen der Kommunikation in Demokratien heraus: Publizität, Responsivität, Diskursivität. Er untersucht drei einflussreiche Demokratietheorien, die Elitentheorie, die Pluralismustheorie, die wie bereits erwähnt den realistischen Demokratietheorien zuzurechnen sind, und die partizipatorische Demokratietheorie als normative Theorie darauf hin, welche Dimension der Kommunikation jeweils im Vordergrund steht. Während in der Elitentheorie Kommunikation und Öffentlichkeit lediglich die Publizitätsfunktion im Sinne eines Informationsflusses von oben nach unten zu erfüllen haben, muss die Pluralismustheorie auch Responsivität einfordern, die es Interessengruppen ermöglicht, Themen auf die Agenda zu bringen. Die partizipatorische Demokratietheorie baut darüber hinaus vor allem auf dem öffentlichen Diskurs auf.

Die verfügbaren Medientechniken haben dabei maßgeblichen Einfluss darauf, welche Dimensionen tatsächlich zu verwirklichen sind. So kommen die Strukturen der Massenmedien Fernsehen und Rundfunk, die meist monologisch aufgebaut sind, der Publizitätsfunktion entgegen. Sie dienen im Wesentlichen der Informationsbereitstellung. Allerdings ist selbst in einem Demokratiemodell, das sich mit der Publizitätsdimension zufrieden gibt, das Verhältnis zwischen Politik und Medien nicht unproblematisch. Die große Bedeutung der Medien in modernen Demokratien zusammen mit ihrer Funktionslogik drängt die politischen Akteure zu bestimmten Verhaltensweisen. Haben die Medien in der Theorie eine dienende Funktion gegenüber der Politik, so kehrt sich dieses Verhältnis zunehmend um. Die Kommunikationswissenschaft spricht von der Dependenzthese. Die Politik sei in Abhängigkeit zu den Medien geraten und passe sich deren systemimmanenter Logik an (Schulz 1997: 24f.). Personalisierung statt sachorientierter Information, die fernsehgerechte Formu-

lierung von Fünf-Sekunden-Statements für die Abendnachrichten und die zunehmende Bedeutung von Politainment (Dörner 2001) seien hier nur als einige Indizien für diesen Prozess genannt. Der Nachrichtenwert Prominenz führt zu einer Benachteiligung des Parlaments gegenüber der Regierung, sodass das Verständnis der Bürger für die jeweils spezifischen Aufgaben der Institutionen verloren zu gehen droht. Die Konzentration der Medien auf Konflikte zwingt der Politik einen dissenzorientierten Diskussionsstil auf, wodurch bei vielen Bürgern das Gefühl entsteht, der Wille zur Einigung durch Kompromisse und die Reformfähigkeit seien nicht mehr vorhanden.

Die Top-Down Struktur der Massenmedien, die der Publizitätsfunktion durchaus entgegen kommt, stellt eine Hürde für die responsive Dimension der politischen Kommunikation dar. Diese zielt auf die Chancen für gesellschaftliche Gruppen, Agenda-setting zu betreiben. Allerdings verbesserte die Expansion der Massenmedien die Bedingungen für einen Bottom-up Informationsprozess, weil dem sich erweiternden Kreis der Akteure auch immer mehr Raum zur Verfügung steht, um Anliegen öffentlich zu thematisieren. Zu beachten ist hier freilich, dass die erfolgreiche Platzierung eines Themas in der Öffentlichkeit nicht mit der Durchsetzung der gewünschten Entscheidung gleichzusetzen ist. Mehr noch als die Responsivität hängt die Diskursivität der Kommunikation von Medienstrukturen ab. Eine Reihe von Eigenschaften der Massenmedien verhindert bzw. erschwert diskursive Verständigung. Zu nennen ist hier die Asymmetrie von Hörer- und Sprecherrollen, ein begrenztes Zeitbudget bzw. begrenzte Kanalkapazität und die damit verbundene Gatekeeper-Rolle der Journalisten (Schulz 2008: 100) sowie die Bedeutung von Nachrichtenwerten wie Prominenz, die nicht zuletzt auf die Wettbewerbsstruktur des Mediensystems zurückzuführen sind (Beierwaltes 2000: 176ff.). Das Internet bietet zumindest technisch die Möglichkeit, einige dieser Einschränkungen aufzuheben. Für die Beurteilung der tatsächlichen Wirkungen neuer IuK-Technologien ist allerdings entscheidend, ob – und wenn ja, wie – diese die drei von Beierwaltes ausgemachten Dimensionen der Kommunikation, Publizität, Responsivität und Diskursivität, beeinflussen.

Das Bindeglied zwischen demokratisch legitimierten politischen Akteuren auf der einen Seite und den Bürgern bzw. zivilgesellschaftlichen Interessenvertretungen auf der anderen Seite ist die politische Öffentlichkeit im Sinne eines kommunikativen Raums bzw. eines intermediären Systems (Gerhards 1997: 3 und 9). Diese spielt

sowohl auf der Input- als auch auf der Output-Seite des politischen Systems eine wichtige Rolle. Welche Funktionen die politische Öffentlichkeit jedoch innerhalb des demokratischen Systems konkret übernehmen soll, ist vor allem eine normative Frage, die entscheidend davon abhängt, welches Demokratiemodell zugrunde gelegt wird. Welche Funktionen sie übernehmen kann, ist hingegen vor allem eine empirische Frage. Im folgenden Abschnitt soll beiden Fragen nachgegangen werden, indem zunächst geklärt wird, welche Aspekte der diffuse Begriff „Öffentlichkeit“ enthält, welche unterschiedlichen normativen Modelle von Öffentlichkeit die Diskussion dominieren und was Öffentlichkeit empirisch leistet.

3.3.2 Formen und Bedeutung von Öffentlichkeit

Weitreichende Veränderungen haben in den letzten drei Jahrzehnten im Mediensystem der Bundesrepublik stattgefunden. Nach der nahezu hundertprozentigen Verbreitung der Fernsehtechnik bereits in den siebziger Jahren wurde in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts mit der Einführung des Kabelfernsehens zunächst ein technischer, mit der Zulassung privater Sender aber auch ein bedeutender rechtlicher und organisatorischer Wandel der Medienlandschaft eingeleitet (siehe Meyn 1999: 167ff.). Das Mediensystem wird von Lipset in seiner Zusammenstellung der Bedingungen für eine Demokratie nicht einmal benannt (Lipset 1962). Seine Bedeutung für die Politik und damit auch für die Demokratie hat seit 1962, dem Jahr der Veröffentlichung von Lipsets Text, zweifellos zugenommen. In einer aktuelleren Auflistung demokratierelevanter Bedingungen würde es sicherlich nicht fehlen – ein Beispiel dafür, dass die gesellschaftliche und wirtschaftliche Basis einer Demokratie sich ständig wandelt und die Rahmenbedingungen für das politische System neu setzt. „Die Infrastruktur der Öffentlichkeit veränderte sich mit den Formen der Organisation, des Vertriebs und des Konsums einer erweiterten, professionalisierten, auf neue Leserschichten eingestellten Buchproduktion und einer auch in ihren Inhalten veränderten Zeitungs- und Zeitschriftenpresse; sie veränderte sich noch einmal mit dem Aufstieg der elektronischen Massenmedien, mit der neuen Relevanz der Werbung, mit einer zunehmenden Fusion von Unterhaltung und Information, der stärkeren Zentralisierung auf allen Gebieten, dem Zerfall des liberalen Vereinswesens, überschaubarer kommunaler Öffentlichkeiten usw. [...] Mit der Kommerzialisierung und der Verdichtung des Kommunikationsnetzes, mit dem wachsenden Kapitalauf-

wand für und dem steigenden Organisationsgrad von publizistischen Einrichtungen wurden die Kommunikationswege immer stärkerem Selektionsdruck ausgesetzt. Damit entstand eine neue Kategorie von Einfluß, nämlich eine Medienmacht, die, manipulativ eingesetzt, dem Prinzip der Publizität seine Unschuld raubte.“, so Habermas (1990: 27f.). Der Siegeszug des Internets seit Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts setzt den von Habermas beschriebenen Strukturwandel fort und führt zu einer weiteren Veränderung der Umwelt, in der demokratische Politik stattfindet, zumal das Internet nicht nur ein Informationsmedium ist, sondern viel weitergehende, bidirektionale Kommunikation ermöglicht. Habermas betont die problematischen Folgen dieses Strukturwandels durch die Entwicklung des Mediensystems bis in die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts für die Demokratie (Habermas 1990).

Im Folgenden soll dargestellt werden, welche Implikationen die neuen IuK-Technologien und vor allem das Internet für das Konzept Öffentlichkeit haben. Zu diesem Zweck wird zunächst der Begriff Öffentlichkeit, der in keiner Weise eindeutig definiert ist, näher beleuchtet. Im Wesentlichen beziehen sich die folgenden Aussagen auf Plake, Jansen und Schuhmacher, die einen zielführenden Beitrag zur Klärung des Verhältnisses von Internet und Öffentlichkeit geleistet haben (Plake et al. 2001). Plake et al. begreifen Öffentlichkeit als „Summe der Vorgänge, die für die Allgemeinheit von Bedeutung sind, als Kommunikation über Themen von allgemeinem Interesse oder als allgemein zugängliche[n] Raum“ (2001: 14).

Damit wird bereits deutlich, dass der Begriff Öffentlichkeit verschiedene Aspekte enthält. Erstens geht es in inhaltlicher Hinsicht um Ereignisse, die „für alle Angehörigen einer Gesellschaft oder einer Gruppe tatsächlich oder vermeintlich von Bedeutung“ (Plake 2001: 19) sind, also um die Relevanz dieser Ereignisse. Was als relevant gelten kann, ist jedoch bereits wieder je nach Blickwinkel zu differenzieren. Aus normativer Sicht kann das als relevant für die Öffentlichkeit gelten, was jeden angehen sollte, aus Sicht der Empiriker ist es dagegen das, was auch tatsächlich ein Publikum findet. Insofern wird der Begriff Öffentlichkeit häufig auch mit der Existenz eines Publikums gleichgesetzt. Dabei wird es jedoch nur in seltenen Fällen Ereignisse oder Vorgänge geben, die alle Mitglieder einer Gesellschaft interessieren. So wies bereits Converse (1964) auf das Phänomen der „issue publics“ hin, womit letztlich der Vorstellung von Öffentlichkeit, wie sie normativ verstanden wird, wei-

testgehend eine Absage erteilt wird. Ein zweiter Aspekt von Öffentlichkeit betrifft die Kommunikation. Jeder muss an der Kommunikation über öffentliche Ereignisse teilnehmen können, zumindest als Rezipient. „Hinsichtlich der ‚Massenkommunikation‘, die sich an ein disperses Publikum wendet, ist Öffentlichkeit schon von der Eigenart des Mediums her gegeben. Öffentlichkeit ist daher mit der Berichterstattung durch Rundfunk und Presse beinahe synonym“, so Plake et al. (2001: 19). Allerdings findet öffentliche Kommunikation in der Welt der Massenmedien in der Regel dergestalt statt, dass einer Minderheit von Kommunikatoren eine Mehrheit von Rezipienten gegenübersteht (one-way-Kommunikation). Was tatsächlich in die Medienöffentlichkeit gelangt, ist dabei von den ökonomischen Kriterien der Medienunternehmen, aber auch von persönlichen Kriterien der Journalisten determiniert (Schulz 2008: 87ff.). Was von den veröffentlichten Inhalten in welchen Teilen der Gesellschaft wahrgenommen wird, unterliegt wiederum den Selektionskriterien der Rezipienten, die wesentlich vom sozioökonomischen Status aber auch politischem Interesse sowie ideologischen Prädispositionen derselben beeinflusst sind (Klapper 1960: 15ff.).

Neben dem inhaltlichen und dem Kommunikationsaspekt ist drittens mit dem Begriff Öffentlichkeit ein räumlicher Aspekt verbunden. „Öffentlichkeit bedeutet, sofern von den Kategorien des Raumes ausgegangen wird, dass es sich um Orte handelt, die jeder kennt, die man gelegentlich aufsucht, um sie zu nutzen oder seinen Willen zu bekunden, möglicherweise auch um Einrichtungen, von denen jeder Gebrauch machen kann, damit aber auch um mehr oder weniger verdichtete soziale Strukturen.“ (Plake et al. 2001: 19f) Häufig wird diese räumliche Vorstellung von Öffentlichkeit gerade auch im Zusammenhang mit dem Internet metaphorisch verwendet. Deutlich wird dies an Bezeichnungen wie „Cyberspace“, „Domain“ oder „Site“ (Plake 2001: 19).

Eine entscheidende Frage in Bezug auf die Wirkung des Internets auf die Demokratie ist, ob es einerseits dazu geeignet ist, solche virtuellen öffentlichen Räume zu schaffen, die den normativen Ansprüchen besser gerecht werden als die durch die Massenmedien konstituierte Öffentlichkeit, bzw. ob es dazu geeignet ist, die Funktionen der schwindenden realen öffentlichen Räume zu übernehmen. Technisch bietet es eine ganze Reihe von in Kapitel 2 bereits genannten Kommunikationsmöglichkeiten, die über das, was die klassischen Medientechniken bieten können, hinausgeht. Ob es aber wirklich zu einer Erweiterung des politischen Kommunikationsraums im

Sinne einer Ausweitung der politischen Öffentlichkeit kommt, bedarf der Analyse der tatsächlichen Verwendung dieser Möglichkeiten. Sagen doch „die technischen Parameter [...] recht wenig über die Qualität der tatsächlichen *Öffentlichkeit* aus, die mit Hilfe des Internets erzeugt werden kann“ (Hervorhebung im Original, Anm. d. Verf., Marschall 1999: 119).

Die Netzoptimisten erkennen durchaus zumindest die Chance auf eine höhere Qualität der politischen Öffentlichkeit. Die Einschränkungen, die bei der obigen Beschreibung der drei Aspekte des Öffentlichkeitsbegriffs deutlich wurden, weisen bereits darauf hin, an welchen Stellen die Optimisten das Potenzial des Internets sehen. Im Zusammenhang mit den Inhalten, die als öffentlich charakterisiert werden können, wurde auf das Phänomen der Themenöffentlichkeiten hingewiesen. In einer lokalen Öffentlichkeit, die auf mediale Kommunikation verzichtet, können nur solche Themen eine Öffentlichkeit finden, die eine kritische Masse der dort Ansässigen interessiert. Im System der Massenkommunikation kann das Publikum für spezielle Themen zwar geographisch weit verstreut, muss aber immerhin so groß sein, dass es ökonomisch interessant ist, es zu bedienen. Durch das Internet wird es auch sehr kleinen, finanziell schwachen und/oder geographisch weit verstreuten Minderheiten möglich, ihre Themen ohne die Vermittlung von Massenmedien in die Öffentlichkeit zu bringen. Damit ist freilich noch nicht erreicht, dass diese auch von einem größeren Publikum wahrgenommen werden, sondern lediglich, dass eine Kommunikation stattfindet, die öffentlich ist und an der jeder teilnehmen kann. Generell kann das Internet genutzt werden, um die Selektionskriterien der Massenmedien, sei es ökonomischer oder ideologischer Art, die aus verschiedenen Gründen als unerwünscht angesehen werden, zu umgehen. In Bezug auf den räumlichen Aspekt von Öffentlichkeit besteht die Hoffnung, dass es möglich ist, virtuelle Räume zu schaffen, in denen kollektive Diskurse stattfinden können. Der öffentliche Raum, der durch das Internet entsteht, könnte sich wieder mehr als der durch die Massenmedien konstituierte öffentliche Raum dem Ideal der face-to-face-Kommunikation angleichen, die sich positiv auf die Gemeinschaftsbildung auswirkt (siehe Rheingold 1994).

Vor dem Hintergrund der als defizitär wahrgenommenen massenmedialen Öffentlichkeit wird mit dem Internet die Chance zur Konstitution von Gegenöffentlichkeit verbunden (Plake et al. 2001: 23). „Gegenöffentlichkeit“ bezeichnet Aktivitäten zur Verbreitung von Informationen und Meinungen, die – von einem medienkriti-

schen Ansatz ausgehend – die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf weitgehend unbeachtete, nichtsdestoweniger für die Allgemeinheit als bedeutsam angesehene Themen zu richten versuchen.“ (Plake et al. 2001: 25). Um eine solche Gegenöffentlichkeit herzustellen, kann zum einen mit Hilfe des Internets eine „alternative Öffentlichkeit“ geschaffen werden, die auf die profitorientierten Massenmedien verzichtet, ja diese umgeht. Zum anderen kann Gegenöffentlichkeit dadurch hergestellt werden, dass mittels Internet durch gezielte Aktionen die Aufmerksamkeit von Journalisten und damit die massenmediale öffentliche Berichterstattung erzwungen wird. Plake et al. sprechen in diesem Fall von „Kampagnenöffentlichkeit“ (Plake et al. 2001: 24ff.).

Sie unterscheiden ferner zwischen zwei Idealtypen von Öffentlichkeit, dem „Forum“ und der „Arena“. Ersteres ist zwar durch eine gewisse Kontinuität und die Organisation des äußeren Rahmens, ansonsten aber durch Offenheit gekennzeichnet. Diese Offenheit bezieht sich auf den Inhalt, auf den Zugang für die Teilnehmer und den Ablauf des Diskurses. Auch die Teilnehmer sind offen für Argumente und zur Veränderung ihrer Einstellungen bereit. Im Forum werden Argumente in sachlicher Art und Weise ausgetauscht, der Rollenwechsel zwischen Sender und Empfänger ist ein entscheidendes Merkmal der Forums-Öffentlichkeit. Dieser Wechsel der Rollen begrenzt auch das demagogische Potenzial, da derartigen Versuchen sofort Argumente entgegen gesetzt werden können. Die Öffentlichkeit des Forums entspricht weitgehend dem deliberativen Diskurs bei Habermas, der gekennzeichnet ist durch Bezugnahme aufeinander und ein hohes Rationalitätsniveau. Dagegen bezeichnet „Arena“ „zeitlich fixierte, in ihrem Ablauf und in ihren Inhalten geplante und organisierte Veranstaltungen in der Öffentlichkeit, wobei [...] eine Rollenverteilung zwischen Akteuren, das heißt vortragenden Kommunikatoren, und darauf reagierenden Zuschauern, gegeben ist.“ (Plake 2001: 31). Das Publikum erwartet ein bestimmtes Programm und einen reibungslosen Ablauf. Die Akzeptanz dieser Rollenverteilung geht vor allem darauf zurück, dass den Kommunikatoren ein Wissens- und Kompetenzvorsprung zuerkannt wird (Plake et al. 2001: 32). Plake et al. setzen die Öffentlichkeit der „Arena“ weitgehend gleich mit der durch Massenmedien konstituierten Öffentlichkeit und damit auch mit der Vorstellung von Öffentlichkeit in den systemtheoretisch inspirierten Spiegelmodellen (Jarren et al. 2006: 98ff.). Die Differenzierung von Gegenöffentlichkeit in „alternative Öffentlichkeit“ und „Kampagnenöffentlichkeit“ sowie die beiden Idealtypen „Forum“ und „Arena“ liefern sinnvolle Kate-

gorien für die empirische Analyse der Wirkungen des Internets im politischen Bereich. Die Bewertung der empirisch auffindbaren Wirkungen des Internets in Bezug auf diese Idealtypen der Öffentlichkeit hängt dann freilich von den normativen Prämissen ab.

In dem normativ weniger anspruchsvollen Konzept von Öffentlichkeit in den systemtheoretischen Spiegelmodellen wird lediglich Offenheit auf der Inputseite gefordert. Öffentlichkeit soll in der liberalen Öffentlichkeit, wie die systemtheoretischen Spiegelmodelle bei Gerhards (1997) auch genannt werden, vor allem Transparenz hinsichtlich der „Themen und Meinungen von kollektiver Bedeutung“ (Neidhardt 1994: 8) schaffen. Gerhards präzisiert die Aufgabe von Öffentlichkeit in den liberalen Spiegelmodellen: „Allein durch öffentliche Diskussion werden unterschiedliche Positionen für die Akteure und alle anderen transparent, auch wenn aus der öffentlichen Kommunikation keine höheren Konsenschancen erwachsen.“ (Gerhards 1997: 10). Diese Transparenz ist zum einen für das Elektorat wichtig, weil erst sie eine demokratische Rückkoppelung ermöglicht. Für die Akteure ist sie von Bedeutung, weil sie Klarheit darüber schafft, in welchen Punkten der Dissens so grundlegend ist, dass weitere Verhandlungen nicht lohnen bzw. welche Punkte kompromissfähig sind und bearbeitet werden können. Während und nach der Verarbeitung der Produkte der öffentlichen Meinung durch das politische System dient die Öffentlichkeit den politischen Akteuren schließlich dazu, „beabsichtigte Entscheidungen vorzubereiten, die Bürgerinnen und Bürger quasi einzustimmen, oder getroffene Entscheidungen so zu begründen, dass sie eine allgemeine Zustimmung erhalten.“ (Jarren et al. 2006: 99). Diese Vorstellung von Öffentlichkeit deckt sich mit der pluralistischen Demokratietheorie. Im Kontext der von Beierwaltes beschriebenen Dimensionen Publizität, Responsivität und Diskursivität stehen eindeutig die ersten beiden im Vordergrund. An die Verarbeitung der Themen und Meinungen im Kommunikationsprozess selbst werden in den liberalen Modellen keine normativen Anforderungen gestellt. Insbesondere Diskursivität, die ja ein hohes Maß an Interaktivität im Sinne von wechselseitigem Bezug voraussetzt, ist zur Erfüllung der Transparenzfunktion verzichtbar. In Bezug auf das Internet könnte also auch Öffentlichkeit in Form der Arena dem liberalen Öffentlichkeitsmodell dienlich sein, indem es z.B. kleineren und/oder benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen entweder durch erleichterte interne Kommunikation und Koordination den Weg in die massenmediale

Öffentlichkeit ebnet, oder indem es direkt als Plattform für die Veröffentlichung ihrer Interessen dient. Um letztlich Wirkung im politischen System zu erlangen, müssen allerdings Schnittstellen zu politischen Organisationen definiert werden (Donges et al. 1999: 104f.).

Transparenz spielt in den liberalen Modellen von Öffentlichkeit, wie oben deutlich wurde, nicht nur auf der Input-Seite eine Rolle, sondern auch auf der Output-Seite des politischen Systems. Dort befördert sie die Kontrolle des Handelns politischer Akteure durch Medien und Öffentlichkeit. Das Internet kann diese Transparenz beispielsweise dadurch erhöhen, dass die Positionen, die Aktivitäten und das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten protokolliert und zugänglich gemacht wird, wie dies seit Dezember 2004 über das Frageportal „abgeordnetenwatch.de“ bzw. „kandidatenwatch.de“ geschieht.³

In einem Diskursmodell der Öffentlichkeit, wie es Habermas als Vertreter einer partizipatorischen Demokratietheorie zugrunde legt, liegt die normative Latte deutlich höher. Zum ersten wird auf der Input-Seite, anders als in den systemtheoretisch begründeten Modellen, faktische Offenheit statt lediglich prinzipieller Offenheit verlangt. Niemand darf aufgrund sozialer Benachteiligung vom Zugang zur Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Das diskursive Modell strebt zudem eine vor allem durch individuelle Akteure bzw. Akteure der Zivilgesellschaft bestimmte Öffentlichkeit an. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Öffentlichkeitsmodellen liegt jedoch in der Phase der „Verarbeitung“ der Themen und Meinungen. Ihrer Validierungsfunktion (Jarren et al. 2006: 101) kann Öffentlichkeit nur dann gerecht werden, wenn der Diskurs auf Verständigung beruht, wenn argumentativ und aufeinander bezogen (also im Sinne von Rafaeli (1988) in hohem Maße interaktiv) kommuniziert wird. Online-Kommunikation in Form der Arena kann dies nicht leisten. In der Forums-Öffentlichkeit wäre zumindest die Voraussetzung einer egalitären Rollenverteilung gegeben. Ob die Online-Kommunikation den hohen normativen Ansprüchen diskursiver Modelle von Öffentlichkeit zumindest unter bestimmten Rahmenbedingungen wirklich entspricht, muss jedoch mittels empirisch-inhaltlicher Untersuchungen der tatsächlichen Kommunikationsabläufe überprüft werden.

Für die massenmediale Kommunikation fällt das Urteil nach empirischer Überprüfung skeptisch aus. Habermas hat selbst eingeschränkt, dass die deliberative Art

³ Siehe URL: http://www.abgeordnetenwatch.de/wir_ueber_uns-150-0.html (Stand: 10.7.2009)

der Willensbildung in einer Massengesellschaft nur ein Ausnahmeverfahren sein kann (Gerhards 1997: 5). Gerhards weist jedoch in einer inhaltsanalytischen empirischen Arbeit über die ein Vierteljahrhundert andauernde bundesrepublikanische Debatte über Abtreibung nach, dass selbst bei einem solchen Ausnahmethema das Diskursmodell von Öffentlichkeit die Realität nicht annähernd zutreffend beschreibt. Da dies von einem normativen Modell aber auch nicht geleistet werden müsse, untersucht Gerhards in dieser Arbeit in einem zweiten Schritt eine entscheidende Prämisse des Diskursmodells, nämlich die Annahme, dass zivilgesellschaftliche Akteure – und damit meint Habermas insbesondere spontan gebildete Assoziationen, gering organisierte informelle Akteure sowie einzelne Bürger (Gerhards 1997: 4) – auf einem höheren Rationalitätsniveau kommunizieren als die Akteure des politischen Systems selbst. Begründet wird diese Annahme damit, dass diese zivilgesellschaftlichen Akteure nicht unmittelbar an der Entscheidung beteiligt sind, dass sie frei von ideologischen Einengungen und dem Interesse von Organisationen selbst agieren können (Habermas 1989: 473, zitiert nach Gerhards 1997: 7). Auch diese Prämisse wird von Gerhards empirisch jedoch widerlegt: Es sind die Akteure des politischen Zentrums, die empirisch ein geringfügig höheres Rationalitätsniveau zeigen (Gerhards 1997: 29). Gerhards führt dies darauf zurück, dass z.B. Volksparteien, die ein Elektorat vertreten und auch halten wollen, das in seinen Präferenzen bezüglich einer Streitfrage eher heterogen ist, stärker gezwungen sind, Positionen zu begründen als spontan gebildete Interessengruppen, für die bestimmte Wertvorstellungen zu ihrer Identität gehören und die daher nicht hinterfragt werden (Gerhards 1997: 29).

Wenn mit Gerhards davon ausgegangen wird, dass „sich das Diskursniveau der Gesamtdebatte eher verschlechtern als verbessern würde, wenn die Akteure der Zivilgesellschaft tatsächlich die dominanten Akteure der Öffentlichkeit wären“ (Gerhards 1997: 31), bliebe als positive Wirkung für die Demokratie noch eine gemeinschaftsbildende Funktion diskursiver Verfahren. Auch im Zusammenhang mit dem Internet wird dies immer wieder diskutiert, empirischen Befunde dazu fehlen stehen jedoch noch aus. Die Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure im öffentlichen Raum sieht Gerhards denn auch vielmehr darin, dass sie auf Themen und Probleme aufmerksam machen, die von den politischen Akteuren des Zentrums nicht oder verspätet wahrgenommen werden (Gerhards 1997: 32). Damit ist er wieder bei einem liberalen Öffentlichkeitsmodell angelangt, in dem es vor allem darauf ankommt, Trans-

parenz – in diesem Falle auf der Input-Seite – herzustellen. Für das Internet hieße das, auch eine Erweiterung der Arenenöffentlichkeit könnte dazu beitragen, die Öffentlichkeit transparenter zu gestalten und damit, zumindest gemessen an den normativen Zielen eines liberalen Öffentlichkeitsmodells, zu verbessern.

Aber auch, ob das Internet wirklich geeignet ist, zu einer transparenten Öffentlichkeit beizutragen, ist durchaus umstritten. Dies wird vor allem im Hinblick auf den „information overflow“ immer wieder bezweifelt. Dieser macht es den Nutzern erstens schwer, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden, zweitens trägt er zu einer Fragmentierung der Öffentlichkeit bei, weil es keine gemeinsame Agenda mehr gibt. Diese Befürchtung liegt auf der Hand, wenn von der Vorstellung ausgegangen wird, dass in Zeiten des ausschließlich öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens ein Großteil der Menschen die gleichen wenigen Programme gehört oder gesehen hat. Die Agenda wurde fast ausschließlich vom Leitmedium Fernsehen bestimmt. Bereits durch die Einführung der privaten Fernsehstationen differenzierte sich mit dem Angebot auch die Mediennutzung (vgl. Marschall 1999: 114f.). Das Internet bedeutet im Vergleich dazu jedoch noch einmal einen Quantensprung: Im Extremfall hat jeder, der am Tag vorher online war, etwas anderes gesehen, gehört oder gelesen, selbst wenn es sich durchweg um politisch relevante Inhalte gehandelt hat. Das Verschwinden einer gemeinsamen Agenda sei damit gleichsam unausweichlich. Was diese Argumentation nicht berücksichtigt, ist jedoch die tatsächliche Art und Weise der Nutzung des Internets im alltäglichen Medienmix der Menschen. Die Nutzer surfen in der Regel nicht ziellos durchs Netz, sondern „tragen Relevanzstrukturen, die sich in beruflichen und privaten Zusammenhängen ergeben, an das Netz heran“ (Plake et al. 89). Die Selektion von Inhalten im Netz ist eine Folge persönlicher Kommunikation über relevante Online-Angebote, ist aber auch wesentlich geleitet durch die Orientierung, die die Massenmedien im Hinblick auf das Netz geben (z.B. durch Hinweise auf weiterführende Angebote im Internet innerhalb oder im Anschluss an Fernsehsendungen oder in Zeitungsartikeln). Damit weist das Internet „den traditionellen Medien, den periodisch erscheinenden Druckerzeugnissen und elektronischen Programm-Medien, neue Funktionen zu.“ Plake et al. vertreten damit die These, „dass den Massenmedien vom Typus der Arena eine Schlüsselfunktion für den Umgang mit dem Internet zukommt.“ (Plake et al. 2001: 89). Damit wäre die aus der Medienentwicklung bekannte Substitutionsthese ein weiteres Mal widerlegt. Statt

zu einer Ablösung der bisherigen Medien komme es zu einer „Spezialisierung auch der ‚alten‘ Medien, so dass schließlich verschiedenste Kommunikationsformen in einem System ihren Platz haben, das komplexer ist als das vorhergehende.“ (Plake 2001: 90). „Das Internet bildet neben der *face-to-face*-Kommunikation den Resonanzraum, in dem das, was durch andere Medien öffentlich gemacht wurde, eine vertiefende Diskussion und Reflexion erfährt.“ (Plake et al. 2001: 90, Hervorhebung im Original, Anm. d. Verf.).

Die traditionellen Massenmedien konstituieren im Wesentlichen Öffentlichkeit vom Typ der Arena, in der Relevanz in erster Linie durch Aktualität erzeugt wird. Dem Publikum vermitteln sie das Gefühl, an dem Geschehen teilzunehmen. Das Internet wird dagegen zum einen als Informationsspeicher wahrgenommen, zum anderen als Möglichkeit zur Anschlusskommunikation bezüglich der Themen, die von den Massenmedien auf die Agenda gesetzt werden. Im Idealfall, zumindest wenn diskursive Öffentlichkeitsmodelle die normative Grundlage bilden, findet diese Anschlusskommunikation in Form von deliberativen Diskussionen als Forums-Öffentlichkeit statt. Ob es sich dabei um Gegenöffentlichkeit handelt, ist eher zu bezweifeln, weil die Themen weiterhin von den Massenmedien bestimmt werden. Es besteht allerdings die Möglichkeit, Argumente einzubringen, die in den traditionellen Medien keine Beachtung finden. Auch Kopper sieht Chancen für den Abbau von Demokratiedefiziten in der „Selbstorganisation von Gruppen“ und dem „Aufbau von sogar weltumspannenden Netzwerken“, beklagt jedoch, dass „der Aufschwung derartiger Formen von Selbstorganisation und Vernetzung kein Äquivalent im Kontext der staatlichen Institutionen der modernen Demokratien findet.“ (Kopper 2005: 122). Er spricht damit die Anschlussfähigkeit der politischen Online-Kommunikation an die institutionalisierten Entscheidungsprozesse an, die nur durch Reformen der bestehenden repräsentativen Demokratie in Richtung des Modells einer partizipatorischen Demokratie gewährleistet werden könnten.

Das beschriebene Szenario einer Ergänzung der Massenmedien durch Online-Information und -Kommunikation stellt wohl den „Normalfall“ in der modernen Mediengesellschaft dar. Ob damit ein Gewinn für die Demokratie verbunden ist oder nur ein „geringer Mehrwert gegenüber dem hergebrachten Produkt oder Programm“ (Kopper 2005: 122) wird unterschiedlich beurteilt. Mit dem bestehenden institutio-

nellen Rahmen wird es sich vermutlich eher um inkrementelle als um revolutionäre Veränderungen für die repräsentative Demokratie handeln.

Die Frage ist, ob abweichend von diesem „Normalfall“ das Internet auch dazu taugt, politische Anliegen aus der Zivilgesellschaft heraus auf die Agenda und damit in die Arena zu bringen, ob es also tatsächlich auch als Gegenöffentlichkeit fungieren kann, indem es Themen eine Chance verschafft, die die Massenmedien ignorieren und damit zu mehr Transparenz bezüglich gesellschaftlicher Forderungen an die Politik beiträgt. Plake et al. bejahen diese Frage: „Die „Öffentlichkeit“, die durch das Internet konstituiert wird, ist – so die hier vertretene These – als ein Raum zu begreifen, in dem prinzipiell die Emergenz von Themen möglich ist.“ (Plake et al. 2001: 95, Hervorhebung im Original, Anm. d. Verf.).

In der Darstellung der Sichtweise von Plake et al. wurde bereits deutlich, dass die Massenmedien und das Internet bei der Konstruktion von Öffentlichkeit im „Normalfall“ ineinander greifen. Eine Differenzierung zwischen „alten“ und „neuen“ Öffentlichkeiten, wie es der Titel eines Beitrags von Marschall aus dem Jahr 1999 suggeriert, geht damit an der Realität vorbei. Das macht Marschall selbst deutlich, nachdem er die Verschränkungen zwischen traditionellen Massenmedien und dem Internet aufzeigt (1999: 120). Während Marschall sehr vage von einem „wechselseitigen Agenda-Setting“ zwischen traditionellen Massenmedien und dem Internet spricht (1999: 122), sind Donges und Jarren eher skeptisch, dass es gelingt, aus der Online-Kommunikation heraus Themen auf die politische Agenda zu bringen. Sie gehen von einem „traditionellen“ Drei-Ebenen-Modell der Öffentlichkeit nach Neidhardt aus, das aus Encounter, Themen- und Medienöffentlichkeit besteht (Donges et al. 1999: 91ff., Jarren et al. 2006: 103ff.). Die Encounter-Ebene meint „spontane Kommunikation auf öffentlichen Plätzen, am Arbeitsplatz oder im Wohnbereich“, die eher zufällig stattfindet und räumlich, zeitlich und sozial beschränkt bleibt (Donges et al. 1999: 91). Aus den Spontanöffentlichkeiten eines Ortes oder eines Betriebs können sich jedoch spontane Themenöffentlichkeiten herausbilden, die sich wiederum in Organisationen verstetigen können. „Unter Themenöffentlichkeit sind thematisch zentrierte Interaktions- oder Handlungssysteme zu verstehen, bspw. in Form von Veranstaltungen oder Demonstrationen.“ (Donges et al. 1999: 91). Die Rollen als Sprecher oder Publikum sind relativ ausgeprägt und werden seltener gewechselt als in der Encounter-Öffentlichkeit. Themenöffentlichkeiten werden von Journalisten

systematisch beobachtet, sodass aus ihnen heraus Themen durchaus auch auf die dritte Ebene, nämlich in den Bereich der Medienöffentlichkeit gelangen. Dass die Selektionsbarrieren zwischen den Ebenen überwunden werden können „scheint aus strukturellen Gründen wenig erwartbar“, so Donges et al. (1999: 94). Im Zusammenspiel mit anderen, sichtbaren Kommunikationsformen (wie z.B. Demonstrationen), könnte das Internet jedoch bei der Interessenartikulation, insbesondere bei der Koordination und Organisation von gesellschaftlich relevanten Interessen, eine wichtige Rolle spielen. Deutlich wird auch hier wieder, dass die Verschränkungen zwischen Massenmedien und Online-Kommunikation, insbesondere auf der Ebene von Themenöffentlichkeiten, die Komplexität von Agenda-Setting-Prozessen sicherlich erhöhen. Die Chance für Themen, die bisher durch das Selektionsraster gefallen sind, nun über das Internet auf die politische Agenda zu kommen, ist vermutlich nicht allzu hoch zu veranschlagen. Dennoch ist weiter zu beobachten, ob, und wenn ja, unter welchen Bedingungen, sich im Internet aus der Zivilgesellschaft heraus unter weitgehender Umgehung traditioneller Themen- sowie massenmedialer Öffentlichkeiten Gegenöffentlichkeiten bilden. Die empirischen Befunde dazu sind bislang rar.

3.4 Defizite der bundesrepublikanischen Demokratie

3.4.1 Politikverdrossenheit und Mediamalaise

Wie oben gezeigt wurde, ist eine funktionierende Demokratie untrennbar mit Medien verbunden. Allerdings ist die Vorstellung direkter Medienwirkungen auf einzelne Einstellungen, wie sie in den Anfängen der Medienwirkungsforschung im Stimulus-Response-Modell dominierte, inzwischen komplexeren Modellen gewichen, die im Wirkungsprozess intervenierende Größen wie bereits vorhandene Einstellungen oder die Einbindung in soziale Netzwerke berücksichtigen und vermehrt auf die langfristigen Wirkungen abzielen (Donsbach 1991: 19, Severin et al. 1992: 247ff.). Eine solche langfristige Wirkung kommt den Medien als Sozialisationsagenten zu (Schulz 2008: 155ff.), die Wissen, aber vor allem auch affektive Bindungen an die politische Gemeinschaft, vermitteln. Unbestritten ist außerdem, dass die Medien insbesondere die Funktion übernehmen, eine gemeinsame gesellschaftliche Realität zu definieren (Schulz 1989). Sie selektieren und interpretieren relevante Ereignisse und Informati-

onen und beeinflussen somit die politische Agenda (Iyengar et al. 1982). Der Selektionsprozess auf Seiten der Medien bzw. Journalisten wird dabei von einer Vielzahl unterschiedlicher Kriterien geleitet. Neben Eigenschaften des Ereignisses, den sogenannten Nachrichtenfaktoren, spielen spezifische politische Vorlieben der Journalisten, die in der News-Bias-Forschung untersucht werden, aber auch Eigenschaften des jeweiligen Mediums und ökonomische Zwänge im Medienmarkt eine bedeutsame Rolle. Inwiefern dieser komplexe Selektionsprozess funktionale oder dysfunktionale Folgen für das Funktionieren der Demokratie hat, ist eine der wichtigsten Fragen der politischen Kommunikationsforschung (Schulz 1989, Kepplinger 1998, Schulz 2008: 13, Sarcinelli 2009: 115ff.).

Mit der in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts aufkommenden Debatte um eine zunehmende Politikverdrossenheit in Deutschland hat diese Frage verstärkt an Relevanz gewonnen. Als dysfunktionale Eigenschaften der medialen Berichterstattung wurde von Donsbach die Zunahme von Negativismus und Personalisierung, die Betonung von Skandalen, die Vernachlässigung wichtiger Sachthemen, eine narrative statt einer problemorientierten Darstellung, sound-bite-Berichterstattung, horse-race-Journalism und der Missbrauch von Meinungsumfragen ausgemacht (Donsbach 1993: 253). In einem umfangreichen Literaturüberblick listet Wolling (1999: 44f.) weitere Defizite auf, die sich insbesondere auf die Berichterstattung im Fernsehen beziehen. Unter anderem nennt er die zeitlichen Restriktionen, die zu einer Vernachlässigung von Hintergrundinformationen führen, den Zwang zur Visualisierung, der die substanzielle Wichtigkeit der Verfügbarkeit attraktiven Bildmaterials unterordnet und die geringe Zeit, die dem Zuschauer zum Verarbeiten des Gesehenen bleibt. Aus Fairness-Erwägungen würden häufig alle Kontrahenten gleichermaßen zu Wort kommen, auch wenn die Stärkeverteilung der Lager unterschiedlich sei (Wolling 1999: 44). Diese Defizite der medialen Berichterstattung tragen, so die These, neben anderen Ursachen wie dem sozialen Wandel und dem Wertewandel, veränderten Ansprüchen an die Politik und tatsächlichen Performanzdefiziten zur Unzufriedenheit mit der Politik bei. Die zunehmende Unzufriedenheit mit der Politik in der deutschen Bevölkerung wird dabei unter anderem zurückgeführt auf die Entwicklung des Privatfernsehens seit den achtziger Jahren, die zu einer veränderten Politikdarstellung und einem Rückgang des Anteils politischer Informationssendungen am Gesamtprogramm geführt habe (Maurer 2003: 70). Ins

Blickfeld rückte dabei die von Robinson in den USA entwickelte Videomalaise-Hypothese, die besagt, dass die spezifische Darstellung von Politik im Fernsehen, zusammen mit der hohen Glaubwürdigkeit, die dem Fernsehen zugemessen wird, und der spezifischen Nutzerstruktur zu einer politischen Entfremdung der Nutzer politischer Informationen im Fernsehen führt. Andere Autoren gehen nicht nur für das Fernsehen, sondern für die Massenmedien generell von negativen Effekten auf politische Einstellungen und politische Partizipation aus, da auch Printmedien unter wachsendem Wettbewerbsdruck zunehmend zu Negativismus, Dramatisierung, Personalisierung usw. neigen und sprechen von Mediamalaise als Verallgemeinerung der Videomalaise-Hypothese (Newton 1999: 579, Wolling 1999, Schweiger 2007: 277). Ab Ende der neunziger Jahre entstanden mehrere empirisch gestützte umfangreiche Forschungsarbeiten, die zum einen verschiedene Dimensionen der Politikverdrossenheit herausarbeiteten, zum anderen die Ursachen und die Folgen detailliert beleuchteten (Wolling 1999, Maier 2000, Arzheimer 2002, Maurer 2003). Wolling und Maurer widmeten ihre Aufmerksamkeit dabei insbesondere der Rolle der Massenmedien bei der Entstehung von Politikverdrossenheit. Wolling kommt in einem umfangreichen Literaturüberblick zu dem Ergebnis, dass Zusammenhänge zwischen Mediennutzung und einem positiven Politikbild sich in der Regel auf die Informationsnutzung in Tageszeitungen beziehen (Wolling 1999: 89). Dennoch stellt Maurer fest, auch Vielseher politischer Information seien – wenn auch in geringerem Maße als Vielleser – politisch interessierter und weniger entfremdet als Wenigseher politischer Informationen (Maurer 2003: 68). In erster Linie spielt demnach weniger die Mediengattung die entscheidende Rolle als vielmehr der Medieninhalt, nämlich die Nutzung politischer Information im Gegensatz zu Unterhaltung (Maurer 2003: 70). Es kann also von einer mobilisierenden Wirkung informationsorientierter Zeitungs- und TV-Nutzung ausgegangen werden. In zweiter Linie kann die medienspezifische Darstellungsform aber dennoch zu differenziellen Wirkungen führen, da zwischen Viellesern und Vielsehern politischer Informationen doch ein Unterschied im Niveau politischer Entfremdung besteht. Dieser Schluss ist zumindest dann gerechtfertigt, wenn Drittvariablen wie Bildung und politisches Interesse der Nutzerschaft kontrolliert werden.

Noch tiefer geht die Frage nach den Effekten der Politikdarstellung einzelner Medien bzw. ganz bestimmter Sendungen oder Artikel auf Politikverdrossenheit.

Maurer behandelt sie unter dem Stichwort „Politikdarstellungshypothese“ (Maurer 2003: 73ff.). Demnach ist für Einstellungen gegenüber dem politischen System und seinen Akteuren relevant, welche Interpretationsmuster von den Medien mitgeliefert werden. Schulz macht darauf aufmerksam, dass die Wirkung von Medien weniger darin besteht, Faktenwissen zu vermitteln und spezifische politische Einstellungen punktuell zu verändern. Vielmehr legen kognitionspsychologische Erkenntnisse über den Menschen als „kognitiven Geizhals“ nahe, dass Menschen mit Hilfe der Medien ihr Politikbild konstruieren, also Vorstellungen über die Realität entwickeln (Schulz 2008: 175ff.). Dabei spielen Bewertungen der Medien sowohl was die Bedeutung bestimmter Sachfragen und Probleme als auch die Beurteilung von Parteien und Politikern anbelangt, eine wichtige Rolle. Wolling (1999) wie auch Maurer (2003) stellen in diesem Zusammenhang insbesondere den Negativismus der massenmedialen Berichterstattung in den Fokus ihrer Untersuchungen und ziehen dazu auch Inhaltsanalysen von Medien heran. Ihre Ergebnisse stützen zumindest in Teilen die These, dass die Rezeption negativer Medieninhalte signifikante Effekte auf politische Einstellungen hat (Wolling 1999: Maurer 2003: 246). Nach Wolling sind dies insbesondere Medieninhalte, in denen es um wirtschaftliche Aspekte geht (Wolling 1999: 232). Als Fazit seiner empirischen Untersuchung beurteilt Maurer auch die Medieninhalts-hypothese neu: „Für die Annahme, dass politische Informationen in den Massenmedien – unabhängig von ihrer Tendenz – generell eine mobilisierende Wirkung haben (Medieninhalts-hypothese), spricht [...] wenig. Selbst positive Beiträge in den Massenmedien mobilisieren die Rezipienten kaum. Negative Beiträge haben erst recht keine mobilisierende Wirkung. Dies deutet darauf hin, dass die Zusammenhänge zwischen der regelmäßigen Nutzung politischer Informationen in den Massenmedien und positiven Urteilen über Politik, die in empirischen Studien ermittelt wurden, die die Ursachen der Rezipientenurteile über Politik an einzelnen Zeitpunkten untersucht haben, kein Hinweis auf Medienwirkungen sind. Man kann vielmehr annehmen, dass die Zusammenhänge durch dritte Variablen verursacht sind, oder umgekehrt die positiven Urteile über Politik die Ursache einer intensiven Nutzung politischer Informationen sind.“ (Maurer 2003: 247). Die gleiche Argumentation findet sich auch bei Schweiger (2007: 279).

Fällt schon eine Beurteilung der Nutzung klassischer Massenmedien im Hinblick auf politische Unzufriedenheit schwer, so potenziert sich dies für das Internet,

in dem zunehmend alle bisher bekannten Mediengattungen konvergieren (Schweiger 2007: 58, 343ff), noch einmal deutlich. Im Internet sind die Inhalte der Printmedien genauso abrufbar wie Aufzeichnungen von Fernsehnachrichten (z.B. der „Tageschau“ oder „heute“). Auf Eingangsportalen, z.B. bei E-mail-Anbietern oder Suchmaschinen, werden politische Nachrichten als verlinkte Schlagzeilen angeboten. Zudem findet man aber zu jedem Thema eine Fülle von Informationen unterschiedlicher Qualität und Tiefe und Kommentare und Diskussionen aller politischen Couleur. Die für das Fernsehen charakteristischen Restriktionen wie die Vernachlässigung von Hintergrundinformationen oder der Zwang zur Visualisierung fallen jedoch weitgehend weg. Selbst wenn von den Fernsehanstalten Inhalte aus ihrem Programm online bereitgestellt werden, finden sich zu diesen meist auf den Webseiten der Sender weitergehende Informationen im Text- oder Audioformat und natürlich hat der Internetnutzer die Möglichkeit, medienbruchfrei zu anderen Angeboten zu wechseln. Diese Medienkonvergenz durch das Internet lässt es fraglich erscheinen, ob die heute üblichen Mediengattungsvergleiche zwischen Print, TV und Internet die Realität der Nutzer überhaupt adäquat erfassen. Zumindest erfordert die empirische Untersuchung von Folgen der Internetnutzung für politische Einstellungen und Politikverdrossenheit erst recht das, was Wolling und Maurer bereits für die Wirkungsforschung bezüglich der klassischen Massenmedien fordern, nämlich auf der einen Seite Inhaltsanalysen und auf der anderen Seite genaue Daten über die genutzten Inhalte auf individueller Ebene. Davon ist die wissenschaftliche Forschung jedoch noch weit entfernt. Auch für diese Arbeit liegen entsprechende Daten nicht vor. Für die Phase bis 2005, die im empirischen Teil dieser Arbeit untersucht wird, kann mit einiger Berechtigung noch die Annahme getroffen werden, dass es sich bei politischer Information im Netz primär um textbasierte Information handelt (Schweiger 2007: 266), dass also die Darstellungsmöglichkeiten eher denen der klassischen Printmedien entsprechen – allerdings erweitert sind durch die Hypertextualität sowie quasi unbeschränkten Platz. Demzufolge kann man annehmen, dass die Informationsumgebung, auch durch die (noch verstärkten) Selektionsmöglichkeiten sowie die erforderliche eigene Aktivität der Nutzer, eher der der Printmedien entspricht und die Wirkung politischer Informationsnutzung im Internet auf politische Einstellungen und politisches Verhalten somit auch eher mit der Wirkung von Printmedien gleichgesetzt werden kann. Mit Blick auf die Ergebnisse der Literaturüberblicke von Wol-

ling und Maurer, nach denen die Rezeption politischer Informationen in allen Medien eher mit gering ausgeprägter Politikverdrossenheit einhergeht, ist zu erwarten, dass auch die Rezeption von politischen Informationen im Internet tendenziell mit höherer Zufriedenheit korreliert.

Selbst, wenn man aber davon ausgeht, dass das Internet aufgrund seiner medialen Eigenschaften mindestens in gleichem Ausmaß wie Printmedien dazu geeignet ist, politischer Entfremdung entgegen zu wirken – wobei in Bezug auf die Kausalität sicherlich Zurückhaltung angebracht ist –, ist die Beurteilung seiner (potenziellen) Wirkung auf die Zufriedenheit der Bürger mit Politik stark davon abhängig, welche Bevölkerungsgruppen mit welchem Nutzungsverhalten der klassischen Medien das politische Online-Angebot tatsächlich nutzen.

3.4.2 Sinkende Wahlbeteiligung

Seit Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts sind sinkende Wahlbeteiligungsraten auf allen Ebenen des politischen Systems zu beobachten (Steinbrecher et al. 2007: 1ff.). Die angeführten Gründe sind vielfältig und schließen einander nicht aus. Weitgehend unumstritten ist, dass die gesellschaftliche Modernisierung tendenziell mit niedrigeren Wahlbeteiligungsraten einhergeht (Steinbrecher et al. 2007: 5). Eine wesentliche Ursache dafür ist die für postindustrialisierte Gesellschaften typische Auflösung von in sich weitgehend homogenen und abgeschlossenen sozialen Milieus als Folge eines Anwachsens der so genannten „Neuen Mitte“ und einer Säkularisierung moderner Gesellschaften (Schoen 2005: 159, 181). Zwar hat die Prägekraft bei den Kernklientelen wie der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft oder den katholischen Kirchgängern nur geringfügig abgenommen (Schoen 2005: 182), die Verbindungen zwischen Sozialstruktur und politischen Parteien werden aber dennoch schwächer und instabiler, weil diese Kernklientele schrumpfen und die Parteien sich in der Folge auch anderen gesellschaftlichen Gruppen öffnen müssen. Der Anteil von Menschen mit einer Parteiidentifikation, also einer stabilen, affektiven Bindung an eine Partei, sinkt – eine Entwicklung, die im Begriff des „Dealignment“ ihren Ausdruck findet (Dalton 1984: 14, siehe zusammenfassend für Deutschland Schoen et al. 2005: 222f.). Folge der gesellschaftlichen Modernisierung ist auch eine gestiegene geographische Mobilität, die Menschen zum einen aus organisatorischen Gründen vom Wählen abhalten kann, die zum anderen aber auch häu-

fig negative Auswirkungen auf die Einbindung in die lokale politische Gemeinschaft hat, was wiederum mit geringer Kenntnis der örtlichen Kandidaten nicht nur bei Kommunal- und Landtagswahlen, sondern auch bei Bundestagswahlen einhergehen kann. Die Individualisierung als weitere Folge von Modernisierung führt zudem zu einem Nachlassen der sozialen Kontrolle der Wahlteilnahme und nachlassendem sozialen Druck, zur Wahl zu gehen.

Als Folge der Modernisierung gilt auch ein Wandel individueller Werteorientierungen, die in einem gesellschaftlichen Wertewandel (Klein 2005: 425) resultieren. Großen Einfluss erlangte in diesem Zusammenhang die Postmaterialismusthese von Ronald Inglehart (1977). Sie postuliert einen Wandel von Wertorientierungen, die ökonomische und physische Sicherheit betonen, hin zu Selbstentfaltungswerten. Auf politische Partizipation wirkten postmaterialistische Einstellungen in zweierlei Weise. Zum einen ist ein Rückgang in der generellen Akzeptanz gesellschaftlicher Normen festzustellen, der sich auch auf die in der Bundesrepublik der 1960er und 70er Jahre stark ausgeprägte Wahlnorm erstreckt, zum anderen verlangen, so Inglehart, Postmaterialisten nach anspruchsvolleren Partizipationsformen, die über die Mitwirkung bei der Auswahl des politischen Personals hinausgehen (siehe zusammenfassend Klein 2005: 439).

Insbesondere die nachlassende Wahlnorm spielt eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung um die Bewertung sinkender Wahlbeteiligungsraten. Die Vertreter der Normalisierungsthese führen den Rückgang der Wahlbeteiligung darauf zurück, dass sich vor allem politisch wenig Interessierte ohne diese Wahlnorm der Stimme enthalten (Roth 1992). Während die sinkende Partizipationsbereitschaft in diesem Lichte betrachtet, nicht unbedingt als bedenklich für die Demokratie bewertet wird, sehen die Vertreter der Krisenthese durchaus solche Gefahren heraufziehen (Feist 1992). Sie argumentieren, dass der Rückgang sich nicht allein als Normalisierung deuten lässt, sondern dass zunehmend auch solche Bürger Wahlen fernbleiben, die zwar politisch interessiert, aber mit der Politik, den Politikern und den Parteien unzufrieden sind und diese Unzufriedenheit mit ihrer Enthaltung zum Ausdruck bringen wollen. Sie formierten eine „neuen Typ“ von Nichtwählern (Gabriel 2004), der sich von dem immer schon existenten Typ des randständigen, gesellschaftlich wenig integrierten und kaum an Politik interessierten Nichtwählers unterscheidet.

Da der Trend sinkender Wahlbeteiligung parallel zu steigender Politikverdrossenheit auftrat, lag die Vermutung durchaus nahe, dass die verschiedenen Dimensionen dieser Unzufriedenheit eine der wesentlichen Ursachen für den Rückgang der Wahlbeteiligung sind. Maier konnte für diese These jedoch wenig Unterstützung finden. Er kommt zu dem Fazit, Politikverdrossenheit liefere nur einen sehr begrenzten Beitrag zur Erklärung der Nichtwahl (Maier 2000: 237). Lediglich die Parteienverdrossenheit als Teildimension der Politikverdrossenheit korreliere stärker mit der Wahlenthaltung. Wichtiger seien hingegen strukturelle Determinanten, worunter vorwiegend soziodemographische Merkmale sowie die Links-Rechts-Selbsteinstufung und die Stärke der Parteiidentifikation verstanden werden (Maier 1999: 291). Mit Blick auf den Rückgang von Parteiidentifikationen argumentiert Dalton in ähnlicher Weise: Allein die Tatsache, dass Dealignment ein Phänomen nahezu aller modernen Demokratien sei, spreche gegen Unzufriedenheit als primäre Ursache, da kaum anzunehmen sei, dass die Performanz von Parteien und Politikern in allen modernen Demokratien gesunken sei (Dalton 2000). Vielmehr führten Modernisierungsprozesse zu einem Rückgang stabiler Parteibindungen, was wiederum negative Folgen für die Wahlbeteiligung mit sich bringe. Gabriel et al. kommen für Deutschland ebenfalls zu dem Schluss, eine Zunahme von Nichtwählern „neuen Typs“ sei empirisch kaum nachzuweisen (Gabriel et al. 2004: 243). Politikverdrossenheit kann somit in einem gewissen Maße als „normale Pathologie“ moderner Gesellschaften verstanden werden (Maier 2000: 288).

Wenn die Rezeption politischer Information in den Medien tendenziell positiv mit politischer Zufriedenheit zusammenhängt (die Kausalitätsrichtung sei einmal dahingestellt) und zudem nur schwache Zusammenhänge zwischen Politikverdrossenheit und Wahlbeteiligung, insbesondere bei politisch interessierten Bürgern, nachweisbar sind, so wäre die These, Medien seien über die Erzeugung von Politikverdrossenheit an der sinkenden Wahlbeteiligung mit schuld, doppelt unhaltbar. Die Frage ist, ob eventuell sogar das Gegenteil zutrifft, ob also die politische Mediennutzung Bürger mobilisieren kann. Im Zusammenhang mit dem Internet ist dies eine weit verbreitete Annahme. Im nächsten Kapitel wird daher diskutiert, inwiefern eine mobilisierende, partizipationsfördernde Wirkung der Internetnutzung tatsächlich zu erwarten ist.

4. Das Internet als Weg zu mehr Demokratie?

4.1 Reinforcement oder Mobilisierung?

In der bisherigen Diskussion wurde implizit davon ausgegangen, dass das Internet überwiegend positive Auswirkungen auf demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse hat. An dieser Stelle soll dies präzisiert werden.

Information ist die Basis für jede sinnvolle politische Partizipation. Das Internet hat die Informationsbeschaffung revolutioniert. Information kann relativ unabhängig von Ort und Zeit kostengünstig und in nahezu unbegrenzter Fülle abgerufen und auch bereitgestellt werden. Dem Nutzer kommt dabei allerdings die Aufgabe zu, in dieser Fülle das zu finden, was er benötigt. Darüber hinaus muss er beurteilen, ob es sich um eine vertrauenswürdige Quelle und um korrekte Information handelt.

Über ein Abrufmedium hinaus ist das Internet aber auch ein Kommunikationsmedium. Die Möglichkeit zur Diskussion zwischen zwei oder mehr räumlich getrennten Teilnehmern wird wesentlich erweitert. Dabei sind je nach konkreter Gestaltung eine Vielzahl von Kommunikationssituationen möglich: Kennen sich die Diskutanten persönlich oder herrscht völlige Anonymität? Ist der Zugang offen oder handelt es sich um einen beschränkten Teilnehmerkreis? Handelt es sich um synchrone oder asynchrone Kommunikation? Gibt es einen Moderator oder sind alle gleichberechtigt? Diskutieren wie z.B. bei Politiker-Chats Bürger mit Entscheidungsträgern oder haben alle Beteiligten die gleichen Rollen? Schließlich beeinflusst auch das Ziel der Diskussion deren Ab- und Verlauf: Soll sie zielführend auf eine Entscheidung zulaufen oder geht es lediglich um einen unverbindlichen Austausch von Argumenten? Auch bei der Vervollständigung des Dreiklangs politischer Prozesse aus Information, Diskussion und Entscheidung kann das Internet zum Einsatz kommen. Über Online-Abstimmungen und -wahlen können grundsätzlich verbindliche Entscheidungen getroffen werden (siehe dazu Kapitel 6.3).

In Zeiten sinkender Mitgliederzahlen in Parteien und sinkender Wahlbeteiligung sowie zunehmender Mobilität und Beschleunigung aller Lebensbereiche mögen die Potenziale des Internets der Tendenz zu themenbezogener, teilweise anonym und unverbindlich bleibender politischer Beteiligung je nach persönlicher Betroffenheit oder persönlichen Interessen entgegenkommen. Langfristiges Engagement im Ortsverein einer Partei weicht dann punktueller und zeitlich begrenzter Beteiligung mit

dem Ziel, einzelne Sachentscheidungen zu beeinflussen. Diese These ist jedoch nur zu halten, wenn empirische Evidenz dafür gefunden wird, dass politische Online-Partizipation herkömmliche Partizipationsformen ersetzt. Denkbar wäre schließlich auch, dass Online-Politik lediglich das Spektrum derjenigen ergänzt, die sich offline bereits beteiligen (und dies auch weiterhin tun), also dass ein Reinforcement der ohnehin überdurchschnittlich aktiven Bevölkerungsteile stattfindet.

Vor allem in den USA wurde die Möglichkeit einer partizipationserweiternden Wirkung des Internets positiv bis euphorisch eingeschätzt (Rheingold 1993, Negroponte 1995, Castells 1996). Insbesondere seine gemeinschaftsbildenden Funktionen wurden als geeignet hervorgehoben, Bürger zu aktivieren. Auch in Deutschland gibt es Stimmen, die optimistische Prognosen bezüglich einer beteiligungsfördernden Wirkung gestellt haben (siehe zusammenfassend Schulz 2008: 214). Allerdings beziehen sie sich, was empirische Belege angeht, fast ausschließlich auf positive Zusammenhänge zwischen politischer Internetnutzung und politischer Partizipation, die jedoch Aussagen über die Kausalrichtung nicht zulassen. Eine Ausgangsfrage, deren Beantwortung zumindest Hinweise auf die Kausalität geben kann, ist, welche Teile der Bevölkerung das Internet überhaupt politisch nutzen.

Die von Maurer und Schweiger vertretene Kausalitätsannahme, die politisches Interesse als Ursache für politische Mediennutzung betrachtet, modifiziert Schulz dahingehend, dass er eine Wechselwirkung annimmt. „Das hieße [...], dass Zeitungsleser und Internetnutzer in ihrer Bereitschaft zur politischen Beteiligung durch die Mediennutzung unterstützt und bestärkt würden, z.B., weil die Mediennutzung eine nützliche Informationsressource und einen Anreiz für die Meinungs- und Willensbildung bietet.“ (Schulz 2008: 227). Die Annahme einer Wechselwirkung bedeutet letztlich jedoch, dass eine Mobilisierung durch das Internet primär bei denjenigen stattfinden wird, die ohnehin politisch interessiert sind, weil sie einerseits kognitiv dazu in der Lage, andererseits auch motiviert genug sind, politische Inhalte im Internet zu selektieren. Auch die Erkenntnisse von Wirth bezüglich eines „Bildungssyndroms“ (Wirth 1997: 228) sind geeignet, diese Interpretation zu stützen: Bildung korreliert demnach stark mit politischem Interesse, genereller Printorientierung, aufmerksamer und konzentrierter Nutzung politischer Fernsehinformation sowie politischer Expertise. Personen, die mit diesem Syndrom ausgestattet sind, werden sich vermutlich auch politischen Informationen in neuen Medien mit größerer Wahr-

scheinlichkeit zuwenden und vermutlich auch einen größeren Vorteil aus der Nutzung dieser Information haben als niedriger gebildete. Ähnlich argumentieren auch Scheufele et al.: „The ability to learn from Internet content may also depend on individual expertise, including experience with Internet navigation and familiarity with computer technology.” (Scheufele et al. 2002: 60). Darauf deuten z.B. die Ergebnisse von Norris hin: „With the important exception of age, if the profile for Net users is similar to the profile for those already most likely to participate politically, the Internet may function to reinforce rather than transform the existing social inequality in civil society.“ (Norris 2000: 129). Diese Erwartung wird als Reinforcement-These bezeichnet und der Mobilisierungsthese gegenüber gestellt (Norris 2000: 120ff., Scheufele et al. 2002: 56, Siedschlag et al. 2002: 37). Beide Thesen gehen von einem mobilisierenden Effekt der Internetnutzung auf politisches Engagement aus, weshalb die Bezeichnungen wenig glücklich gewählt sind. Sie unterscheiden sich aber in der Erwartung, welche Bevölkerungsgruppen eine zusätzliche Mobilisierung erfahren. Während die Reinforcement-These letztlich ähnlich der Wissenskluft-Hypothese eine weitere Abkoppelung der eher inaktiven von den hoch gebildeten, politisch interessierten und ohnehin schon überdurchschnittlich partizipationsfreundigen Bürger erwartet (Norris 2000: 121f.), geht die Mobilisierungsthese davon aus, dass Bevölkerungsteile, die bisher unterdurchschnittlich partizipierten, durch die vereinfachte Informationssuche, durch zielgruppenspezifische Angebote und vielleicht innovativere und unterhaltsamere Aufbereitung der Information neu motiviert werden (Norris 2000: 121). Die empirischen Ergebnisse zum Einfluss des Internets auf politische Partizipation sowie zu der Frage, welche Bevölkerungsgruppen von politischer Nutzung des Internets profitieren, sind uneinheitlich. Für US-Präsidentschaftswahlen konnte ein positiver Effekt politischer Internetnutzung auf Wahlbeteiligung mehrfach festgestellt werden (Tolbert et al. 2003, Mossberger et al. 2008). Tolbert et al. folgern aus ihren Analysen „the Internet and online election news appear to provide an important source of information, potentially mobilizing new voters to participate in elections.“ (Tolbert et al. 2003: 183). Allerdings schränken auch sie ein: „Because of unequal access to technology, use of information technology for political participation may expand turnout rates among those who are already predisposed to vote in elections, magnifying existing demographic disparities in the composition of the electorate.” (Tolbert et al. 2003: 184). Skeptischer gegenüber einem Einfluss des

Internets auf Wahlbeteiligung äußert sich Bimber. Für die midterm-elections 1998 findet er überhaupt keinen signifikanten Effekt der politischen Internetnutzung, für die Präsidentschaftswahl 2000 einen signifikanten, aber sehr kleinen Effekt (Bimber 2003: 220ff.). Er verweist zwar darauf, dass die lediglich dichotome und nicht differenzierte Messung politischer Online-Informationsnutzung in seinen Daten (American National Elections Studies 1998 und 2000) zu einer Unterschätzung der Effekte geführt haben könnte, zieht jedoch auf Basis der ihm vorliegenden Daten den Schluss, „[t]he new information environment has not changed levels of political engagement in any substantial way.“ (Bimber 2003: 224). Ähnlich skeptisch sind Scheufele und Nisbet. Auf Basis einer regional-repräsentativen Telefonbefragung konnten sie keinen Effekt von Online-Information auf traditionelle Formen politischer Partizipation ausmachen, wenn für Demographie, Nutzung der klassischen Massenmedien, politisches Wissen und politische Efficacy kontrolliert wurde (Scheufele et al. 2002: 67). Dementsprechend sehen sie keine Unterstützung für die Reinforcementthese und erst recht nicht für die Mobilisierungstheorie, sondern betonen die weiterhin bestehende Schlüsselrolle der traditionellen Medien und insbesondere der Printmedien. Weber et al. (2003) finden zwar einen positiven Zusammenhang zwischen „Internet activities“ und politischer Partizipation, betonen aber zugleich eine zunehmend ungleiche Verteilung gesellschaftlicher und politischer Beteiligung im Hinblick auf sozioökonomische Merkmale, die eher für ein Reinforcement als die Mobilisierung bisher unterdurchschnittlich Beteiligter spricht. Diese Ergebnisse beziehen sich alle auf die USA, für die Bundesrepublik sind empirische Untersuchungen über Zusammenhänge zwischen politischer Internetnutzung und politischer Partizipation immer noch rar. Eine Ausnahme stellt die Dissertation von Emmer dar (Emmer 2005). Er untersucht mögliche mobilisierende Wirkungen des Internets in einem quasi-experimentellen Paneldesign, das es erlaubt, Internet-Einsteiger mit Nichtnutzern bzw. mit erfahrenen Internetnutzern zu vergleichen. Jedoch verwendet er als abhängige Variable „Partizipationskommunikation“, die im Wesentlichen nichtelektorale Partizipationsformen umfasst. Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2002 wird zwar auch erhoben, steht aber in dem gewählten Forschungsdesign nicht im Mittelpunkt. Vielmehr geht es primär um Veränderungen anderer Partizipationsaktivitäten wie Parteimitgliedschaften, Mitgliedschaften in verschiedenen Organisationen, Leserbrief schreiben oder Demonstrationsteilnahme im

Laufe eines Jahres und die Frage, inwiefern diese Veränderungen durch den Einstieg in die Internetnutzung erklärbar sind.

Im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit wird versucht, der Frage nach Reinforcement oder Mobilisierung für die Bundesrepublik nachzugehen, indem politische und nicht-politische Internetnutzer hinsichtlich soziodemographischer Merkmale und politischer Einstellungen untersucht werden, bevor in einem zweiten Schritt Mediennutzungstypen gebildet werden, also die Einbindung der politischen Internetnutzung in das individuelle Repertoire der herkömmlichen Medien untersucht wird. Hinweise auf eine Mobilisierung bisher weniger aktiver Bürger ergäben sich dann, wenn zunächst überhaupt Nutzergruppen gefunden würden, die das Netz intensiv politisch nutzen, aber nicht zu den klassischen politisch Involvierten, also den relativ hoch gebildeten, eher älteren, politisch stark interessierten Bürgern gehören, die bereits die klassischen Massenmedien überdurchschnittlich intensiv nutzen. Am wahrscheinlichsten sind solche Mobilisierungseffekte bei den Jüngeren. Aufgrund ihrer intensiven Onlinenutzung bringen sie auf der einen Seite medientechnische Fähigkeiten mit (computer und internet literacy) und haben vermutlich auch weniger Berührungängste bezüglich interaktiver Anwendungen als Ältere, die das Netz weniger häufig und vor allem zurückhaltender in Bezug auf innovative Anwendungen nutzen. Auf der anderen Seite lassen ihre unterdurchschnittlichen Partizipationsraten, die zum Teil auf die für junge Erwachsene typische Mobilität zurückgeführt werden, noch Raum nach oben. Ihnen könnte also auch eine geographisch ungebundene Form der Beteiligung, wie sie mit Hilfe von Onlinewahlen umgesetzt werden könnte, besonders attraktiv erscheinen.

4.2 Erfahrungen mit der „ersten Generation“ neuer Medien

Bereits bei der Einführung des Kabelfernsehens (siehe Steinmetz 1999, Doh 1994: 30ff.) und des Bildschirmtextes Anfang der 1980er Jahre wurden Hoffnungen laut, diese Techniken würden den Dialog der Bürger untereinander, aber auch zwischen Bürgern und Verwaltung bzw. Politik fördern und seien insofern demokratiefreundliche Medientechniken (Grimmer 1982, Doh 1994: 31). In der Regel stand dabei die kommunale Ebene im Blickfeld. „Bei Bildschirmtext [...] handelt es sich um ein preiswertes und zeitsparendes Informationssystem, das für die öffentliche Verwaltung von großer Bedeutung werden dürfte“, so Weirich 1982 (Weirich 1982: 36).

Tatsächlich lag der Schwerpunkt der Pilotprojekte und der antizipierten Anwendungen in dem Bereich, den man heute als E-Administration bezeichnet, in der Bereitstellung von bürgerfreundlichen Informations- und Dienstleistungsangeboten (Weirich 1982: 43ff., Lenk et al. 1990). Im Mittelpunkt stand die Informationsfunktion der Medien. Positive Auswirkungen auf die Demokratie versprach eine erleichterte Beschaffung und Bereitstellung von Information. In diesem Zuge entstand in den 1970er Jahren auch die Idee des „Bürgeramtes“ als zentrale Anlaufstelle für den Bürger, dem damit die Orientierung in der Verwaltung erleichtert werden sollte (siehe Reese 1982: 30ff., Liedke 1989)⁴. Parallelen zur heutigen Entwicklung in diesem Punkt sind offensichtlich, die Idee des „One-Stop-Government“ (Kubicek et al. 1998) hat in ebendiesen Bürgerämtern ihren Ursprung.

Darüber hinaus gehende Chancen zur Belebung der kommunalen Demokratie schienen so genannte „Offene Kanäle“ (in den USA „public access channels“) zu versprechen, die den Zugang zur Öffentlichkeit fördern sollten (siehe Weirich 1982: 46ff.). Alle artikulationsbereiten Bürger sollten die Möglichkeit haben, Beiträge für die Offenen Kanäle (Fernsehen, aber auch Radio) zu liefern, gleichsam als Gegengewicht zur monologischen Struktur des öffentlich-rechtlichen Fernsehens (Weirich 1982: 46). Unter den gestarteten und teilweise mit wissenschaftlicher Begleitforschung ausgestatteten Pilotprojekten in der Bundesrepublik hat das Kabelfernsehprojekt Ludwigshafen, das 1984 seinen Betrieb aufnahm, die meiste Aufmerksamkeit erhalten. Demokratische Partizipation sollte in Form eines Rollentausches stattfinden: Bürger, im Massenkommunikationssystem in der Regel Empfänger, werden zu Sendern (Lenk 1976: 71). Mit der finanziellen und technischen Leistungsfähigkeit, der publizistischen Ausdrucksfähigkeit und Gewandtheit professioneller Kanäle zu konkurrieren, ist Laien jedoch schlicht unmöglich. Ein größeres Publikum wird nicht erreicht. Die Offenen Kanäle erlangten nie eine über den Status von Experimenten hinausgehende Bedeutung, wenngleich es sie heute noch gibt (siehe Bundesverband Offene Kanäle <http://www.bok.de/>).

Neben den genannten Hoffnungen auf gesteigerte Publizität relevanter Informationen war auch Partizipation über einen Rückkanal bei der Kabelfernsehtechnik bereits angedacht (Birreck 1979). So wurden in den USA die Kabelunternehmer verpflichtet, neben einem „educational channel“, einem „governmental channel“ und

⁴ Ein wissenschaftlich besonders intensiv begleitetes Projekt in diesem Bereich war das Bürgeramt Unna, das Liedke (1989) ausführlich beschreibt.

dem bereits erwähnten „public access channel“ auch die technische Möglichkeit für die Zweiwegkommunikation zur Verfügung zu stellen (Lenk 1976: 21). Mit Blick auf Beispiele aus den USA, wo über den Rückkanal von der Verwaltung auch Bürgerabstimmungen über kommunale Projekte veranstaltet werden, beruhigt Weirich allerdings: „Das will niemand hierzulande [...]. Wir haben aus gutem Grund die repräsentative Demokratie, die nicht durch ‚Kabel-Plebiszite‘ ersetzt werden kann. [...] Weder Bildschirmtext noch Kabelfernsehen mit Rückkanal ist ein Ersatz fürs Gemeindeparlament. Eine solche neue Form der ‚Knopfdruck-Demokratie‘ würde auch mit Bestimmungen der Gemeindeordnungen kollidieren“ (Weirich 1982: 40). Zur schon in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts vorhandenen Vision elektronischer Wahlen stellt Lenk 1976 fest: „Abgesehen von den Schwierigkeiten bei der Identifizierung der Wähler würde kaum ein politisches System es wagen, die Reichen und Gebildeten von zu Hause wählen zu lassen, während die Armen und Ungebildeten sich in öffentliche Gebäude begeben müssten und dort unter Umständen noch mit einem ihnen nicht vertrauten Gerät konfrontiert wären.“ (Lenk 1976: 115). Durchgesetzt hat sich die Verwendung dieses Rückkanals beim Kabelfernsehen weder in den USA noch in der Bundesrepublik.

Viele Erwartungen und Prognosen aus der Anfangszeit dieser neuen Medientechniken haben sich nicht erfüllt oder sind von weiteren technischen Innovationen überholt worden, von denen das Internet die wohl wichtigste ist. Die zentralen Möglichkeiten, die sich durch die IuK-Technologien ergeben, waren jedoch bereits in den 1970er Jahren erkannt: die Überwindung von Zeit durch Speicherung und die Überwindung von Raum durch Fernübertragung. Wenngleich das Internet in Flexibilität und Einsatzbreite in Folge der hypertextuellen Struktur und seiner Multimedialität nicht mit den „alten“ neuen Medien vergleichbar ist, so sind doch seine grundlegenden Eigenschaften mit diesen beiden Merkmalen gut beschrieben. Die meisten der heute diskutierten demokratiefördernden Einsatzmöglichkeiten des Internets waren prinzipiell auch schon mit der Kabel- bzw. Bildschirmtext-Technik vorstellbar. Lenk fasste die damaligen Zukunftserwartungen in drei Gruppen zusammen: „Zum ersten verspricht man sich von der Erschließung neuer technischer Kommunikationsbahnen den ‚informierten Bürger‘. Zum zweiten will man Wahlen, Umfragen und Abstimmungen dadurch erleichtern und häufiger machen, dass die Wahlurne einen on-line Anschluß ins Heim erhält. Zum dritten soll durch Einbeziehung bislang Unbeteiligter

in politische Prozesse Partizipation gefördert werden.“ (Lenk 1976: 112). Auch die Aufzählung der Gefahren der informationstechnischen Entwicklung erfasste bereits diejenigen, die auch im Zusammenhang mit dem Internet die Diskussion dominieren. Befürchtet wurde schon damals die „Abkapselung einzelner gesellschaftlicher Gruppen“ (Lenk 1976: 113) durch interessenorientierte maßgeschneiderte Information und die Überlastung der Repräsentanten durch eine Informationsflut im Falle ausgiebig genutzter Rückkanäle (Lenk 1976: 118). Ebenso wurde bereits beklagt, dass viele der damals diskutierten Konzepte den Bürger in seinem Zuschauer- und Konsumentenstatus belassen (Lenk 1976: 115) und dass „Organisationen und wohl situierte Individuen die Möglichkeiten zuerst nutzen und sich damit einen weiteren Vorsprung verschaffen“ (Lenk 1976: 120).

Dieser kurze Rückblick auf die erste Welle der neuen IuK-Medien in den 1970er und 80er Jahren zeigt eine Vielzahl von Parallelen zur Diskussion um die Potenziale des Internets seit Anfang der 1990er Jahre auf. Chancen wurden und werden darin gesehen, den Informationsstand der Bürger zu erhöhen, Wahlen und Abstimmungen zu erleichtern und damit plebiszitäre Elemente praktikabler zu machen, und bisher unbeteiligte Bürger besser zu erreichen. Als Risiken wurden bereits in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts die Überforderung der Bürger durch die Informationsflut, die Abkapselung einzelner gesellschaftlicher Gruppen sowie die Ausweitung des Wissens- und Informationsvorsprungs gut gebildeter Bürger genannt.

Die Beispiele bezüglich der „ersten Generation“ neuer Medien machen die Problematik von Prognosen bezüglich der Medienentwicklung deutlich (Fromm 2000: 258). Solche Prognosen umfassen zwei Teilbereiche, die Diffusion und die konkreten Anwendungsformen neuer IuK-Techniken. Während sich aus verschiedenen Gründen, die hier nicht näher untersucht werden sollen, die interaktiven Komponenten der Kabeltechnik nicht durchgesetzt haben und die Verbreitung von Bildschirmtext immer hinter den Erwartungen zurück geblieben ist (Fromm 2000: 260), hat das Internet einen überaus raschen Diffusionsprozess erlebt. Die Anfang der 1990er Jahre bereits weite Verbreitung von PCs und die einfache Technik durch Nutzung des Telefonnetzes, die einen Anschluss an das Internet für einen relativ großen Teil der Bevölkerung kostengünstig möglich machten, hatten zusammen mit der Entwicklung graphischer, anwenderfreundlicher Benutzeroberflächen sicherlich entscheidenden Anteil daran. Versuche politischer Regulierung und Lenkung in Bezug

auf das Internet setzten erst nach Etablierung des neuen Mediums ein. Bestehende rechtliche Restriktionen wie sie im Vorfeld der Einführung des Kabelfernsehens durch das öffentlich-rechtliche Rundfunkmonopol gegeben waren, spielten keine Rolle. Die vielfältigen Anwendungen entstanden zunächst ausschließlich im wissenschaftlichen, privaten und privatwirtschaftlichen Bereich. Deutlich machen soll diese Feststellung lediglich, dass die Vorstellung aus den 1970er Jahren, Anwendungen einer Technik im Experiment zu erproben und anschließend über ihre Einführung politisch zu entscheiden, in Bezug auf das Internet nicht relevant war.

Angesichts der stetig zunehmenden Komplexität des Mediensystems, der Verschmelzung verschiedener Techniken und der Ausdifferenzierung von Anwendungsmöglichkeiten, die das Internet mit sich bringt, werden Prognosen der konkreten Mediennutzung und ihrer Auswirkungen auf die Demokratie nicht leichter. Andererseits hat das Medium Internet die ersten Phasen des Diffusionsprozesses bereits hinter sich gelassen und ist mittlerweile bereits zum Massenmedium avanciert. Auf Angebots- und Nutzerseite haben sich Kommunikationsmuster und -gewohnheiten herausgebildet. Auch die Politik hat den Weg ins Netz seit einigen Jahren beschritten und es existiert eine Vielzahl politischer Angebote. Die tatsächliche Relevanz der politischen Online-Kommunikation empirisch zu untersuchen, ist die Kommunikations- und die Politikwissenschaft bisher aber weitgehend schuldig geblieben. Einer empirisch informierten Prognose zukünftiger Entwicklungen muss daher eine Bestandsaufnahme dessen, was derzeit die politische Kommunikation im Netz umfasst, vorausgehen. Aufgabe der politikwissenschaftlichen Forschung in diesem Bereich ist es daher, die gegenwärtige Bedeutung der politischen Online-Kommunikation einzuordnen und die Folgen des gegenwärtigen Entwicklungsstandes für das demokratische System zu erfassen. Im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit in den Kapiteln 5 und 6 steht diese Einordnung der Bedeutung des Internets als politischer Kommunikationsraum im Mittelpunkt. Erst auf einer solchen Basis können empirisch informierte Szenarien und Entwicklungsmöglichkeiten einer elektronische Medien nutzenden Demokratie aufgezeigt werden.

Der kurze Rückblick auf die Erfahrungen mit der ersten Generation Neuer Medien macht unter anderem deutlich, dass das Hauptanwendungsgebiet bereits damals in der Effizienzsteigerung der Verwaltung gesehen wurde. Was in den 1980er Jahren das Bürgeramt Unna (Liedke et al. 1989), ist heute das virtuelle Rathaus. Dies ist aus

verschiedenen Gründen wenig überraschend: Viele Anwendungen der IuK-Technik in der öffentlichen Verwaltung sind rechtlich und politisch unproblematisch, versprechen aber Kosteneinsparungen und eine relativ schnelle Amortisierung der getätigten Investitionen. Außerdem kann die öffentliche Verwaltung sich dem Stand der Technik nicht verschließen und muss, wenn auch zumeist mit einiger zeitlicher Verzögerung, schon aus Effizienz- und wettbewerbspolitischen Gründen der informationstechnischen Aufrüstung der Wirtschaft folgen. Sicherlich ist der Übergang vom administrativen in den politischen Bereich fließend. Von überall zugängliche, schnell verfügbare und kostengünstige Information, auch aus der Verwaltung, ist oft eine Voraussetzung für effektives politisches Engagement. Wenn in der aktuellen Diskussion von E-Governance gesprochen wird, die sowohl E-Administration als auch E-Demokratie umfassen soll (siehe Kapitel 4.3.4), wird das deutlich. Während die Notwendigkeit einer Verwaltungsautomatisierung und -informatisierung von den Entscheidungsträgern in der Regel nicht in Zweifel gezogen wird, bestehen Differenzen zwischen politischen Akteuren im Hinblick auf E-Democracy bereits bei der Bewertung der gegenwärtigen Demokratie und der Wünschbarkeit zusätzlicher demokratischer Elemente. In der Praxis wird über konkrete Ziele bzw. Definitionen dessen, was als E-Democracy oder E-Participation bezeichnet wird, allerdings kaum diskutiert. Sinn und Zweck des folgenden Abschnitts ist es daher, zum einen eine Systematisierung der wichtigsten theoretischen Konzepte internetgestützter Demokratie, zum andern, die Klärung zahlreicher Begriffe zu erreichen, die im Zusammenhang mit internetgestützter Demokratie Verwendung finden.

4.3 Konzepte internetgestützter Demokratie

4.3.1 Elektronische Demokratie, Teledemocracy, Cyberdemocracy

Angesichts der Komplexität des Zusammenwirkens von Medien und Politik im Allgemeinen und der diffusen Erwartungen hinsichtlich der Auswirkungen des Internets auf die Funktionsweise der Demokratie ist eine Systematisierung der gegenwärtigen Debatten dringend erforderlich. Als Überbegriff für eine Demokratie, die sich in irgendeiner Art und Weise auf IuK-Technologien stützt, dient im deutschsprachigen Raum wohl am häufigsten der Begriff „elektronische Demokratie“. Inzwischen lie-

gen einige Versuche vor, unterschiedliche Konzepte von elektronischer Demokratie, insbesondere auch unter Rückgriff auf die bestehenden Kategorien der modernen Demokratietheorie, analytisch zu trennen.

Thomas Zittel (2001) findet auf der Basis einer gründlichen Recherche der Literatur zwei Paradigmen bezüglich der Auswirkungen neuer IuK-Medien auf die Demokratie: Teledemocracy und Cyberdemocracy. Beide Konzepte stammen aus den USA. Die Teledemocracy ist dabei älteren Datums und lässt sich bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts zurückverfolgen. Das Konzept der Cyberdemocracy ist mit der Entstehung des Internets verbunden und entsprechend etwa zehn Jahre später entstanden. Teledemocracy versteht sich als ein Ansatz, der von einer Reform der Demokratie mittels neuer IuK-Technologien ausgeht. Technik wird als Instrument betrachtet, das die Realisierungschancen von a priori vorhandenen, normativen Demokratievorstellungen beeinflusst. Der Vorstellung der Vertreter der Teledemocracy liegt das Ideal einer partizipativen Demokratietheorie zugrunde, die die möglichst umfassende Beteiligung möglichst vieler Bürger zum Ziel hat. In der Größenordnung von Nationalstaaten oder sogar supranationaler demokratischer Systeme wie der EU stößt dies in der Praxis schnell an die Grenzen des unter Effizienzgesichtspunkten Machbaren. Die Überwindung von Raum und Zeit mittels des Internets verschiebt in dieser Hinsicht die Grenzen des Machbaren. Repräsentation, notwendig geworden durch die geographische Ausdehnung von Staaten (Dahl 1989), könnte mittels der Informations- und Kommunikationstechnologien des 21. Jahrhunderts ein Stück weit zurückgenommen werden. Wenngleich die grundlegenden Vorstellungen der traditionellen Demokratiemodelle, direkte und repräsentative Demokratie, dadurch nicht obsolet werden, so stelle das Modell der Teledemocracy die traditionelle Trennung zwischen direkter Demokratie und repräsentativer Demokratie doch zunehmend in Frage (Zittel 2001: 438).

Das Modell der Teledemocracy als Reformprogramm beinhaltet das Moment der Steuerung. Folglich schließt sich die Frage an, von wem die Weiterentwicklung der gegenwärtigen Demokratie gesteuert und vorangetrieben wird. Zum einen ist vorstellbar, dass in einem bottom up-Prozess die Bürger, vor allem aber traditionelle intermediäre Organisationen sowie neue netzbasierte Initiativen eine Ergänzung der bestehenden Verfassung um zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten auf der Basis von IuK-Technologien fordern und entsprechenden Druck auf die politische Elite aus-

üben. Zum anderen kann die Initiative aber auch von der politischen Elite kommen und sich somit in einem top-down-Prozess vollziehen (Zittel 2001: 440).

Das zweite Paradigma, mit dem Schlagwort Cyberdemocracy belegt, geht von einem deterministischen Wirkungsmodell aus. Neue IuK-Techniken ermöglichen neue Kommunikationsformen und schaffen bisher nicht vorhandene Interaktionsräume. Der damit einhergehende Wandel in vielen gesellschaftlichen Bereichen führe gleichsam unweigerlich zu einem Wandel der Demokratie. Anders als beim Modell der Teledemocracy entfällt hier das Element der bewussten Steuerung.

Während die Vertreter der Teledemocracy das Medium Internet mit den traditionellen Massenmedien vergleichen und dabei drei neue Qualitäten ausmachen, nämlich eine gesteigerte Kanalkapazität, die Kongruenz von Text, Bild und Ton sowie die Interaktivität, gehen die Anhänger der Cyberdemocracy davon aus, dass dieser Vergleich unangemessen ist (Zittel 2001: 450f.). Mit den klassischen Konzepten der Medientheorie wie Sender/Empfänger oder auch mit der soziologischen Unterscheidung zwischen Primär- und Sekundärbeziehungen könne die Interaktion in virtuellen Umgebungen, im Cyberspace, überhaupt nicht mehr erfasst werden, so die Vertreter des Cyberdemocracy-Konzepts (Zittel 2001: 451). Die von ihnen verwendeten Begriffe wie Netzkultur oder Netzöffentlichkeit machen deutlich, dass der Cyberspace für immer mehr Menschen zum Lebensraum wird. Dies bedeutet zumindest zum Teil jedoch gleichzeitig einen Rückzug aus dem realen Lebensraum, wie er insbesondere mit Blick auf Jugendliche häufig beklagt wird. Im Hinblick auf die Bedeutung des Cyberspace für die Politik im Sinne von Einflussnahme auf politische Entscheidungen bleibt allerdings die Verbindung zur realen Politikwelt, die Anschlussfähigkeit politischer Aktivität im Netz, entscheidend.

Die beiden Konzepte, Teledemocracy und Cyberdemocracy, werfen jeweils unterschiedliche Fragen auf, die als drei Hauptstränge der gegenwärtigen Diskussion um die Wirkung des Internets auf die Demokratie auch erkennbar sind, so Zittel (2001: 435). Wird von Teledemocracy als Theorie der Demokratiereform ausgegangen, so ist erstens die normative Frage zu klären, welches Demokratieideal angestrebt wird. Daran schließt sich zweitens die empirische Frage an, ob die Chancen der Umsetzung desselben sich durch das Internet verbessert haben oder verbessern werden. Wenn, wie im Modell der Cyberdemocracy, ein deterministisches Wirkungsmodell vorausgesetzt wird, so gilt es drittens zu untersuchen, welche Netzkul-

turen sich entwickeln und inwiefern diese überhaupt für den politischen Bereich relevant sind bzw. welche Funktionen sie innerhalb des Politikzyklus erfüllen können. Insbesondere ist zu untersuchen, ob die Erwartungen eines herrschaftsfreien und deliberativen Diskurses eingelöst werden und ob sich im virtuellen Raum überhaupt Gemeinschaft bilden kann. Zwar ist es auf den ersten Blick eine verlockende Vorstellung, dass die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft unabhängig von sozialen und geographischen Kriterien frei gewählt werden kann. Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese Einengung der individuellen Freiheit durch soziale und räumliche Zwänge nicht erst die Voraussetzungen für Gemeinschaft schafft. Eben weil Exit in realen Gemeinschaften nicht ohne weiteres möglich ist, entstehe erst die nötige Bereitschaft zu Kompromissen (Zittel 2001: 459).

Zittels Systematisierung der Literatur zum Thema Elektronische Demokratie und die Herausarbeitung der beiden Paradigmen Teledemocracy und Cyberdemocracy ist für die weitere theoretische wie empirische Forschungsarbeit ein guter Ausgangspunkt. Die Zuordnung realer Beobachtungen politischer Aktivitäten im Netz zu einem der beiden Paradigmen ist sicherlich nicht immer eindeutig möglich. Schließlich ist die deliberative Diskussion politischer Fragen in der Netzöffentlichkeit auch für ein partizipatorisches Demokratiemodell wie es der Teledemocracy in der Regel als normatives Ziel dient, ein wesentlicher Bestandteil, der als zentrale Vorbedingung für die eventuelle Einführung direktdemokratischer Elemente gilt, die wiederum durch das Internet einfacher realisiert werden können.

Die Unterscheidung zwischen Teledemocracy und Cyberdemocracy zielt im Kern auf die Frage der Steuerung von Demokratieentwicklung ab. Teledemocracy geht davon aus, dass der Einsatz von IuK-Medien für die Demokratie gesteuert werden kann, um einem bestimmten normativen Ziel näher zu kommen. Hier schließt sich die Frage an, ob auch gesteuert werden *muss*, weil sonst im besseren Fall keine, im schlechteren Fall negative Einflüsse von der IuK-Technologie auf die Demokratie ausgehen.

4.3.2 Electronic Democratization und Digital Democracy

Die tatsächlichen Auswirkungen des Internets auf die deutsche Demokratie kommen in ihrer Gesamtheit wahrscheinlich dem Konzept der Electronic Democratization am nächsten. Dieses führt Martin Hagen als drittes in der US-amerikanischen Debatte

relevantes Konzept neben Teledemocracy und Cyberdemocracy an (Hagen 1999). Ziel dieses Konzeptes ist es im Gegensatz zu den beiden erstgenannten nicht, direkt-demokratische Elemente einzuführen, sondern Schwächen des repräsentativen Systems durch einen verbesserten Informationszugang zu beheben oder zumindest abzumildern. So ist eine zentrale Forderung der freie Zugang zu Information. Es ist wenig überraschend, dass dieses Konzept eher vom „Establishment“ der Politik vertreten wird.

Als Vertreter des Electronic Democratization-Konzepts können auch Hacker et al. (2000) bezeichnet werden, wenngleich sie den Begriff selbst nicht benutzen. In Bezug auf Teledemocracy und Cyberdemocracy schreiben sie: „The term ‚teledemocracy‘ has become overly associated with direct democracy of the type advocated by Ross Perot, Alvin Toffler and others. We do not share their faith in direct democracy as the most important type of democracy.“ (Hacker et al. 2000: 2) und „‚cyberdemocracy‘ is the most loose and vague of all terms used, sometimes suggesting the Internet is the only relevant new medium.“ (Hacker et al. 2000: 2). Statt dessen verwenden sie den Begriff „digital democracy“ und definieren dies als „a collection of attempts to practise democracy without the limits of time, space and other physical conditions, using ICT (information and communication technology, Anm. d. Verf.) or CMC (computer-mediated communication, Anm. d. Verf.) instead, as an addition, not a replacement for traditional ‚analogue‘ political practices.“ (Hacker et al. 2000 : 1, Hervorhebung im Original).

Die Differenzierung von vier verschiedenen Kommunikationskonzepten und die theoretische Aufarbeitung von sechs Demokratiemodellen im Hinblick auf die Rolle, die unterschiedliche Anwendungen der IuK-Technologien darin jeweils spielen, führten van Dijk zu drei möglichen Modellen der Digital Democracy. Er bezeichnet diese als „Internet model“, „Marketing model“ und „Infocratic model“. Das „Internet model“ kommt den Idealen der Netzoptimisten am nächsten. Die vorrangigen Kommunikationskonzepte sind „consultation“ und „conversation“, d.h. es wird ein hoher Grad an Interaktivität erreicht. Insbesondere die horizontale politische Kommunikation werde gestärkt und Politik werde wieder stärker in die Gesellschaft hinein getragen. Es wird von den Anhängern plebiszitärer oder libertärer Demokratiemodelle angestrebt, in Verbindung mit einer stärkeren Rolle des Staates auch von den Vertretern einer pluralistischen sowie einer partizipatorischen Demokratietheorie. Das

„Marketing model“ geht auf die Kommerzialisierung, aber auch stärkere Reglementierung des Netzes zurück. Es bedient sich vor allem der Allokution als Kommunikationskonzept, die neuen IuK-Medien werden im Wesentlichen wie traditionelle Massenmedien eingesetzt. Der Rückkanal dient lediglich als Marketing-Werkzeug, um Zielgruppen auszumachen und zu instrumentalisieren. Im politischen Bereich dominieren Informationskampagnen der Regierung und der Verwaltung, in Wahlkampfzeiten die Nutzung der neuen IuK-Medien für hochtechnisierte Kampagnen und individualisiertes politisches Marketing. Das dritte Modell digitaler Demokratie, das „Infocratic model“, bedient sich überwiegend der „registration“ als Kommunikationskonzept. Nach diesem Modell bilden sich mächtige „Infocracies“ (van Dijk 2000: 50) in der öffentlichen Verwaltung, intermediären Organisationen aber auch in großen Konzernen, die das Wissen über ihre Bürger bzw. Kunden immer weiter zentralisieren und verknüpfen. „Together they might shape a surveillance society, not just a surveillance state.“ (van Dijk 2000: 50). Insofern ist das Infocratic model eine Ausweitung des Marketing model. In E-Government Anwendungen der Regierungen wie Reformen der Melderegister, elektronischen Steuererklärungen oder der Verwaltung sozialstaatlicher Aufgaben sieht van Dijk eine Entwicklung in die Richtung dieses Infocratic models, so van Dijk (2000: 51).

4.3.3 E-Governance, E-Democracy, E-Government, E-Administration

Im vorangegangenen Abschnitt wurden unterschiedliche Konzepte elektronischer Demokratie vorgestellt. In diesem Abschnitt sollen noch einige Begriffe geklärt werden, die vor allem in der Praxis und der öffentlichen Diskussion dominieren. Wenig überraschend wird von den politischen Akteuren das Konzept der Electronic Democratization favorisiert, das danach strebt, die punktuellen Schwächen der repräsentativen Demokratie mit Hilfe neuer IuK-Technologien zu beheben und so der Apathie und dem Zynismus eines Teils der Bürger gegenüber der bestehenden Demokratie entgegenzuwirken. Die Regierungen aller westlichen Industriestaaten haben inzwischen die Möglichkeiten, die das Internet ihnen bietet, erkannt und vielfältige Initiativen gestartet. Häufig tragen diese Initiativen bereits im Namen ein „E“, um deutlich zu machen, dass IuK-Technologien eine wesentliche Rolle spielen wie z.B. bei dem

Aktionsplan der Europäischen Union „eEurope“⁵ oder dem seit 2006 laufenden Programm der Bundesregierung E-Government 2.0⁶ (Schallbruch 2007: 23ff.). In all diesen Programmen finden die englischen Begriffe E-governance, E-Government, E-Administration, E-Democracy und E-Participation rege Verwendung. Wie auch in anderen Bereichen mit Bezug zum Internet, sind solche Anglizismen längst nicht mehr nur bei Spezialisten gebräuchlich, sondern weitgehend bereits in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen. Die Tatsache, dass bestimmte Bedeutungsnuancen dabei keine Beachtung mehr finden, macht es für die wissenschaftliche Diskussion umso dringlicher, auf diese hinzuweisen und möglichst präzise Definitionen zu liefern. Deshalb soll an dieser Stelle ein kurzer Überblick über das Verhältnis dieser Begriffe zueinander gegeben werden. E-Government wird nahezu übereinstimmend als Überbegriff verwendet, der E-Democracy, im Sinne von öffentlicher Willensbildung und Deliberation, aber auch Entscheidungsfindung, und E-Administration, im Sinne von Verwaltungsdienstleistungen, einschließt (British Council Germany 2006: 8, Gesellschaft für Informatik e.V. und informationstechnische Gesellschaft im VDE, 2000: 3, Friedrichs et al. 2002: 107). E-Democracy zerfällt wiederum in die beiden Bereiche E-Participation und E-voting (British Council Germany 2006: 9). E-Participation meint eine umfassendere Beteiligung der Bürger, die entweder durch eine Unterstützung bestehender Beteiligungsverfahren durch IuK-Medien oder durch die Implementierung neuer Möglichkeiten der Partizipation vonstatten gehen kann. Der Begriff wird in Deutschland z.B. von Oliver Märker verwendet, der deutlich macht, dass er darunter eine Modernisierung der repräsentativen Demokratie versteht, also in demokratietheoretischer Hinsicht dem Electronic Democratization-Konzept anhängt (Märker 2007: 367ff.). E-Voting stellt an sich hingegen keine erweiterten Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung, sondern soll die Stimmabgabe bei Wahlen einfacher und flexibler machen.

Betrachtet man die E-Government-Pläne und ihre Umsetzung, so wird schnell klar, dass die größere Aufmerksamkeit dabei von Regierungen und kommerziellen Software-Anbietern der E-Administration zukommt. Je nach Hintergrund desjenigen, der sich mit der Anwendung der IuK-Technologien in der staatlichen Sphäre be-

⁵ Siehe URL:

http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/2005/all_about/advisory_group/index_en.htm (Stand: 10.7.2009).

⁶ Siehe URL: http://www.cio.bund.de/cIn_093/sid_5E1E8C1650C813E7995426BA16E829B9/DE/E-Government/e-government_node.html (Stand: 10.7.2009).

schäftigt, spielt der Bereich E-Democracy eine größere oder eben eine kleinere Rolle. Letzteres ist beispielsweise bei der Speyerer Definition von E-Government der Fall: „Unter Electronic Government verstehen wir die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten (Government) mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien“ (Reinermann et al. 2002: 1). Auch die großen, international vergleichenden Best-Practice-Studien machen deutlich, dass der Schwerpunkt sowohl der implementierten als auch der geplanten Anwendungen des E-Government eindeutig auf der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen der Verwaltungen über das Internet liegt (Friedrichs 2002: 146). Politische Willensbildung und die Einbeziehung von Bürgern in die Entscheidungsfindung mit Hilfe von Online-Medien wird hingegen nur am Rande von den Regierungen thematisiert bzw. verwirklicht. „Der Hauptgrund für dieses Ungleichgewicht liegt in der Anreizsituation: Verspricht die E-Administration Effizienzsteigerung und Kostensenkung, stellt E-Democracy ‚lediglich‘ Bürgerzufriedenheit in Aussicht“, so Bräuer et al. (2005: 4).

Beim E-Government geht es, wie die Beschreibung seiner unterschiedlichen Facetten deutlich macht, um die Nutzung der neuen IuK-Technologien zur Erfüllung staatlicher Aufgaben, sei es die Administration oder die Entscheidungsfindung. Zu klären bleibt noch, wie der Begriff der E-Governance davon abzugrenzen ist. Hiermit wird die Aufgabe des Staates bezeichnet, „die Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft zu gestalten oder – wo dies durch Private übernommen wird – deren Gestaltung zu überwachen.“ (Gisler et al. 2001: 14). Gisler et al. sprechen hier auch von „regulierendem eGovernment“, während sie e-Government im oben definierten Sinne als „partizipierendes eGovernment“ bezeichnen (2001: 15). Vor allem der Begriff „partizipierendes eGovernment“ ist jedoch irreführend, weil er suggeriert, dass es um Partizipation geht. In anderen Definitionen findet sich diese alternative Bezeichnung der E-Governance auch nicht (Reinermann et al. 2002:9ff).

Auf eine generelle Problematik all dieser „E-Begriffe“ weisen Hacker et al. hin, die darauf aufmerksam machen, dass auch schon die alten Medien Fernsehen und Telefon elektronisch waren (Hacker et al. 2000: 2). Dennoch haben sich diese Bezeichnungen gerade in Kreisen von Politikern und Verwaltungspraktikern, aber auch in der Politikberatung sowie bei denjenigen Organisationen und Initiativen eingebürgert, die als bottom-up-Initiativen Angebote zur E-Participation zur Verfügung stel-

len (z.B. Politik-digital). Sie finden zudem in vielen Studien kommerzieller Markt- und Meinungsforschungsinstitute Anwendung. Zu beachten ist allerdings, dass der Begriff „Elektronische Demokratie“ eher im politik- und kommunikationswissenschaftlichen Umfeld, also bei Autoren, die sich mit Demokratietheorie beschäftigen, als Überbegriff für unterschiedliche theoretische Demokratiemodelle auf Basis von IuK-Technologien verwendet wird.

4.4 Kontextfaktoren für den Einsatz des Internets im politischen Raum

4.4.1 Politische Kultur

Die USA können mit Fug und Recht als Vorreiter in der Diskussion um elektronische Demokratie gelten (Kleinstauber 2008: 7). Dort wurde bereits in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine Vielzahl von Projekten zur politischen Nutzung des Internets durchgeführt und US-amerikanische Protagonisten dominieren auch die theoretische Auseinandersetzung über die Bedeutung des Internets für die Demokratie (Grossman 1995, Hague et al. 1999, Kamarck et al. 1999, Norris 2001, Davis 1999). Die oben beschriebenen Konzepte Teledemocracy, Cyberdemocracy und Electronic Democratization sind in erster Linie aus der amerikanischen Diskussion hervorgegangen. Dies alles ist wenig überraschend, denn das Internet ist eine amerikanische Entwicklung, seine Verbreitung schritt in den USA am schnellsten voran. Allerdings zogen einige europäische Länder, insbesondere die skandinavischen, relative schnell mit den USA gleich, was die Verbreitung des Online-Zugangs in der Bevölkerung betrifft (Eurostat Jahrbuch 2008: 484). Eine ähnliche Vielfalt an politischen Online-Projekten blieb dort jedoch weitgehend aus. Hagen (1996, 1997) und Kleinstauber (1995) führen dies auf verschiedene Kontextfaktoren, zurück, die durch das politische System, aber auch durch die spezifische politische Kultur der USA gegeben sind. Diese Arbeit ist nicht komparativ angelegt. Es erscheint aber dennoch sinnvoll, an dieser Stelle kurz auf diese Kontextfaktoren einzugehen. Die theoretische Debatte um elektronische Demokratie in Deutschland ist maßgeblich durch die Rezeption der amerikanischen Konzepte dominiert. Vor einer Untersuchung der politischen Internetnutzung in der Bundesrepublik soll hier der Frage nachgegangen werden, ob für bestimmte Entwicklungen hierzulande allein aufgrund der genannten

Kontextfaktoren nicht eine andere Richtung prognostiziert werden muss. Neben den Veröffentlichungen von Kubicek und insbesondere Hagen (1997) und den auf ihren Thesen aufbauenden Arbeiten von Zittel gibt es bislang kaum komparative Forschungsbemühungen zur system- und kulturspezifischen Ausgestaltung elektronische Demokratie (Zittel 2003: 262, Siedschlag et al. 2002: 43ff.).

In einer Analyse der Kontextfaktoren in den USA, Großbritannien und Deutschland nennt Hagen als gemeinsame Ausgangsbasis der Diskussion um wie auch immer geartete Formen elektronischer Demokratie einen Rückgang der konventionellen Partizipation, insbesondere der Wahlbeteiligung, sowie die Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Medien, die in den Abschnitten 3.4.1 und 3.4.2 bereits im Zusammenhang mit Politikverdrossenheit diskutiert wurde.

Dass Konzepte elektronischer Demokratie in den USA schneller entwickelt wurden und vor allem zum Teil auch radikalere Reformen des repräsentativen Systems fordern, führt Hagen auf die kulturellen Eigenheiten, unter anderem auf die politische Kultur, zurück. Zunächst werde die Verfassung als ein weiter zu entwickelndes Projekt betrachtet, das immer auf die gesellschaftlichen und technologischen Randbedingungen bezogen ist (Hagen 1997: 54), prinzipiell aber veränderbar bleibt. Gerade, was technische Entwicklungen betrifft, seien die Amerikaner weniger skeptisch als die Deutschen. Sie gingen zudem stärker von einer deterministischen Wirkung der Medientechniken aus. Diese seien eben nicht neutral, sondern hätten auf jeden Fall Auswirkungen auf die Politik. Aufgabe der Politik sei es, „politische Antworten auf die Herausforderungen der Medien zu entwickeln.“ (Hagen 1997: 31).

Zur politischen Kultur im engeren Sinne gehören auch die große Bedeutung der Zivilgesellschaft sowie die Bedeutung des kommunitaristischen Ideals, das die Bedeutung von Gemeinschaft als Kritik an der um sich greifenden Individualisierung betont und eng mit Theoretikern wie Amitai Etzioni (1993), Benjamin Barber (1984) und William Galston (1991) verbunden ist (vgl. Vorländer 2001: 20). Eine weitere US-amerikanische Eigenheit sei, so Hagen, auch die „frontier“-Mentalität, ein „Sinnbild für die Chance eines zivilisatorischen Neuanfangs, der durch die autonome und selbstbestimmte Organisation freier und gleicher Individuen bestimmt ist.“ (Hagen 1997: 53). Damit sind die Erfahrungen gemeint, die bei der Besiedelung der Grenzgebiete im Westen der USA gemacht wurden. „As with the West, it is natural for many proponents of digital democracy to believe that this new space needs to be

‘civilized’.” (Hagen 2000: 59). Dies zeige sich an Publikationstiteln wie „Civilizing Cyberspace” von Steven Miller (1996) oder der Bezeichnung einer Interessengruppe namens „Electronic Frontier Foundation”.

Die deutsche politische Kultur sei demgegenüber gekennzeichnet durch eine „relative Reformunwilligkeit, die etatistische Tradition, die unpolitische Tradition, die Tradition des deutschen Idealismus und ein eher pessimistisches Technikverständnis“ (Hagen 1997: 108). Diese etatistische Tradition führe dazu, dass „eine Orientierung auf staatliche Institutionen als Ordnungs- und Hilfsinstanz nach wie vor bedeutend für die deutsche politische Kultur“ sei, was Ideen wie einer größeren Verantwortung für die Zivilgesellschaft und damit einer stärkeren Input-Orientierung entgegenstehe (Hagen 1997: 109). Die geringe Bereitschaft der Deutschen zu über das Wählen hinausgehender politischer Beteiligung und die vergleichsweise starke Orientierung am politisch-ökonomischen Output wurde bereits von Almond und Verba in der Civic Culture-Studie diagnostiziert (Almond et al. 1963). Der schlechte Ruf der Politik als „schmutziges Geschäft“ wird auf die schlechten Erfahrungen mit den Nationalsozialisten zurückgeführt. Auch nach der 68er-Bewegung und dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts bleibe dies ein Kennzeichen deutscher politischer Kultur, das erklären könne „warum in der Diskussion um die gesellschaftlichen Auswirkungen der Kommunikationstechniken in Deutschland das Politische eine so nachgeordnete Rolle spielt“ (Hagen 1997: 109). Der deutsche Hang zum Idealismus, man könnte hier vielleicht besser von Prinzipientreue sprechen, stehe im Gegensatz zum amerikanischen Pragmatismus einer punktuellen Ergänzung der repräsentativen Demokratie entgegen, weil hierzulande sogleich das Szenario einer überwiegend partizipativen oder sogar plebiszitären Demokratie und damit der Untergang der repräsentativen Demokratie an die Wand gemalt werde. Historisch erklärbar ist auch die überwiegend skeptische oder sogar pessimistische Beurteilung neuer Medientechnologien in Deutschland. Sowohl in den USA, hier insbesondere von Roosevelt, als auch in Deutschland ist das Radio als Propagandamittel verwendet worden. Allerdings war der deutsche Volksempfänger technisch so konzipiert, dass er fast ausschließlich die deutschen Sender empfangen konnte. Zudem war das Abhören von Feindsendern, das nachts oder durch technische Manipulationen durchaus gelang, bei Androhung drakonischer Strafen verboten (Diller 1980). Auch die Einführung des Kabel- und Privatfernse-

hens stand in Deutschland vor dem Hintergrund der öffentlich-rechtlichen qualitativ hochwertigen Programme von Beginn an in dem Ruf, eine der Demokratie eher abträgliche Technik zu sein, während in den USA, die ja ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem nicht kennen, die Kanalerweiterung zunächst als eine Chance für demokratisch hochwertigere Programme begrüßt wurde.

4.4.2 Politisches System

Eine mindestens ebenso große Rolle wie die geschilderten Aspekte der politischen Kultur spielen aber wohl die unterschiedlichen politischen Systeme (Norris 2001: 34). In Deutschland begegnet man nach den schlechten Erfahrungen mit plebiszitären Elementen in der Weimarer Republik direktdemokratischen Verfahren mit großer Skepsis. Im Grundgesetz wurde daher auf solche auch komplett verzichtet. Erst in den 1990er Jahren wurden in den meisten Bundesländern Volksbegehren und Volksentscheide eingeführt, zumeist jedoch mit hohen Quoren⁷. In den USA werden direktdemokratische Elemente dagegen deutlich positiver beurteilt. Die Vorwahlen der amerikanischen Parteien stellen ein Instrument der direkten Beteiligung der Bürger an der Auswahl der Kandidaten dar, das aus der amerikanischen Politik kaum mehr wegzudenken ist. In vielen Einzelstaaten existieren Möglichkeiten für Referenda und „recall“, also die Abberufung des Gouverneurs, besonders ausgeprägt in Kalifornien. Dort liegt, so Hagen, auch die Wiege der elektronischen Demokratie, was auf zwei typisch kalifornische Ideologien zurückzuführen sei: „the ‚hippie‘ dream for a direct, self-empowered citizen government, and the ‚yuppie‘ dream for material wealth [...]“. Both dreams are an interpretation of the individual pursuit of happiness and meet in an anti-statist outlook on politics“ (Hagen 2000: 59). Während hier wohl wiederum eher Aspekte der politischen Kultur angesprochen werden, die eben mit den direktdemokratischen Möglichkeiten in Wechselwirkung stehen, sollen im Folgenden einige Merkmale des politischen Systems im eigentlichen Sinne zur Sprache kommen.

Eine wichtige Rolle bei der konkreten Nutzung des Internets für die politische Kommunikation spielt das Wahlsystem. In einem Mehrheitswahlsystem wie in den USA sind die Abgeordneten sehr viel stärker an die Unterstützung aus ihrem Wahlkreis gebunden als in einem Verhältniswahlsystem, in dem in erster Linie Parteien

⁷ Siehe dazu Weixner 2002 sowie URL: <http://www.mehr-demokratie.de/> (Stand: 10.7.2009)!

gewählt werden. Zusammen mit der geringen Bedeutung der Parteien in den USA führt dies dazu, dass Kandidaten sich eher als politische Unternehmer verstehen, die direkt bei den Bürgern um deren Unterstützung werben und auch als gewählte Abgeordnete ihre politische Arbeit darstellen müssen, um wieder gewählt zu werden. In einem System mit starken Parteien wie der Bundesrepublik müssen sich Politiker vor allem innerhalb ihrer Partei durchsetzen und etablieren, was zu einer geringeren Notwendigkeit zur direkten Kommunikation mit den Bürgern führt. Selbst das personalisierte Verhältniswahlrecht, das mit dem Ziel eingeführt wurde, dem Wähler die Möglichkeit zu geben, Persönlichkeiten im Rahmen einer Verhältniswahl zu wählen, ändert dies nicht grundlegend, da die Zusammensetzung des Parlaments durch die mit der Zweitstimme getroffene Parteienwahl bestimmt wird und die Direktkandidaten zumindest der großen Parteien über die Parteilisten abgesichert sind.

In einer der wenigen empirischen Studien zur Bedeutung des politischen Systems für die Integration des Internets in die politische Kommunikation untersucht Zittel (2003), wie sich diese systemischen Kontextfaktoren in unterschiedlichen Ländern, nämlich den USA, Deutschland und Schweden, auswirken. Er geht davon aus, dass die Neuen Medien eine neuartige Gelegenheitsstruktur schaffen, die prinzipiell eine partizipativere Form der Demokratie in dreifacher Weise ermöglicht (Zittel 2003: 263f.): Erstens, werde eine unmittelbarere Beziehung zwischen den Abgeordneten und den Bürger möglich, die er als „Delegation“ bezeichnet. Es handelt sich hierbei allerdings nicht um Delegation im eigentlichen Wortsinn, sondern lediglich um eine stärkere Rückkoppelung von Abgeordneten an ihre Wähler. Zweitens, könnten die Bürger durch direktdemokratische Elemente stärker an Sachentscheidungen teilhaben, wie es die Teledemokraten propagieren, und drittens, bestehe die von den Cyberdemokraten betonte Chance, mittels Internet eine Stärkung der Zivilgesellschaft herbeizuführen. In elitistisch-wettbewerblichen Demokratien, wie der Bundesrepublik und Schweden, sei es, so Zittel (2003: 266), jedoch wahrscheinlich, dass vielmehr vor allem die Parteien das Internet zur internen Kommunikation sowie zur Außendarstellung nutzen, um die Geschlossenheit der Partei zu gewährleisten, und dass weiterhin eine Modernisierung der Demokratie vor allem im Hinblick auf die politische Kommunikation sowie den erleichterten Zugang zu öffentlichen Dokumenten stattfindet. Empirisch untersucht er allerdings nur, ob in den drei Parlamenten eine weiterreichende Form von Delegation durch das Internet befördert wird. Er

stellt fest, dass im Jahr 2000 99 Prozent der amerikanischen Abgeordneten individuelle Webseiten hatten, während es bei den deutschen Bundestagsabgeordneten lediglich 34 Prozent waren (Zittel 2003: 269). Auch seien erstere sehr viel umfang- und inhaltsreicher, allerdings nicht interaktiver (Zittel 2003: 271). Qualitative Interviews mit Parlamentariern aller drei Länder machen deutlich, dass das Wahlrecht und die bedeutende Rolle der Parteien bei der Kandidatenkür, aber auch die in parlamentarischen Systemen notwendige Fraktionsdisziplin nur geringe Anreize zur direkten Kommunikation mit den Wählern schaffen (Zittel 2003: 275). Als ein weiteres Problem für die Abgeordneten in Deutschland und insbesondere in Schweden erwies sich die schwächere Ressourcenausstattung. Dies ist nicht nur deshalb relevant, weil den europäischen Abgeordneten die Zeit fehlt, E-mails zu beantworten oder in Chats zur Verfügung zu stehen, sondern auch deshalb, weil die Impulse zur Modernisierung der Kommunikation mit den Wählern nach Aussagen der US-amerikanischen Abgeordneten vor allem von ihren, vermutlich meist jüngeren, Mitarbeitern kommen (Zittel 2003: 276).

Grunwald et al. kommen nach einer Analyse der britischen und der deutschen E-Demokratie-Strategien und der umgesetzten Aktivitäten zu dem Schluss, die größere Aktivität der britischen Regierungen sei „vor allem auch in Spezifika des politischen Systems zu suchen“ (2006: 102). Die Regierung habe eine sehr starke Stellung gegenüber dem Parlament, übe großen Einfluss auf dessen Tagesordnung aus und dominiere den Gesetzgebungsprozess (Grunwald 2006: 102). Sie könne ihre Agenda, in diesem Falle eine nationale E-Demokratie-Strategie, „unverwässert durch verhandlungsdemokratische Elemente“ umsetzen (Grunwald et al. 2006: 102).

Auch Norris (2001) macht auf weitere augenfällige Unterschiede aufmerksam, die mehr international vergleichende Forschung angezeigt erscheinen lassen: „The rapid adoption of the Internet as a lobbying and fund-raising tool in American election campaigns, for example may reflect the particular form of interest group pluralism and money-driven political campaigns characteristically found in the United States, rather than a model common in many European democracies. The German SPD intranet, as a democratic mass branch organization, may provide far more opportunities for horizontal interaction and communication among party members than is available in the Japanese leadership-dominated LDP“ (Norris 2001: S. 34).

4.5 Risiken des Internets für die Demokratie

4.5.1 Digital Divide

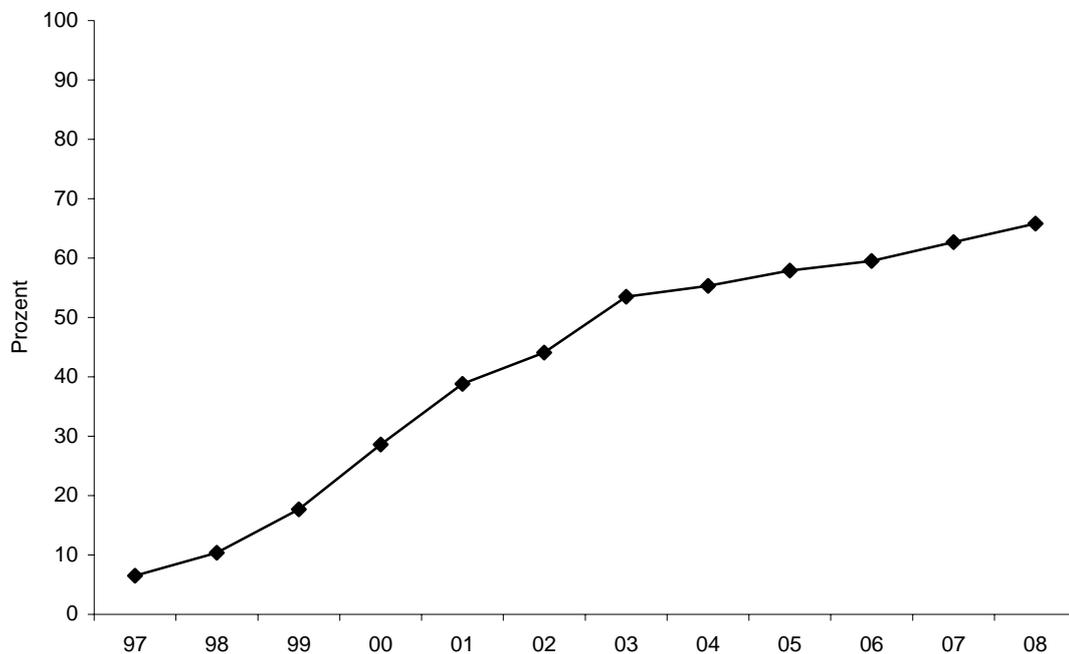
Das Schlagwort Digital Divide beschreibt ursprünglich die Tatsache, dass ein Teil der Bevölkerung aus unterschiedlichen Gründen keinen technischen Zugang zum Internet hat. Festgemacht wird diese Ungleichheit in der Regel an soziodemographischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Einkommen oder Bildung. Norris bezeichnet das Phänomen folglich auch als „social divide“ - im Unterschied zu einem „global divide“, der sich auf die Unterschiede in der Internetnutzung zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern bezieht (Norris 2001: 4). Auf letzteren wird in dieser Arbeit nicht eingegangen. Problematisch an einem „social divide“ ist, dass es sich bei den Ausgeschlossenen um bestimmte Bevölkerungsgruppen handelt, wie beispielsweise diejenigen, die sich keinen Anschluss leisten können oder Ältere, für die die Handhabung der Technik eine Hemmschwelle darstellt. Wenn ein bedeutsamer Teil der politischen Kommunikation über das Internet erfolgte, könnten bestimmte Teilgruppen der Gesellschaft daran nicht teilnehmen und würden im Konkurrenzkampf verschiedener Interessen an Bedeutung verlieren.

Seinen Siegeszug trat der Begriff in den USA mit der Veröffentlichung der zweiten Befragung der National Telecommunications and Information Administration (NTIA) 1998 „Falling Through the Net II“ an. Mit dem Untertitel „New Data on the Digital Divide“ gelangte die Thematik auch ins Interesse der Öffentlichkeit (NTIA 1998). In Deutschland zeugen zahlreiche Zeitungsartikel ebenfalls von einem öffentlichen Bewusstsein für das Thema, hierzulande häufig auch als „digitale Kluft“ oder „digitale Spaltung“ bezeichnet (vgl. z.B. Geffken in der Süddeutschen Zeitung vom 9. 10. 2001, Meffert in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.9.2001 oder FAZ.net vom 25.7.2001: Interview von Ulrich Hottelet mit Justizministerin Brigitte Zypries). Die digitale Spaltung ist mittlerweile auch Gegenstand ausführlicher empirischer Analysen. In der Bundesrepublik existieren mehrere regelmäßig durchgeführte repräsentative longitudinale Untersuchungen über die Internetnutzung, wie die ARD/ZDF-Onlinestudien (seit 1997), die Internet-Strukturdaten der Forschungsgruppe Wahlen (seit 2002) und der (N)onliner-Atlas der Initiative D21 (seit 2001).

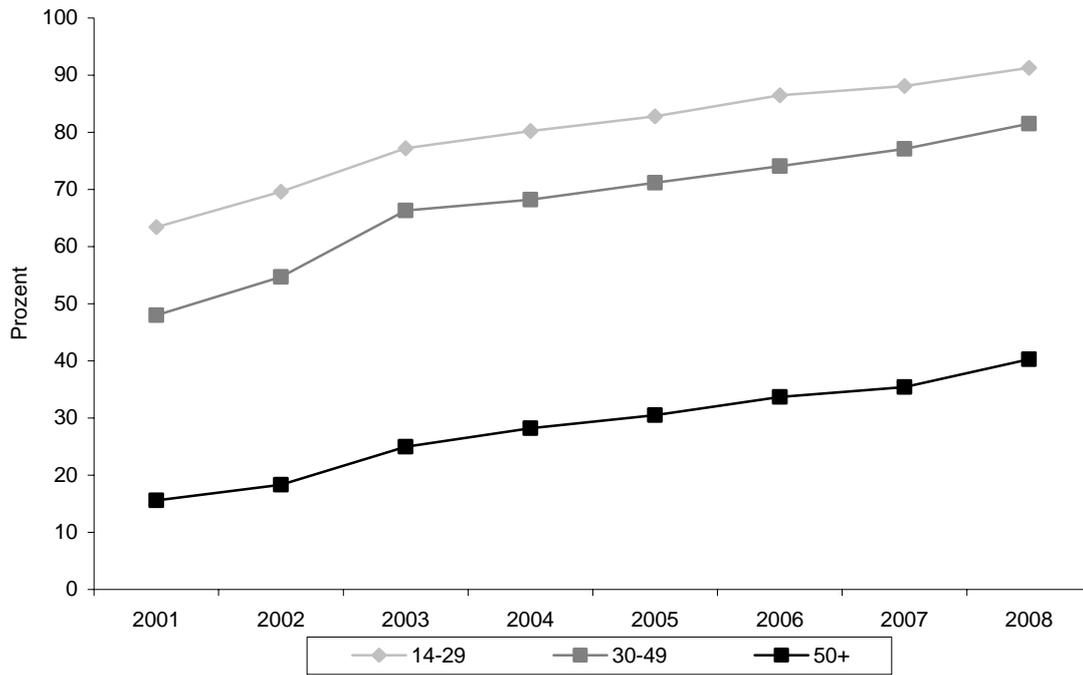
Insgesamt muss man dem Internet mit jährlichen Steigerungsraten von ca. 60 Prozent in den Jahren bis 2000 eine rasante Verbreitung attestieren. Inzwischen liegt die Internetnutzung in Deutschland bei etwa 65 Prozent (Abbildung 3) und damit im europäischen Mittelfeld, vor den süd- und osteuropäischen Nationen, jedoch hinter

den Nordeuropäern (vgl. Internet World Stats 2009 oder Eurostat Jahrbuch 2008). Seit etwa 2003 sinkt die Steigerungsrate der Internetnutzung wieder. 2008 lag sie bei fünf Prozent (van Eimeren et al. 2008: 331). Allerdings bleiben bestimmte Gruppen wie die Älteren hinter diesen durchschnittlichen Steigerungsraten zurück, was letztlich nichts anderes bedeutet, als dass die Alterskluft weiter wächst. Alle Erhebungen weisen für Deutschland auch im Jahr 2008, wie die Abbildungen 4 bis 8 zeigen, noch erhebliche Differenzen in der Internetnutzung nach Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen und Berufstätigkeit aus.

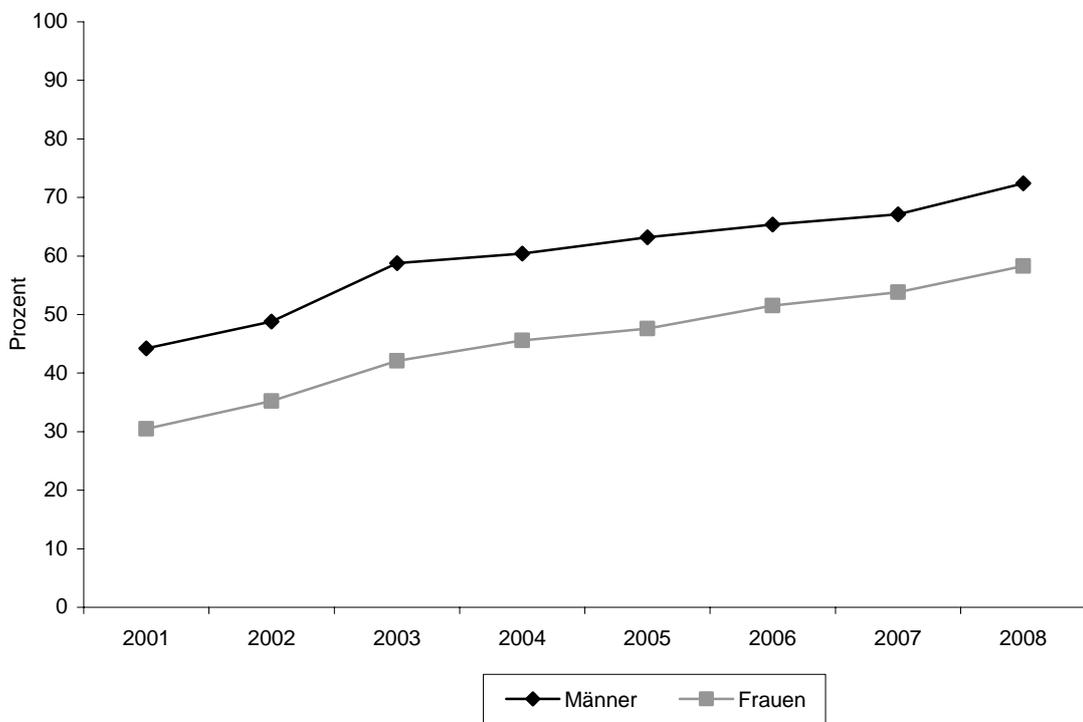
Abbildung 3: Anteil der Internetnutzer in Deutschland



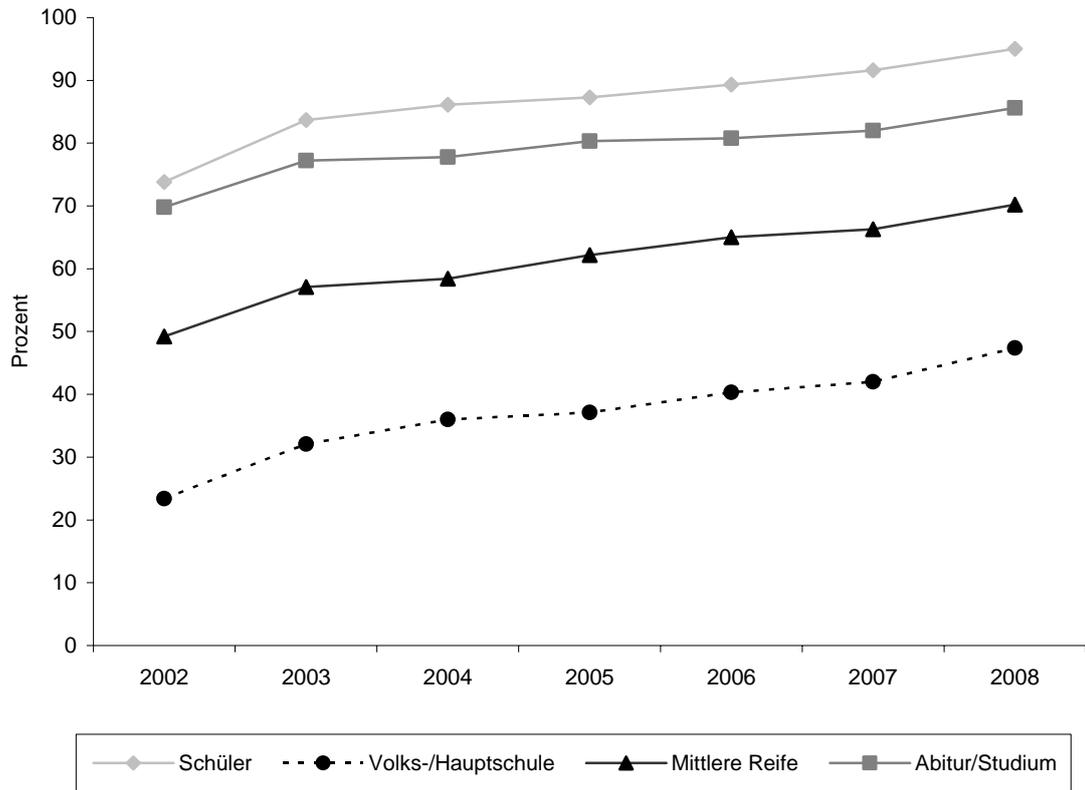
Quelle: ARD/ZDF-Onlinestudien

Abbildung 4: Anteil der Internetnutzer nach Altersgruppen

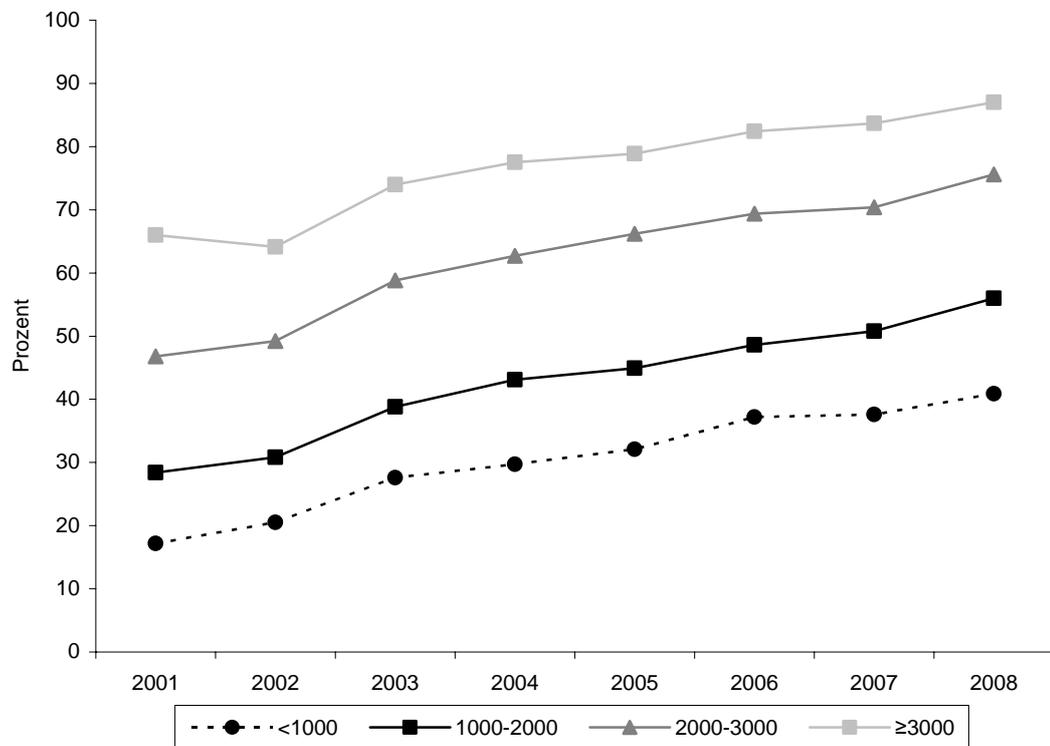
Quelle: (N)onliner Atlanten 2001-2008

Abbildung 5: Anteil der Internetnutzer nach Geschlecht

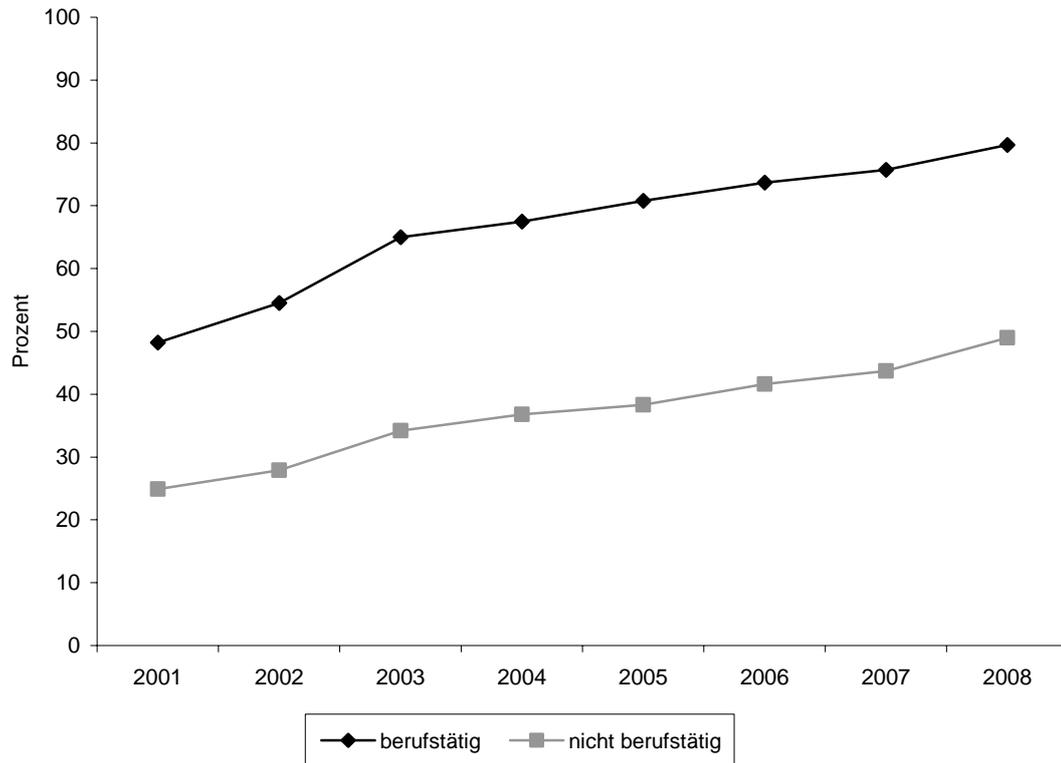
Quelle: (N)onliner Atlanten 2001-2008

Abbildung 6: Anteil der Internetnutzer nach Bildung

Quelle: (N)onliner Atlanten 2001-2008

Abbildung 7: Anteil der Internetnutzer nach Einkommen

Quelle: (N)onliner Atlanten 2001-2008

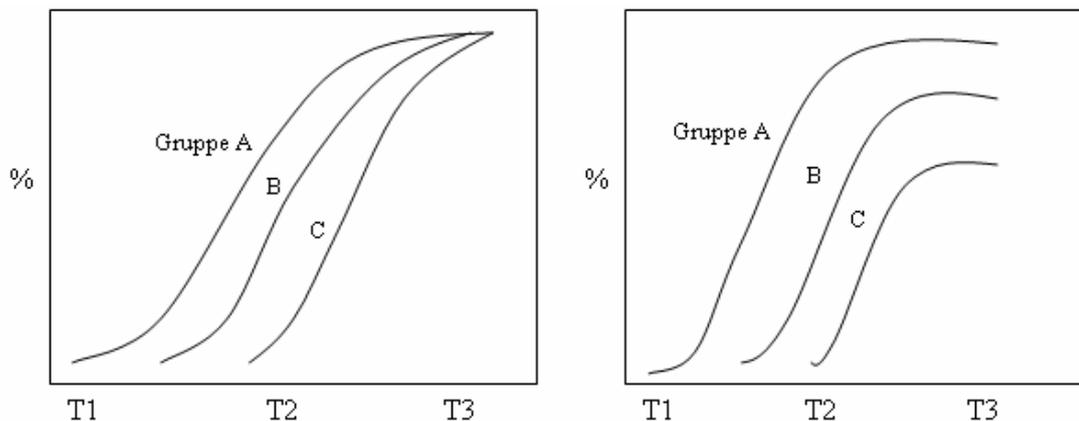
Abbildung 8: Anteil der Internetnutzer nach Berufstätigkeit

Quelle: (N)onliner Atlanten 2001-2008

Umstritten ist, ob der Digital Divide sich mit der Zeit schließt. Einige gehen davon aus, dass es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt (Compaine 2001). Langfristig sorgten vor allem niedrigere Preise, aber auch die zunehmende Attraktivität durch ein vielfältigeres Angebot für eine nahezu hundertprozentige Verbreitung, so ihre Erwartung. Staatliche Programme zur Förderung spezifischer sozialer Gruppen seien nicht vonnöten, so Benjamin Compaine (2001) als Verfechter dieser These. Den Sammelband „The Digital Divide: Facing a Crisis or Creating a Myth“ schließt er mit dem Fazit: „[...] there is little short-term damage to be had by allowing the self-evident forces of declining cost, natural acculturation, and growing availability to take their course. [...] Public policy in a few years can then turn its attention to the much smaller skirmishes that may be needed to help out with the digital crevice left at the fringes.“ (Compaine 2001: 334). Begründet wird diese Erwartung sich schließender digitaler Klüfte unter Rückgriff auf die Diffusionstheorie, die vor allem von Rogers ausführlich dargestellt wurde (2003). Typischerweise verläuft die Verbreitung von Innovationen wie beispielsweise des Radios oder des Fernsehens in Form einer S-Kurve. Nach einer Phase der langsamen Ausbreitung folgt eine Phase hoher

Wachstumsraten bevor diese wieder abnehmen und schließlich in der Phase des gesättigten Marktes nahe Null liegen. Ob diese Sättigung bei einer Nutzungsrate von annähernd 100 Prozent oder deutlich darunter liegt, ist abhängig von der konkreten Innovation. Insgesamt folgt auch die Internetverbreitung einer solchen S-Kurve (siehe Abbildung 3). Im Zusammenhang mit dem Digital Divide sei aber die relevante Frage, so Norris (2001: 30) und van Dijk (2005: 63), wie die Diffusionskurven sich für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen entwickelten. Zwei Modelle der gruppenspezifischen Diffusion seien vorstellbar, so van Dijk (2006). Nach dem Normalisierungsmodell wäre die Verbreitung am Ende des Diffusionsprozesses in allen Bevölkerungsteilen etwa gleich hoch (siehe auch Norris 2001: 30f.). In manchen Teilen der Bevölkerung würde zwar der Diffusionsprozess später beginnen und langsamer ablaufen, sobald die Preise fallen und das Netzwerk eine kritische Größe erreicht hat, aber umso schneller vonstatten gehen (siehe Abbildung 9, links). Möglicherweise folgt die Verbreitung des Internets jedoch eher einem Stratifikationsmodell, wie in der rechten Hälfte von Abbildung 9 dargestellt. Auch nach dem Abschluss des Diffusionsprozesses gäbe es dann noch deutliche Unterschiede in den Zugangsraten zwischen verschiedenen Gruppen.

Abbildung 9: Normalisierungs- und Stratifikationsmodell der Diffusion von Innovationen



Quelle: van Dijk 2005: 66

Im Gegensatz zu Compaine folgert Norris: „[D]iffusion theory predicts that without successful state intervention, if the spread of Internet follows the conventional trajectory established by many previous technologies, then the initial adoption of wired computers can be expected to exacerbate existing social divisions, at least in the early-to-middle stages of the S-shaped diffusion curve, and perhaps in the longer-

term as well if the new technology produces substantial productivity gains and continuing access barriers.“ (Norris 2001: 71). Die Kontroverse besteht auch sieben Jahre nach den Publikationen von Compaine und Norris weiter. Die bekannten Differenzen in der Internetnutzung nach den wichtigsten soziodemographischen Charakteristika sind weiterhin existent, wie die obigen Abbildungen 4 bis 8 zeigen. Am ehesten scheint sich die Lücke zwischen Männern und Frauen zu schließen. In den USA haben sich die Zugangsraten beider Geschlechter bereits angeglichen (Compaine 2001: 326, van Dijk 2005: 59f., Mossberger et al. 2008: 105). Für Deutschland weisen zwar die Onlinerraten in allen drei genannten regelmäßig durchgeführten Studien eine nahezu gleich bleibende Differenz zwischen Männern und Frauen auf, die auch 2008 noch bei mindestens 13,3 Prozentpunkten liegt (ARD/ZDF-Onlinestudie: van Eimeiren et al. 332), allerdings variiert diese Differenz zwischen den Geschlechtern erheblich mit dem Alter: Bei den 14- bis 19-Jährigen liegt sie bei lediglich einem Prozentpunkt, bei den 60- bis 69-Jährigen bei 20 Prozentpunkten ((N)onliner-Atlas 2006, Sonderauswertung: 19). Die Gründe dafür können unterschiedlicher Natur sein. Bei den Älteren spielt sicherlich die größere Technikaffinität der Männer eine Rolle. Dass bei den 20- bis 40-Jährigen die Kluft bereits relativ weit aufgeht, liegt vermutlich auch an der Rolle der Frauen in der Familie. Zum einen spielt sicherlich die geringere Berufstätigkeit der Frauen in dieser Altersgruppe eine Rolle, zum andern ein knappes Zeitbudget, beides bedingt durch die Betreuung von kleinen Kindern (vgl. Mossberger et al. 2008: 106). Die genannten Ergebnisse zur Internetnutzung nach Geschlecht deuten jedoch darauf hin, dass sich hier infolge des Generationenwandels die Lücke schließt. Ob davon ausgegangen werden kann, dass auch sozioökonomische Disparitäten z.B. durch Einkommen und Bildung lediglich einen Generationeneffekt darstellen, ist jedoch umstritten. Mossberger et al. sind nach separaten Analysen für Jüngere (bis 32 Jahre) und Ältere skeptisch: „Time alone will not resolve the problem of digital inequality. Among young people as well as among older respondents, income, education, race, and ethnicity form the basis for inequalities in access and digital citizenship. Although differences based on income are small for those under thirty, it is less than clear whether this is due to the low incomes of highly educated college students, or whether income is becoming less of a barrier for technology inclusion. The replication of other traditional technology disparities among the young based on education, race, and ethnicity, suggests that these gaps are unlikely

to disappear soon.” (Mossberger 2008: 147). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Marr. Er schließt aus der Internetdiffusion in den Jahren nach der Jahrtausendwende, dass es zumindest mittelfristig bei einer Internetdurchdringung von etwa 65 Prozent und damit auch bei den bestehenden sozialen Differenzen im Zugang bleiben werde und dass Steigerungspotenzial lediglich bei der Häufigkeit der Nutzung und der Qualität des Internetanschlusses bestehe (Marr 2006: 268).

Der Begriff Digital Divide bezieht sich in der Regel auf die Unterschiede im Zugang zum Internet (Krotz 2006: 367) und wurde bislang auch hier so verwendet. Bereits wenige Jahre nachdem der Begriff 1998 seinen Siegeszug antrat, wurde zunehmend darauf hingewiesen, dass der Zugang bzw. die gelegentliche, im Extremfall die einmalige Nutzung wenig darüber aussagt, welche Bedeutung das Internet im Leben der Menschen hat, wie viel Zeit sie damit verbringen, wie es sich in ihren Medienmix einfügt und zu welchen Zwecken sie es konkret nutzen (z.B. E-mail-Kommunikation, Informationssuche, Unterhaltung, usw.). Entsprechend wurde von mehreren Autoren eine genauere Differenzierung der digitalen Kluft vorgenommen. So unterscheiden Mossberger et al. (2003) einen „access divide“, einen „skills divide“, einen „economic opportunity divide“ und einen „democratic divide“. Rogers (2003: 469) spricht von einem „learning-divide“, der sich auf die Kompetenzen in der Computer- und Internetnutzung beziehe, und von einem „content-divide“, „in which less educated individuals may not be able to comprehend the content of Web sites created by highly educated individuals“ (Rogers 2003: 469). Ganz ähnlich untersucht auch van Dijk (2005) verschiedene Ausprägungen unterschiedlichen Zugangs und unterschiedlicher Nutzung. Seiner Analyse des „material access“, also des klassischen Digital Divide, stellt er die Frage nach den Motiven der (Nicht-)Nutzung voran und bezeichnet dies als „motivational access“ (van Dijk 2005: 27ff.). Auch er ist der Ansicht, dass mit dem technischen Zugang zum Netz die sozialen Disparitäten noch nicht aufgehoben seien: „[T]he digital divide is deepening where it has stopped widening“ (van Dijk 2005: 2). Neben der Untersuchung der Fähigkeiten, die die Art und Weise der Internetnutzung bedingen (skills access), erfordere eine genaue Vermessung des Digital Divide, die Einschätzung seiner Entwicklung und seiner gesellschaftlichen Folgen sowie des daraus abzuleitenden Handlungsbedarfs auch die genauere Analyse der verwendeten Zugangstechnik, der Nutzungsdauer und der genutzten Inhalte (usage access). Im Gegensatz zu Compaine betrachten sowohl Moss-

berger et al. als auch van Dijk den Digital Divide nicht als technologisches, sondern als soziales und politisches Problem (van Dijk 2005: 4). Anders, als es der Begriff suggeriere, gehe es eben nicht um eine Zweiteilung der Gesellschaft. Es sei nicht damit getan, sich von der einen Seite auf die andere Seite des digitalen Grabens zu begeben, indem man technisch Zugang erlangt, vielmehr sei die *relative* Ungleichheit entscheidend (van Dijk 2005: 4). Im Gegensatz zu anderen technischen Entwicklungen wie beispielsweise dem Fernsehen, sähen sich die „followers“, selbst wenn sie endlich auf der „richtigen“ Seite des access divide stehen, bereits schon wieder mit anderen Ungleichheiten konfrontiert, die aus unterschiedlichen technischen, kognitiven und motivationalen Hintergründen des einzelnen Nutzers resultieren (vgl. van Dijk 2005: 62). Die unterschiedliche Qualität der Zugangstechnologie (analog, ISDN oder DSL) ist dabei noch das geringste Problem – bedingt aber natürlich die Art und Weise der Nutzung zum Teil mit. Die Fähigkeiten, gewünschte Informationen schnell zu finden, deren Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit zu beurteilen und diese weiter zu verarbeiten, sind demgegenüber bedeutsamer, weil sie nur langfristig verändert werden können. Hier spielen nicht nur die kognitiven Fähigkeiten einer Person eine Rolle, sondern auch die Erfahrung mit dem Netz. Aber auch diese Erfahrung können „Nachzügler“ schließlich machen und gegenüber den „early adopters“ aufholen. Bleiben werden jedoch interessenbedingte Unterschiede in der Nutzung der Online-Angebote. Das Netz kann zum Einkaufen genauso genutzt werden wie zur Unterhaltung, zur Kommunikation genauso wie zur Information. Worüber mit wem kommuniziert wird, ist dabei ebenso offen wie die Frage, welche Art von Informationen zu welchen Themen abgerufen werden. Auf diese völlig unterschiedlichen Verwendungsarten von IuK-Medien weist auch Krotz hin und folgert „dass sowohl die Nutzer, die PC oder Internet in Alltag, Kultur und Gesellschaft integrieren, als auch die Technik als auch die sich im Laufe der Zeit verändernden Medienumgebungen der Menschen es kaum zulassen, den Prozess der Verbreitung eines Mediums als Diffusionsprozess einer einheitlichen Innovation zu denken.“ (Krotz 2007: 287). Damit macht er auf einen wichtigen Punkt aufmerksam. Die Verbreitung des Internetzugangs als Voraussetzung für jegliche Art von Internetnutzung im Lichte der Diffusionstheorie zu analysieren muss aber nicht bedeuten, dass man dabei stehen bleibt. Auch beim Fernsehen wurde die Verfügbarkeit des Gerätes diffusions-theoretisch untersucht, während zugleich oder zumindest im Anschluss daran die sich

weiterentwickelnden Nutzungsweisen kontinuierlich von der Kommunikationswissenschaft beobachtet wurden bzw. werden. Dies für die Gebrauchsweisen des Internets im Themenbereich der Politik zu tun, ist ein Ziel des empirischen Teils der vorliegenden Arbeit.

Eine entscheidende Annahme bezüglich der Diffusion einer Innovation wie dem Internet ist, dass die Verbreitung sowohl der Zugangstechnik, wie auch des nötigen Wissens entlang sozialer Verbindungen vonstatten geht. „Trickle-down theory suggests that ‘downs’ rapidly learn of the ‘ups’ personal experience with an innovation and follow suit. In many systems, however, ‘ups’ talk primarily to ‘ups’, and ‘downs’ to ‘downs’ [...]” (Rogers 2003: 466). Empirische Daten zur Bedeutung verschiedener Quellen für Wissen über Computer und das Internet bestätigen dies. Neben dem schlichten Ausprobieren, sind vor allem Kollegen, Freunde und Bekannte wichtige Informationsquellen. Computerkurse, Handbücher und Hilfe-Optionen spielten demgegenüber eine vergleichsweise geringe Rolle. Erst bei den Älteren über 50, vermutlich insbesondere bei denjenigen, die bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, steigt die Bedeutung von Büchern und Kursen (van Dijk 2005: 91). Van Dijk folgert daraus, „ [t]he context in which people are working is the breeding ground of all digital skills.” (van Dijk 2005: 90). Diese Tatsache einer Ausbreitung von Innovationen und Kenntnissen entlang sozialer Bindungen birgt Implikation für Strategien gegen eine Verbreiterung der digitalen Kluft. Gezielte inhaltliche Angebote im Netz, Informationskampagnen und Aktionen, die soziale Netzwerke innerhalb der Gruppe der Benachteiligten nutzen, bieten ein wichtiges Mittel. Nicht für die Verbreitung des technischen Zugangs, aber um weitere skills und evtl. auch usage gaps zu verringern, bietet das Internet selbst wohl eine der besten Möglichkeiten. „The Internet allows individualized messages about an innovation to be sent to late adopters and laggards. To date, however, this potential for tailoring messages to the ‘downs’ has been utilized only on a very limited scale.” (Rogers 2003: 469).

Die dem access divide gleichsam nachgeordneten Spaltungen, skills and usage divides lassen sich bezeichnender Weise meist durch die gleichen sozioökonomischen Merkmale erklären wie die Unterschiede im Zugang. Innerhalb der Gruppe der Onliner, die im Vergleich zu den Offlinern ohnehin jünger, besser gebildet und einkommensstärker ist, sind es also wiederum die jüngeren, besser gebildeten und wohlhabenderen, die das Netz besonders oft und lang nutzen, die es informationsorientiert

statt unterhaltungsorientiert und die es für ihr berufliches Weiterkommen nutzen (Mossberger et al. 2003: 45ff., van Dijk 2005: 87). Zumeist wird stillschweigend und ganz selbstverständlich davon ausgegangen, dass dies eine unerwünschte Entwicklung ist, ohne jedoch explizit zu machen, warum. Van Dijk und Mossberger et al. gehören zu den wenigen, die die Gründe unterschiedlicher Akteure systematisieren, den Digital Divide – oder besser gesagt, die verschiedenen divides – aktiv zu bekämpfen (van Dijk 2005: 164ff., Mossberger et al. 2003: 5ff., Mossberger et al. 2008: 3ff.). Ganz banal sei es aus Sicht der Computerindustrie aus ökonomischen Gründen nahe liegend, zu betonen, dass es sich bei den neuen IuK-Technologien um epochale Entwicklungen handelt, von denen niemand abgekoppelt werden soll. Aber auch die individuelle Motivation, vor allem bei Älteren, online zu gehen, besteht nicht selten darin, „up-to-date“ zu bleiben. Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive gibt es ebenfalls unterschiedliche Gründe, die mannigfaltigen Formen digitaler Klüfte abzubauen: In wirtschaftlicher Hinsicht haben sowohl der Staat als auch die Wirtschaft als Arbeitgeber ein Interesse, auf eine ausreichende Anzahl an Menschen zurückgreifen zu können, die mit den neuen Technologien umgehen und sie gestalten können. Mossberger et al. sprechen von „positiven Externalitäten“, also „social benefits beyond those reaped by the individuals who use the technology“ (Mossberger 2008: 3). Diese positiven „Nebenfolgen“, die so Mossberger et al. nicht nur für die Wirtschaft bestünden, sondern auch für die Gesellschaft – z.B. durch bessere Informiertheit und höhere Partizipationsneigung der Onliner – rechtfertigten staatliche Maßnahmen. Ebenso wie van Dijk sehen aber auch Mossberger et al. den wichtigsten Grund, den Digital Divide ernst zu nehmen, nicht in diesen eher utilitaristischen Überlegungen, sondern in dem ethisch-normativen Wert der Gleichheit (van Dijk 2005: 165f., Mossberger 2008: 4). Diese Argumentation nimmt ihren Ausgangspunkt in den Chancen und Möglichkeiten, die das Internet in vielen Bereichen des Lebens – im Beruf, im Wirtschaftsleben, im Unterhaltungs- und Freizeitbereich – dem Einzelnen bietet. Die normative Frage, wie viel Gleichheit in Bezug worauf innerhalb einer Gesellschaft notwendig ist, spielt hier eine wichtige Rolle. Bezieht sich diese Gleichheit auf Chancengleichheit oder auf eine in etwa gleiche Verteilung von (materiellen) Ressourcen? Wie groß dürfen die materiellen und informationellen Unterschiede in einer Gesellschaft sein bzw. werden? Von der Beantwortung dieser normativen Fragen hängt schließlich ab, welche Maßnahmen, insbesondere von staatlicher Seite,

ergriffen werden müssen, um universellen Zugang zu ermöglichen. Soll der Staat die Anschaffung von Hard- und Software, insbesondere für benachteiligte Gruppen, subventionieren? Oder hat er nur die Rahmenbedingungen zu gestalten - einen freien Markt für die Hard- und Software, der für fallende Preise sorgt, und ein Bildungssystem, das jeden in die Lage versetzt, am technologischen Fortschritt teilzunehmen? Letzteres ist die von den meisten westlichen Industrienationen weitgehend verfolgte Strategie (van Dijk 2005: 165). Es wird davon ausgegangen, dass die Gewährleistung dieser Rahmenbedingungen ausreicht, all denjenigen den Zugang zu ermöglichen, die dies von sich aus wollen.

Eine besondere Bedeutung erlangt aus normativer Sicht dabei die Frage, inwieweit die politische Partizipation durch das Internet tangiert wird. Es handelt sich beim Zugang zum Internet eben nicht um ein reines Konsumgut, sondern dieser Zugang bedingt unbestreitbar weitere Chancen und Möglichkeiten ökonomischer und gesellschaftlicher Teilhabe. Michael Powell, von 2001 bis 2005 Chef der Federal Communication Commission der USA, lässt bei seiner Einschätzung, dass der Digital Divide kein Problem sei und es schließlich auch einen „Mercedes divide“ gebe, ebendiese Differenzierung vermissen (zitiert nach Mossberger 2003: 5). Während hinsichtlich der Informationsversorgung auf Konsummärkten der Einzelne durchaus selbst verantwortlich gemacht werden kann, gilt dies für den Zugang zu politisch relevanten Informationen nicht unbedingt. Der demokratische Staat hat die Aufgabe, seine Bürger zu politisch informierten und aktiven Bürgern zu erziehen. Er kommt dieser z.B. im Sozialkundeunterricht an den Schulen sowie durch Informationsangebote der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung nach. Er hat Information so zur Verfügung zu stellen, dass die Bürger sich ausführlich, schnell und zeitgemäß informieren können. Er muss, unabhängig von der demokratietheoretisch-normativen Herangehensweise, allein aus Stabilitätsgründen, ein Interesse daran haben, dass die Bürger mehrheitlich das System prinzipiell unterstützen. Zwar bleiben die herkömmlichen Möglichkeiten und Formen der Informationsbereitstellung und -beschaffung über die klassischen Massenmedien und traditionelle Kanäle politischer Kommunikation über Briefe, Besuche von Bürgersprechstunden, Versammlungen usw. weitgehend erhalten, im Vergleich zu denjenigen, die die vorhandenen Online-Ressourcen optimal nutzen, sind die Offliner aber zunehmend benachteiligt. Eine bestimmte Information zu beschaffen oder mit einem Abgeordneten in Verbindung

zu treten, wird in der Regel offline wesentlich mehr Zeit und vielleicht auch Geld beanspruchen als online. „[S]lowly but surely, the politically active on the Internet and those using computers are getting better informed than those who only read papers or watch TV. Moreover, they can be more influential, sending e-mails to politicians and public administrators and participating in electronic pressure groups.” (van Dijk 2005: 175).

Eine der ersten umfassenden wissenschaftlichen Publikationen zum Thema digitale Spaltung, Pippa Norris' Monografie „Digital Divide“ aus dem Jahr 2001, behandelt neben dem in der vorliegenden Arbeit ausgeklammerten „global divide“ und dem angesprochenen „social divide“ bereits diesen so genannten „democratic divide“: „[The] *democratic divide* signifies the difference between those who do, and do not, use the panoply of digital resources to engage, mobilize, and participate in public life.“ (Norris 2001: 4, Hervorhebung im Original). Auch Mossberger, Tolbert und Stansbury machten bereits 2003 auf einen „democratic divide“ aufmerksam: „The internet may enhance citizen information about elections and in turn stimulate increased participation. Yet, because of unequal access to technology, the internet may expand turnout rates only among those who are already predisposed to vote, broadening the gulf between those who do and those who do not participate.” (Mossberger et al. 2003: 86).

Basierend auf Daten für die Schweiz, Deutschland und die USA hat sich Marr mit dem „democratic divide“ beschäftigt (Marr 2006). Die Ergebnisse für die Schweiz zeigen, dass 2002 acht Prozent der Gesamtbevölkerung das Netz häufig zur Information über politische Belange genutzt haben, 24 Prozent taten dies ab und zu, und 68 Prozent nie. Im Vergleich dazu war 2004 die politikorientierte Internetverwendung in der Schweiz sogar zurückgegangen: Nur noch fünf Prozent gaben an, das Netz häufig zur politischen Information zu nutzen, 22 Prozent ab und zu, und 73 Prozent der Gesamtbevölkerung nie (Marr 2006: 271). Für die USA ergibt sich dagegen aus Daten des PEW Research Center ein Zuwachs in der Nutzung politischer Nachrichten von 2000 bis 2004 (Marr 2006: 272). 32 Prozent der US-Bevölkerung verfolgten demnach 2004 politische Nachrichten (Marr 2006: 273). Nach den ARD/ZDF-Onlinestudien ist der Abruf von „Aktuellen Informationen über das Geschehen in Deutschland und im Ausland“ nach dem Jahr 2003, in dem er bei 48 Pro-

zent der Onliner lag, zunächst leicht abgesunken, 2008 aber wieder deutlich auf 52 Prozent der Onliner ab 14 Jahren gestiegen (van Eimeren et al. 2008: 338).

Inhaltlich decken sich die politischen Informationen, die die Netznutzer zu einem Großteil bei den Online-Angeboten der klassischen Massenmedien abrufen, weitgehend mit dem, was auch offline verfügbar ist, so Marr (2006: 278). Er erwartet nach seinen empirischen Befunden auch für die Zukunft keine relevanten Veränderungen durch das Internet für die politische Informiertheit. Die von Autoren wie Mossberger et al. und van Dijk angenommene Benachteiligung der Offliner gegenüber den Onlinern im Bereich der Politik kann er folglich nicht ausmachen. „Unter dem gebotenen Vorbehalt der Vorläufigkeit müssen die Erwartungen, dass mit Hilfe des Internets die Informationsgesellschaft auch gleichzeitig eine (besser) informierte Gesellschaft sein wird, mehr als gedämpft werden. Diese an sich ernüchternde Botschaft ist allerdings gleichzeitig eine frohe, weil unter diesen Umständen keine wesentliche Verstärkung von Wissensdisparitäten zu befürchten ist.“ (Marr 2006: 281).

Dies mag im Regelfall durchaus richtig sein. Die Vorteile der (versierten) Internetnutzung treten vielleicht weniger im Alltag zutage, in dem der Bürger ganz allgemein das politische Geschehen verfolgt, sondern erst dann, wenn er sich zu einem bestimmten Thema ausführlicher informieren oder sich punktuell engagieren will. Informationen über gesetzliche Regelungen zu Bürgerentscheiden und organisatorische Hilfestellungen sind z.B. online sehr schnell zu erhalten (beispielsweise bei www.mehr-demokratie.de). Auch offline sind diese Informationen natürlich verfügbar, die Recherche dürfte aber wesentlich zeitaufwändiger sein und dadurch eventuell eine größere Hürde darstellen. Auch inhaltliche Informationen, z.B. über Ratsbeschlüsse und Planungsvorlagen auf kommunaler Ebene, stehen mittlerweile meist online zur Verfügung. Das Internet bietet in einem solchen Fall aber nicht nur einen riesigen Informationspool, sondern auch ein hilfreiches Kommunikationsmedium, um Unterstützer zu aktivieren und auf die Erfahrungen anderer Bürger zurückzugreifen. Empirische Untersuchungen dazu stehen allerdings noch aus. Krotz prangert eben dieses Fehlen eines Nachweises von Nachteilen, die denjenigen auf der „falschen“ Seite des Grabens angeblich erwachsen, als wesentliche Schwäche der Forschung zum Digital Divide an (Krotz 2007: 277ff.). Er plädiert dafür, sich stärker als es bisher geschehen ist, mit den Folgen der, wie er es nennt, „Mediatisierung“ zu befassen, sich also intensiver der Frage zuzuwenden, was es bedeutet, IuK-Medien in

einer bestimmten Kombination auf jeweils eine bestimmte Art und Weise zu benutzen. Diese Folgen für das Individuum, aber auch für die Gesellschaft als Ganze seien mit Pierre Bordieus Konzept von ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital besser erfassbar (Krotz 2007: 292ff.). Alle drei Kapitalarten beziehen sich bei Bordieu auf das Individuum. Ökonomisches Kapital meint dabei die finanziellen Ressourcen, kulturelles Kapital manifestiert sich als Bildung in Form von Wissen, Kompetenzen und Erfahrungen, und soziales Kapital bezieht sich auf die vorhandenen Beziehungen zu anderen Menschen. Die drei Kapitalarten sind ineinander überführbar, indem etwa finanzielle Ressourcen aufgewendet werden, um Bildung zu erlangen, oder indem soziale Beziehungen beispielsweise dazu genutzt werden, einen besser bezahlten Job zu bekommen und damit das ökonomische Kapital zu erhöhen. Soziale Beziehungen erleichtern es häufig auch, auf Kompetenzen, Erfahrungen und Wissen anderer zuzugreifen, um dadurch die eigenen Fähigkeiten weiterzuentwickeln und das eigene Bildungskapital auszubauen. Die Bedeutung der Berufstätigkeit für den versierten Umgang mit dem Internet, die van Dijk betont (van Dijk 2006: 91), liegt vermutlich nicht nur in den beruflichen Anforderungen, sondern auch in den sozialen Netzwerken, die im beruflichen Kontext gesponnen und für die Weiterentwicklung von Kenntnissen bezüglich des Internets genutzt werden können. Die neuen Medien und insbesondere das Internet können die Chancen, ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital zu erlangen, ebenso verändern wie die Chancen, die Kapitalarten ineinander zu überführen. Zu Recht weist Krotz jedoch darauf hin, dass diese Chancen sich durch das Internet nicht für alle Individuen erhöhen müssen, sondern durchaus auch geschmälert werden können, z.B. dann, wenn jemand das Internet ausschließlich zum Spielen nutzt und deshalb soziale Kontakte in der realen Welt vernachlässigt (Krotz 2007: 298). Die konkrete Verwendung entscheidet über die individuelle und letztlich auch über die gesellschaftliche Bilanz. „[E]in Wandel durch für interpersonale Kommunikation verwendete Medien [ist] eher im Hinblick auf soziale Kapitale zu erwarten, weil sie neue Kommunikationsräume und darin entstehende Beziehungsnetze ermöglichen“, so Krotz (2007: 297). Massenmediale Online-Angebote (one-to-many) werden sich dagegen eher auf kulturelle Kapitale auswirken (Krotz 2007: 297). Krotz' Ansatz ist insofern vielversprechend als er, ähnlich der Unterscheidung unterschiedlicher Spaltungen wie skills oder usage gaps, Abstand nimmt von der Frage nach dem Internetzugang und statt dessen die Ver-

wendung aller möglichen digitalen IuK-Medien differenziert erfassen will, um sich auf dieser Basis der Kardinalfrage zu widmen, ob und wenn ja, welche Verwendungsweisen überhaupt für das Leben des Einzelnen, und darüber hinaus eben auch für die Gesellschaft insgesamt von Vorteil sind. Praktisch steht die empirische Umsetzung eines solchen theoretischen Ansatzes, der im Vergleich zum nahezu theorie-losen Konzept des Digital Divide unbestreitbar eine sinnvolle Weiterentwicklung ist, jedoch vor erheblichen Problemen, auf die Krotz selbst hinweist (Krotz 2007: 298f.) und die aus der Rezeptionsforschung auch bei den klassischen Massenmedien bekannt sind. Auf der Basis besserer theoretischer Konzepte ließe sich zumindest der Versuch unternehmen, bessere Daten zu generieren.

Im empirischen Teil dieser Arbeit wird zumindest ein Schritt in die von Krotz, aber auch schon von Norris und van Dijk geforderte Richtung getan, indem nicht nur die generelle Internetnutzung, sondern die Nutzung des Internets zur Beschäftigung mit politischen Inhalten untersucht und in Bezug zu politischen Einstellungen und politischem Verhalten gesetzt wird. Allerdings sind auch die vorliegenden Daten zu oberflächlich, um die Frage nach den Folgen politischer Internetnutzung für kulturelles, also Bildungskapital, bzw. soziales Kapital differenziert zu beantworten. Implizit steht jedoch bedingt durch die Datenlage auch in der vorliegenden Arbeit die These im Vordergrund, dass das Internet geeignet sei, Bildungskapital zu vermehren, also das Wissen und die Informiertheit der Bürger bezüglich Politik zu steigern. Der Frage nach Konsequenzen der (politischen) Internetnutzung für soziales Kapital nachzugehen ist mit repräsentativen Umfragedaten dagegen kaum möglich.

4.5.2 Politische Internetnutzung aus der Wissenskluft-Perspektive

„As the infusion of mass media information into a social system increases, segments of the population with higher socio-economic status tend to acquire this information at a faster rate than the lower status segments, so that the gap in knowledge between these segments tends to increase rather than decrease“, so die ursprüngliche Formulierung der Wissenskluft-Hypothese (Tichenor et al. 1970: 159f). Bedeutung erhält diese Hypothese durch ihre normative Aufladung. Sie basiere nämlich auf der Prämisse, „dass die politische Informiertheit aller als möglichst homogene Informationsverteilung eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren moderner Demokratien ist. Die bestehenden Bildungsunterschiede, zusammen mit dem ungleichen

Angebot und der bildungsspezifisch akzentuierten Mediennutzung, haben tendenziell jedoch eine Verstärkung der bestehenden Wissensklüfte zur Folge“ (Bonfadelli 2005: 8f.). Aus dem letzten Satz Bonfadellis wird bereits deutlich, dass höherer sozioökonomischer Status im Zusammenhang mit der Wissenskluft-Hypothese weniger wegen damit verbundener größerer ökonomischer Ressourcen von Bedeutung ist, als wegen der kognitiven Ressourcen, die über höhere Bildung vermittelt werden.

Die Wissensklufthypothese ist eng mit dem Digital Divide verknüpft. Der Digital Divide gilt v.a. deshalb als Problem, weil er dazu beiträgt, Wissensdisparitäten und als Folge davon Chancenungleichheit zu verstärken: „The chief concern about the digital divide is that underclass of info-poor may become further marginalized in societies where basic computer skills are becoming essential for economic success and personal advancement, entry to good career and educational opportunities, full access to social networks, and opportunities for civic engagement.“ (Norris 2001: S. 68)

In welchem Maße die Internetnutzung wirtschaftliche Chancen, Lebenschancen und – für diese Arbeit am relevantesten – politische Teilhabechancen beeinflusst, ist umstritten, wie bereits im vorangegangenen Abschnitt gezeigt wurde (van Dijk 2005: 166ff., Krotz 2007: 289f.). Als unbestritten kann hingegen gelten, dass allein der allgemeine Zugang zum Internet der Verbreiterung von Wissensklüften und damit wachsender Ungleichheit nicht entgegenwirkt. „Auch bei Gewährung bzw. Sicherstellung eines chancengleichen Internetzugangs ist aufgrund der Wissenskluft-Perspektive nämlich davon auszugehen, dass das Internet bildungsspezifisch unterschiedlich genutzt wird, indem mit steigender Bildung die informations- im Unterschied zur unterhaltungsorientierten Nutzung Priorität gewinnt, aber auch auf der Ebene der Anwendungskompetenzen sich bildungsspezifische Vorteile bemerkbar machen dürften.“ (Bonfadelli 2005: 9). Mehr noch als bei den klassischen Massenmedien kommt es beim Internet darauf an, wie es konkret genutzt wird, also welche intramediären Selektionsentscheidungen gefällt werden. Die Differenzierung in „access gaps“ und „usage gaps“, die in der Literatur zum Digital Divide vorgenommen wurde, trägt dieser zentralen Erkenntnis Rechnung. Wenn, wie im Folgenden, der Digital Divide im Lichte der Wissenskluft-Hypothese diskutiert werden soll, stehen „usage gaps“, also die unterschiedliche Nutzungsweise verschiedener Bevölkerungsgruppen, im Vordergrund. Zunächst sollen die Entwicklung der Wissensklufthypo-

these, die empirischen Befunde und die daraus abgeleiteten Modifikationen kurz dargestellt werden, um daraus Erwartungen für die Wirkung der Internetnutzung auf die Entwicklung von Wissensklüften abzuleiten.

Mit der Verbreitung des Internets ist genau die Situation eingetreten, für die die Wissenskluft-Hypothese Geltung beansprucht, denn zweifellos wird durch das Internet die Menge an verfügbaren politischen Informationen aus unterschiedlichsten Quellen und von unterschiedlicher Qualität größer. Zudem scheint die Analyse der sozialstrukturellen bzw. sozioökonomischen Ursachen des Digital Divide in seinen verschiedenen Ausprägungen die Wissensklufthypothese ein weiteres Mal zu bestätigen. Die Ungleichheit bezüglich des Internetzugangs wird durch die „usage-gaps“ noch weiter verstärkt. Informationsorientiert wird das Netz v.a. von den höher Gebildeten genutzt. Aus der Wissenskluft-Forschung, die von Bonfadelli in methodischer wie auch theoretischer Hinsicht als „dispers und disparat zugleich“ (Bonfadelli 1994: 137) bezeichnet wird, lassen sich jedoch einige Erkenntnisse anführen, die dazu geeignet sind, die globale Prognose wachsender Wissensdisparitäten zu modifizieren.

Fast vierzig Jahre Wissenskluft-Forschung haben deutlich gemacht, dass die Ausweitung bzw. Schließung von Wissensdisparitäten zwischen hoch und niedrig Gebildeten von verschiedensten Bedingungen beeinflusst wird. So verdeutlichen empirische Ergebnisse die Bedeutung von Art und Komplexität der Information bzw. des Wissens. Viswanaths Forschungsüberblick über die ersten 25 Jahre Wissenskluft-Forschung macht deutlich, dass bei komplexen Informationen größere Wissensdisparitäten auftreten und die Kluft zwischen Personen mit hohem und Personen mit niedrigem sozioökonomischen Status sich stärker ausweitet (Viswanath et al. 1996: 198, siehe auch Bonfadelli 1994: 134). Demgegenüber ist bei Informationen bezüglich Themen mit hohem Nachrichtenwert und lang andauernder Medienberichterstattung häufiger eine schrumpfende Wissenskluft zu beobachten. „Knowledge complexity thus appears to influence SES-based gaps [SES = socio-economic status, Anm. d. Verf.]“, so Viswanath (1996: 198). Erklärt werden könne dies dadurch, dass „[h]igher formal education provides a ‘trained capacity’ to follow certain issues, to relate these to other similar events and causes, and to comprehend their significance.“ (Viswanath et al. 1996: 198). Zudem seien Personen mit höherem sozioökonomischen Status stärker in persönliche Netzwerke eingebunden und mit größerer Wahrscheinlichkeit Mitglieder in Organisationen, die ihnen zum einen den Zugang

zu Informationen, unter anderem über persönliche Kontakte, ermöglichten, des weiteren aber auch ihre Motivation steigern, sich zu informieren (Viswanath et al. 1996: 198). Die von Viswanath angeführte ‚trained capacity‘ der höher Gebildeten wirkt sich auch auf die Effizienz der Informationsaufnahme aus. So hängt bei ihnen der Grad des Wissens bzw. der Informiertheit auch nicht unbedingt mit der Dauer oder Häufigkeit der Mediennutzung zusammen. Bonfadelli bemerkt, dass „Gut-Gebildete oder Personen mit hohem SES [sozioökonomischen Status, Anm. d. Verf.], praktisch unabhängig von der Höhe ihrer faktischen Mediennutzung, immer auch gut informiert sind.“ (1999: 236). Auf Basis dieser Erkenntnisse müssen auch die Hypothesen über sich ausweitende Wissensklüfte durch das Internet modifiziert werden. Die Frage muss lauten, bezüglich welcher Art von Information oder Wissen das Netz Wissensdisparitäten vergrößert oder verringert. Tichenor et al. formulierten die Wissenskluft-Hypothese für „science and other public affairs issues“ (Tichenor 1970: 159), was gleichsam impliziert, dass es sich um komplexe Themen handelt, sie gehen aber nicht explizit auf die Komplexität des Wissens ein. Diese ist zum Teil durch das Thema bestimmt: Politische Themen sind in der Regel komplexer als solche aus dem Bereich des Sports oder der Unterhaltung. Aber auch innerhalb des Bereichs der Politik muss zwischen (unverbundenem) Faktenwissen wie beispielsweise dem Wissen über die Besetzung wichtiger Ämter und strukturellem bzw. Hintergrundwissen (Bonfadelli 1994: 84) unterschieden werden. Letzteres besteht aus „Wissen über Klassifikationen und Kategorien, Zusammenhänge und Begründungen, Methoden, aber auch Beurteilungskriterien“ (Bonfadelli 1994: 85). Für diese Art des Wissens seien denn auch die ausgeprägtesten Wissensklüfte zu erwarten (Bonfadelli 1994: 85). Bislang stehen jedoch Studien, in denen Wissen und Informiertheit in unterschiedlicher Komplexität zusammen mit detaillierten Internetnutzungsdaten erhoben wird, noch aus. Es lassen sich lediglich Hinweise aus einzelnen Studien ableiten. So zeigen sich bei der Einschätzung der Wichtigkeit von Themen, die z.B. im Zusammenhang mit der Agenda-setting-Funktion des Internets im Vergleich zu den klassischen Massenmedien untersucht wurde, kaum Auswirkungen der Internetnutzung. Allerdings ist für die Einschätzung der Wichtigkeit von Sachfragen eben kein komplexes Hintergrundwissen erforderlich. Vielmehr lässt sie sich allein aus der Intensität der medialen Berichterstattung ableiten. Hier könnte auch der so genannte „ceiling-effect“ von Relevanz sein, der besagt, dass die bereits gut Informierten von einer

andauernden intensiven Publizität des Themas nicht mehr weiter profitieren können, während die schlechter Informierten dadurch die Möglichkeit erhalten, aufzuschließen. Wenn, wie die empirische Forschung zur politischen Informationsnutzung zeigt, im Allgemeinen online Nachrichten mit im Prinzip dem gleichen Inhalt abgerufen werden wie er auch in den Offline-Medien verfügbar ist, sind solche „ceiling-effects“ nicht unwahrscheinlich.

Bezüglich politischer Informiertheit gilt aber ganz besonders, was Viswanath generell als Argument gegen sich schließende Wissensklüfte anführt: „Knowledge and information are seldom stationary“ (Viswanath 1996: 211). Im Gegensatz zu Themen wie dem Wissen über die Gefahren des Rauchens, auf die sich empirische Belege für den „ceiling-“ bzw. „trickle-down-effect“ häufig beziehen, ist politische Information sehr viel mehr ständigen Veränderungen unterworfen. Die Geschwindigkeit, mit der Informationen erlangt und verarbeitet werden, spielt in einer Informationsgesellschaft eine entscheidende Rolle. Auch ist anzunehmen, dass die höher Gebildeten, die relativ schnell Kenntnis von einem bestimmten Thema erlangen, in vielen Fällen eben nicht aufhören, weitere spezifischere und komplexere Informationen diesbezüglich aufzunehmen, um sich eine differenzierte Meinung bilden zu können. Da für die Eliten Informiertheit einen Wert an sich darstellt, werden sie auch bei Themen, die für sie persönlich nicht unmittelbar von Relevanz sind, mehr Information aufnehmen: „Keeping up with national and international news may be perceived by these individuals as critical for their performance of their elite roles.“ (Viswanath 1996: 205). Erst recht dürfte dies zutreffen, wenn diese Information bzw. das Hintergrundwissen mit vergleichsweise geringem Aufwand erlangt werden kann. Für diejenigen, die versiert und routiniert mit dem Internet umgehen, gibt es zunehmend Möglichkeiten, aus der Informationsflut effizient zu selektieren (z.B. RSS-Feeds). Somit dürfte das Internet den Wissensvorsprung der Eliten ausweiten.

Die Geschwindigkeit von Informations- und Wissenserlangung mittels des Internets ist jedoch nicht nur insofern relevant, als man ein bisschen früher oder eben etwas später eine bestimmte Information erlangt. Problematisch wird es dann, wenn Informationen und Wissen zunehmend kaum noch offline in angemessener Zeit und mit vertretbarem Aufwand zu bekommen sind. Zumal Angemessenheit sich eben auch darüber definiert, was möglich ist und allgemein erwartet wird. Ein Student, der keinen Zugang zum Internet hat, wäre, selbst wenn er alle Informationen auch offline

erhalten könnte, benachteiligt, weil er wahrscheinlich den Anforderungen - die ja unter der Prämisse der Internetnutzung gestellt werden - allein aus zeitlichen Gründen nicht mehr entsprechen könnte. Analog kann man vermuten, dass ein Bürger ohne Internetzugang bzw. ohne die entsprechende Nutzungskompetenz, der sich bezüglich eines bestimmten politischen Themas intensiv informieren und sich eventuell Mitstreiter suchen will um beispielsweise in einer Bürgerinitiative politisch aktiv zu werden, strukturell gegenüber einem anderen, der die Klaviatur der neuen Medien beherrscht, zumindest benachteiligt ist. Schließlich dient das Internet, anders als die klassischen Massenmedien durch seine Interaktivitätspotenziale eben nicht nur dazu, Informationen zu erlangen, sondern bietet auch die Möglichkeiten, politische Partizipation effizient zu organisieren⁸, eventuell sogar spezifische Online-Partizipationsformen auszuüben. Auf Letzteres bezieht sich auch van Dijk: „The extended multifunctionality of ICT is a neutral property in its own right, but in particular circumstances it offers many more opportunities than less functional media and techniques to expand existing information inequalities.“ (van Dijk 2000: 177).

Nicht nur in Bezug auf die Komplexität des untersuchten Wissens wurde die ursprüngliche Wissensklufthypothese modifiziert. Auch die Rolle des sozioökonomischen Status', meist operationalisiert über formale Bildung, wurde schnell genauer hinterfragt. So wurde bereits 1977 von Ettema et al. die Motivation als Determinante der Informationsaufnahme in Ergänzung zum sozioökonomischen Status in die Wissensklufthypothese aufgenommen. Bei der Elite ist diese Motivation häufig bereits durch das generelle Streben nach Informiertheit gegeben und damit weitgehend unabhängig von der persönlichen Wichtigkeit (Salienz) eines bestimmten Themas. Motivation kann jedoch auch aus anderen Gründen entstehen. Insgesamt konnte die Wissensklufforschung dies auch bestätigen: „A number of individual motivational factors are surely related to knowledge and may occasionally mitigate the impact of SES and its surrogate, education.“ (Viswanath et al. 1996: 204). Zu diesen motivierenden Faktoren gehören neben der Salienz z.B. Interesse, generelle Wichtigkeit eines Themas, durch ein Thema ausgelöste Bedrohungsperzeptionen oder Besorgnis. Bezogen auf die Wirkungen des Internets auf politische Informiertheit deutet dies insbesondere auf die Bedeutung des generellen bzw. themenspezifischen politischen Interesses hin. Bei politisch stark interessierten Personen sollte demzufolge die for-

⁸ Ein Beispiel dafür sind die Proteste der iranischen Bevölkerung gegen die Wahl des Staatspräsidenten Mahmut Ahmadinedschads im Juni 2009.

male Bildung eine geringere Rolle spielen als bei weniger interessierten. Zumindest dann, wenn geringerer sozioökonomischer Status mit hoher Motivation zusammentrifft, ist tendenziell eine Verringerung der Wissensdisparitäten durch Internetnutzung zu erwarten. Allerdings ist eben auch die Motivation in der Regel mit dem sozioökonomischen Status stark korreliert, wie van Dijk zeigt (van Dijk 2005: 27ff.).

Immer wieder wurde innerhalb des Wissenskluft-Paradigmas auch die Bedeutung des Mediums (im Sinne eines Mediums erster Ordnung) diskutiert. Dem Fernsehen wurden dabei zunächst eher egalisierende Effekte zugeschrieben als den Printmedien. Das Fernsehen verhindert durch die sequentielle Darstellungsweise in gewisser Weise Selektivität, es erfordert kaum Lesefähigkeit. In Bezug auf die Charakteristika Selektionsnotwendigkeit und Textbasiertheit ähnelt das Internet stärker den Printmedien als dem Fernsehen, was wiederum eher auf eine Verstärkung von Wissensklüften hindeutet. Hinzugefügt werden soll hier noch, dass das Fernsehen die in es gesetzten Erwartungen hinsichtlich einer Egalisierung von Wissensdisparitäten nicht erfüllt hat. Wenngleich Selektivität auf der Ebene einzelner Sendungen oder Beiträge vielleicht in Mediensystemen mit nur wenigen Kanälen unwahrscheinlicher ist als bei der Auswahl von Artikeln in einer Zeitung – in Zeiten einer schier unbegrenzten Menge an Kanälen ist ihre Bedeutung auch beim Fernsehen gewachsen. Insgesamt liefert das Fernsehen als stark unterhaltungsbetontes Medium quantitativ wie qualitativ weniger politische Information als Tageszeitungen. Zusammen mit den empirisch regelmäßig belegten Befunden, dass es von Personen mit niedrigerem sozioökonomischen Status besonders unterhaltungsorientiert genutzt wird (Berens 1997, Groebel et al. 1995) und gleichzeitig von diesen Bevölkerungsgruppen häufiger als alleinige Quelle politischer Information genannt wird (Neller 2002: 368), kann eine egalisierende Wirkung des Fernsehens in Bezug auf politisches Wissen eindeutig verneint werden. Zudem - darauf wies Klapper bereits 1960 hin - gilt es als weitere Selektivitätsstufen die selektive Wahrnehmung und selektive Erinnerung zu berücksichtigen. Erst wenn mediale Informationen kognitiv verarbeitet werden, kann tatsächlich Wissen entstehen. Gerade die vom Fernsehen geförderte Passivität wirkt dieser aktiven Verarbeitung jedoch eher entgegen.

4.5.3 Fragmentierung der Öffentlichkeit

Die Furcht vor einer Fragmentierung der Öffentlichkeit ist keineswegs erst mit dem Internet entstanden. Die Gefahr einer Zersplitterung der Gesellschaft in einander ausschließende Teilöffentlichkeiten wurde bereits im Zusammenhang mit dem Kabel- und Satellitenfernsehen diskutiert (vgl. Arterton 1987: 34). In der Bundesrepublik sei das Phänomen der Aufsplitterung des Publikums als Folge der Einführung des Privatfernsehens sogar besonders ausgeprägt, weil ein besonders großes Angebot an Sendern zur Verfügung stehe und auch genutzt werde, so Holtz-Bacha (1998: 219). Durch Fragmentierung als Folge interessen geleiteter Auswahl nur ganz bestimmter Angebote „entstehen voneinander abgeschottete Teilöffentlichkeiten mit unterschiedlichen Wissensbeständen und Themenagenden und mit Akteuren, denen die gemeinsame Basis für die private Interaktion und für eine kollektive Meinungs- und Willensbildung schwindet.“ (Schulz 1997: 98). Wenngleich bereits die wachsende Zahl der Fernsehkanäle oder auch Special-Interest-Zeitschriften den Konsumenten die Auswahl bestimmter Angebote ermöglichte, so verstärkt sich dieser Trend zur Möglichkeit, aber auch Notwendigkeit der Selektion durch das Internet noch einmal erheblich (Holtz-Bacha 1998: 224).

Die Furcht vor einer Fragmentierung der Öffentlichkeit liegt darin begründet, dass das Internet als Pull-Medium es den Nutzern ermöglicht, sich aus dem nahezu unbegrenzten Angebot in extrem selektiver Art und Weise ausschließlich den Informationen auszusetzen, die mit den eigenen Prädispositionen konform gehen. Im Internet kann der Einzelne, so Sunstein, sein „Daily Me“ zusammenzustellen, „a communications package that is personally designed, with each component fully chosen in advance“ (Sunstein 2001: 7). Informationen und Argumente, die die eigenen Einstellungen herausfordern könnten, würden dadurch weitgehend vermieden. Sunstein verweist zur Untermauerung seiner These auf eine Studie über politische Webseiten, die zeigt, dass diese nur in 15 Prozent der Fälle Links zu Webseiten enthalten, die ihrer eigenen parteipolitischen Richtung entgegen stehen, während fast 60 Prozent der untersuchten Seiten Verlinkungen zu gleichgesinnten Angeboten aufweisen (Sunstein 2001: 59). Eine entscheidende Folge dieser Fragmentierung sieht Sunstein in der sich verstärkenden Polarisierung von Einstellungen. Ein altbekanntes Phänomen sei, dass Diskussionen mit Gleichgesinnten nicht nur nicht zu einer Mäßigung der eigenen Ansichten beitragen, sondern vielmehr zu extremeren Ansichten führten. Die alten Massenmedien wirken diesem Effekt entgegen, indem sie dem journalisti-

schen Gebot der Ausgewogenheit folgend Themen von mehreren Seiten beleuchten und verschiedene – wenngleich vielleicht nicht alle – Akteure zu Wort kommen lassen. Bei der Zeitungslektüre wie auch beim Fernsehen sei es zudem wahrscheinlicher, dass die Rezipienten zufällig mit Themen und Argumenten konfrontiert werden, die ihrer Voreinstellung widersprechen (Sunstein 2001).

Die Gegenposition wird von denjenigen vertreten, die mit dem Internet Chancen für eine qualitativ bessere, „repräsentativere“ Öffentlichkeit bzw. für eine Erweiterung des politischen Kommunikationsraums heraufziehen sehen, in dem sich die oben bereits angesprochenen Gegenöffentlichkeiten formieren können. Auch Sunstein weist dies nicht ganz von der Hand. „Indeed, group polarization helped fuel many movements of great value – including, for example the civil rights movement, the antislavery movement, and the movement for sex equality“ (Sunstein 2001: 75). Wichtig sei jedoch, dass irgendwann ein Zeitpunkt komme, an dem die Ansichten und Argumente der „enclave members“, also der Mitglieder solcher spezialisierter Gruppen, in denen tendenziell extremere Ansichten vertreten werden, in die breitere Öffentlichkeit gelangen und mit Gegenargumenten konfrontiert werden (Sunstein 2001: 77). Bleibe dies dagegen aus, so bestehe für den Einzelnen die Gefahr, dass er sich in Irrtümer und Verwirrtheit verstrickt, für die Gesellschaft insgesamt erwächst aus der gegenseitigen Abschottung existierender Ansichten die Gefahr des Extremismus und die Unfähigkeit zur kooperativen Lösung gesellschaftlicher Probleme (Sunstein 2001: 87). Insbesondere die Bereitschaft zu gegenseitigem Verständnis und damit zu Kompromissen, aber auch zu Solidarität gehe zurück auf gemeinsame Erfahrungen und geteilte Wahrnehmungen der Situation, die gleichsam den sozialen Klebstoff („social glue“) oder in Putnams Worten das Sozialkapital darstellten (Sunstein 2001: 96). „[A]n increasingly fragmented communications universe will reduce the level of shared experiences, simply as a matter of numbers.“ (Sunstein 2001: 97). Ähnliche Befürchtungen finden sich auch bei deutschen Kommunikationswissenschaftlern (vgl. Marschall 1998: 53, Holtz-Bacha 1998). So schrieb Holtz-Bacha bereits 1998: „Mit der Spezialisierung des Medienangebots und der Spezialisierung des Medienkonsums wird die Integrationsfunktion der Medien geschwächt, die darin besteht, dem einzelnen die Möglichkeit zur Orientierung über die allgemein anerkannten Werte, Normen und Verhaltensweisen zu geben.“ Es gehe, so betont sie, nicht nur um Integration durch rationale Einsicht, sondern insbesondere um „Integra-

tion auf der Basis eines affektiven Zusammengehörigkeitsgefühls“ (Holtz-Bacha 1998: 222).

Für viele Menschen ergibt sich außerdem die Relevanz von politischen Vorgängen und Informationen erst dadurch, dass diese offenbar für viele andere relevant sind. Eine Zersplitterung der Öffentlichkeit reduziert somit auch den sozialen Wert von politischer Informiertheit. Die gemeinsame Öffentlichkeit gerät nach Meinung der Befürworter der Fragmentierungsthese zumindest unter Druck. Ob eine gemeinsame Agenda und die Bereitschaft zur kooperativen Problemlösung tatsächlich zunehmend abhanden kommen, ist letztlich eine empirische Frage. Zwei Argumente sprechen jedoch dagegen:

Erstens: Themenspezifische Enklaven werden durch das Internet sicherlich zahlreicher und in manchen Fällen auch ausschließlicher, aber Themenöffentlichkeiten hat es schon immer gegeben. Wenn solche spezifischen Interessengruppen aber tatsächlich an Lösungen interessiert sind, müssen sie ihre Anliegen und Argumente in den politischen Prozess einbringen, d.h. auf die politische Agenda setzen, sonst, so Marschall, liefe die teilgruppenspezifische Kommunikation ins Leere (Marschall 1998: 53). Die politisch relevante gesellschaftliche Agenda ist schließlich diejenige, die von Wählern und politischen Akteuren geteilt wird.

Zweitens: Für die meisten Menschen ist Politik in ihrem Alltag eher nebensächlich, im besseren Falle streben sie nach politischer Informiertheit, um „mitreden“ zu können und sich eine politische Meinung zu bilden, die sie unter anderem zur Wahlentscheidung befähigt. Dem Szenario einer vollständig fragmentierten Gesellschaft liege dagegen, so Marr, die „Erwartung eines hyperaktiven Publikums“ (Marr 2002: 513) zugrunde. Der Teil der Bevölkerung, der sich mit Politik online intensiv beschäftigt und die selbstverständlich vorhandenen hochspezialisierten Angebote zur Information und Kommunikation über politische Themen überhaupt in Anspruch nimmt, dürfte eher klein sein. Insgesamt betrachtet spielen politische Inhalte im Netz eine vergleichsweise geringe Rolle. Eine Gefahr für die Integration und Verständigungsfähigkeit der Gesellschaft geht vermutlich vielmehr von der durch das Internet weiter gewachsenen Möglichkeit aus, Politisches in den Medien gänzlich zu meiden und diese statt dessen ausschließlich zur Unterhaltung und zum Eskapismus zu nutzen.

Bereits Ende der 1990er Jahre konstatierte Holtz-Bacha (1998: 224), für die Frage, welche Auswirkungen das Internet in Bezug auf die bereits durch das Fernsehen in Gang gesetzten Fragmentierungsprozesse habe, sei es unabdingbar, zu untersuchen, wie die Internetnutzung den Umfang der Nutzung herkömmlicher Medien beeinflusst. Ähnlich argumentiert auch Schulz: Von einer Erosion des gemeinsamen Entscheidungshintergrundes könne nur dann gesprochen werden, wenn „sich die Channel Repertoires der Nutzer nicht wesentlich überschneiden“ (Schulz 1997: 99). Wenn wichtige Kanäle in fast allen Repertoires enthalten sind bzw. für den politischen Prozess bedeutsame Information in nahezu allen Kanälen übermittelt würde, so bestünde immer noch eine ausreichende Überschneidung. Schulz spricht in diesem Fall von einer expandierten statt einer fragmentierten Medienöffentlichkeit.

Zur Einbindung des Internets in das individuelle Medienrepertoire gibt es inzwischen eine Reihe von empirischen Analysen. Marr stellt nach einer Sichtung verschiedener empirischer Studien dazu fest, „dass eine vollständige Substitution der klassischen Medien durch das Internet ins Reich der Mythen gehört (Marr 2002: 514). Seine eigene Untersuchung für die Schweiz bestätigt dies. Zwar sehen die Onliner insgesamt etwas weniger fern, bei den TV-Nachrichten liegen On- und Offliner jedoch gleichauf. Informationsangebote der Printmedien, insbesondere der Inlandsteil von Tageszeitungen wird von Onlinern sogar häufiger genutzt als von Offlinern. Insgesamt führe die Nutzung des Internets, so Marr, zu einer Ausweitung der absoluten Mediennutzungszeit (Marr 2002: 523). Auch was die Übereinstimmung der Themenagenden von Internetnutzern und Nicht-Nutzern angeht, sind seine Ergebnisse geeignet, Entwarnung zu geben. Hinsichtlich der Themenreichweite aber auch der Beurteilung der Themenwichtigkeit ergebe sich eine nahezu identische Rangfolgen bei beiden Gruppen (Marr 2002: 524f).

In einer quantitativen Untersuchung im Juni 2004 während des Wahlkampfes zur Präsidentenwahl in den USA gingen John Horrigan et al. (2004) der Frage nach, ob Internet-Nutzer bei der Rezeption politischer Information selektiver vorgehen als Nicht-Nutzer, wobei mit selektiv gemeint ist, dass lediglich solche politische Informationen aufgenommen werden, die den eigenen politischen Ansichten entsprechen. Ihre Ergebnisse widerlegen diese Vermutung größtenteils. Die wenigsten Internetnutzer informieren sich ausschließlich online über Politik. Vielmehr zeigt auch die Studie von Horrigan et al., dass das Internet auch 2004 in einem Land, in dem mehr

als 60 Prozent der erwachsenen amerikanischen Bevölkerung online sind, und in dem etwa die Hälfte der Onliner (34 Prozent der erwachsenen Bevölkerung) täglich politische Nachrichten über das Internet aufnimmt, ein Ergänzungsmedium ist. 90 Prozent der politischen Internetnutzer informieren sich zusätzlich auch über Zeitungen oder das Fernsehen. Zudem suchen auch Onliner zum weitaus größten Teil die Webseiten der traditionellen Nachrichtenanbieter, großer Zeitungen und Fernsehsender auf, so das Ergebnis verschiedener empirischer Untersuchungen des PEW Research Center for the People & the Press, (Horrigan et al. 2004: vii). Die Autoren stellen zusammenfassend fest: „[I]nternet users are not insulating themselves in information echo chambers. Instead, they are exposed to more political arguments than non-users“ (Horrigan et al. 2004: ii). Diese Ergebnisse lassen die Furcht vor einer immer kleiner werdenden gesellschaftlichen Grundlage für demokratischen Diskurs übertrieben erscheinen.

Für die Bundesrepublik untersuchen van Eimeren und Frees seit 1997 auf Basis der ARD/ZDF-Onlinestudien regelmäßig die Nutzung von Fernsehen, Radio und Internet. Bezüglich der mit den einzelnen Medien verbrachten Zeit können auch sie keine Substitutionseffekte feststellen. Laut GfK-Fernsehforschung, die sich auf reale Nutzungsdaten (im Gegensatz zu Selbsteinschätzungen in Umfragen wie den ARD/ZDF-Onlinestudien) bezieht und seit 2002 die Internetnutzer gesondert ausweist, schauen Onliner seit dem Jahr 2006 im Mittel sogar mehr fern als Offliner. Allerdings zeichnen sich Funktionsverschiebungen ab: Das Abrufen von tagesaktuellen Nachrichten gehört für immer mehr Menschen zur Nutzungsroutine im Internet. Interessant sind hinsichtlich der Fragmentierungsthese jedoch die Zahlen über die Orte, wo diese Nachrichten abgerufen werden. 57 Prozent derjenigen, die sich online informieren, tun dies über die Startseiten von Portalen und Suchmaschinen, 13 Prozent über die Web-Angebote von Wochenmagazinen wie *spiegel-online.de* und sieben Prozent über das Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender (van Eimeren et al. 2008: 338). Als Folge davon verzeichneten Nachrichtensendungen im Fernsehen und Informationskanäle im Hörfunk leicht abnehmende Reichweiten (van Eimeren et al. 2008: 343). Dennoch sähen immer noch 64 Prozent aller Onliner täglich Nachrichten im Fernsehen, was van Eimeren et al. unter anderem auf das Relevanzprinzip zurückführen. „[D]as Fernsehen stellt weiterhin – und dies nicht nur bei den über 30-Jährigen – den zentralen Gesprächsstoff der Menschen“ (van Eimeren et al. 2008:

343). Damit deuten zumindest bisher alle empirischen Ergebnisse in dieselbe Richtung: Das Internet ersetzt in den seltensten Fällen die traditionellen Medien, sondern ergänzt den Medien-Mix. Ob dies allerdings auch in Zukunft so bleibt, muss weiter beobachtet werden. Laut ARD/ZDF-Onlinestudie 2008 verbringen 14 bis 19-Jährige bereits mehr Zeit mit dem Internet als mit dem Fernsehen. Sie nutzen es zur Unterhaltung, Kommunikation und Information in stark individualisierter und personalisierter Weise (van Eimeren et al. 2008: 343). Ob es sich dabei um einen Lebenszykluseffekt oder einen Generationeneffekt handelt, ist freilich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu klären.

Angesichts der Tatsache, dass zur Information primär nach wie vor die großen Angebote professioneller Medienunternehmen aufgesucht werden, liefert eine empirische Arbeit von Zimmermann, die sich mit dem inhaltlichen Angebot der Online-Öffentlichkeit beschäftigt, interessante Ergebnisse. (Zimmermann 2007: 172). Sie stellt die Frage, wie sich Internetnutzer über politische Themen informieren. Die meisten verwenden Suchmaschinen oder folgen Links auf verschiedenen Webseiten, so ihre Annahme. Vor allem Suchmaschinen erzeugen dadurch, dass sie eine Relevanzhierarchie präsentieren, eine „internetspezifische Form von massenmedialer Öffentlichkeit“ (Zimmermann 2007: 172). Die Selektionskriterien der Suchmaschinen (z.B. Häufigkeit des Suchwortes) mögen sogar demokratischer sein als die der journalistischen Gatekeeper, unabhängig davon schafften sie aber eine mediale Realität, „die eine umso größere gesellschaftliche Relevanz entfaltet, je mehr Menschen das Internet zur politischen Information und Kommunikation verwenden.“ (Zimmermann 2007: 173). Interessant in Bezug auf eine Fragmentierung der Öffentlichkeit durch das Internet sind vor allem Zimmermanns empirische Ergebnisse: Anbieter (im Sinne von Betreibern der Webseiten), die auf den ersten Plätzen der Suchergebnisse auftauchen, sind in Deutschland zu 47 Prozent Medienakteure, gefolgt vom Staat und den Parteien mit 21 Prozent, zivilgesellschaftlichen Akteuren mit 17 und sozioökonomischen Interessengruppen mit 12 Prozent. Unter den restlichen zwei Prozent der Anbieter finden sich neben Sonstigen auch einige Privatpersonen. Es wird aber überaus deutlich, dass diese lediglich eine marginale Rolle spielen. Auch wenn untersucht wird, welche Akteure auf diesen Webseiten zu Wort kommen, zeigen sich nur geringe Unterschiede zu der durch die untersuchten Printmedien („Süddeutsche Zeitung“ und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“) konstituierten Öffentlich-

keit. Weit über die Hälfte der Aussagen stammt sowohl auf den ausgewerteten Internetseiten als auch in den Printmedien von den staatlichen Akteuren. Aussagen von Akteuren der Zivilgesellschaft sind online mit 19 Prozent zwar etwa dreimal so stark vertreten wie in den Zeitungen, insgesamt rechtfertigt es aber wohl auch dieses Ergebnis nicht, von einer völlig anderen Qualität der Online-Öffentlichkeit zu sprechen. Mit ihrer empirischen Herangehensweise über die durch Suchmaschinen erzeugte Relevanzstruktur dürfte es Zimmermann gelungen sein, tatsächlich das abzubilden, was die Online-Öffentlichkeit bestimmt – und das deckt sich inhaltlich erstaunlich gut mit dem, was die Offline-Öffentlichkeit konstituiert. Natürlich wird ein kleiner Teil der Onliner politische Informationen auch über Webseiten beziehen, die in den Suchergebnissen nicht vorne gelistet werden. Sie können jedoch nicht davon ausgehen, dass ihr Informationsstand von Relevanz für die Öffentlichkeit und damit auch für den demokratischen Entscheidungsprozess ist. Erst wenn es ihnen gelingt, solche Informationen, z.B. Berichte aus erster Hand aus Krisenregionen, die in Zeiten des Internets sicherlich leichter verfügbar sind als vorher, in der Relevanzhierarchie weiter oben zu platzieren, erhalten sie die Chance, diese als Input in den politischen Entscheidungsprozess einzuspeisen.⁹

Wenn bezüglich der Internetnutzung empirisch keine gravierenden Substitutionseffekte festgestellt werden können und zudem online primär aufgesuchte politische Informationsangebote auch inhaltlich dem Informationsangebot der klassischen Medien sehr ähnlich sind, scheint die Fragmentierungsthese widerlegt zu sein. Stattdessen trifft eher der Begriff einer „expandierten Öffentlichkeit“ (Schulz 1997: 99) zu. Mindestens drei Dinge machen es jedoch notwendig, die Integrationsfähigkeit der Medien insgesamt auch weiterhin zu beobachten. Erstens, Mediennutzung ist Gewohnheitshandeln. Bei vielen Nutzern, für die das Internet immer noch ein relativ neues Medium ist, prägen sich solche gewohnheitsmäßigen Nutzungsmuster gerade erst aus. Zweitens bleibt abzuwarten, wie die Generationen, die von Anfang an mit dem Internet aufwachsen und – wie die ARD/ZDF-Onlinestudien zeigen – völlig anders damit umgehen, dieses Medium im Erwachsenenalter zur politischen Infor-

⁹ Ein Beispiel für das Ineinandergreifen von Online- und Offline-Öffentlichkeit ist das Video der bei Protesten gegen die Wahl Ahmadinedschads am 20. Juni 2009 getöteten Neda Agha-Soltan. Das mit einer Handy-Kamera aufgenommene Video war als E-mail-Anhang in die Niederlande geschickt und dann über Facebook, Twitter und Youtube schnell verbreitet worden (siehe dazu Gehlen 2009). Bereits am 22. Juni berichteten die klassischen Massenmedien in Deutschland, z.B. die ARD „Tages-themen“ und das ZDF „heute-Journal“ über das Video, diskutierten seine Authentizität und die Auswirkungen auf die weitere politische Entwicklung im Iran.

mation nutzen. Drittens schließlich verändert sich das Internet selbst, wie die Anwendungen des Web 2.0 zeigen, kontinuierlich und schneller als die klassischen Massenmedien weiter.

5. Die Nutzung des Internets als politisches Medium durch die Bürger

5.1 Vorbemerkung

Im theoretischen Teil der Arbeit wurde zunächst das Internet als Medium der Massen- aber auch der Individualkommunikation näher charakterisiert. Bereits in Kapitel 2 wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Beschäftigung mit Politik im Netz für die meisten Menschen nicht an erster Stelle steht, sondern vielmehr Informationen über Fragen des alltäglichen Lebens dessen Nutzung bestimmen. Damit wird im Netz nur widerspiegelt, was auch im realen Leben zu beobachten ist. Für die meisten Menschen ist die regelmäßige Teilnahme an Wahlen die einzige Form der politischen Beteiligung. Zwischen den Wahlen wird Politik mehr oder weniger intensiv über die Massenmedien verfolgt. Die moderne Demokratietheorie hat sich, wie in Kapitel 3 deutlich wird, mit diesen empirischen Tatsachen auseinandergesetzt und je nach normativer Ausrichtung, unterschiedliche Anforderungen an Demokratien entwickelt. Die Vorstellungen von demokratischer Öffentlichkeit leiten sich aus den normativen Anforderungen an die politische Partizipation ab. Je nachdem, welches Öffentlichkeitsmodell favorisiert wird und welche Anforderungen an die mediale Kommunikation gestellt werden, entstehen auch unterschiedliche Erwartungen an das Veränderungspotenzial des Internets. Um schließlich aber eine Einschätzung der realen Veränderungen der politischen Kommunikation geben zu können, muss der konkrete Umgang der Menschen in einem politischen System mit dem Internet als politischem Informations- und Kommunikationsmedium empirisch untersucht werden. Normativ geprägte Erwartungen können damit überprüft werden. Diese Forderung wird immer wieder erhoben. Z.B. schreibt Grunwald: „Angesichts der Tatsache, dass sich das spezifische Internet-„Mediendispositiv‘ noch nicht herausgebildet hat, also nicht davon ausgegangen werden kann, dass sich Art und Weise der Netznut-

zung bereits zu stabilen kulturellen Mustern verfestigt haben, ist ein laufendes Monitoring der politischen Kommunikation im Netz erforderlich, um den zu vermutenden weiteren Wandel der Internetkommunikation zu verfolgen. Eine Unterstützung der wissenschaftlichen Beobachtung des Internets als politischem Raum scheint insbesondere deshalb angezeigt, weil in den großen empirischen, auch als Zeitreihen angelegten Untersuchungen zur Internetnutzung (wie z.B. die ARD/ZDF-Onlinestudie) die Nutzung des Netzes zur politischen Information und Kommunikation als Untersuchungsgegenstand keine große Rolle spielt.“ (Grunwald 2006: 246). Fundierte bevölkerungsrepräsentative Befunde sind aber immer noch rar (siehe jedoch Emmer 2005). Der empirische Teil der vorliegenden Arbeit soll dazu dienen, eine Einschätzung der Relevanz der politischen Online-Information und -Kommunikation für die deutsche Bevölkerung in den Jahren 2002 bis 2005 zu liefern.

Die Datenbasis, die diesem Vorhaben zugrunde liegt, wird im folgenden Abschnitt näher beschrieben. Da Marschall zuzustimmen ist, wenn er schreibt, „[d]er Nutzungsfrage vorgeschaltet ist die Frage nach der Zugänglichkeit des Netzes und nach der Demographie der Onliner“ (Marschall 1999: 120), werden in Unterkapitel 5.3 zunächst das Niveau der allgemeinen Internetnutzung im interessierenden Zeitraum untersucht und die sozialstrukturellen Korrelate der Internetnutzung aufgezeigt. Im Kontext der Kernfrage der Arbeit, in welchem Ausmaß und in welcher Art und Weise das Internet für die politische Kommunikation durch die Bürger genutzt wird, ist anschließend von Interesse, ob sich Internetnutzer, unabhängig von genutzten Inhalten, auch in ihren politischen Einstellungen systematisch von Nichtnutzern unterscheiden. Wenn nämlich das Netz, heute oder in Zukunft, zur Vermittlung politisch relevanter Interessen dient bzw. dienen wird, geben solche Unterschiede bereits einen Hinweis auf die Gefahr, dass politische Anliegen der Offliner in Zukunft schlechtere Chancen haben, im politischen Prozess berücksichtigt zu werden als die der Onliner. In Unterkapitel 5.4 wird untersucht, welche Bedeutung politische Online-Information bzw. politische Interaktion über das Netz bereits für die Bürger hat. Für die nachfolgenden Analysen in Unterkapitel 5.5 wird dann zwischen nicht-politischen und politischen Internetnutzern unterschieden. Analog zu Abschnitt 5.3.2 wird zunächst die Frage nach soziodemographischen Korrelaten der politischen Internetnutzung beantwortet, bevor in den Abschnitten 5.5.2 bis 5.5.5 attitudinale Korrelate der politischen Online-Nutzung detaillierter untersucht werden. Die beiden

letzten Abschnitte von Kapitel 5 liefern empirische Befunde zu zwei bereits theoretisch erörterten Risiken einer politischen Internetnutzung von Teilen der Bevölkerung, der Vergrößerung der Wissenskluft (5.5.6) und der Fragmentierung der Öffentlichkeit in einander ausschließende Teilöffentlichkeiten (5.5.7).

5.2 Datenbasis

Mit jeder neuen Medientechnologie sind widersprüchliche Erwartungen verknüpft. Umso wichtiger ist es, diese so früh wie möglich einer empirischen Überprüfung zu unterziehen. Obwohl sich das Internet inzwischen über die Adaptionphase hinausentwickelt hat, kämpft die empirische Forschung in Bezug auf die politische Nutzung immer noch damit, geeignete Daten zu finden. Für kommerzielle Zwecke erhobene Nutzungsdaten enthalten kaum Information über die Nutzung politischer Inhalte bzw. im besten Fall sehr oberflächliche wie beispielsweise die ARD/ZDF-Onlinestudie oder die Internetstrukturdaten der Forschungsgruppe Wahlen. Für die Zwecke dieser Arbeit konnten dennoch einige Datensätze gefunden werden, auf deren Basis zumindest Teilfragestellungen empirisch untersucht werden können. Zwei bevölkerungsrepräsentative Studien stammen aus Bundestagswahljahren, nämlich aus den Jahren 2002 und 2005. Für 2005 liegen zudem Daten aus einer von der Autorin mitgestalteten Online-Erhebung vor, die sich speziell dem Thema Internet im Wahlkampf 2005 widmete. Da es sich hierbei nicht um eine repräsentative, sondern um eine selbstrekrutierte Befragtenauswahl handelt, sind diese Daten mit den anderen nicht vergleichbar und die daraus abgeleiteten Ergebnisse selbstverständlich mit äußerster Vorsicht zu interpretieren. An den Stellen, wo auf diese Daten Bezug genommen wird, wird deshalb noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen. Für die Zeit zwischen diesen beiden Wahljahren liegen Daten aus dem Allbus 2004 und aus einer im Rahmen des Allbus 2004 durchgeführten Zusatzbefragung, dem ISSP „Bürger und Staat“ vor. Im Folgenden sollen diese Datensätze mit den Möglichkeiten, die sie bieten, detaillierter beschrieben werden.

Mit der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Studie „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ (ZA-Nr. 3861) liegen bevölkerungsrepräsentative Daten zu diesem Thema für das Wahljahr 2002 vor. Sie enthält, neben den abhängigen Variablen zur

politischen Internetnutzung, Fragen zu Nutzung von Fernsehen und Printmedien, zur Bereitschaft zu konventioneller und unkonventioneller Partizipation und einer Vielzahl von politischen Einstellungen, die als Korrelate der Internetnutzung untersucht werden können. Zwischen dem 3. August und dem 15. November 2002 wurden insgesamt 3263 Personen in einem persönlich durchgeführten Interview befragt, 1665 vor der Bundestagswahl am 22. September, 1598 danach. 2191 Personen stammen aus dem Westen, 1072 aus dem Osten Deutschlands.

In der DFG-Studie wurde nach der generellen Internetnutzung, der Nutzungsdauer (seit wann der oder die Befragte das Netz nutzt) sowie nach der Häufigkeit der Internetnutzung gefragt. Diesem Fragenblock folgte eine Frage mit drei Items zur politischen Internetnutzung: Erstens, die Häufigkeit der Suche von politischen Information allgemein, zweitens, die Häufigkeit der Suche von Informationen auf Webseiten der Parteien, Behörden, Bürgerinitiativen, Abgeordneten usw. (zum genauen Wortlaut siehe Anhang) und drittens, die Kontaktaufnahme mit politischen Einrichtungen oder Personen über das Internet (zum genauen Wortlaut siehe Anhang).

Im Rahmen dieses DFG-Projektes wurde zudem der gleiche Fragebogen einer für die bundesdeutschen Internutzer repräsentativen Auswahl an 1165 Befragten vorgelegt, die zufällig aus einem Online-Access-Panel von INRA gezogen wurden. Dies bietet die Möglichkeit, die Gruppe der Internutzer detaillierter zu untersuchen ohne zu schnell an kleinen Fallzahlen zu scheitern, wie es trotz einer inzwischen vierzigprozentigen Internetnutzung im Rahmen der bevölkerungsrepräsentativen Stichprobe der Fall ist.

Für das Wahljahr 2005 wird hier auf die Studie „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ (ZA-Nr. 4332) zurückgegriffen. In dieser Erhebung liegen Informationen zur generellen Internetnutzung leider nicht vor. Auch zur politischen Internetnutzung gibt es lediglich eine Frage, nämlich an wie vielen Tagen in der Woche das Netz genutzt wird, um politische Informationen zu suchen. Aus Gründen der inhaltlichen Übereinstimmung wird daher im Folgenden für Vergleiche der beiden Wahljahre auch für 2002 nur das erste der drei Items zur politischen Internetnutzung verwendet. Die Werte sind dennoch nicht direkt vergleichbar, weil jeweils andere Antwortkategorien vorgegeben waren (2002: Fünferskala von „nie“ bis „sehr oft“;

2005: Tage pro Woche). Des Weiteren wird 2005 lediglich noch das Interesse an Wahlwerbung im Internet abgefragt.

Die benötigten soziodemographischen Angaben, Alter und Bildung, sowie die Variablen zu politischen Einstellungen (politisches Interesse, Parteiidentifikation, Stärke der Parteiidentifikation, Demokratiezufriedenheit und Links-Rechts-Selbsteinschätzung) sind hier ebenso wie in der DFG-Studie enthalten. Die Berechnung der Wahlbeteiligung kann jedoch nicht auf völlig identischem Wege erfolgen, weil 2002 Vor- und Nachwahlbefragung verwendet werden, während es sich 2005 um eine reine Nachwahlstudie handelt. Das genaue Vorgehen wird an der entsprechenden Stelle erläutert.

Nicht direkt vergleichbar sind auch die Indikatoren für die Nutzung von Zeitungen und Fernsehen. Zwar beziehen sich die Fragen beide Male auf den politischen Inhalt derselben bzw. ausdrücklich auf die Nachrichtensendungen, allerdings wird 2002 bei Tageszeitungen zwischen Bild, überregionalen und lokalen Zeitungen, bei TV-Nachrichten zwischen solchen im öffentlich-rechtlichen und solchen im privaten Fernsehen unterschieden. 2005 wird diese Differenzierung nicht vorgenommen. Um die Vergleichbarkeit zumindest annähernd herzustellen, wurde bei den Tageszeitung folgendermaßen vorgegangen: Für 2002 wurde jeweils die Zeitung herangezogen, die am häufigsten gelesen wird. Liest also jemand zwei Mal wöchentlich eine überregionale Zeitung und sechs Mal in der Woche eine Lokalzeitung, so wurde dieser Person der Wert 6 zugewiesen. Analog dazu wurde bezüglich der Fernsehnachrichten in den öffentlich-rechtlichen und den privaten Sendern verfahren.

Der Allbus 2004 enthält, anders als die beiden Studien aus den Wahljahren, relativ ausführliche Daten zu Technikaffinität, zur generellen Internetnutzung (Häufigkeit und Ort der Nutzung) und zudem auch Fragen zu den Gründen der Nicht-Nutzung sowie zur wahrgenommenen Benachteiligung durch Nicht-Nutzung. Zwischen März und Juli 2004 wurden mittels CAPI (computer assistet personal interview) 2946 Personen befragt. Politische Internetnutzung (politische Diskussion im Internet) bzw. die Bereitschaft dazu wurde nur im Rahmen eines Moduls für das International Social Survey Program (ISSP) mit dem Titel „Bürger und Staat“ abgefragt, das als schriftlicher Selbstausfüllbogen von 1332 Personen beantwortet wurde.

Für alle in diesem Kapitel durchgeführten Analysen – mit Ausnahme der Auswertungen der Stichprobe aus dem Online-Access-Panel – wurden die Daten bevöl-

kerungsrepräsentativ gewichtet. Im Falle der Stichprobe aus dem Online-Access-Panel, das ja nur Internetnutzer umfasst, wird ein Gewicht verwendet, das die Daten an die gesamte Internetnutzerschaft der Bundesrepublik angleichen soll.

5.3 Die Empirie des Digital Divide in der Bundesrepublik

5.3.1 Internetnutzung

Seit 1993 der erste Internet-Browser auf den Markt kam, steigt die Internetnutzung stetig an. Die Daten über den Anteil der Onliner veralten also rasch. Selbst gleichzeitig oder zumindest zeitnah vorgenommene Messungen schwanken jedoch zum Teil erheblich, was zum einen auf unterschiedliche Operationalisierungen von „Internetnutzung“, zum anderen auf unterschiedliche Grundgesamtheiten (z.B. Bevölkerung ab 16 oder Bevölkerung ab 18 Jahren) zurückzuführen ist. Beim Vergleich unterschiedlicher Erhebungen ist es deshalb unerlässlich, die exakte Frageformulierung deutlich zu machen. In dem hier für 2002 verwendeten DFG-Datensatz war die Grundgesamtheit die deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren. Die Frage lautete: „Nutzen Sie persönlich das Internet?“. Aus Gründen der Fragebogenökonomie waren die Antwortmöglichkeiten verknüpft mit dem Ort der Internetnutzung. 40 Prozent der Befragten gaben an, das Internet zu nutzen (Tabelle 1). Dies liegt relativ nahe an den 41,7 Prozent, die in einer Telefonbefragung mit 30318 Interviews von Emnid für den (N)onliner-Atlas ermittelt wurden. Eine Nachfrage nach der Häufigkeit der Nutzung in der DFG-Studie 2002 ergab, dass 17 Prozent von ihnen mehrmals täglich online sind, 28,6 Prozent jeden oder fast jeden Tag, 38,1 Prozent ein paar Mal in der Woche, 13,9 Prozent ein paar Mal im Monat und 2,3 Prozent seltener als ein paar Mal im Monat. Mehr als 80 Prozent derjenigen, die im Folgenden in der DFG-Studie als Onliner klassifiziert werden, sind also regelmäßige Nutzer, die zumindest ein paar Mal in der Woche online gehen.

Zwei Jahre später, 2004, gaben im Allbus 53,9 Prozent der Befragten (ab 18 Jahren) an, zumindest gelegentlich das Internet zu nutzen. Auch das deckt sich relativ gut mit den 52,7 Prozent Internetnutzern des (N)onliner-Atlas aus dem entsprechenden Jahr. Mehr als drei Viertel der gelegentlichen Onliner (82,3 Prozent) haben einen Internetanschluss im Haushalt, 43 Prozent an ihrem Arbeitsplatz, 36 Prozent sowohl zu Hause als auch am Arbeitsplatz (Tabelle 2). Der relativ hohe Anteil an Internetnutzern wird durch die durchschnittliche Nutzungsdauer von 4,6 Stunden pro Woche relativiert. 70 Prozent der Nutzer sind weniger als fünf Stunden pro Woche online (ISSP: 72 Prozent). Dies macht deutlich, wie wichtig es ist, die Nutzungintensität zu berücksichtigen. Internetnutzer ist eben nicht gleich Internetnutzer! Auch

die Interneterfahrung, hier sehr grob gemessen durch die Frage, seit wann das Netz genutzt wird, hat vermutlich starken Einfluss auf die Art der Nutzung. Knapp 30 Prozent aller Befragten nutzten laut DFG-Studie 2002 das Internet bereits mindestens seit dem Jahr 2000 (Tabelle 1). Die Zahlen aus dem Allbus 2004 weichen davon deutlich ab. Hier gaben etwa 37 Prozent aller Befragten an, schon mindestens seit 2000 online gewesen zu sein. Angesichts der recht unspezifischen Fragestellung (Internetnutzung zu Hause, am Arbeitsplatz, bei Freunden, E-mail- oder WWW usw.) und der generellen Problematik retrospektiver Fragestellungen ist dies jedoch nicht allzu verwunderlich.

Die Kontaktchancen der Internetnutzer mit politischen Inhalten werden jedoch nicht nur durch die Nutzungsdauer und die Interneterfahrung beeinflusst, sondern auch durch die konkret genutzten Inhalte. Der Allbus 2004 zeigt, dass zwar, ähnlich wie in der DFG-Studie, 83 Prozent mindestens einmal wöchentlich online sind, macht zugleich aber auch die Dominanz von E-mail deutlich (Abbildung 10). An zweiter Stelle steht die Suche nach Informationen (z.B. zu Veranstaltungen oder Nachrichten). Welcher Anteil davon auf politische Informationen entfällt, geht aus den Daten leider nicht hervor.

Tabelle 1: Internetnutzung 2002

	N	Anteil an allen Befragten in Prozent	Anteil an Internetnutzern in Prozent
N gesamt	3263	100,0	
Internetnutzer	1304	40,0	100,0
<i>Ort der Internetnutzung...</i>			
nur zu Hause	708	21,7	54,3
nur am Arbeitsplatz	139	4,3	10,6
überwiegend zu Hause, aber auch am Arbeitsplatz	314	9,6	24,1
überwiegend am Arbeitsplatz, aber auch zu Hause	142	4,4	10,9
<i>Häufigkeit der Internetnutzung...</i>			
seltener als ein paar Mal im Monat	30	0,9	2,3
ein paar Mal im Monat	181	5,6	13,9
ein paar Mal in der Woche	496	15,2	38,1
(fast) jeden Tag	372	11,4	28,6
mehrmals täglich	221	6,8	17,0
<i>Internetnutzung...</i>			
seit 1998 oder früher	364	11,2	28,4
seit 1999	243	7,4	18,9
seit 2000	321	9,8	25,0
seit 2001	250	7,6	19,5
seit 2002	105	3,2	8,2

Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 2: Internetnutzung 2004

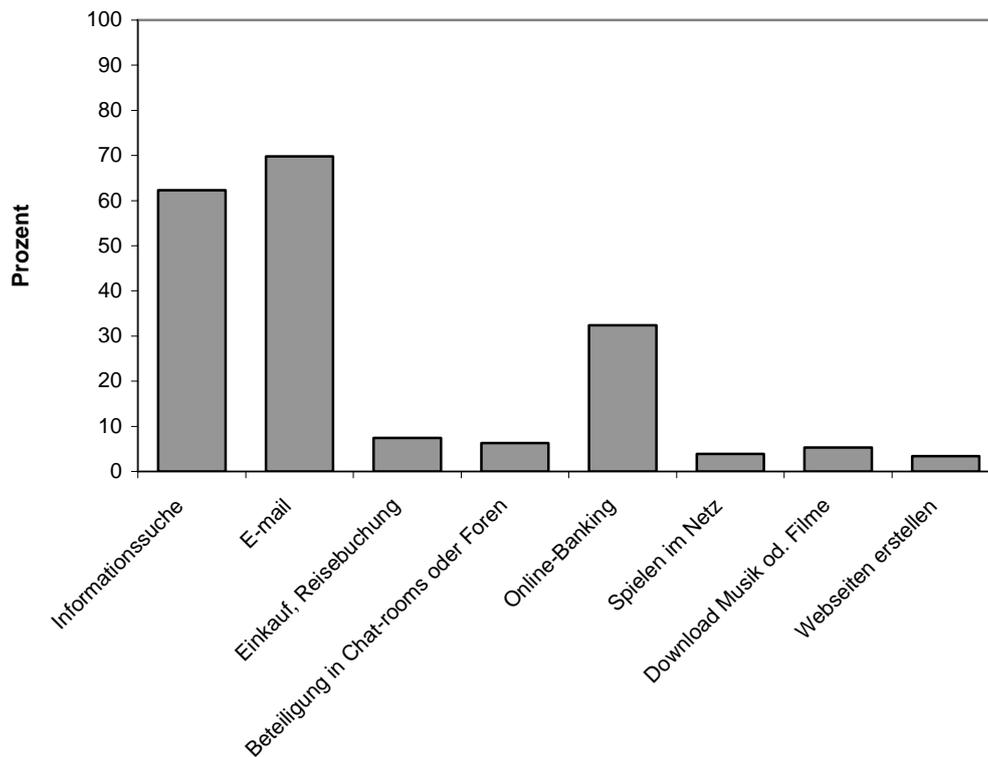
	N	Anteil an allen Befragten in Prozent	Anteil an gelegentlichen Onlinern in Prozent
N gesamt	2946	100,0	
gelegentliche Onliner	1587	53,9	100,0
<i>Ort der Internetnutzung...</i>			
im Haushalt	1307	44,4	82,3
am Arbeitsplatz	687	23,3	43,3
im Haushalt und am Arbeitsplatz	576	19,6	36,3
<i>Internetnutzung...</i>			
seit 1998 oder früher	535	18,5	33,9
seit 1999	224	7,8	14,2
seit 2000	318	11,1	20,2
seit 2001	170	5,9	10,8
seit 2002	137	4,8	8,7
seit 2003	148	5,2	9,4
seit 2004	43	1,5	2,7
durchschnittliche Nutzungsdauer zu Hause in Std./Woche		4,6	

Quelle: Allbus 2004

Tabelle 3: Internetnutzung 2004, ISSP „Bürger und Staat“

	N	Anteil an allen Befragten in Prozent	Anteil an gelegentlichen Onlinern in Prozent
N gesamt	1332	100,0	
gelegentliche Onliner	731	54,9	100,0
<i>Ort der Internetnutzung...</i>			
Internetzugang im Haushalt	592	44,4	81,0
Internetzugang am Arbeitsplatz	313	23,5	42,8
Internetzugang im Haushalt und am Arbeitsplatz	257	19,3	35,2
<i>Interneterfahrung...</i>			
seit 1998 oder früher	245	18,7	33,5
seit 1999	108	8,3	14,9
seit 2000	152	11,6	20,9
seit 2001	80	6,2	11,0
seit 2002	57	4,4	7,9
seit 2003	68	5,2	9,4
seit 2004	17	1,3	2,4
durchschnittliche Nutzungsdauer zu Hause in Std./Woche		4,6	

Quelle: ISSP „Bürger und Staat“ 2004

Abbildung 10: Tätigkeiten im Internet, mindestens einmal pro Woche, N = 1307

Quelle: Allbus 2004

Interessant in Bezug auf die Diskussion um Maßnahmen gegen einen Digital Divide sind die Gründe der Offliner, das Internet nicht zu nutzen. Im Allbus 2004 wurde die Zustimmung der Offliner zu drei Items auf einer Skala von 1 bis 4 erhoben. Demnach scheint die Höhe der Kosten zwar ein wichtiges Argument zu sein (Mittelwert 2,9), die komplizierte Bedienung (Mittelwert 3,0) und der nicht erkennbare Nutzen (Mittelwert 3,0) wiegen aber mindestens genauso stark (auf tabellarischen Nachweis wird verzichtet). Maßnahmen zur Steigerung der Internetdurchdringung in bestimmten Bevölkerungsgruppen müssen demzufolge auch darauf abzielen, Hemmschwellen in Bezug auf die technische Handhabung abzubauen und den konkreten Nutzen zu verdeutlichen. Die Bereitstellung kostengünstiger Infrastruktur allein scheint nicht ausreichend zu sein. Dies geht auch aus Tabelle 4 hervor, in der die Einstellungen von Offlinern und Onlinern bezüglich Technik, Computer und Internet verglichen werden. Die durchwegs hochsignifikanten Mittelwertdifferenzen verdeutlichen die Technikskepsis der Offliner. Interessant ist das Ergebnis bezüglich der Einschätzung, keinen Zugang zum Internet zu haben, stelle eine Benachteiligung in der Gesellschaft dar. Dies empfinden die Onliner stärker als die Offliner, aber auch bei Letzteren sieht etwa die Hälfte in der Nichtnutzung eine Benachteiligung. 57,4 Prozent der Offliner haben auch das Gefühl, mit der Entwicklung im Bereich der neuen elektronischen Medien nicht mehr mithalten zu können. Sowohl bei den Offlinern als auch bei den Onlinern korreliert die Zustimmung hier relativ stark mit dem Alter (Pearson's r 0,3 bzw. 0,12). Wenngleich es sicherlich einen harten Kern an bewussten Internetverweigerern gibt, deuten diese Zahlen darauf hin, dass ein erheblicher Anteil die Nichtnutzung als persönliches Manko empfindet.

Tabelle 4: Mittelwerte der Zustimmung zu Technik-Items 2004

	Offline	Online	Mittelwert-differenz
Die moderne Technik hat mehr positive als negative Auswirkungen. ¹	4,58	5,02	-0,44 ^c
Durch den technischen Fortschritt geht die Menschheit einer immer besseren Zukunft entgegen.	4,21	4,52	-0,31 ^c
Ich interessiere mich für Technik und technische Fragen.	3,59	4,72	-1,13 ^c
Ich finde Computer uninteressant.	3,96	1,93	2,03 ^c
Ich habe das Gefühl, mit der Entwicklung im Bereich der neuen elektronischen Medien wie Internet und Mobilfunk nicht mehr mithalten zu können.	4,69	2,83	1,86 ^c
Wer keinen Internetzugang hat, wird in Zukunft in unserer Gesellschaft benachteiligt sein.	4,26	4,98	-0,72 ^c
Das Internet trägt dazu bei, das Wissen und den Informationsstand der Bevölkerung grundlegend zu verbessern.	4,50	4,98	-0,48 ^c
Ich finde das Internet faszinierend.	3,35	5,00	-1,65 ^c

1 Skala von 1 („stimme –überhaupt nicht zu“) bis 7 („stimme voll und ganz zu“)

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

Quelle: Allbus 2004

5.3.2 Soziodemographische Korrelate der Internetnutzung

Zum Digital Divide, verstanden als sozialstrukturelle Ungleichverteilung der Nutzung, existiert eine Vielzahl von Studien, die alle zum selben Ergebnis kommen: der typische Internetnutzer ist jung, männlich und hoch gebildet. Inzwischen hat sich vor allem die Lücke zwischen Männern und Frauen verringert und auch die formal weniger Gebildeten sowie die Älteren haben das Netz zunehmend für sich entdeckt. Aus Tabelle 5 ist die Internetnutzung nach verschiedenen soziodemographischen Merkmalen aus beiden Studien ersichtlich. Beim Geschlecht wird deutlich, dass sich zwischen 2002 und 2004 die Schere nicht geschlossen hat. Ebenso wenig ist dies beim Alter, bei Bildung und beim Einkommen der Fall. Die Differenz zwischen Männern und Frauen hat sich von 13,6 auf 14,1 Prozentpunkte geringfügig erhöht. Bei Alter und Bildung ist der Zusammenhang, gemessen mit Cramer's V, ebenfalls gestiegen. Das deutlich höhere Cramer's V 2004 bezüglich Internetnutzung und Einkommen dürfte jedoch zumindest zum Teil auf unterschiedliche Erhebungsweisen zurückzuführen sein. In der DFG-Studie wurde den Befragten eine Liste mit Einkommenskategorien vorgelegt, im Allbus sollten die Befragten das Haushaltseinkommen ohne Vorgaben nennen. Der (N)onliner-Atlas mit seinen über die Zeit besser vergleichba-

ren Daten weist denn auch nur ein moderates Anwachsen der Schere beim Einkommen zwischen 2002 und 2004 aus ((N)onliner-Atlas 2008: 17). Der Unterschied zwischen den Landesteilen West und Ost hat sich dagegen vom 12 auf 6,4 Prozentpunkte deutlich verringert.

Tabelle 5: Internetnutzung 2002 und 2004 nach soziodemographischen Merkmalen

	DFG-Studie 2002	Allbus 2004
<i>Geschlecht</i>		
männlich	47,0	61,0
weiblich	33,4	46,9
Phi	0,14 ^c	0,14 ^c
<i>Herkunft</i>		
West	42,2	55,1
Ost	30,2	48,7
Phi	0,10 ^c	0,05 ^c
<i>Altersgruppen</i>		
bis 29	64,9	84,0
30-39	56,9	73,3
40-49	46,6	68,1
50-59	36,0	49,5
60-69	14,6	22,9
70 und älter	2,3	5,8
Cramer's V	0,44 ^c	0,54 ^c
<i>Bildungsabschluss</i>		
ohne Abschluss/Hauptschulabschluss	16,3	28,2
Mittlere Reife	45,3	66,7
(Fach-)Abitur	68,5	83,5
Cramer's V	0,44 ^c	0,47 ^c
<i>Haushaltsnettoeinkommen</i>		
unter 1000 €	22,5	26,6
1000 bis unter 1500 €	40,0	29,2
1500 bis unter 2000 €	48,2	37,8
2000 bis unter 2500 €	38,9	54,0
2500 bis unter 3000 €	20,4	66,7
3000 € und mehr	50,3	81,0
Cramer's V	0,23 ^c	0,42 ^c

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant
 Quellen: DFG-Studie 2002, Allbus 2004

Auch nach mehr als zehn Jahren Internet kann im Jahr 2002 noch gut 40 Prozent der Varianz mit Hilfe der sozialstrukturellen Größen Alter, Bildung, Herkunft (Ost- oder Westdeutschland), Geschlecht und Einkommen erklärt werden (vgl. Nagelkerkes R^2 in Tabelle 6). Dabei werden die bekannten Befunde bestätigt, alle Zusammenhänge weisen in die erwartete Richtung. Auch 2004 hat sich daran noch nichts Wesentliches geändert, wie Tabelle 7 zeigt, die die logistische Regression aus Tabelle 6 repliziert. Nagelkerkes R^2 liegt hier sogar bei 53 Prozent. Der Digital Divide entlang der sozioökonomischen Trennlinie ist also auch im Jahre 2004 noch gravierend.

Welche der einbezogenen Sozialstrukturvariablen hat nun den größten Effekt? Am besten vergleichbar sind die Werte für die einzelnen Erklärungsvariablen in der Spalte „standardisierte Effektkoeffizienten“¹⁰. Interessant ist, dass vor allem 2002 das Einkommen einen vergleichsweise geringen zusätzlichen Erklärungsbeitrag dafür liefert, ob jemand das Internet nutzt oder nicht. Vielmehr scheint – abgesehen vom Alter – Bildung die entscheidende Größe zu sein. Daran hat sich auch 2004 nichts geändert. Dies deckt sich mit den von Wilhelm für die USA gefundenen Ergebnissen: „Indeed, education is a stronger determinant of connectivity than is any other variable“ (Wilhelm 2000: 56). Die Tatsache, dass auch 15 Jahre nach dem Aufbruch der Online-Bewegung sozioökonomische Faktoren eine solch große Rolle spielen, ist Wasser auf die Mühlen derer, die meinen, dass im Strudel des immer schneller werdenden technischen Fortschritts die Ressourcenarmen immer weiter abgekoppelt werden. Dabei bezieht sich ressourcenarm weniger auf finanzielle als vielmehr auf intellektuelle Ressourcen, wie dies die Bedeutung der formalen Bildung nahe legt.

Tabelle 6: Logistische Regression der Internetnutzung auf soziodemographische Merkmale 2002

Variable ¹	Regressionskoeffizient b	Standardabweichung der Variable s	Exp (B)	standardisierte Effektkoeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
Alter ²	-0,058 ^c	17,656	0,943	-64,09	0,250
Bildung ³	0,803 ^c	1,024	2,232	127,57	0,372
West/Ost ⁴	-0,523 ^c	0,391	0,593	-18,49	0,393
Geschlecht ⁵	-0,891 ^c	0,500	0,410	-35,95	0,403
Einkommen ⁶	0,073 ^c	2,639	1,076	21,25	0,409
Konstante	1,879 ^c		6,545		
N	3248				
richtig Klassifizierte in %	75,1				

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² in Jahren

³ 1 „ohne Abschluss/Hauptschule“ 2 „Mittlere Reife“ 3 „Abitur“ 4 „(Fach-)Hochschulabschluss“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

⁴ 1 „West-Deutschland“ 2 „Ost-Deutschland“

⁵ 1 „männlich“ 2 „weiblich“

⁶ erfasst in 12 Kategorien

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant

Quelle: DFG-Studie 2002

¹⁰ Berechnet nach der Formel $(e^{(b*s)}-1)*100$. Das Ergebnis gibt an, um wie viel Prozent die Odds für Internetnutzung zu- bzw. abnehmen, wenn die Erklärungsvariable um eine Standardabweichung zunimmt. Siehe dazu: Internet-Lexikon der Methoden der empirischen Sozialforschung (http://www.lrz-muenchen.de/~wlm/ilm_111.htm) (Stand: 2009-05-04).

Tabelle 7: Logistische Regression der Internetnutzung auf soziodemographische Merkmale 2004

Variable ¹	Regressionskoeffizient b	Standardabweichung der Variable s	Exp (B)	standardisierte Effektkoeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
Alter ²	-0,076 ^c	17,295	0,927	-73,14	0,351
Bildung ³	0,807 ^c	1,049	2,241	133,16	0,469
Einkommen ⁴	0,267 ^c	2,435	1,307	91,58	0,518
Geschlecht ⁵	-0,647 ^c	0,500	0,524	-27,64	0,530
West/Ost ⁶	-0,282 ^c	0,389	0,755	-10,39	0,531
Konstante	1,879 ^c		6,545		
N	3248				
richtig Klassifizierte in %	79,6				

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² in Jahren

³ 1 „ohne Abschluss/Hauptschule“ 2 „Mittlere Reife“ 3 „Abitur“ 4 „(Fach-)Hochschulabschluss“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

⁴ erfasst in 12 Kategorien

⁵ 1 „männlich“ 2 „weiblich“

⁶ 1 „West-Deutschland“ 2 „Ost-Deutschland“

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

Quelle: Allbus 2004

Bevor die Unterschiede zwischen Onlinern und Offlinern hinsichtlich politischer Einstellungen analysiert werden, soll kurz auf die sozialstrukturellen Korrelate der *Häufigkeit* der Internetnutzung eingegangen werden. Signifikante Korrelationen bzw. Mittelwertdifferenzen gibt es diesbezüglich mit Alter (Pearson's $r = -,09$), Einkommen (Pearson's $r = ,08$), Bildung (Pearson's $r = ,19$) und Geschlecht. Heavy-User sind demzufolge eher jünger, haben ein höheres Einkommen und verfügen vor allem über höhere formale Bildung. Keine Rolle spielt die Herkunft (West- oder Ostdeutschland), wenn es um die Nutzungshäufigkeit geht.

5.3.3 Politische Einstellungen als Korrelate der Internetnutzung

Im Folgenden werden Offliner und Onliner hinsichtlich einer Vielzahl politischer Einstellungen verglichen. Diese lassen sich in fünf Blöcken gruppieren, nämlich erstens Einstellungen, die die kognitive Involvierung betreffen, zweitens Einstellungen bezüglich ideologischer Orientierungen, drittens Einstellungen gegenüber dem politischen System, viertens Wertorientierungen und fünftens Einstellungen und Verhaltensweisen bezüglich politischer Partizipation. Da die DFG-Studie 2002 und der Allbus 2004 hinsichtlich der Verfügbarkeit politischer Einstellungsvariablen sowie der konkreten Operationalisierung, Skalenbereiche usw. zum Teil stark voneinander abweichen, wird zunächst auf die DFG-Studie und dann auf den Allbus eingegangen.

Einem Vergleich der Mittelwerte der entsprechenden Variablen folgen lineare Regressionen, in denen für Alter und Bildung, also die zwei wichtigsten soziodemographischen Korrelate der Internetnutzung, kontrolliert wird. Sofern nicht anders vermerkt, wurden die Variablen auf einen Wertebereich von Null bis Eins gebracht. Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass gemessene Zusammenhänge nicht als unmittelbar kausale Zusammenhänge interpretiert werden dürfen. Es geht vielmehr darum, die Gruppe der Onliner bezüglich ihrer politischen Einstellungen und Verhaltensweisen zu charakterisieren.

5.3.3.1 DFG-Studie 2002

Als Indikatoren für kognitive Involvierung werden das Interesse an Politik, die Häufigkeit der politischen Mediennutzung und das objektive Wissen untersucht. Hinzu kommen Indikatoren für die Intensität, mit der der Bundestagswahlkampf 2002 verfolgt wurde, sowie die internal Efficacy. Bei fast allen Variablen zeigen sich signifikante Mittelwertdifferenzen, die auf ein stärkeres Interesse an Politik und eine höhere kognitive Mobilisierung der Onliner hindeuten (Tabelle 8). Nicht signifikant unterscheiden sich die beiden Gruppen lediglich, was die Lektüre des politischen Teils von Lokal- und Regionalzeitungen sowie das Sehen von Nachrichten im Privatfernsehen angeht. Bivariat zeigt sich, dass Internetnutzer seltener die BILD-Zeitung, dafür häufiger überregionale Zeitungen lesen.

Tabelle 8: Kognitive politische Involvierung von Offlinern und Onlinern 2002, Mittelwerte

	Offliner	Onliner
politisches Interesse	0,49	0,58 ^c
<i>Häufigkeit des Lesens politischer Bericht in...</i>		
BILD-Zeitung	1,22	0,78 ^c
überregionalen Zeitungen	0,56	1,20 ^c
lokalen/regionalen Zeitungen	4,28	4,16 ^{n.s.}
<i>Häufigkeit des Sehens von Nachrichten bei...</i>		
öffentlich-rechtlichen TV-Sendern	5,27	4,69 ^c
privaten TV-Sendern	3,34	3,35 ^{n.s.}
objektives Wissen (0 bis 2)	0,89	1,17 ^c
Intensität Verfolgung des Wahlkampfs	0,51	0,57 ^c
Häufigkeit: Mit Freunden über Wahlkampf sprechen	0,47	0,57 ^c
Häufigkeit: Wahlkampfveranstaltungen besuchen	0,07	0,10 ^c
Index internal Efficacy	0,51	0,63 ^c

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant
Quelle: DFG-Studie 2002

Diesem Bild intensiverer Nutzung von Qualitätsmedien durch die Onliner widerspricht der Befund, dass die Onliner seltener Nachrichten in öffentlich-rechtlichen TV-Sendern sehen. Der Widerspruch löst sich jedoch auf, wenn man einen Blick auf die multivariate Analyse in Tabelle 9 wirft. Wenn nämlich für das Alter kontrolliert wird, das relativ stark positiv mit dem Konsum öffentlich-rechtlicher Sender korreliert, erhält auch hier die Internetnutzung ein positives Vorzeichen und ist signifikant. Sehr ähnlich verhält es sich auch beim Lesen lokaler und regionaler Zeitungen. Hier wird aus dem bivariat nicht signifikanten Zusammenhang nach Kontrolle von Alter und Bildung ein signifikant positiver Zusammenhang, der besagt, dass die Internetnutzung mit verstärktem Lesen von Lokal- und Regionalzeitungen einhergeht.

Was das Interesse am Wahlkampf angeht, ist Bildung die stärkste Einflussgröße, allerdings zeigt sich auch unter Kontrolle der Variable Bildung ein signifikanter Zusammenhang mit der Internetnutzung, insbesondere beim kommunikativen Austausch mit Freunden und Verwandten über den Wahlkampf. Dies ist ein Hinweis darauf, dass Internetnutzer nicht nur tendenziell politisch interessierter, sondern auch kommunikativer sind als Nichtnutzer. Darauf deutet auch das Ergebnis einer Regressionsanalyse hin, in der der Austausch über den Wahlkampf nicht nur auf Alter, Bildung und Internetnutzung, sondern zusätzlich noch auf politisches Interesse regressiert wird. Dann zeigt sich nämlich, dass politischem Interesse als wichtigster Erklärungsvariable an zweiter Stelle die Internetnutzung folgt (auf tabellarischen Nachweis wird verzichtet).

Bezüglich der ideologischen Orientierung zeigt sich ein signifikanter, allerdings kleiner Mittelwertunterschied auf der Links-Rechts-Skala. Onliner stufen sich auf einer Skala von -5 bis +5 im Schnitt um etwa 0,5 Skalenpunkte weiter links ein (Offliner -0,25, Onliner -0,72). Bei Kontrolle von Alter und Bildung ist der Unterschied allerdings nicht mehr signifikant (Tabelle 10). Die Betrachtung der Parteipräferenzen in Abbildung 11 macht deutlich, dass die Onliner verhältnismäßig stark die kleinen Parteien FDP und PDS und insbesondere Bündnis90/Die Grünen präferieren, während vor allem die Union, aber auch die SPD bei ihnen etwas schlechter abschneiden als bei den Offlinern.

Tabelle 9: OLS-Regression von Indikatoren politischer Involvierung auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2002

	Beta	korr. R ² nach Aufnahme der Variable
politisches Interesse		
Bildung	0,270 ^c	0,061
Alter	0,306 ^c	0,116
gelegentliche Internetnutzung	0,182 ^c	0,139
BILD-Zeitung		
Bildung	-0,201 ^c	0,040
gelegentliche Internetnutzung	n.s.	
Alter	n.s.	
Überregionale Zeitungen		
Bildung	0,206 ^c	0,050
Alter	0,143 ^c	0,058
gelegentliche Internetnutzung	0,150 ^c	0,073
lokale/regionale Zeitungen		
Alter	0,329 ^c	0,074
gelegentliche Internetnutzung	0,097 ^c	0,084
Bildung	0,046 ^c	0,085
Nachrichten in öffentlich-rechtlichen Sendern		
Alter	0,464 ^c	0,174
Bildung	0,059 ^c	0,179
gelegentliche Internetnutzung	0,062 ^c	0,182
Nachrichten in privaten Sendern		
Alter	-0,187 ^c	0,017
Bildung	-0,171 ^c	0,043
gelegentliche Internetnutzung	n.s.	
Objektives Wissen		
Bildung	0,229 ^c	0,064
gelegentliche Internetnutzung	0,102 ^c	0,069
Alter	0,062 ^c	0,072
Intensität Verfolgung des Wahlkampfes		
Bildung	0,162 ^c	0,022
Alter	0,256 ^c	0,058
gelegentliche Internetnutzung	0,162 ^c	0,076
Häufigkeit: Mit Freunden über Wahlkampf sprechen		
Bildung	0,175 ^c	0,045
gelegentliche Internetnutzung	0,139 ^c	0,055
Alter	0,071 ^c	0,059
Häufigkeit: Wahlkampfveranstaltungen besuchen		
Bildung	0,102 ^c	0,011
Alter	0,079 ^c	0,013
gelegentliche Internetnutzung	0,067 ^c	0,016
Index internal Efficacy		
Bildung	0,274 ^c	0,097
gelegentliche Internetnutzung	0,199 ^c	0,115
Alter	0,146 ^c	0,131

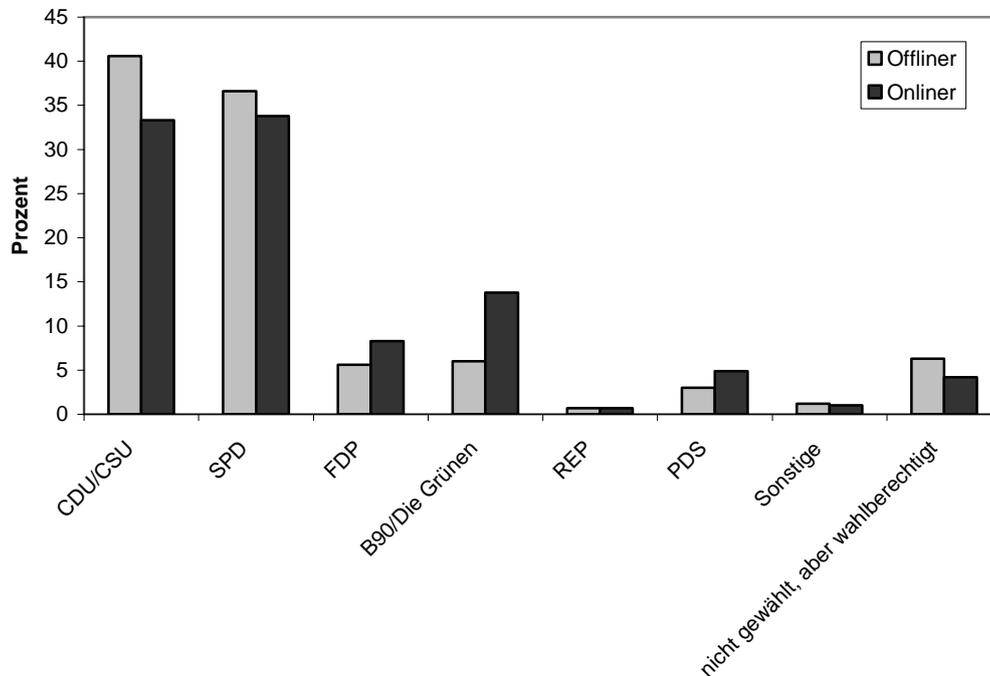
Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant
Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 10: OLS-Regression der ideologischen Orientierung auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2002

	Beta	korr. R ² nach Aufnahme der Variable
Links-Rechts-Selbsteinstufung		
Alter	0,108 ^c	0,020
Bildung	-0,102 ^c	0,029
gelegentliche Internetnutzung	n.s.	

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant
Quelle: DFG-Studie 2002

Abbildung 11: Parteipräferenzen von Offlinern und Onlinern 2002 anhand der Wahlabsicht (Vorwahlbefragte) bzw. der Rückerinnerung (Nachwahlbefragte)



Quelle: DFG-Studie 2002

Die Einstellungen gegenüber dem politischen System sind bei den Onlinern im Mittel signifikant positiver als bei den Offlinern. Erstere sind zufriedener mit der Demokratie, sie schätzen, wie der Index zur external Efficacy zeigt, die Responsivität des politischen Systems größer ein, und sie weisen zwar, ebenso wie die Offliner, im Mittel eine negative Einstellung gegenüber den Parteien auf, allerdings eine weniger negative. Nicht signifikant ist der bivariate Unterschied bezüglich der Stärke von Parteiidentifikationen. Kontrolliert für Alter und Bildung bleibt der signifikante Einfluss der Internetnutzung auf die Demokratiezufriedenheit, auf die external Efficacy

und auf die Einstellung gegenüber den Parteien erhalten. Bei letzterer wird die Internetnutzung sogar an erster Stelle in die schrittweise Regression aufgenommen. Auch bezüglich der Stärke der Parteiidentifikation zeigt sich unter Kontrolle der soziodemographischen Variablen nun doch ein signifikanter Zusammenhang mit der Internetnutzung.

Tabelle 11: Einstellungen gegenüber dem politischen System bei Offlinern und Onlinern 2002, Mittelwerte

	Offliner	Onliner
Demokratiezufriedenheit	0,55	0,61 ^c
Index external Efficacy	0,34	0,38 ^c
Index Einstellung gegenüber den Parteien (-2 bis +2)	-0,32	-0,18 ^c
Stärke der Parteiidentifikation	0,44	0,46 ^{n.s.}

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant
Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 12: OLS-Regression von Einstellungen gegenüber dem politischen System auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2002

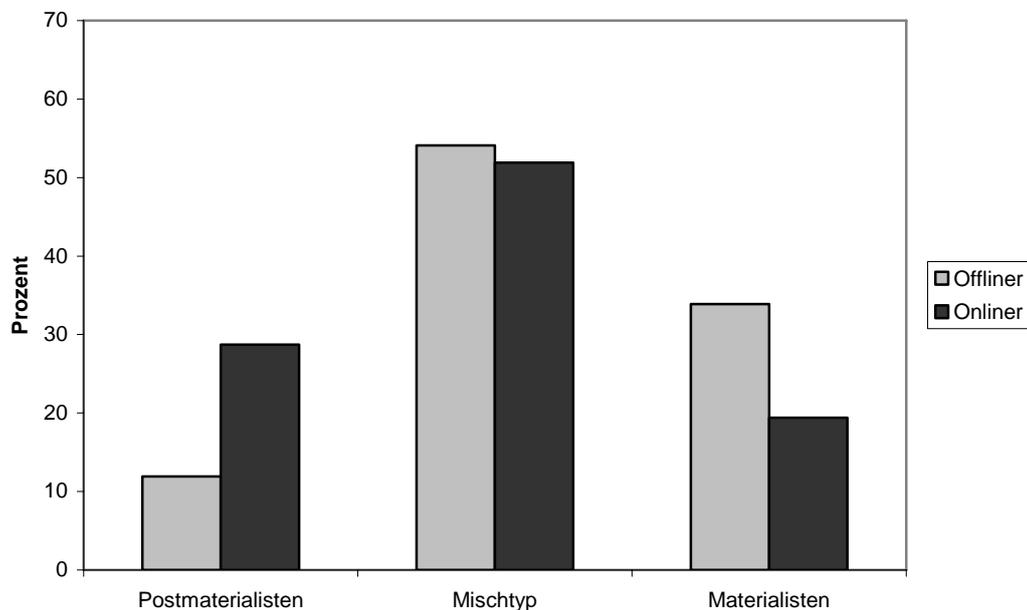
	Beta	korr. R ² nach Aufnahme der Variable
Demokratiezufriedenheit		
Bildung	0,117 ^c	0,019
gelegentliche Internetnutzung	0,116 ^c	0,025
Alter	0,083 ^c	0,030
Index external Efficacy		
Bildung	0,134 ^c	0,021
gelegentliche Internetnutzung	0,065 ^c	0,022
Alter	0,053 ^b	0,024
Index Einstellung gegenüber den Parteien		
gelegentliche Internetnutzung	0,112 ^c	0,014
Bildung	0,085 ^c	0,018
Alter	0,066 ^b	0,021
Stärke der Parteiidentifikation		
Alter	0,196 ^c	0,018
Bildung	0,086 ^c	0,028
gelegentliche Internetnutzung	0,077 ^c	0,032

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant
Quelle: DFG-Studie 2002

Auch bezüglich einiger Wertorientierungen zeigen sich Unterschiede zwischen Internetnutzern und Nichtnutzern. Der Anteil an Postmaterialisten ist, wie Abbildung 12 zeigt, bei ersteren um fast 17 Prozentpunkte höher. Auch kontrolliert für Alter und Bildung bleibt die Internetnutzung signifikant. Neben dem Postmaterialismus-Index, dessen Validität durchaus umstritten ist (Klein 1998), steht in der DFG-Studie noch eine weitere Item-Batterie zur Messung von Wertorientierungen zur Verfügung.

Nach Elff (2005: 323) werden aus sechs Aussagen¹¹ drei einfache dichotome Indizes gebildet, nämlich einer für *Beteiligungsorientierung*, einer für *Innovationsorientierung* und einer für *Leistungsorientierung*. Nur hinsichtlich der *Innovationsorientierung* ist der Mittelwertunterschied zwischen Offlinern und Onlinern auf dem 99,9-Prozent-Niveau signifikant (Tabelle 13). Auch in der multivariaten Analyse bestätigt sich, dass der geringe Unterschied bezüglich der *Beteiligungsorientierung* und der *Leistungsorientierung* hauptsächlich auf die Variable *Alter* zurückzuführen ist, während *Bildung* und auch die *Internetnutzung* nach Kontrolle des Alters keine Rolle spielen (Tabelle 14).

Abbildung 12: Postmaterialismus bei Offlinern und Onlinern 2002



Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 13: Wertorientierungen der Offliner und Onliner 2002, Mittelwerte

	Offliner	Onliner
Beteiligungsorientierung	0,38	0,42 ^a
Innovationsorientierung	0,40	0,70 ^c
Leistungsorientierung	0,38	0,42 ^a

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant
Quelle: DFG-Studie 2002

¹¹ Diese lauten: „Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der Bewährtes geschätzt und geachtet wird.“ „Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der man offen ist für neue Ideen und geistigen Wandel.“ „Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der Recht und Gesetz geachtet werden.“ „Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der die Bürger an allen Entscheidungen beteiligt sind.“ „Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der man es durch Leistung zu etwas bringen kann.“ „Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der der Mensch mehr zählt als das Geld.“

Tabelle 14: OLS-Regression von Wertorientierungen auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2002¹

	Beta	korr. R ² nach Aufnahme der Variable
Postmaterialismus		
gelegentliche Internetnutzung	0,126 ^c	0,046
Bildung	0,134 ^c	0,063
Alter	-0,071 ^c	0,067
Beteiligungsorientierung		
Alter	-0,106 ^c	0,011
Bildung	n.s.	
gelegentliche Internetnutzung	n.s.	
Innovationsorientierung		
Alter	-0,179 ^c	0,089
Bildung	0,172 ^c	0,132
gelegentliche Internetnutzung	0,144 ^c	0,146
Leistungsorientierung		
Alter	-0,106 ^c	0,011
Bildung	n.s.	
gelegentliche Internetnutzung	n.s.	

¹ Da es sich bei Beteiligungsorientierung, Innovationsorientierung und Leistungsorientierung um dichotome Variablen handelt, müsste eigentlich eine logistische Regression durchgeführt werden. Dies verändert allerdings nichts am Ergebnis.

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant

Quelle: DFG-Studie 2002

Zuletzt werden in diesem Abschnitt die beiden Gruppen noch hinsichtlich ihrer Einstellungen bzw. Verhaltensweisen bezüglich politischer Partizipation verglichen (Tabelle 15). Überraschen mag, dass die Onliner der Wahlnorm im Mittel stärker zustimmen als die Offliner – steht doch die Anerkennung von Normen in einem positiven Zusammenhang mit dem Alter. Auch die Wahrscheinlichkeit, sich an der Wahl zu beteiligen, die in der DFG-Vorwahlstudie auf einer Fünferskala abgefragt wurde, ist bei ihnen signifikant höher. Keine Unterschiede gibt es jedoch, was die Sicherheit sowie den Zeitpunkt der Wahlentscheidung betrifft. Neben dem Wahlverhalten wurde in der DFG-Studie auch die Bereitschaft zu nichtelektoralen Partizipationsformen erhoben. Demnach sind, auch nach Kontrolle des Alters und der Bildung, Onliner eher bereit, sich in einer Bürgerinitiative zu organisieren, an Demonstrationen teilzunehmen oder die Unterstützung einer Partei für ein politisches Anliegen zu suchen (Tabelle 16). Sie gehören damit eindeutig stärker als die Nichtnutzer zum politisch aktiveren Teil der Gesellschaft.

Tabelle 15: Einstellungen bzw. Verhaltensweisen bezüglich politischer Partizipation bei Offlinern und Onlinern 2002

	Mittelwert	
	Offliner	Onliner
Zustimmung zur Wahlnorm	0,81	0,86 ^c
Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme	0,90	0,95 ^c
Recall Wahlteilnahme 2002	0,88	0,91 ^{n.s.}
Sicherheit der Wahlentscheidung	0,79	0,79 ^{n.s.}
Zeitpunkt der Wahlentscheidung	0,86	0,84 ^{n.s.}
Bereitschaft zu nichtelektoraler Partizipation		
Bürgerinitiative	0,44	0,60 ^c
Demonstration	0,38	0,59 ^c
Unterstützung einer Partei suchen	0,39	0,54 ^c

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant
Quelle: DFG-Studie 2002

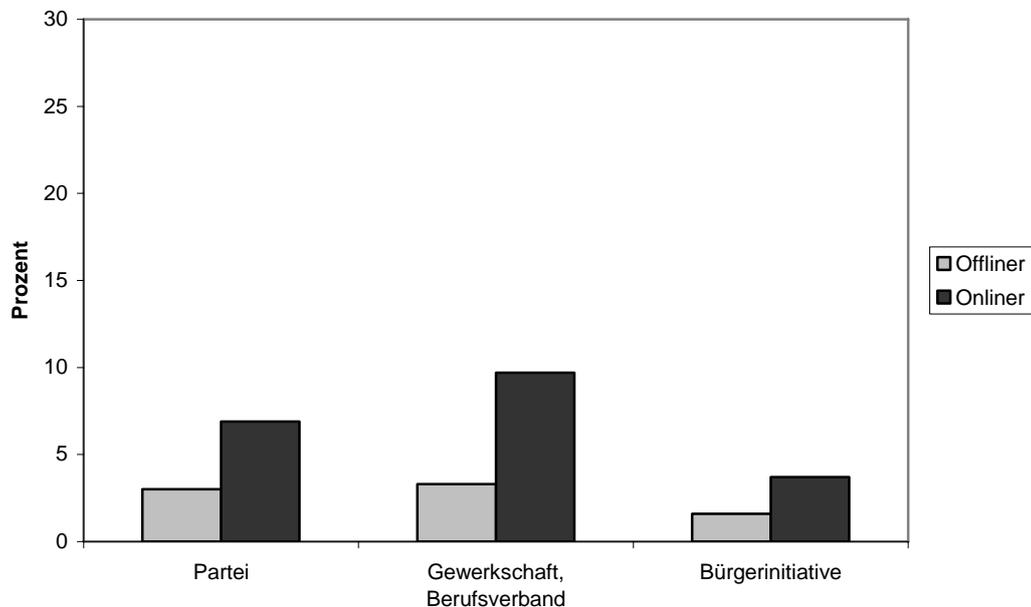
Tabelle 16: OLS-Regression von Einstellungen bzw. Verhaltensweisen bezüglich politischer Partizipation auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2002

	Beta	korr. R ² nach Aufnahme der Variable
Zustimmung zur Wahlnorm		
Alter	0,248 ^c	0,020
gelegentliche Internetnutzung	0,141 ^c	0,049
Bildung	0,131 ^c	0,062
Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme		
gelegentliche Internetnutzung	0,170 ^c	0,014
Alter	0,208 ^c	0,048
Bildung	0,092 ^c	0,054
Recall Wahlteilnahme 2002		
Alter	0,237 ^c	0,025
Bildung	0,126 ^c	0,047
gelegentliche Internetnutzung	0,095 ^b	0,053
Sicherheit Wahlentscheidung		
Alter	0,153 ^c	0,013
gelegentliche Internetnutzung	0,086 ^b	0,018
Bildung	n.s.	
Zeitpunkt Wahlentscheidung		
Alter	0,226 ^c	0,034
gelegentliche Internetnutzung	0,085 ^b	0,038
Bildung	n.s.	
Bürgerinitiative		
Bildung	0,179 ^c	0,067
gelegentliche Internetnutzung	0,141 ^c	0,087
Alter	-0,054 ^a	0,089
Demonstration		
Bildung	0,213 ^c	0,105
Alter	-0,155 ^c	0,139
gelegentliche Internetnutzung	0,135 ^c	0,152
Unterstützung einer Partei suchen		
gelegentliche Internetnutzung	0,143 ^c	0,049
Bildung	0,112 ^c	0,061
Alter	-0,067 ^b	0,064

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant
Quelle: DFG-Studie 2002

Darauf deuten auch die Ergebnisse aus Abbildung 13 hin, in der der Organisationsgrad in Parteien, Gewerkschaften oder Berufsverbänden und in Bürgerinitiativen für Offliner und Onliner wiedergegeben wird.¹² Dieser ist bei Onlinern durchweg höher. Aufgrund ihrer relativen Seltenheit sind diese Mitgliedschaften weder durch Alter und Bildung, noch durch die Internetnutzung gut zu erklären. Allerdings gibt es nach Kontrolle für Alter und Bildung bezüglich der Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen keinen signifikanten Einfluss der Internetnutzung mehr, bei Mitgliedschaften in Parteien bzw. Berufsverbänden und Gewerkschaften bleibt er jedoch erhalten (Tabelle 17).

Abbildung 13: Mitgliedschaft in einer Partei, Gewerkschaft oder Bürgerinitiative bei Offlinern und Onlinern 2002



Quelle: DFG-Studie 2002

¹² Um das Ergebnis bei Gewerkschaften und Berufsvereinigungen nicht durch das Alter zu verzerren, wurden nur Befragte bis 65 Jahre, also solche, die mit hoher Wahrscheinlichkeit noch beruflich aktiv sind, in die Analyse einbezogen.

Tabelle 17: OLS-Regression der Mitgliedschaft in einer Partei, Gewerkschaft oder Bürgerinitiative auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2002¹

	Beta	korr. R ² nach Aufnahme der Variable
Mitgliedschaft Partei		
Bildung	0,078 ^c	0,005
Alter	0,111 ^c	0,012
gelegentliche Internetnutzung	0,077 ^c	0,016
Mitgliedschaft Gewerkschaft/Berufsverband		
Bildung	0,123 ^c	0,020
gelegentliche Internetnutzung	0,128 ^c	0,026
Alter	0,113 ^c	0,036
Mitgliedschaft Bürgerinitiative		
Bildung	0,096 ^c	0,006
Alter	0,051 ^c	0,008
gelegentliche Internetnutzung	n.s.	

¹ Da es sich bei den Mitgliedschaft jeweils um dichotome Variablen handelt, müsste eigentlich eine logistische Regression durchgeführt werden. Dies verändert allerdings nichts am Ergebnis.

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

Quelle: DFG-Studie 2002

Wie bereits erwähnt, sind die Zusammenhänge zwischen den untersuchten Einstellungen und der Nutzung des Internets, auch wenn sie nach Kontrolle von Alter und Bildung bestehen bleiben, kaum kausale Zusammenhänge. Vielmehr deuten die multivariaten Analysen darauf hin, dass über die soziodemographischen Unterschiede hinaus anscheinend weitere, mentale Unterschiede bestehen, die dazu führen, dass Internetnutzer sich von Nichtnutzern hinsichtlich einer Vielzahl von politischen Einstellungen und Verhaltensweisen signifikant unterscheiden. Solche mentalen Unterschiede sind schwer zu erfassen. Als in der DFG-Studie verfügbare Indikatoren können am ehesten die Persönlichkeitseigenschaft „Affinität zu einem stabilen Orientierungssystem“ (ASKO), Wertorientierungen wie Postmaterialismus und Innovationsorientierung sowie die internal Efficacy als Einschätzung der eigenen Wirksamkeit aufgefasst werden. In Tabelle 18 wird deshalb eine logistische Regression mit der Internetnutzung als endogener Variable und diesen Erklärungsvariablen wiedergegeben. Sie erklären rund 24 Prozent der Varianz. Es handelt sich jedoch hierbei um das maximale Varianzaufklärungspotenzial dieses Variablenblocks, denn natürlich sind v.a. Wertorientierungen abhängig von Alter und Bildung. Daher wird in einem zweiten Schritt das minimale Varianzaufklärungspotenzial, also der zusätzliche Erklärungsbeitrag dieser Persönlichkeitseigenschaften nach Berücksichtigung soziodemographischer Merkmale, berechnet. Es beträgt 3,2 Prozent (Differenz zwischen letzter und erster Zeile aus Tabelle 18). Der wahre Wert liegt in diesem Bereich, lässt sich

jedoch nicht genau berechnen. Eindeutig ist aber, dass sich die Internetnutzer in ihren Wertorientierungen und der Wahrnehmung der eigenen Wirkmöglichkeiten im politischen Bereich deutlich von den Nichtnutzern unterscheiden.

Tabelle 18: Maximales und minimales Varianzaufklärungspotenzial von Wertorientierungen und Persönlichkeitseigenschaften

	Nagelkerkes R ²
nur Sozialstruktur ¹	0,409
nur Wertorientierungen und Persönlichkeitseigenschaften ²	0,241
Sozialstruktur und Wertorientierungen/Persönlichkeitseigenschaften	0,441

¹ Alter in Jahren;

Bildung: 1 „ohne Abschluss/Hauptschule“ 2 „Mittlere Reife“ 3 „Abitur“ 4 „(Fach-)Hochschulabschluss“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

Herkunft: 1 „West-Deutschland“ 2 „Ost-Deutschland“;

Geschlecht: 1 „männlich“ 2 „weiblich“;

Einkommen: erfasst in 12 Kategorien;

² ASKO: Index von 0 „keine Affinität zu stabilem Orientierungssystem“ bis 9 „starke Affinität zu stabilem Orientierungssystem“;

internal Efficacy: Index von 1 „sehr schwache internal Efficacy“ bis 5 „sehr starke internal Efficacy“;

Innovationsorientierung: 0 „niedrige Innovationsorientierung“ 1 „starke Innovationsorientierung“;

Postmaterialismus: 0 „kein Postmaterialist“ 1 „Postmaterialist“;

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

Quelle: DFG-Studie 2002

5.3.3.2 ALLBUS 2004 und ISSP „Bürger und Staat“ 2004

Im Allbus 2004 wurden weniger politische Einstellungen erhoben als in der DFG-Studie zwei Jahre zuvor. Einige politische Einstellungen, die hier von Interesse sind, wurden nur im Rahmen des ISSP „Bürger und Staat“, der Zusatzbefragung zum Allbus 2004, abgefragt. Bezüglich der vorhandenen Variablen bestätigen sich jedoch die Ergebnisse aus dem Jahr 2002 nahezu vollständig. Die kognitive Involvierung der Onliner, gemessen über das politische Interesse, subjektives Wissen, die Häufigkeit politischer Diskussionen sowie Überzeugungsversuche anderer, ist bei Onlinern signifikant größer. Ausnahme ist, wie auch in der DFG-Studie, der bivariate Zusammenhang zwischen dem Interesse an Nachrichten im Fernsehen und der Internetnutzung. Offliner haben ein etwas größeres Interesse an Fernsehnachrichten. Allerdings kehrt sich der Zusammenhang unter Kontrolle von Alter und Bildung, wie auch bei den DFG-Daten, um. Ihren Bedarf an Nachrichten deckten Internetnutzer mit einiger Wahrscheinlichkeit bereits 2004 zum Teil über Online-Angebote. Wenn es allerdings um politische Magazine geht, ist auch bivariat der Mittelwert für das Interesse bei den Internetnutzern höher. Die letzten beiden Variablen in Tabelle 19, die Häufigkeit politischer Diskussion sowie von Versuchen, andere politisch zu überzeugen, deuten an, dass sich unter den Onlinern auch verstärkt Meinungsführer befinden. Erwar-

tungsgemäß spielt hier das Alter eine geringe Rolle, die Neigung in der eigenen Umgebung über Politik zu kommunizieren, ist vor allem eine Bildungsfrage (Tabelle 20).

Tabelle 19: Kognitive politische Involvierung von Offlinern und Onlinern 2004, Mittelwerte

	Offliner	Onliner
politisches Interesse	0,43	0,54 ^c
Interesse an Nachrichten im TV	0,81	0,79 ^a
Interesse an politischen Magazinen im TV	0,49	0,53 ^c
subjektives Wissen über Politik (ISSP)	0,58	0,66 ^c
politische Diskussion (ISSP) (0-3)	0,49	0,64 ^c
Versuch, andere politisch zu überzeugen (ISSP)	0,29	0,42 ^c

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant
Quelle: Allbus 2004

Tabelle 20: OLS-Regression von Indikatoren kognitiver politischer Involvierung auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2004

	Beta	korr. R ² nach Aufnahme der Variable
politisches Interesse		
Bildung	0,256 ^c	0,083
Alter	0,252 ^c	0,105
gelegentliche Internetnutzung	0,222 ^c	0,135
Interesse an Nachrichten im TV		
Alter	0,323 ^c	0,062
Bildung	0,101 ^c	0,077
gelegentliche Internetnutzung	0,093 ^c	0,082
Interesse an politischen Magazinen im TV		
Bildung	0,211 ^c	0,038
Alter	0,291 ^c	0,088
gelegentliche Internetnutzung	0,135 ^c	0,099
subjektives Wissen über Politik (ISSP)		
Bildung	0,214 ^c	0,053
Alter	0,250 ^c	0,075
gelegentliche Internetnutzung	0,196 ^c	0,098
politische Diskussion (ISSP)		
Bildung	0,186 ^c	0,061
gelegentliche Internetnutzung	0,242 ^c	0,081
Alter	0,153 ^c	0,097
Versuch, andere politisch zu überzeugen (ISSP)		
Bildung	0,152 ^c	0,045
gelegentliche Internetnutzung	0,148 ^c	0,062
Alter	n.s.	

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant
Quelle: Allbus 2004

Bestätigt werden die Befunde aus den DFG-Daten auch bezüglich der ideologischen Ausrichtung. Onliner stehen geringfügig weiter links, der Unterschied ist allerdings nach Kontrolle von Alter und Bildung nicht mehr signifikant (Tabelle 21). Bezüglich der Parteipräferenzen – im Allbus 2004 handelt es sich nicht um eine konkrete Wahl-

absicht bzw. Wahlentscheidung wie in der DFG-Vor- bzw. Nachwahlbefragung, sondern um die klassische hypothetische Sonntagsfrage – gleicht das Muster dem aus der DFG-Studie. Bei den Onlinern sind die Union und die SPD leicht unterrepräsentiert, die kleineren Parteien, FDP und vor allem Bündnis 90/Die Grünen mit einer Differenz von 8,5 Prozentpunkten zwischen On- und Offlinern, deutlich überrepräsentiert (Abbildung 14).

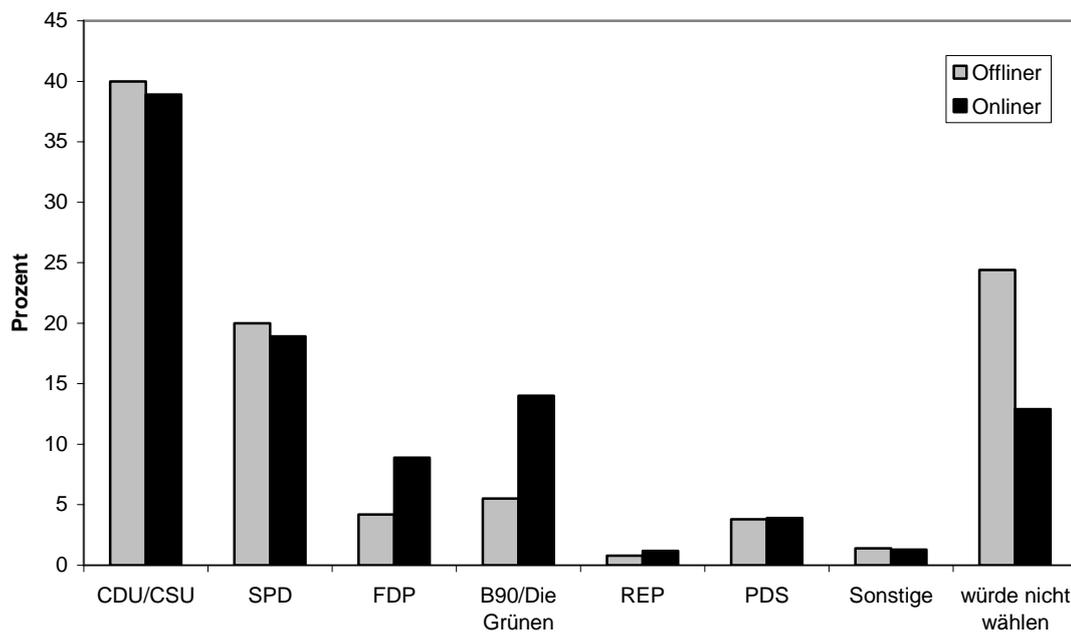
Tabelle 21: OLS-Regression der ideologischen Orientierung auf Alter, Bildung und Internetnutzung 2004

	Beta	korr. R ² nach Aufnahme der Variable
Links-Rechts-Selbsteinstufung		
Bildung	0,033 ^c	0,006 ^c
Alter	0,002 ^b	0,009 ^b
gelegentliche Internetnutzung	n.s.	

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

Quelle: Allbus 2004

Abbildung 14: Parteipräferenzen von Offlinern und Onlinern 2004 (Sonntagsfrage)



Quelle: Allbus 2004

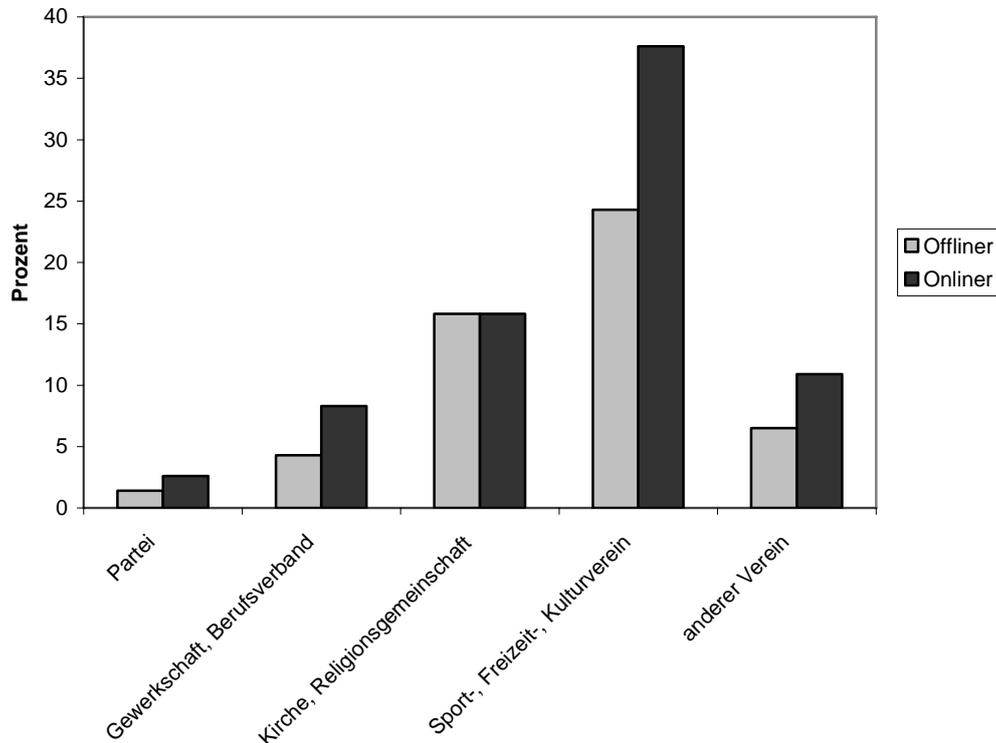
Wie sich bereits in den Daten aus dem Jahr 2002 gezeigt hat, sind Onliner im Mittel zwar etwas zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik (Offliner 5,56, Onliner 5,96, auf einer 11er Skala von 0 bis 10, signifikant auf 99-Prozent-Niveau), allerdings ist, anders als in den DFG-Daten, nach Kontrolle von

Alter und Bildung kein signifikanter Zusammenhang zwischen Internetnutzung und Demokratiezufriedenheit mehr nachweisbar.

Bezüglich der Zustimmung zur Wahlnorm unterscheiden sich die beiden Gruppen in den Allbus-Daten nicht (Offliner 0,70, Onliner 0,69 auf einer 7er Skala, die auf einen Wertebereich von 0 bis 1 normiert wurde; auf tabellarischen Nachweis wird verzichtet). Diese Abweichung von den Ergebnissen aus den DFG-Daten, nach denen Onliner der Wahlnorm stärker zustimmen, resultiert vermutlich aus dem anderen Befragungszeitpunkt, nämlich mitten in der Legislaturperiode, wenn die nächste Wahl noch weit mehr als ein Jahr entfernt ist. Was die Beteiligungsbereitschaft betrifft, geht allerdings aus Abbildung 14 zur Sonntagsfrage hervor, dass Offliner wesentlich häufiger nicht wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Die im ISSP-Fragebogen enthaltene Rückerinnerung an die Bundestagswahl 2002 zeigt, dass auch gemessen am manifesten Verhalten die Onliner sich stärker beteiligt haben. 91,9 Prozent der Onliner, aber nur 84,7 Prozent der Offliner geben an, 2002 gewählt zu haben. Auch nach Kontrolle von Alter und Bildung bleibt die Internetnutzung hier signifikant (auf tabellarischen Nachweis wird verzichtet).

Eine größere politische, aber auch gesellschaftliche Aktivität der Internetnutzer geht auch aus Abbildung 15 hervor. Sie sind, wie bereits die DFG-Daten deutlich gemacht haben (siehe Abbildung 13), häufiger in Parteien oder Gewerkschaften, vor allem aber auch in anderen Vereinen aktiv. Kein Unterschied besteht bezüglich der Mitgliedschaft in Kirchen und Religionsgemeinschaften. Dieser höhere Organisationsgrad der Onliner in Parteien ist insofern bemerkenswert, als der Zusammenhang zwischen Parteimitgliedschaft und Alter insgesamt positiv ist. Der Anteil der aktiven Parteimitglieder ist jedoch bei den Onlinern fast doppelt so hoch wie bei den Offlinern. Das deutet darauf hin, dass diejenigen, die in den jüngeren Altersgruppen das Internet noch nicht nutzen, auch gesellschaftlich weniger aktiv sind und die Befürchtung eines democratic divide nicht aus der Luft gegriffen ist. Gleichzeitig scheint nach diesen Ergebnissen wenig dafür zu sprechen, dass Internetnutzung sich negativ auf gesellschaftliches Engagement auswirkt.

Abbildung 15: Mitgliedschaft in einer Partei, Gewerkschaft, Kirche oder einem Verein bei Offlinern und Onlinern 2002



Quelle: Allbus 2004

5.4 Die Bedeutung des Internets in der politischen Kommunikation

5.4.1 Politische Information im Netz 2002, 2004 und 2005

Während im Abschnitt 5.2 untersucht wurde, inwiefern sich Onliner von Offlinern hinsichtlich soziodemographischer Merkmale sowie einer Reihe von politischen Einstellungen unterscheiden, geht es im Folgenden darum, wie groß der Anteil der Onliner ist, der auch tatsächlich politische Inhalte nutzt. Dabei wird unterschieden zwischen der Online-Nutzung zu Zwecken der politischen Information, die Gegenstand des vorliegenden Abschnitts 5.4.1 ist, und der Online-Nutzung zur politischen Interaktion, die im darauf folgenden Abschnitt 5.4.2 betrachtet wird. Als Datengrundlage stehen bezüglich politischer Online-Information die DFG-Studie 2002 – hier auch das Online-Access-Panel –, das ISSP-Modul „Bürger und Staat“ aus dem Allbus 2004 sowie die Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 2005 „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ zur Verfügung. Letztere fand, ebenso wie das Online-

Access-Panel 2002 in Abschnitt 5.3 keine Verwendung, weil dort jeweils die generelle Internetnutzung nicht erhoben wurde bzw. automatisch gegeben war.

Die Häufigkeitsverteilung in Tabelle 22 macht deutlich, dass 2002 weniger als 4 Prozent der Bevölkerung sehr oft oder oft, 7,8 Prozent manchmal und 10,2 Prozent selten Informationen über Politik im Internet suchten und dass selbst für etwa 70 Prozent der Internetnutzer politische Inhalte keine Rolle spielten („selten“ und „nie“ addiert). Bei den Befragten aus dem Online-Access-Panel ist der Abruf von Politik-Informationen wesentlich weiter verbreitet - 16,5 Prozent von ihnen tun dies sehr oft oder oft, weitere 29,2 Prozent manchmal, und nur ein knappes Viertel nie. Dies deutet darauf hin, dass mit der längeren und intensiveren Internetnutzung, wie sie die Mitglieder des Online-Access-Panels im Mittel aufweisen, auch die politische Informationsnutzung zunimmt. Von einem „Online-Wahlkampf“ zu sprechen, scheint für 2002 dennoch übertrieben. Nicht nur die Nutzerzahlen, sondern auch die Analyse des Angebotes im Vorfeld der Bundestagswahl relativiert die oftmals euphorischen Erwartungen. Hebecker stellte dazu fest, es sei zwar im Vergleich zu 1998 eine „Intensivierung, Professionalisierung und Popularisierung“ (Hebecker 2002: 48) zu beobachten gewesen, man befinde sich aber immer noch in einer „Phase des Experimentierens“ (Hebecker 2002: 48). Er stellt außerdem die Entwicklung neuer Wahlkampf-formate im Internet dem für die Bundesrepublik zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls neuen Format der Fernsehduelle gegenüber, durch das die „Personalisierung, Medialisierung und Inszenierung des Wahlkampfes“ (Hebecker 2002: 50) eine neue Qualität erreicht habe. „Angesichts von 15 Millionen Zuschauern, der öffentlichen Erregung und der permanenten Selbsterregung der an diesem Spektakel beteiligten Medien [...] scheint die Rolle des Internets für Parteien, Berichterstatter und Wähler zwangsläufig in den Hintergrund zu treten.“ (Hebecker 2002: 49). Dem ist nach den Ergebnissen aus Tabelle 22 durchaus zuzustimmen.

Tabelle 22: Nutzung des Internets, um politische Informationen zu suchen, 2002

	DFG-Studie 2002			Online-Access-Panel 2002	
	N	in % der Bevölkerung	in % der Internetnutzer	N	in %
sehr oft	28	0,8	2,1	60	5,1
oft	91	2,8	7,0	133	11,4
manchmal	256	7,8	19,6	340	29,2
selten	333	10,2	25,5	351	30,1
nie	584	17,9	44,8	278	23,9
weiß nicht	1	0,0	0,1		
keine Angabe	11	0,3	0,8	4	0,4
keine Internetnutzung	1959	60,0			
Gesamt	3263	100,0	100,0	1165	100,0

Quellen: DFG-Studie 2002, Online-Access-Panel 2002

Diesen Eindruck stützt auch ein vergleichender Blick auf die Nutzung des politischen Teils der Tageszeitung bzw. der Fernseh-Nachrichten (Tabelle 23). Über 90 Prozent der Befragten informieren sich zumindest einmal wöchentlich über Politik in der Zeitung, über 97 Prozent sehen mindestens einmal wöchentlich Fernsehnachrichten, mehr als die Hälfte der Befragten sogar täglich. Die trifft für die online Befragten genauso zu wie für die face-to-face Befragten.

Tabelle 23: Nutzung von Tageszeitung und TV-Nachrichten zur politischen Information, 2002, in Prozent

	DFG-Studie 2002		Online-Access-Panel 2002	
	Tageszeitung	TV-Nachrichten	Tageszeitung	TV-Nachrichten
nie	9,6	2,5	7,8	2,7
1 Tag pro Woche	4,7	1,8	6,9	2,6
2 Tage pro Woche	6,1	3,9	7,9	3,3
3 Tage pro Woche	7,9	5,5	9,1	7,1
4 Tage pro Woche	5,0	10,1	5,9	9,2
5 Tage pro Woche	6,6	9,4	11,4	15,6
6 Tage pro Woche	50,0	12,7	29,5	9,4
7 Tage pro Woche	10,1	54,1	21,5	50,2
N	3151	3135	1163	1164

Quellen: DFG-Studie 2002, Online-Access-Panel 2002

2005 nutzte laut der Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl ein Viertel der Bevölkerung das Internet, um sich über Politik zu informieren (Tabelle 24). Die sehr allgemein gehaltene Formulierung dieser Frage und der Anteil von neun Prozent, der dies weniger als einmal in der Woche tut, deuten darauf hin, dass das Netz auch 2005 weiterhin lediglich eine Ergänzung zu den herkömmlichen Massenmedien Zeitung und Fernsehen darstellte. 75 Prozent der Deutschen nutzten das Internet selbst zu Zeiten einer Bundestagswahl nie zur politischen Information. Vor allem dem Fernseh-

hen bleibt die Rolle des Leitmediums erhalten: Mehr als 60 Prozent der Bürger sehen täglich Nachrichten. Immerhin mehr als 40 Prozent lesen (fast) täglich den politischen Teil der Tageszeitung, wobei hier allerdings offen bleibt, ob es sich um Lokalzeitungen, die BILD-Zeitung oder überregionale Qualitätszeitungen handelt.

Damit hat sich zwischen 2002 und 2005 strukturell nicht allzu viel verändert. 2002 nutzten etwa 22 Prozent¹³ aller Befragten das Internet zur politischen Information. Aufgrund der unterschiedlichen Antwortkategorien ist zwar ein direkter Vergleich der Nutzungshäufigkeiten aus dem Jahr 2002 mit 2005 nicht möglich, aber es lässt sich immerhin feststellen, dass der Anteil derjenigen, die das Internet überhaupt nutzen, um sich politisch zu informieren, nur geringfügig um drei Prozentpunkte auf etwa 25 Prozent gestiegen ist. Von diesen politischen Onlinern nutzt 2002 etwas weniger als die Hälfte und 2005 ein gutes Drittel das Netz zudem nur selten zu politischen Zwecken (siehe 2005: Kategorie „weniger als einmal pro Woche“).

Tabelle 24: Nutzung von Internet, Tageszeitung und TV-Nachrichten zur politischen Information, 2005, in Prozent

	Internet	Tageszeitung	TV-Nachrichten
nie	75,1	10,0	2,5
weniger als einmal pro Woche	9,0	9,3	2,1
1 Tag pro Woche	3,6	6,6	1,8
2 Tage pro Woche	3,4	8,1	3,7
3 Tage pro Woche	2,5	8,6	5,4
4 Tage pro Woche	1,0	6,9	5,0
5 Tage pro Woche	1,1	8,2	9,1
6 Tage pro Woche	1,2	20,7	7,6
7 Tage pro Woche	3,1	21,7	62,8
N	2527	2524	2534

Quelle: Wahlstudie „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ 2005

Diese Zahlen über die politische Nutzung des Internets sind nur vor dem Hintergrund der allgemeinen Internet-Nutzerzahlen richtig einzuordnen. Da in der vorliegenden Befragung für 2005 die generelle Internetnutzung nicht erhoben wurde, werden zu diesem Zweck Daten des (N)onliner Atlas herangezogen. 55,1 Prozent der Bundesbürger waren demnach 2005 online. 2002 waren es, sowohl laut (N)onliner-Atlas 2002 als auch laut DFG-Studie etwa 40 Prozent. Der Anstieg der politischen Onliner, der, wie aus den hier verwendeten Umfragen hervorgeht, bei ca. drei Prozentpunkten liegt, entspricht also nicht dem Anstieg der generellen Internetnutzung, sondern ist unterproportional. Bedenkt man, dass zur Late Majority, also denjenigen, die Innova-

¹³ Sehr oft, oft, manchmal und selten addiert;

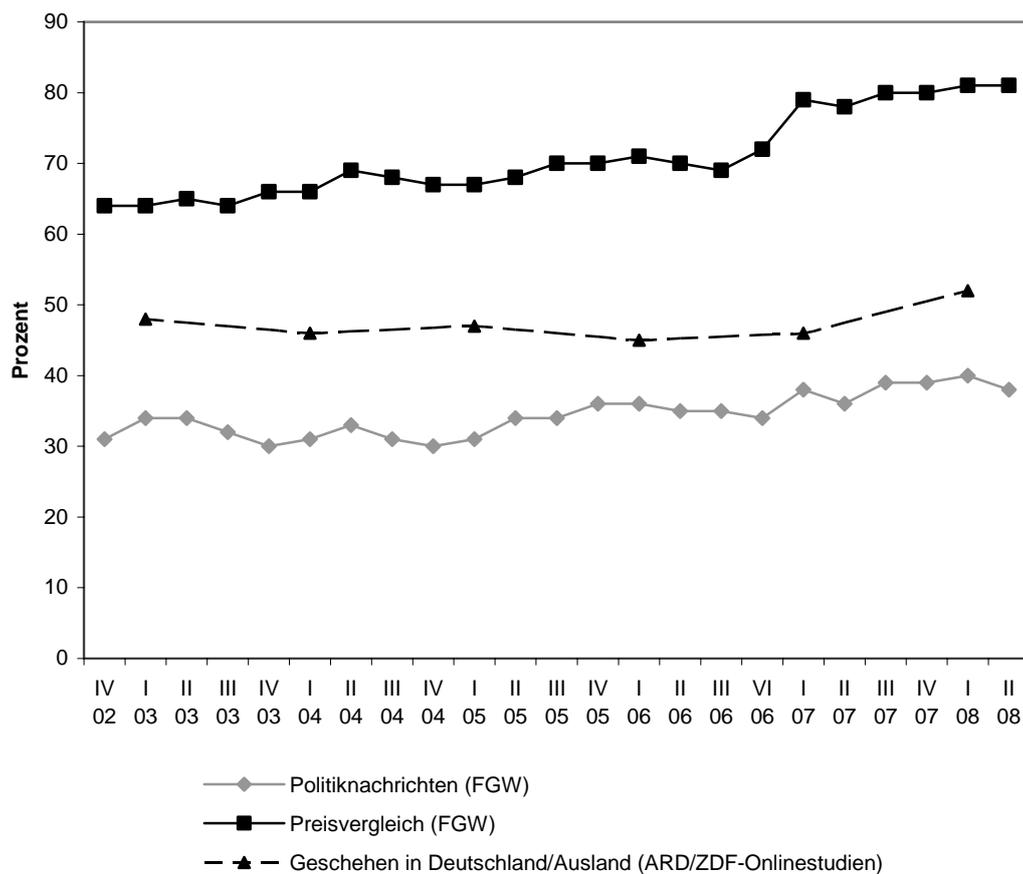
tionen dann übernehmen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung das bereits getan hat (Rogers 1995: 262), vermutlich nicht gerade Opinion-Leaders, sondern eher Personen mit niedrigerem Bildungsniveau zählen und dieses wiederum mit im Durchschnitt geringerem politischen Interesse einhergeht, ist diese Divergenz durchaus zu erklären. Zudem waren 2005 laut Forschungsgruppe Wahlen (FGW) 37 Prozent der Internetnutzer nicht mehr als zwei Stunden pro Woche online (Forschungsgruppe Wahlen, Internet-Strukturdaten, II. Quartal 2005). Da politische Information für die meisten Bürger nicht die Hauptaktivität im Internet ist, sondern vielmehr Preisvergleiche, Online-Shopping oder Online-Banking an erster Stelle stehen, bleibt solchen Nutzern mit einiger Wahrscheinlichkeit gar keine Zeit, Politiknachrichten online zu lesen, geschweige denn in einen inhaltlich tiefgehenden Diskurs über politische Inhalte einzutreten.

Ergänzend zu den Daten der eigenen Analyse wird im Folgenden noch ein Blick auf Ergebnisse der Internet-Strukturdaten der Forschungsgruppe Wahlen geworfen. Seit 2002 wird von der FGW regelmäßig für jedes Quartal erhoben, zu welchen Zwecken das Internet genutzt wird. Unter anderem existiert die Kategorie „Politiknachrichten“. 2005 gaben 34 Prozent derjenigen mit Internetzugang an, Politiknachrichten online zu lesen, im Vergleich dazu stellten 68 Prozent Preisvergleiche mit Hilfe des Internets an, 56 Prozent kauften im Internet ein und 51 Prozent machten Online-Banking. Abbildung 16 zeigt die Entwicklung von 2002 bis 2008 für die häufigste Tätigkeit Preisvergleiche sowie das Abrufen von Politiknachrichten. Der Anstieg bei letzterem ist mit drei Prozentpunkten zwischen dem vierten Quartal 2002 und dem vierten Quartal 2006 moderat und auch geringer als der Anstieg bei Preisvergleichen. Die auffällige Zunahme ab dem ersten Quartal 2007 ist ein methodisches Artefakt. Während bis Ende 2006 nämlich auf Befragte mit Internetzugang prozentuiert wurde, gelten seit 2007 nur diejenigen als Basis, die das Netz auch wirklich selbst nutzen. Zum Vergleich enthält Abbildung 16 auch die Zeitreihe aus den ARD/ZDF-Onlinestudien bezüglich des Anteils der Internetnutzer, die das Geschehen in Deutschland und im Ausland online verfolgen.

Die Zahlen der FGW bezüglich der Rezeption von Politiknachrichten im Netz sind mit denen der beiden anderen Studien natürlich nicht direkt vergleichbar. Die Studie 2005 lässt eine Prozentuierung auf Internetnutzer überhaupt nicht zu, für die DFG-Daten ist dies zwar möglich, aber die politische Nutzung wurde ganz anders

erhoben, nämlich mit einer spezifischen Frage zu Nutzung politischer Information mit vorgegebenen Antwortkategorien für die Häufigkeit, während die FGW den Befragten eine Liste mit verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten des Netzes vorlegt, in der das Lesen von Politiknachrichten nur eine Option ist. Wagt man es dennoch, die Zahlen aus der DFG-Studie und den FGW-Internet-Strukturdaten nebeneinander zu legen, so scheinen Personen, die in der DFG-Studie in der Kategorie „selten“ zu finden sind, in den FGW-Ergebnissen zu Politiknachrichten nicht aufzutauchen. Jedenfalls stimmt der Anteil von 31 Prozent (viertes Quartal 2002, Abbildung 16) nahezu mit dem Anteil von 28,7 Prozent überein, den man erhält, wenn man nur die Kategorien sehr oft, oft und manchmal aus Tabelle 22 aufsummiert.

Abbildung 16: Nutzung des Internets zum Abruf von Politiknachrichten, Preisvergleichen und zur Information über das Geschehen in Deutschland und dem Ausland, 2002-2008, in Prozent der Internetnutzer



Quellen: Forschungsgruppe Wahlen, Internet-Strukturdaten; ARD/ZDF-Onlinestudien

Die DFG-Studie 2002 enthält nicht nur ein Item zu politische Informationssuche im Allgemeinen, die sich mit einiger Wahrscheinlichkeit primär auf journalistische On-

line-Angebote von Zeitungen, Magazinen und Fernsehsendern bezieht, sondern ein weiteres zur Informationssuche auf Webseiten von politischen Akteuren, aber auch von Behörden. 8,7 Prozent aller Befragten bzw. 21,5 Prozent der Internetnutzer geben an, diese zumindest manchmal aufzusuchen (Tabelle 25). Bei den Internetnutzern aus dem Online-Access-Panel liegt der Anteil mit 31 Prozent wiederum wesentlich höher. Mit der Nutzungsintensität, die bei den Befragten aus dem Access-Panel höher ist, steigt auch die Suche nach politischen Informationen im Netz deutlich an. Allerdings nehmen auch bei diesen Befragten mehr als zwei Drittel Informationen auf Webseiten von Parteien, Bürgerinitiativen, Behörden usw. nicht wahr. Unklar bleibt bei diesem Item, ob es sich dabei tatsächlich um politische Informationen handelt. Anzunehmen ist, dass die Nennung von Behörden in dieser Aussage dazu führt, dass z.B. auch die Information über die Öffnungszeiten der KfZ-Zulassungsstelle hierunter fallen. Die Korrelation der beiden Items, allgemeine Suche nach politischen Informationen und Informationssuche auf Webseiten politischer Einrichtungen, ist allerdings mit einem Pearson's r von 0,67 sehr hoch. Onliner, die ganz allgemein nach politischen Informationen im Netz suchen, tun dies offenbar auch auf Webseiten von politischen Akteuren. In den Analysen in Kapitel 5.4 wird daher auch auf eine Unterscheidung der beiden Arten der Internetnutzung zu Zwecken politischer Information verzichtet.

Tabelle 25: Nutzung des Internets um Informationen auf Webseiten von Parteien, Bürgerinitiativen, Behörden, Abgeordneten usw. zu suchen, 2002

	DFG-Studie 2002			Online-Access-Panel 2002	
	N	in % der Bevölkerung	in % der Internetnutzer	N	in %
sehr oft	15	0,5	1,1	22	1,9
oft	57	1,8	4,4	80	6,8
manchmal	209	6,4	16,0	259	22,3
selten	313	9,6	24,0	446	38,3
nie	698	21,4	53,5	349	30,0
weiß nicht	0	0,0	0,0		
keine Angabe	12	0,4	0,9	9	0,7
keine Internetnutzung	1959	60,0			
Gesamt	3263	100,0	100,0	1165	100,0

Quellen: DFG-Studie 2002, Online-Access-Panel 2002

Sowohl 2002 als auch 2005 wurde zudem nach der Bedeutung des Internets im Wahlkampf gefragt. Allerdings sind auch hier die Frageformulierungen nicht direkt

vergleichbar. 2002 wurde erhoben, ob sich die Befragten vor der Bundestagswahl Internetseiten über die Wahl oder den Wahlkampf angesehen hätten. 2005 wird dagegen nicht die tatsächliche Nutzung erhoben, sondern lediglich das Interesse an Online-Wahlkampfwerbung im Vorfeld der Bundestagswahl, zudem nur in dichotomer Form. 2002 gaben insgesamt 13,9 Prozent der Bevölkerung bzw. 34,9 Prozent der Internetnutzer an, sich Wahlkampfseiten im Netz angeschaut zu haben, davon etwas weniger als die Hälfte aber nur selten (Tabelle 26). 2005 bekundeten 11,5 Prozent der Bevölkerung Interesse an Online-Wahlkampfwerbung. Vergleicht man dies mit dem Interesse an anderen Wahlkampf-Werbeformen, schien der Internetwahlkampf auch 2005 nicht geeignet zu sein, große Wählermassen zu erreichen. Fernseh-Wahlwerbung stieß auf wesentlich größeres Interesse (52,8 Prozent), und auch Plakate (32,2) und Radiowerbung (26,1) lagen deutlich vor der Online-Wahlwerbung. Allerdings darf dies nicht als Dolchstoß für den Online-Wahlkampf interpretiert werden. Bedenkt man, dass etwa 45 Prozent der Bevölkerung 2005 noch gar keinen Internetzugang hatte, relativiert sich diese Zahl. Von den politischen Internetnutzern, also denjenigen, die sich 2005 online politisch informierten, sind immerhin 31 Prozent auch an Wahlkampfwerbung interessiert. Der Wert für alle Internetnutzer liegt also 2005 irgendwo zwischen 11,5 und 31 Prozent. Er lässt sich nicht genau beziffern, weil Angaben zur generellen Internetnutzung fehlen. Zudem sprechen die Ergebnisse aus Kapitel 5.3.3, die Internetnutzer als politisch überdurchschnittlich interessiert und aktiv charakterisieren, dafür, dass über das Netz vermehrt Meinungsführer und Multiplikatoren, nicht zuletzt sicherlich die Journalisten, erreicht werden, die Inhalte aus dem Online-Wahlkampf in die klassischen Massenmedien tragen. Dennoch werden übersteigerte Erwartungen, die insbesondere den direkten Zugang der politischen Akteure zu den Bürgern betreffen, durch diese Ergebnisse durchaus relativiert.

Tabelle 26: Ansehen von Internetseiten über die Wahl oder den Wahlkampf, 2002

	DFG-Studie 2002			Online-Access-Panel 2002	
	N	in % der Bevölkerung	in % der Internetnutzer	N	in % Online-Access-Panel
sehr oft	15	0,5	1,2	32	2,7
oft	67	2,1	5,2	91	7,9
manchmal	157	4,8	12,1	223	19,3
selten	211	6,5	16,4	318	27,5
nie	839	25,8	65,1	492	42,6
keine Internetnutzung	1959	60,3			
Gesamt	3249	100,0	100,0	1155	100,0

Quellen: DFG-Studie 2002, Online-Access-Panel 2002

5.4.2 Politische Interaktion im Netz 2002

Immerhin etwa 30 Prozent der Onliner und 11,4 Prozent der Gesamtbevölkerung suchten also bereits 2002 zumindest manchmal politische Informationen im Netz. Das Internet rückt aber als politisches Medium vor allem wegen seines Potenzials zur Interaktion ins Blickfeld. Empirische Daten zur Nutzung des Netzes als politisches Kommunikationsmedium sind noch seltener als Daten zur Nutzung als Informationsmedium. Die DFG-Studie ermöglicht zumindest einen ersten Blick auf diese Art der politischen Nutzung. Es wurde gefragt, wie oft das Internet genutzt werde, „um politische Einrichtungen oder Personen online zu kontaktieren“. Nur 3,3 Prozent der Bevölkerung bzw. 8 Prozent der Internetnutzer tun dies sehr oft, oft oder manchmal, 6,6 bzw. 16,5 Prozent treten selten mit politischen Akteuren online in Kontakt (Tabelle 27). Die interaktive politische Nutzung korreliert stark mit der Suche nach politischen Informationen im Netz (Pearson's r : 0,43). Letzteres scheint, wenig überraschend, eine Art „Vorbedingung“ für die interaktive Nutzung.

Tabelle 27: Nutzung des Internets um politische Einrichtungen oder Personen online zu kontaktieren, 2002

	N	in % der Bevölkerung	in % der Internetnutzer	N	in % Online-Access-Panel
sehr oft	9	0,3	0,7	26	2,3
oft	25	0,8	1,9	36	3,1
manchmal	70	2,2	5,4	120	10,3
selten	215	6,6	16,5	292	25,0
nie	973	29,8	74,7	681	58,5
weiß nicht	0	0,0	0,0		
keine Angabe	10	0,3	0,8	9	0,8
keine Internetnutzung	1960	60,1			
Gesamt	3263	100,0	100,0	1165	100,0

Quellen: DFG-Studie 2002, Online-Access-Panel 2002

Nicht nur auf den Kontakt mit politischen Akteuren, sondern eher auf die politische Diskussion mit anderen Bürgern in Online-Foren oder Chatrooms zielt eine Frage aus dem ISSP 2004 „Bürger und Staat“. Hier wurde die Teilnahme bzw. die Bereitschaft zur Teilnahme an „politischen Diskussionsrunden im Internet“ in einer Item-batterie zu Möglichkeiten politischer Partizipation erhoben (Tabelle 28). Nur 23 der 1312 Befragten äußerten, dies bereits einmal getan zu haben, bei der Hälfte lag dies allerdings schon mehr als zwölf Monate zurück, was nicht auf besonders große Intensität hindeutet. Allerdings bekunden immerhin 46 Prozent der Internetnutzer, was einem Viertel der Bevölkerung entspricht, vielleicht einmal an politischen Online-Diskussionen teilzunehmen. Knapp die Hälfte der Internetnutzer schließt dies aber kategorisch aus. Wirft man einen Blick auf andere „anspruchsvolle“ Beteiligungsop-tionen, die in der Frage zur Disposition gestellt wurden, wie z.B. die Kontaktaufnahme mit Medien, um dort selbst zu Wort zu kommen oder die Kontaktaufnahme mit Politikern, um seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, so wird deutlich, dass dies nach wie vor deutlich mehr Bürger tun würden, als an politischen Online-Diskussionen teilzunehmen. Kontaktaufnahme mit Medien schließen nur 27,7 Prozent, Kontaktaufnahme mit Politikern nur 20,9 Prozent der Internetnutzer kategorisch aus.

Tabelle 28: Beteiligung an politischen Diskussionsrunden im Internet, 2004

	N	in % der Bevölke- rung	in % der Internet- nutzer
in den letzten 12 Monaten getan	12	1,9	3,5
nur früher mal getan	11	0,9	1,6
nie getan, würde es vielleicht tun	328	25,0	46,0
nie getan, würde es unter keinen Um- ständen tun	348	26,5	48,8
keine Internetnutzung	601	45,8	
Gesamt	1312	100,0	100,0

Quelle: Allbus 2004

5.5 Korrelate politischer Internetnutzung: Anzeichen für einen Democratic Divide?

5.5.1 Soziodemographische Korrelate der politischen Internetnutzung

Internetnutzung hängt, wie sowohl die Ergebnisse aus Kapitel 5.2.2 als auch die Ergebnisse des (N)onliner-Atlas und der ARD/ZDF-Onlinestudien zeigen, stark von Alter und Bildung ab. Geschlecht, regionale Herkunft und Einkommen spielen ebenfalls immer noch eine Rolle, allerdings weniger ausgeprägt. Die Internetnutzer sind in ihrer Gesamtheit interessierter an Politik, legen auch bezüglich der klassischen Massenmedien ein anderes Mediennutzungsverhalten an den Tag und sie sind tendenziell eher bereit, sich in Wahlen aber auch über nichtelektorale Partizipationsformen in den politischen Prozess einzubringen. Allerdings ist die inzwischen große Gruppe der Onliner genauso wenig homogen wie die Gruppe der Offliner. Trotz der größeren kognitiven und politischen Mobilisierung hat der vorangegangene Abschnitt gezeigt, dass nur etwa ein Fünftel der Onliner das Netz im weitesten Sinne politisch nutzt. Bekannt ist, dass der größte Teil der Internetnutzung mit Unterhaltung und Konsum zu tun hat. Der folgende Abschnitt wendet sich der Frage zu, welche Merkmale die Gruppe der politischen im Gegensatz zu den nicht-politischen Onlinern aufweist. Wenngleich sich die Frage, ob sich tatsächlich ein Democratic Divide im Sinne von Norris (2001) abzeichnet, sicherlich auch mit den vorliegenden Daten nicht abschließend beantworten lässt, so wird hiermit zumindest die politische Nutzerschaft empirisch beschrieben und mit Blick auf die zukünftige Entwicklung der politischen Internetnutzung eine Vergleichsbasis geschaffen.

Zunächst zeigt der Blick auf die Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur-Merkmalen und politischer Internetnutzung in Tabelle 29, dass viele davon nicht

signifikant sind. Zwar nutzten 2002 Frauen das Netz signifikant weniger zur politischen Information bzw. Kommunikation, die Daten für 2004, die sich auf die Bereitschaft zur politischen Diskussion im Netz beziehen, zeigen jedoch keinen signifikanten Unterschied (Tabelle 30). Zum einen liegt dieser Wandel sicherlich daran, dass die Frauen bei der Intensität der Internetnutzung aufgeholt haben und damit auch größere Erfahrung im Umgang mit dem Medium besitzen, zum anderen handelt es sich aber 2004 um einen anderen Indikator, der sich auf die Bereitschaft bezieht und eben nicht auf manifestes Verhalten. Dass Frauen im Netz diese Bereitschaft offenbar in einer ähnlichen Größenordnung an den Tag legen wie Männer, spricht eher gegen eine Geschlechterkluft hinsichtlich der politischen Netznutzung.

Die regionale Herkunft spielt in beiden Jahren (und mit unterschiedlichen Indikatoren für politische Nutzung bzw. Nutzungsbereitschaft) keine Rolle, beim Alter zeigt sich wie auch beim Einkommen nur für 2004 ein schwach signifikanter Zusammenhang. Allerdings weist die Altersgruppe der unter 30-Jährigen 2002 die höchsten Anteile politischer Internetnutzung auf, 2004 ist die Bereitschaft zur politischen Online-Diskussion bei ihnen immerhin am zweithöchsten nach derjenigen der 50 bis 59-Jährigen. Hochsignifikante Zusammenhänge mit einem Cramer's V von 0,21 2002 bzw. 0,27 im Jahr 2004 ergeben sich zu beiden Zeitpunkten mit der formalen Bildung.

Tabelle 29: Politische Internetnutzung (mindestens eine Form der politischen Internetnutzung sehr oft, oft oder manchmal) nach soziodemographischen Merkmalen, 2002

	DFG 2002 prozentuiert auf Internetnutzer	DFG 2002 prozentuiert auf alle Befragten	Online-Access-Panel 2002 prozentuiert auf Internetnutzer
<i>Geschlecht</i>			
Männlich	40,3	18,9	56,5
Weiblich	28,7	9,5	48,8
Phi	0,12 ^c	0,16 ^c	0,08 ^a
<i>Herkunft</i>			
West	34,0	14,5	52,6
Ost	38,9	12,1	56,2
Phi	0,05 ^{n.s.}	0,10 ^c	0,03 ^{n.s.}
<i>Altersgruppen</i>			
Bis 29	40,8	25,3	54,4
30-39	37,8	22,2	47,9
40-49	29,6	13,3	58,2
50-59	32,2	11,3	50,6
60-69	29,1	4,5	54,7
70 und älter	25,0	0,5	62,5
Cramer's V	0,10 ^{n.s.}	0,31 ^c	0,08 ^{n.s.}
<i>Bildungsabschluss</i>			
Ohne Abschluss/Hauptschulabschluss	21,2	3,2	55,7
Mittlere Reife	29,9	13,0	49,4
(Fach-)Abitur	44,1	29,4	51,9
(Fach-)Hochschulabschluss	47,8	33,7	58,1
Cramer's V	0,21 ^c	0,33 ^c	0,07 ^{n.s.}
<i>Haushaltsnettoeinkommen</i>			
Unter 1000 €	37,1	8,4	56,2
1000 bis unter 1500 €	34,8	13,1	62,0
1500 bis unter 2000 €	37,9	19,2	52,2
2000 bis unter 2500 €	36,5	13,0	52,3
2500 bis unter 3000 €	43,8	8,4	43,0
3000 € und mehr	37,8	19,5	56,3
Cramer's V	0,04 ^{n.s.}	0,17 ^c	0,11 ^a

grau hinterlegt: prozentuiert auf Internetnutzer

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

Quellen: DFG-Studie 2002, Online-Access-Panel 2002

Tabelle 30: Politische Internetnutzung nach soziodemographischen Merkmalen, 2004 und 2005

	ISSP 2004 (nie getan, vielleicht/ früher getan/ in letzten 12 Monaten getan) prozentuiert auf Internet- nutzer	ISSP 2004 (nie getan, vielleicht/ früher getan/ in letzten 12 Monaten getan) prozentuiert auf alle Befragten	2005 (zumindest gelegent- liche Rezeption von politischer Informati- on im Internet)
<i>Geschlecht</i>			
Männlich	53,7	34,2	32,2
Weiblich	47,9	21,6	18,3
Phi	0,06 ^{n.s.}	0,19 ^c	0,16 ^c
<i>Herkunft</i>			
West	50,7	28,5	24,8
Ost	53,6	24,6	25,4
Phi	0,02 ^{n.s.}	0,08 ^c	0,01 ^{n.s.}
<i>Altersgruppen</i>			
Bis 29	54,9	44,9	38,9
30-39	53,6	41,7	41,6
40-49	47,9	34,3	28,4
50-59	56,4	28,8	22,9
60-69	31,1	6,4	13,9
70 und älter	33,3	1,2	3,0
Cramer's V	0,13 ^a	0,41 ^c	0,31 ^c
<i>Bildungsabschluss</i>			
Ohne Ab- schluss/Hauptschulabschluss	33,5	9,9	11,0
Mittlere Reife	46,5	29,7	30,5
(Fach-)Abitur	65,5	54,2	45,2
(Fach-)Hochschulabschluss	68,0	56,7	49,4
Cramer's V	0,27 ^c	0,35 ^c	0,34 ^c
<i>Haushaltsnettoeinkommen</i>			
Unter 1000 €	48,5	12,9	16,5
1000 bis unter 1500 €	48,4	17,2	16,8
1500 bis unter 2000 €	37,7	14,1	24,7
2000 bis unter 2500 €	45,2	25,4	26,0
2500 bis unter 3000 €	51,5	32,4	30,2
3000 € und mehr	60,9	49,8	37,7
Cramer's V	0,16 ^a	0,30 ^c	0,18 ^c

Grau hinterlegt: prozentuiert auf Internetnutzer

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

Quellen: ISSP 2004, Wahlstudie „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ 2005

Diese Ergebnisse für das Alter und formale Bildung sind leicht erklärbar. Bildung ist die soziodemographische Größe, die am stärksten (positiv) mit dem Interesse an Politik korreliert (Pearson's $r = 0,27$) und zugleich auch relativ stark mit der Häufigkeit der Internetnutzung (Pearson's $r = 0,14$). Das politische Interesse ist für die politische Internetnutzung eine notwendige Bedingung – ohne ein gewisses Maß an politischem Interesse werden bei einem Pull-Medium wie dem Internet politische Inhalte kaum genutzt. Allerdings ist politisches Interesse eben noch keine hinreichende Bedingung für politische Internetnutzung. Vielmehr sind eben auch die technischen

Kompetenzen und die Medienkompetenz erforderlich. Letzteres zeigt sich in den hochsignifikanten Korrelationen zwischen politischer Netznutzung und der Häufigkeit der Internetnutzung sowie der Interneterfahrung (Tabelle 31). Insbesondere die Häufigkeit der politischen Informationssuche, ganz allgemein oder im Wahlkampf, hängt relativ stark mit der durch diese beiden Indikatoren indirekt zum Ausdruck gebrachten Kompetenz zusammen (Tabelle 31, Spalten 3 und 6). Für die ISSP-Daten wurden wegen der nicht annähernd metrischen abhängigen Variable „Bereitschaft zu politischer Diskussion im Internet“ keine Korrelationen berechnet, sondern lediglich mittels T-Tests die Mittelwertunterschiede auf Signifikanz überprüft (Tabelle 32). Es bestätigen sich hier die Ergebnisse aus Tabelle 31. Die Bereitschaft ist signifikant höher bei erfahrenen bzw. häufigen Nutzern und solchen, die sich auch selbst als kompetent einstufen. Der direkte Zusammenhang zwischen Alter und politischer Internetnutzung ist vermutlich deshalb schwach, weil auch das Alter eben nur indirekten, über das Interesse an Politik und die Häufigkeit der Internetnutzung vermittelten Einfluss auf politische Internetnutzung hat. Allerdings sind die beiden indirekten Effekte hier gegenläufig, denn politisches Interesse korreliert positiv mit dem Lebensalter (Pearson's $r = 0,14$), die Häufigkeit der Internetnutzung hingegen negativ (Pearson's $r = -0,10$).

Tabelle 31: Politische Internetnutzung und Interneterfahrung, 2002, Pearson's r

	Nutzung des Internets, um ganz allgemein politische Informationen zu suchen	Um Informationen auf Webseiten von Parteien, Bürgerinitiativen, Behörden, Abgeordneten usw. zu suchen	Um politische Einrichtungen od. Personen online zu kontaktieren	Internetseiten über die Wahl oder Wahlkampf ansehen
Häufigkeit der Internetnutzung	0,27 ^c	0,18 ^c	0,26 ^c	0,26 ^c
Interneterfahrung in Jahren	0,22 ^c	0,16 ^c	0,25 ^c	0,21 ^c

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

Tabelle 32: Politische Internetnutzung und Interneterfahrung, 2004, Mittelwerte

	Politische Diskussion im Internet	
	nie, auf keinen Fall	nie getan, vielleicht/früher getan/ in letzten 12 Monaten getan
Interneterfahrung in Jahren	4,56	5,26 ^b
wöchentliche Internetnutzung in Stunden	3,71	5,43 ^b
Selbsteinschätzung: Kenntnisse im Umgang mit dem Internet (10er Skala, 0-1)	0,61	0,67 ^b

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant
Quelle: ISSP 2004

5.5.2 Kognitive Involvierung bei politischen und unpolitischen Internetnutzern

Die erwarteten hochsignifikanten Unterschiede zwischen politischen und nicht-politischen Internetnutzern bezüglich des politischen Interesses zeigen sich in den Tabellen 33 und 34. Dazu passt, dass sich, wie aus Tabelle 33 hervorgeht, politische Onliner stärker für den Wahlkampf interessieren und dass sie häufiger mit Freunden über den Wahlkampf sprechen. Sie besuchen auch deutlich häufiger Wahlkampfveranstaltungen, was zeigt, dass Aktivitäten in der „realen“ Welt mit Aktivitäten im Cyberspace Hand in Hand gehen und nicht voneinander abgekoppelt stattfinden. Auch die ISSP-Daten bestätigen dies: Personen, die bereit sind, im Internet politisch zu diskutieren, zählen auch in der realen Welt verstärkt zu den Meinungsführern: Sie diskutieren generell häufiger über Politik und versuchen häufiger, andere politisch zu überzeugen. Die eigene politische Wirksamkeit wird von politischen Onlinern ebenfalls höher eingeschätzt als von unpolitischen (nur 2002). Bezüglich der Mediennutzung zeigen sich 2002 signifikant höhere Mittelwerte für die politischen Onliner bei überregionalen Zeitungen und beim Sehen von Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern. Nicht signifikant sind die Unterschiede hinsichtlich der Lektüre der BILD-Zeitung sowie lokaler bzw. regionaler Zeitungen und des Sehens von Nachrichten bei den privaten Fernsehanbietern. Signifikant höheres Interesse der politischen Onliner an Nachrichten und insbesondere an politischen Magazinen im Fernsehen weisen auch die ISSP-Daten nach. Gemessen mit dem recht kruden Indikator für das objektive Wissen über Politik 2002 bzw. der subjektiven Einschätzung des eigenen politischen Wissens 2004 sind politische Onliner zudem etwas besser informiert als nicht-politische.

Tabelle 33: Politische Involvierung bei nicht-politischen und politischen Internetnutzern, 2002, Mittelwerte

	keine politische Internetnutzung	politische Internetnutzung
politisches Interesse	0,54	0,66 ^c
<i>Häufigkeit des Lesens politischer Bericht in...</i>		
...BILD-Zeitung	0,78	0,80 ^{n.s.}
...überregionalen Zeitungen	0,89	1,50 ^c
...lokalen/regionalen Zeitungen	4,28	4,16 ^{n.s.}
<i>Häufigkeit des Sehens von Nachrichten bei...</i>		
...öffentlich-rechtlichen TV-Sendern	4,53	5,00 ^b
... privaten TV-Sendern	3,32	3,61 ^{n.s.}
objektives Wissen (0 bis 2)	1,12	1,28 ^b
Intensität Verfolgung des Wahlkampfs	0,54	0,65 ^c
Häufigkeit: Mit Freunden über Wahlkampf sprechen	0,54	0,65 ^c
Häufigkeit: Wahlkampfveranstaltungen besuchen	0,07	0,16 ^c
Häufigkeit: Internetseiten über die Wahl oder den Wahlkampf ansehen	0,05	0,34 ^c
Index internal Efficacy	0,51	0,63 ^c

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant
Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 34: Politische Involvierung bei nicht-politischen und politischen Internetnutzern, 2004, Mittelwerte

	politische Diskussion im Internet kommt nicht in Frage	Bereitschaft zu politischer Diskussion im Internet
politisches Interesse	0,45	0,61 ^c
Interesse an Nachrichten im TV	0,75	0,83 ^c
Interesse an politischen Magazinen im TV	0,43	0,62 ^c
subjektives Wissen über Politik (ISSP)	0,61	0,70 ^c
politische Diskussion (ISSP) (0-3)	0,56	0,71 ^c
Versuch, andere politisch zu überzeugen (ISSP)	0,34	0,51 ^c

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant
Quelle: ISSP 2004

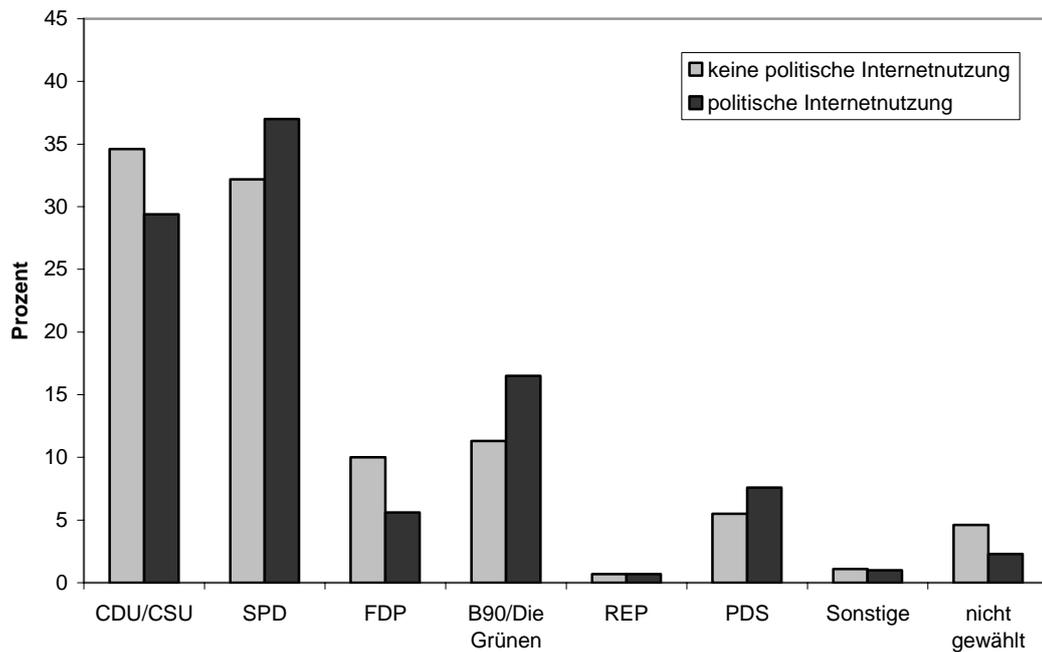
5.5.3 Ideologische und parteipolitische Einstellungen bei politischen und nicht-politischen Internetnutzern

Bezüglich der ideologischen Orientierungen zeigte sich in Abschnitt 5.2.3, dass die Onliner im Mittel etwas weiter links stehen als die Offliner. Innerhalb der Gruppe der Internetnutzer stufen sich die politischen Onliner noch etwas weiter links ein als die nicht-politischen. In den DFG-Daten 2002 ist der Unterschied (-0,92 bzw. -0,55

auf einer Skala von -5 bis +5) signifikant, 2004 erweist er sich jedoch als insignifikant, was vor allem der geringeren Fallzahl geschuldet sein dürfte.

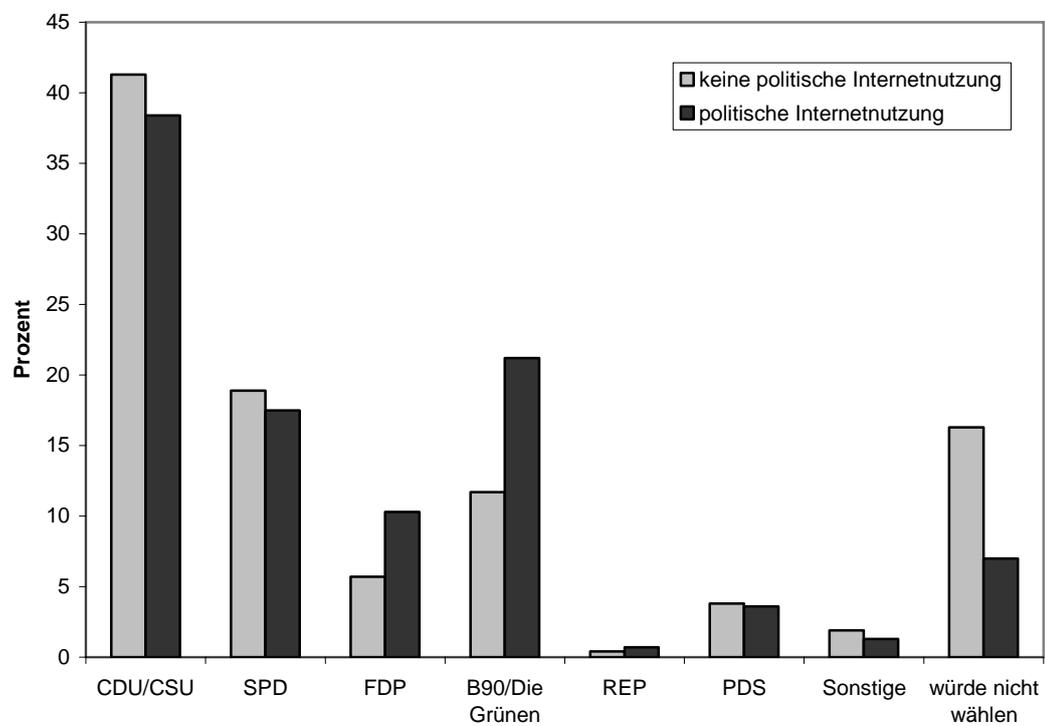
Ein Blick auf die Wahlabsichten der politischen und unpolitischen Onliner in den Abbildungen 17 und 18 zeigt, dass 2002 wie auch 2004 bei ersteren insbesondere die Wähler von Bündnis90/Die Grünen stark überrepräsentiert sind. 2004 äußerten bei den Offlinern 5,5 Prozent eine Wahlabsicht für Bündnis90/Die Grünen, bei den unpolitischen Onlinern 11,7 und bei den politischen Onlinern 21,2 Prozent. Für die Union ist tendenziell der Anteil bei den politischen Onlinern im Vergleich zu Offlinern und unpolitischen Onlinern am niedrigsten, 2004 liegen die Abweichungen zwischen den Gruppen aber nur bei knapp drei Prozentpunkten, sind also sehr gering. Bei der SPD sind die Ergebnisse uneinheitlich, 2002 befanden sich unter den politischen Onlinern überproportional viele SPD-Wähler, 2004 dagegen waren die SPD-Wähler bei den politischen Onlinern im Vergleich zum Gesamtmittel unterrepräsentiert. Die Abweichungen der Anteile an SPD-Wählern in den einzelnen Gruppen sind jedoch in beiden Jahren eher gering. Anders verhält es sich bei der FDP, die 2002 bei den politischen Onlinern schlechter abschnitt als bei den nicht-politischen, 2004 jedoch besser. Dafür dürfte die veränderte Zusammensetzung der Onlinerschaft, und hier insbesondere ihr „Altern“, zumindest ein Erklärungsfaktor sein. Eindeutig zeigt sich die geringe Wahlabstinz bei politischen Onlinern in beiden Jahren. Während auf die Sonntagsfrage 2004 fast ein Viertel der Offliner antwortete, nicht wählen zu wollen, waren es nur sieben Prozent der politischen Onliner. Dazwischen liegen die nicht-politischen Onliner mit 16,3 Prozent.

Abbildung 17: Parteipräferenzen von nicht-politischen und politischen Internetnutzern 2002



Quelle: DFG-Studie 2002

Abbildung 18: Parteipräferenzen von nicht-politischen und politischen Internetnutzern 2004



Quelle: ISSP 2004

5.5.4 Systemzufriedenheit politischer und unpolitischer Internetnutzer

Wie in Kapitel 5.2.3 deutlich wurde, sind Onliner im Mittel zufriedener mit der Demokratie und mit den Parteien und sie schätzen die Responsivität des politischen Systems höher ein als Offliner. Für die politischen Onliner trifft dies noch in verstärktem Maße zu. Sie unterscheiden sich von den nicht-politischen Onlinern wiederum signifikant in Richtung höherer Demokratiezufriedenheit und höherer Responsivitätseinschätzung (external Efficacy), allerdings nicht bezüglich der Zufriedenheit mit den Parteien (Tabelle 35). Während sich zwischen Offlinern und Onlinern nur eine geringe Differenz hinsichtlich der mittleren Stärke der Parteiidentifikationen zeigte, sind politische Onliner im Vergleich zu nicht-politischen durch signifikant stärkere Parteiidentifikationen gekennzeichnet. Auch dieser Zusammenhang ist auf das größere politische Interesse der politischen Onliner zurückzuführen.

Tabelle 35: Einstellungen gegenüber dem politischen System bei nicht-politischen und politischen Onlinern 2002, Mittelwerte

	keine politische Internetnutzung	politische Internetnutzung
Demokratiezufriedenheit	0,58	0,62 ^b
Index external Efficacy	0,35	0,40 ^c
Index Einstellung gegenüber den Parteien (-2 bis +2)	-0,23	-0,15 ^{n.s.}
Stärke der Parteiidentifikation	0,43	0,53 ^c

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant
Quelle: DFG-Studie 2002

5.5.5 Wertorientierungen der politischen und unpolitischen Internetnutzer

Die Ergebnisse für Wertorientierungen und Persönlichkeitsmerkmale passen in das bisher von den politischen Onlinern gezeichnet Bild. Von Offlinern über unpolitische Onliner hin zu den politischen Onlinern nehmen postmaterialistische Wertorientierungen im Mittel zu. Sind es bei ersteren nur 11,9 Prozent, so befinden sich unter den unpolitischen Onlinern bereits 24,6, unter den politischen Onlinern sogar 31,5 Prozent Postmaterialisten (Cramer's V 0,11, signifikant auf dem 99-Prozent-Niveau). Die höchsten Mittelwerte weisen die politischen Onliner zwar auch hinsichtlich der Beteiligungs-, Innovations- und Leistungsorientierungen auf, allerdings sind die Unterschiede zu den unpolitischen Onlinern durchwegs nicht signifikant (Tabelle 36).

Tabelle 36: Wertorientierungen der nicht-politischen und politischen Onliner 2002, Mittelwerte

	keine politische Internetnutzung	politische Internetnutzung
Beteiligungsorientierung	0,43	0,46 ^{n.s.}
Innovationsorientierung	0,67	0,72 ^{n.s.}
Leistungsorientierung	0,43	0,46 ^{n.s.}

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

Quelle: DFG-Studie 2002

5.5.6 Vergrößerung der Wissenskluft?

Zu vermuten ist, dass durch das Internet mehr noch als bei Printmedien oder dem Fernsehen vor allem diejenigen profitieren, die ohnehin über relativ großes Wissen und viel Information verfügen. Zum Ersten liegt dies an den bereits gezeigten sozio-ökonomischen Ungleichheiten bezüglich des Zugangs, zum Zweiten an der Selektion, die das Internet fordert, und zum Dritten an den hohen Anforderungen, die es an die Medienkompetenz stellt. Im Internet kann und muss der Nutzer Inhalte aktiv suchen. Es ist anzunehmen, dass, in Analogie zur Selektion von Fernsehprogrammen (Gerhards et al. 1998: 588) Personen mit niedriger Bildung dabei mehr zu Unterhaltungsangeboten neigen, während Höhergebildete das Netz eher zur gezielten Informationssuche nutzen. Doch selbst, wenn das Bedürfnis nach einer bestimmten, z.B. politischen Information, besteht, gilt es diese in den Tiefen des Netzes auch zu finden. Die Suche erfordert technische Kompetenz aber auch Vorwissen: Die individuell relevante Information muss nicht nur herausgefiltert, sondern auch in ihrer Qualität und Glaubwürdigkeit richtig eingeschätzt werden. Auch dies fällt höher gebildeten, im Umgang mit Texten und Sprache geübten Personen leichter.

Mit den vorliegenden Daten kann nur der erste Teil der Wissensklufthypothese untersucht werden. Er besagt, dass die notwendigerweise interessengeleitete Selektion dazu führt, dass politische Inhalte im Netz überwiegend von denen aufgesucht werden, die bereits zu den politisch Involvierten und gut Informierten gehören. Die bivariaten Ergebnisse aus den Kapiteln 5.5.2 weisen darauf hin. Um dies genauer zu prüfen, wurde eine multivariate binäre logistische Regression mit der abhängigen dichotomen Variable „Nutzung politischer Inhalte im Netz“ berechnet. Diejenigen, welche eine der in der DFG-Studie abgefragten Formen politischer Netznutzung mindestens manchmal ausüben, wurden mit 1 kodiert. Als Erklärungsvariablen werden neben den wichtigsten soziodemographischen Merkmalen Alter, Bildung und

Geschlecht das politische Interesse, internal Efficacy und die Existenz bzw. Stärke einer Parteiidentifikation schrittweise eingeführt (Tabelle 37).

Tabelle 37: Logistische Regression politischer Internetnutzung auf Variablen politischer Involvierung und soziodemographische Merkmale

Variable ¹	Regressions- koeffizient b	Standard- fehler der Variablen s	Exp (B)	standardi- sierte Effekt- koeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
politisches Interesse ²	0,431 ^c	0,960	1,539	51,25	0,103
Bildung ³	0,345 ^c	0,995	1,412	40,96	0,141
Alter ⁴	-0,032 ^c	13,151	0,968	-34,35	0,170
internal Efficacy ⁵	0,452 ^c	0,853	1,572	47,04	0,193
Stärke PID ⁶	0,129 ^b	1,748	1,138	25,29	0,204
Konstante	-3,708 ^c		0,025		
N			1301		
richtig Klassifizierte in %			70,5		

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² 1 „überhaupt nicht“ 2 „weniger stark“ 3 „mittelmäßig“ 4 „ziemlich stark“ 5 „sehr stark“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

³ 1 „ohne Abschluss/Hauptschule“ 2 „Mittlere Reife“ 3 „Abitur“ 4 „(Fach-)Hochschulabschluss“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

⁴ in Jahren

⁵ Index mit Wertebereich von 1 „sehr niedrig“ bis 5 „sehr hoch“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

⁶ 0 „keine Parteiidentifikation“ 1 „sehr schwach“ 2 „schwach“ 3 „mittelmäßig“ 4 „stark“ 5 „sehr stark“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

Quelle: DFG-Studie 2002

Insgesamt erklärt das Modell etwa 20 Prozent der Varianz (Nagelkerkes $R^2 = 0,204$), etwa 10 Prozent allein durch das politische Interesse. Auch die Vorzeichen für Bildung und internal Efficacy stützen die Wissensklufthypothese. Internal political efficacy „refers to beliefs about one’s own competence to understand and to participate effectively in politics“, so Hayes und Bean (1993: 262). Je stärker ausgeprägt dieses Gefühl ist, desto eher bestehen sowohl der Wunsch, die persönliche Kompetenz einzubringen, als auch die Bereitschaft, aktiv nach Information, und eventuell nach politischer Auseinandersetzung im Netz zu suchen. Die Existenz einer Parteiidentifikation erhöht die Bereitschaft zu solchen Aktivitäten ebenfalls.

Interessant ist das negative Vorzeichen für das Alter. Die älteren Internetnutzer scheinen sich demnach für Politik im Netz weniger zu interessieren als die jüngeren, obwohl in der Offline-Welt genau das Gegenteil, nämlich mit dem Alter zunehmendes Interesse an Politik, zu beobachten ist. Da dieser Alterseffekt in der logistischen Regression für politisches Interesse kontrolliert wird, mag eine Erklärung in der häufigeren und aktiveren Nutzung durch die jungen Onliner liegen. Wer viel im Zeit im

Netz verbringt, ruft mit größerer Wahrscheinlichkeit auch ab und zu politische Seiten auf. Damit erhält jedenfalls die Hoffnung politischer Akteure Nahrung, besonders junge Menschen online erreichen zu können. Keinen eigenständigen signifikanten Einfluss hat das Geschlecht.

Die empirischen Evidenzen unterstützen also die Hypothese, dass die Information-Haves der Offline-Welt – die hoch Gebildeten, politisch Interessierten mit ausgeprägtem Kompetenzgefühl – auch die der Online-Welt sein werden. Wenn man davon ausgeht, dass die im Netz stattfindende politische Kommunikation einen Mehrwert gegenüber herkömmlichen Formen hat, bedeutet dieses Ergebnis, dass die Kluft durch das Internet nicht nur nicht geschlossen wird, sondern sich im Gegenteil noch vergrößert. Es besteht die Gefahr, dass Zentrum und Peripherie der Informationsgesellschaft sich zunehmend voneinander entfernen.

5.5.7 Fragmentierung der Öffentlichkeit durch politische Internetnutzung?

Bezüglich der Diskussion um eine Fragmentierung der Öffentlichkeit durch das Internet ist insbesondere die Frage von Bedeutung, „inwieweit die Beschäftigung mit dem Computer, also die Zeit, die mit computervermittelter Kommunikation verbracht wird, den Umfang der Nutzung herkömmlicher Medien beeinflusst. Falls nämlich die Nutzung computervermittelter Kommunikation komplementär zum Konsum der älteren Massenmedien erfolgt, ändert das ja nichts an deren Integrationspotenzial.“ (Holtz-Bacha 1998: 224).

Das Ergebnis aus den Tabellen 22 und 24, die zeigten, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung sich häufig über Politik online informiert, lässt vermuten, dass das Internet weiterhin lediglich eine Ergänzung zur Nutzung der herkömmlichen Medien darstellt. Dies bestätigt sich in den Tabellen 38 und 39 aber nur teilweise. Zwar lesen überdurchschnittlich viele politische Onliner (fast) täglich den politischen Teil der Zeitung, bei den politischen Onlinern, die an sechs bis sieben Tagen Politik im Internet verfolgen, findet sich aber auch ein größerer Anteil, der nie bzw. selten zur Zeitung greift. Die Verteilung in Tabelle 38 legt also nahe, dass es bei denen, die politische Online-Angebote intensiv nutzen, Gruppen mit verschiedenen Medien-Repertoires gibt. Für einen Teil scheint es durchaus zu Substitutionseffekten zu kommen. Es ist anzunehmen, dass diese Bürger Online-Informationen aus News-Portalen oder E-Papers abrufen und somit die Lektüre der Print-Ausgabe der Tages-

zeitung ersetzen. Auf der anderen Seite handelt es sich bei der Mehrheit der politischen „Heavy-User“ offenbar um Personen, die ihre Offline-Informationen kaum einschränken, sondern sie um politische Online-Inhalte ergänzen.

Tabelle 38: Zeitungslektüre zur politischen Information in Abhängigkeit von politischer Internetnutzung, 2005, in Prozent

Zeitungslektüre zur politischen Information	Internetnutzung zur politischen Information				
	nie	< 1 Tag pro Woche	2 od. 3 Tage pro Woche	4 od. 5 Tage pro Woche	6 od. 7 Tage pro Woche
nie	11,1	5,3	6,7	7,4	11,1
<1 Tag pro Woche	16,9	17,6	8,1	3,7	13,0
2 oder 3 Tage pro Woche	16,3	19,4	18,8	16,7	10,2
4 oder 5 Tage pro Woche	14,6	19,3	18,8	20,4	8,3
6 oder 7 Tage pro Woche	41,1	41,4	47,7	51,9	57,4
N	1886	319	149	54	108

Quelle: Wahlstudie „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ 2005

Sehr ähnlich stellte sich dies auch schon für 2002 dar. Die politischen Onliner lasen im Mittel nicht seltener den politischen Teil der Tageszeitungen. Bei einem Teil derjenigen, die oft bzw. sehr oft politische Information abrufen, nämlich bei 10 bzw. 13 Prozent, scheint die politische Internetnutzung die Zeitungslektüre jedoch zu ersetzen (Tabelle 39). Dabei ist es durchaus möglich, dass dennoch die gleichen Inhalte aufgenommen werden, wenn z.B. vorwiegend die Webseiten der auch als Print-Version erscheinenden Tageszeitungen aufgesucht bzw. die e-Paper-Versionen derselben abonniert werden.

Tabelle 39: Zeitungslektüre zur politischen Information in Abhängigkeit von politischer Internetnutzung, 2002, in Prozent

Zeitungslektüre zur politischen Information	Internetnutzung zur politischen Information				
	keine Internet-nutzung bzw. nie	selten	manchmal	oft	sehr oft
nie	10,5	4,1	7,9	10,0	13,0
< 1 Tag pro Woche	4,7	3,5	6,2	2,2	4,3
2 oder 3 Tage pro Woche	13,6	17,1	15,7	13,3	8,7
4 oder 5 Tage pro Woche	11,2	15,5	7,0	20,0	13,0
6 oder 7 Tage pro Woche	60,1	59,8	63,2	54,4	60,9
N	2472	316	242	90	23

Quelle: DFG-Studie 2002

Auch in den Daten des Online-Access-Panels 2002 gibt es einen Hinweis darauf, dass intensive politische Internetnutzung die Informationsfunktion der Zeitung substituiert. Von denjenigen, die sehr oft politische Information im Internet abrufen, lesen zehn Prozent nie den politischen Teil der Zeitung, weitere 11,7 Prozent seltener

als einmal pro Woche. Auf der anderen Seite gibt es unter den politischen „Heavy Usern“ mit etwa 58 Prozent auch überproportional viele, die täglich Zeitung lesen.

Tabelle 40: Zeitungslektüre zur politischen Information in Abhängigkeit von politischer Internetnutzung, 2002, in Prozent

Zeitungslektüre zur politischen Information	Internetnutzung zur politischen Information				
	nie	selten	manchmal	oft	sehr oft
nie	17,6	3,7	3,8	6,8	10,0
< 1 Tag pro Woche	9,7	6,6	5,6	3,8	11,7
2 oder 3 Tage pro Woche	20,1	16,6	16,5	15,2	13,3
4 oder 5 Tage pro Woche	12,6	19,7	20,1	17,4	6,7
6 oder 7 Tage pro Woche	39,9	53,4	54,0	56,8	58,3
N	278	350	339	132	60

Quelle: Online-Access-Panel 2002

Ein ähnliches Muster wie bei der Zeitungslektüre findet sich auch bei der Fernsehnutzung zur politischen Information (Tabellen 41 und 42). Die überwiegende Mehrheit (ca. 72 bzw. 82 Prozent) derjenigen, die politische Online-Angebote intensiv, also an mindestens vier Tagen pro Woche, nutzen, sieht 2005 auch (fast) täglich Fernsehnachrichten. Damit hat sich 2005 im Vergleich zu 2002 nichts geändert. Auch drei Jahre zuvor sahen diejenigen, die am häufigsten politische Inhalte im Netz aufsuchten, auch am meisten Nachrichtensendungen im Fernsehen. Die überwiegende Mehrheit der politisch interessierten Internetnutzer spart somit die herkömmlichen Wege politischer Information in keiner Weise aus. Die Befürchtung, es könnte zu einer Zersplitterung der Öffentlichkeit in einander ausschließende Teilöffentlichkeiten kommen, ist vor diesem empirischen Hintergrund völlig unbegründet. Ein im Vergleich zur Zeitungslektüre nur relativ kleiner Teil der politischen „Heavy-User“ scheint wiederum Online-Information tatsächlich als Ersatz für Fernseh-Nachrichten zu nutzen (jeweils 3,7 Prozent derjenigen, die an sechs oder sieben Tagen pro Woche Online-Informationen über Politik abrufen, aber nie oder weniger als einmal wöchentlich Fernsehnachrichten sehen). Dieser kleine Teil der intensiven politischen Internetnutzer, der auf Fernsehnachrichten fast komplett verzichtet, zeigt sich auch in den Daten des Online-Access-Panels (Tabelle 43). Bei denen, die sich sehr oft politisch online informieren, verzichten überproportional viele, nämlich gut 20 Prozent, nahezu komplett auf TV-Nachrichten.

Tabelle 41: TV-Nutzung zur politischen Information in Abhängigkeit von politischer Internetnutzung, 2005, in Prozent

TV-Nutzung zur politischen Information	Internetnutzung zur politischen Information				
	nie	< 1 Tag pro Woche	2 od. 3 Tage pro Woche	4 od. 5 Tage pro Woche	6 od. 7 Tage pro Woche
nie	2,8	1,3	0,7	0	3,7
< 1 Tag pro Woche	4,3	3,8	1,3	1,9	3,7
2 oder 3 Tage pro Woche	9,3	8,5	13,4	5,6	4,6
4 oder 5 Tage pro Woche	13,4	16,4	19,5	20,4	5,6
6 oder 7 Tage pro Woche	70,2	70,1	65,1	72,2	82,4
N	1898	318	149	54	108

Quelle: Wahlstudie „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ 2005

Tabelle 42: TV-Nutzung zur politischen Information in Abhängigkeit von politischer Internetnutzung, 2002, in Prozent

TV-Nutzung zur politischen Information	Internetnutzung zur politischen Information				
	keine Internetnutzung bzw. nie	selten	manchmal	oft	sehr oft
nie	2,4	1,9	3,3	2,2	8,0
< 1 Tag pro Woche	1,7	0,6	3,7	2,2	0,0
2 oder 3 Tage pro Woche	9,2	11,0	9,1	11,2	0,0
4 oder 5 Tage pro Woche	18,5	25,2	23,2	18,0	20,0
6 oder 7 Tage pro Woche	68,1	61,2	60,6	66,3	72,0
N	2455	317	241	89	25

Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 43: TV-Nutzung zur politischen Information in Abhängigkeit von politischer Internetnutzung, 2002, in Prozent

TV-Nutzung zur politischen Information	Internetnutzung zur politischen Information				
	nie	selten	manchmal	oft	sehr oft
nie	2,9	1,4	2,6	0,7	13,6
< 1 Tag pro Woche	4,0	2,3	1,5	2,2	6,8
2 oder 3 Tage pro Woche	17,6	10,6	8,5	3,0	3,4
4 oder 5 Tage pro Woche	23,7	26,6	27,6	22,4	6,8
6 oder 7 Tage pro Woche	51,8	59,1	59,8	71,6	69,5
N	278	350	341	134	59

Quelle: Online-Access-Panel 2002

Auch, wenn die bisherige, bivariate Analyse der kombinierten politischen Medienutzung keine starken Hinweise auf eine Fragmentierung der Gesellschaft liefert, so scheint es doch lohnend, die Einbindung der Onlinenutzung in das komplette Medienrepertoire genauer zu untersuchen, insbesondere deshalb, weil sich in einer zugegebenermaßen sehr kleinen Gruppe der politischen Internetnutzer doch eine teilweise Substitution der klassischen Medien durch das Internet andeutet. Dies soll im Folgenden mit Hilfe von Clusteranalysen und sich daran anschließenden Mittelwertvergleichen für 2002 und 2005 versucht werden. Für die Clusteranalysen werden

ausschließlich die Mediennutzungsvariablen benötigt. Für 2002 wurde jeweils die zusammengefasste Version der politischen Zeitungslektüre (BILD-Zeitung, lokale sowie überregionale Zeitungen) und der TV-Nachrichtennutzung (öffentlich-rechtliche und private) herangezogen. Für die unterschiedlichen Frageformate sowie die unterschiedlichen Antwortkategorien bei der politischen Internetnutzung gibt es keine sinnvolle Möglichkeit der Vereinheitlichung. Sie werden deshalb in der jeweiligen Fassung verwendet. Für die Daten aus 2002 wurden die drei Mediennutzungsvariablen allerdings z-transformiert, um eine Verzerrung der Ergebnisse durch die unterschiedlichen Skalenbereiche zu vermeiden. Um ersichtlich zu machen, wie intensiv die drei verschiedenen Medien genutzt werden, sind in den Tabellen 47 bzw. 50 zusätzlich aber noch die Mittelwerte der Originalvariablen wiedergegeben. Für 2005 war eine z-Transformation nicht nötig, weil die Nutzungshäufigkeiten für alle drei Medien gleichermaßen in Tagen pro Woche gemessen wurden. Dementsprechend sind auch die Clusterzentren einfach zu interpretieren.

Mit den Variablen zur Mediennutzung wurde anschließend jeweils eine Clusteranalyse berechnet, mit deren Hilfe Personengruppen mit möglichst ähnlichen Nutzungsmustern ausgemacht werden, die sich untereinander wiederum möglichst stark unterscheiden. Die verwendete Methode der Clusterzentrenanalyse verlangt eine a priori Festlegung der Zahl der Cluster bzw. Gruppen (siehe dazu: Janssen/Laatz 1999: 411ff.). Es stellte sich heraus, dass die vorhandenen Nutzungsmuster mit sechs verschiedenen Clustern am besten beschrieben werden können, da dann die in der vorliegenden Analyse im Zentrum des Interesses stehenden politischen Internetnutzer in mindestens zwei verschiedene Gruppen aufgesplittet werden. Die einfaktorielle Varianzanalyse, die durchgeführt wurde, um die Güte der Clusteranalyse einschätzen zu können, ergibt ein zufrieden stellendes Ergebnis: 2005 erklärte die Clusterzugehörigkeit 83 Prozent der Varianz bei der politischen Zeitungslektüre, 78 Prozent der Varianz bezüglich der Häufigkeit des Sehens von Nachrichten und 82 Prozent der Varianz bezüglich der Häufigkeit politischer Information im Internet (Tabelle 44). 2002 lagen die Anteile erklärter Varianz etwas niedriger (Tabelle 45).

Die Ergebnisse für die beiden Jahre sind jeweils in getrennten, aufeinander folgenden Tabellen dargestellt. Tabellen 44 und 45 zeigen die Ergebnisse der Clusteranalysen mit den errechneten Clusterzentren für die drei Mediengattungen. In den Tabellen 46 und 48 ist die Charakterisierung der einzelnen Cluster nach Bildung,

Alter und politischem Interesse wiedergegeben. Die Beschreibung der gefundenen Mediennutzungstypen erfolgt zum einen anhand der Nutzungsmuster, die sich aus der Clusteranalyse direkt ergeben, zum anderen wird dabei bereits auf die Charakterisierung Bezug genommen.

Die mit Abstand größte Gruppe stellen für beide Jahre die *klassischen politisch Interessierten* (2002: Cluster 5, 2005: Cluster 1) dar. Sie lesen fast täglich den politischen Teil der Zeitung und sehen ebenfalls täglich Fernsehnachrichten. Sie sind leicht überdurchschnittlich politisch interessiert und entsprechen hinsichtlich der Bildung 2005 genau dem Bevölkerungsdurchschnitt, 2002 liegen sie leicht darüber. Auffällig ist ihr hohes Durchschnittsalter von weit über 50 Jahren. Nur 28 Prozent von ihnen nutzen überhaupt das Internet, jedoch so gut wie gar nicht als politisches Informationsmedium.

Tabelle 44: Clusterzentrenanalyse der politischen Nutzung von Zeitungen, Fernsehen und Internet, 2005

	Cluster						Eta ²
	1	2	3	4	5	6	
Zeitung	6,3	1,5	6,3	1,1	1,8	5,6	0,83
TV	6,8	5,6	6,6	2,2	6,6	2,5	0,78
Internet	0,2	6,3	5,2	0,2	0,2	0,5	0,82
N	1063	69	155	335	770	130	
Prozent	42,1	2,7	6,1	13,3	30,5	5,2	

Angaben: Mittelwerte der Cluster (Clusterzentren)

Quelle: Wahlstudie „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ 2005

Tabelle 45: Clusterzentrenanalyse der politischen Nutzung von Zeitungen, Fernsehen und Internet, 2002 (Mediennutzungsvariablen z-transformiert)

	Cluster						Eta ²
	1	2	3	4	5	6	
Zeitung	0,60	-1,50	-0,30	-0,55	0,61	-1,42	0,75
TV	0,35	0,35	-1,53	-2,03	0,52	0,42	0,66
Internet	2,53	-0,35	-0,27	2,39	-0,33	2,47	0,80
N	221	511	644	70	1610	67	
Prozent	7,1	16,4	20,6	2,2	51,6	2,1	

Angaben: Mittelwerte der Cluster (Clusterzentren)

Quelle: DFG-Studie 2002

Eindeutig identifizierbar sind in beiden Jahren auch die *politisch Uninteressierten*, die sich weder über Zeitungen, noch über Fernsehen oder Internet politisch informieren. Sie sind vergleichsweise jung und durchschnittlich gebildet. (2002: Cluster 3, 2005: Cluster 4). Personen aus Cluster 2 (2002) bzw. Cluster 5 (2005), beziehen Informationen über Politik lediglich aus den Fernsehnachrichten, sind unterdurch-

schnittlich politisch interessiert und mit etwa 44 Jahren (2002) bzw. 49 Jahren (2005) eher älter. Sie werden als *Fernsehkonsumenten* bezeichnet.

Von besonderem Interesse sind hier diejenigen Cluster, die überdurchschnittliche Werte bei der politischen Online-Nutzung aufweisen. 2002 sind dies die Cluster 1, 4 und 6, 2005 werden nur zwei derartige Cluster ermittelt, nämlich die Cluster 3 und 2. In beiden Jahren sind die *Heavy-Political-Media-User* recht eindeutig auszumachen, die offenbar relativ stabil sechs bis sieben Prozent der Gesamtbevölkerung umfassen. Sie nutzen alle drei Medientypen intensiv und verfügen über eine sehr hohe formale Bildung - ein Merkmal, das sie mit den anderen „politische Onliner-Clustern“ teilen. Sie sind aber mit etwa 40 bzw. 43 Jahren etwas älter als die restlichen politischen Onliner. Auffallend ist vor allem ihr großes Interesse an Politik. Die übrigen Nutzer politischer Online-Information zerfallen 2002 noch einmal in zwei Gruppen, nämlich die *politischen Onliner mit TV-Nachrichten* und die *politischen Onliner ohne TV-Nachrichten*. Wie die Bezeichnung der Cluster schon deutlich macht, unterscheiden sie sich hauptsächlich dadurch, dass letztere nur an durchschnittlich zwei Tagen pro Woche Nachrichten im Fernsehen anschauen, während erstere das nahezu täglich tun. Beide Gruppen lesen weniger Zeitung als der Durchschnitt der Bevölkerung, die *politischen Onliner mit TV-Nachrichten* verzichten fast völlig darauf. Ein genauere Blick auf die *politischen Onliner ohne TV-Nachrichten* zeigt jedoch, dass diese zwar mit im Mittel 3,4 Tagen pro Woche vergleichsweise selten Zeitung lesen, sie lesen aber weit überdurchschnittlich oft überregionale Qualitätszeitungen und ähneln in diesem Punkt stark den *Heavy-Political-Media-Usern* (auf tabellarischen Nachweis wird verzichtet). 2005 ergibt sich neben den *Heavy-Political-Media-Usern* nur noch ein weiteres Cluster mit politischen Onlinern, das als *Internetgeneration* bezeichnet wird. Bei diesen Befragten dominiert die Internetnutzung, während die politische Zeitungslektüre mit durchschnittlich eineinhalb Tagen pro Woche relativ selten ist. Offenbar wird sie bei dieser Gruppe durch die Online-Information weitgehend ersetzt. Die politische Fernsehnutzung liegt allerdings mit 5,6 Tagen pro Woche relativ hoch. Auffällig ist zudem, dass die Angehörigen von Cluster 2 mit einem Altersdurchschnitt von etwa 40 Jahren 2005 die jüngste Gruppe sind.

2005 ergibt sich mit Cluster 6 noch ein weiteres Cluster mit Personen, die mit durchschnittlich 5,6 Tagen pro Woche häufig Zeitung lesen, aber selten die Fernseh-

nachrichten verfolgen. Auch ihre politische Internetnutzung ist sehr gering. Sie weisen ein relativ hohes Bildungsniveau auf und sind jünger als der Durchschnitt der Bevölkerung. Ihr politisches Interesse entspricht dem Bevölkerungsdurchschnitt. Dieses Cluster, das 5,2 Prozent aller Befragten umfasst, wird hier als *Zeitungsleser* betitelt. Für 2002 wurde kein direktes Pendant ermittelt.

Tabelle 46: Charakterisierung der Cluster nach Bildung, Alter und politischem Interesse, 2005

	Bildung	Alter	politisches Interesse	Interesse an Online-Wahlkampfseiten
klassische politisch Interessierte (Cluster 1)	2,8	55,7	2,6	8,4
Internetgeneration (Cluster 2)	3,6	40,3	3,0	39,2
Heavy-political-Media-User (Cluster 3)	3,5	43,5	3,2	46,6
Uninteressierte (Cluster 4)	2,7	41,5	1,4	6,2
Fernsehkonsumenten (Cluster 5)	2,7	49,2	2,0	9,2
Zeitungsleser (Cluster 6)	3,3	42,4	2,3	13,5
Gesamt	2,8	49,9	2,3	11,4

Quelle: Wahlstudie „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ 2005

Insgesamt sind sich die Verteilungen der Mediennutzungsgruppen in den beiden Jahren sehr ähnlich. Obwohl hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Daten Abstriche gemacht werden müssen, sind die gefundenen Muster dennoch ausreichend robust, um als zutreffende Beschreibung der politischen Mediennutzung in der Bundesrepublik gelten zu können. Selbstverständlich dürfen Unterschiede wie die Tatsache, dass 2002 der Anteil der klassisch politisch Interessierten etwa 10 Prozentpunkte höher war als 2005, nicht unbedingt als substantielle Veränderungen interpretiert werden. Vielmehr ist zu vermuten, dass ein Teil dieser Personen 2005 in Cluster 5, bei den Fernsehkonsumenten eingruppiert wurde.

Die hier im Mittelpunkt stehenden „Internet-Cluster“ liegen zusammengenommen mit 11,4 Prozent (2002) und 8,8 Prozent (2005) jeweils in ähnlichen Größenordnungen. Der größte Teil davon sind *Heavy-Political-Media-User*. Der Rest teilt sich, wie aus der Clusteranalyse für 2002 ersichtlich wurde, noch einmal auf in eine Gruppe, bei denen die Online-Nutzung Nachrichten im Fernsehen weitgehend ersetzt, und eine weitere Gruppe, die weiterhin täglich Nachrichten sieht, aber sehr wenig Zeitung liest. Interessant ist, dass sich, würde man eine 7-Cluster-Lösung wählen, diese Differenzierung der politisch interessierten Internetgeneration auch für 2005 ergeben hätte. Auf eine solche Lösung wurde allerdings verzichtet, weil dann

aufgrund der insgesamt geringeren Fallzahl ein Cluster mit nur noch 18 Fällen entstanden wäre.

Es scheint demnach bei den politischen Onlinern in der Tat drei Typen zu geben: Zum Ersten die „Polit-Junkies“, die fast täglich alle drei Medien zur politischen Information nutzen, zum Zweiten diejenigen, die auf die regelmäßige Lektüre des politischen Teils der Zeitung weitgehend verzichten, aber weiterhin häufig Fernseh- nachrichten sehen, und zum Dritten eine Gruppe, die kaum Fernsehnachrichten anschaut und mit durchschnittlich 3,4 Tagen pro Woche zwar auch relativ selten den politischen Teil der Zeitung liest, dafür aber vergleichsweise häufig überregionale Qualitätszeitungen konsumiert. Zumindest bis 2005 zeichnet sich damit noch keine Fragmentierungsgefahr aufgrund der Ausdifferenzierung der Mediennutzung ab. Die beiden letztgenannten Gruppen sind mit weniger als fünf Prozent der Bevölkerung sehr klein. Eine Bevölkerungsgruppe, die vollständig auf die klassischen Medien verzichtet, also politische Information ausschließlich online bezieht, zeichnet sich überhaupt nicht ab. Quantitative Mediennutzungsdaten bleiben, bedingt durch begrenzte Ressourcen, immer relativ oberflächlich. Auch die der vorliegenden Analyse zugrunde liegenden Daten sind bei weitem nicht ideal. Dennoch erlauben sie es, erste vorsichtige Aussagen zu machen. Dabei können sich die Ergebnisse nicht nur auf Plausibilität stützen, sondern werden auch dadurch unterstrichen, dass die Analysen für die zwei verschiedenen Wahljahre ähnliche Ergebnisse liefern.

Tabelle 47: Mittelwerte der Mediennutzung in den Clustern, 2002

	Pol. Teil der Zeitung ¹	Nachrichten im TV ²	Pol. Info im Internet ³
klassische politisch Interessierte (Cluster 5)	6,0	6,6	0,1
politische Onliner mit TV-Nachrichten (Cluster 6)	1,5	6,5	2,4
politische Onliner ohne TV-Nachrichten (Cluster 4)	3,4	2,0	2,3
Heavy-political-Media-User (Cluster 1)	6,0	6,3	2,4
Uninteressierte (Cluster 3)	4,0	2,9	0,2
Fernsehkonsumenten (Cluster 2)	1,3	6,3	0,1
Gesamt	4,7	5,7	0,4

¹ 8er Skala von 0 (nie) bis 7 (7 Tage pro Woche);

² 8er Skala von 0 (nie) bis 7 (7 Tage pro Woche);

³ 5er Skala: 0 (nie), 0,25 (selten), 0,5 (manchmal), 0,75 (oft), 1 (sehr oft);

Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 48: Charakterisierung der Cluster nach Bildung, Alter und politischem Interesse und Internetnutzung, 2002

	Bildung	Alter	politisches Interesse	Anteil Internetnutzer in %	Häufigkeit der Internetnutzung (nur Internetnutzer)	Online-Wahlkampfseiten angesehen
klassische politisch Interessierte (Cluster 5)	2,2	54	2,2	28	3,3	8,1
politische Onliner mit TV-Nachrichten (Cluster 6)	2,6	33	2,6	100	4,1	66,6
politische Onliner ohne TV-Nachrichten (Cluster 4)	2,6	31	2,6	100	3,8	66,9
Heavy-political-Media-User (Cluster 1)	2,8	40	2,8	100	3,8	70,0
Uninteressierte (Cluster 3)	1,7	41	1,7	39	3,3	10,9
Fernsehkonsumenten (Cluster 2)	1,8	44	1,8	32	3,4	8,8
Gesamt	2,1	48	2,1	39	3,5	15,8

Quelle: DFG-Studie 2002

Während sich die bisher verwendete Frage zur Identifizierung der politischen Onliner ganz generell auf politische Information im Netz bezieht, soll im Folgenden das Interesse an Online-Wahlkampfwerbung kurz quantifiziert werden. Es geht bei dieser Frage vorwiegend um die Angebote der Parteien, unabhängige Organisationen spielten in der Bundesrepublik auch im Wahlkampf 2005 noch keine entscheidende Rolle (Bieber 2005, Merz et al. 2006). Wieder sind die Fragen aus den beiden Jahren zwar ähnlich, aber nicht direkt vergleichbar. 2002 wurde erhoben, ob sich die Befragten im Wahlkampf vor der Bundestagswahl 2002 Internetseiten über die Wahl oder den Wahlkampf angesehen hätten. 2005 wurde dagegen nicht die tatsächliche Nutzung erhoben, sondern lediglich das Interesse an Online-Wahlkampfwerbung.

2002 haben, wie aus Tabelle 47 hervorgeht, von den politischen Onlinern mit oder ohne TV-Nachrichten etwa 67 Prozent solche Seiten überhaupt schon einmal angesehen, 33 Prozent selbst aus dieser Gruppe noch nie. Bei den *Heavy-Media-Usern* haben etwas mehr, nämlich 70 Prozent Online-Wahlkampfseiten aufgerufen. Selbst bei etwa einem Drittel der politischen Onliner schloss die politische Nutzung also diese Wahlkampfseiten nicht ein. Dies bestätigt sich in ähnlicher Weise für 2005 (Tabelle 46). Nur ungefähr 39 Prozent der *Internetgeneration* und knapp 47 Prozent der *Heavy-Political-Media-User* haben Interesse an solchen Seiten. Wiederum ist der

Wert bei der Internetgeneration also etwas geringer als bei den anderen politischen Onlinern. Zudem wird durch das unterschiedliche Frageformat deutlich, dass es wohl selbst bei den politischen Onlinern einen erheblichen Anteil gibt, der zwar Online-Wahlkampfseiten schon einmal angesurft hat, dessen Interesse aber nicht geweckt wurde. Verglichen mit allen anderen 2005 abgefragten Wahlkampf-Werbeformen (Plakat, Fernsehspot, Radiospot, Flugblatt, Info-Stand und Wahlkampfveranstaltungen) rangiert die Online-Wahlkampf-Werbung bei den politischen Onlinern aber immerhin vor Wahlplakaten, Radio-Spots und dem Info-Stand auf der Straße. Dennoch scheint Wahlkampf-Werbung selbst bei ihnen nicht das zu sein, was das Internet als politisches Medium attraktiv macht. Genauere Daten darüber, wie häufig welche politischen Inhalte und Anwendungen des Internets genutzt werden, wären dringend nötig, um das noch relativ oberflächliche Wissen zur Rezeption von Politik im Netz vertiefen zu können.

Man muss demnach konstatieren, dass die Bedeutung des Internets für die Kampagnen der politischen Parteien auch im Wahljahr 2005 nicht darin lag, die Masse der Wähler erreichen zu können. Es bestätigt sich somit die in einem Interview mit der Bundeszentrale für Politische Bildung im April 2003 geäußerte Einschätzung der beiden damaligen Internetstrategen der CDU bzw. der SPD, Stefan Scholz und Vito Cecere, dass das Internet auf absehbare Zeit Wahlen nicht entscheiden wird (Vogel 2003). Die Relevanz des Internetwahlkampfes liegt also weiterhin darin, diejenigen zu erreichen, die als Meinungsführer fungieren. An erster Stelle sind hier natürlich Journalisten als gleichsam professionelle Meinungsführer zu nennen.

Auch mit den Daten aus dem Online-Access-Panel 2002 wurde eine Clusteranalyse in analoger Art und Weise durchgeführt. Dennoch soll diese den anderen Clusteranalysen nicht direkt gegenüber gestellt werden, da hier nur Internetnutzer erfasst wurden. Die Entscheidung fiel auch hier zugunsten einer Sechs-Cluster-Lösung, da diese ähnlich wie auch bei den beiden anderen Clusteranalysen zu einer Trennung der intensiven politischen Onliner in zumindest zwei Gruppen führt¹⁴ (Tabelle 49).

Auch die anderen Cluster erinnern sehr stark an die bereits oben gefundenen. So umfasst das zweite Cluster, mit gut 40 Prozent aller Teilnehmer des Online-Access-Panels wie auch bei den vorhergehenden Clusteranalysen das größte, die *klassischen politisch Interessierten*, die politische Informationen aus Zeitung und Fernsehen na-

¹⁴ Bei mehr als sechs Clustern werden teilweise Cluster mit $N < 15$ gebildet.

hezu täglich aufnehmen, aber sich fast nie im Internet politisch informieren. Ihre formale Bildung liegt etwas unter dem Durchschnitt, was aber zum Teil auch auf ihr höheres Durchschnittsalter zurückzuführen sein dürfte. Ihr politisches Interesse ist mit einem Mittelwert von 2,5 vergleichsweise stark ausgeprägt.

Tabelle 49: Clusterzentrenanalyse der politischen Nutzung von Zeitungen, Fernsehen und Internet, 2002, Online-Access-Panel (Mediennutzungsvariablen z-transformiert)

	Cluster						Eta ²
	1	2	3	4	5	6	
Zeitung	-1,20	0,64	0,62	-1,42	-1,16	0,48	0,79
TV	0,47	0,58	0,30	-0,77	-2,09	-1,38	0,67
Internet	0,44	-0,38	1,32	-1,06	1,04	-0,28	0,59
N	150	445	183	150	52	116	
Prozent	13,7	40,6	16,7	13,7	4,7	10,6	

Angaben: Mittelwerte der Cluster (Clusterzentren)
Quelle: Online-Access-Panel 2002

Tabelle 50: Mittelwerte der Mediennutzung in den Clustern, 2002, Online-Access-Panel

	Pol. Teil der Zeitung	Nachrichten im TV	Pol. Info im Internet
klassische politisch Interessierte (Cluster 2)	6,1	6,7	1,0
Internetgeneration (Cluster 5)	2,1	1,6	2,6
Heavy-Political-Media-User (Cluster 3)	6,0	6,1	2,9
Uninteressierte (Cluster 4)	1,5	4,1	0,2
Fernsehkonsumenten (Cluster 1)	2,0	6,5	1,9
Zeitungsleser (Cluster 6)	5,7	2,9	1,1
Gesamt	4,7	5,6	1,4

Quelle: Online-Access-Panel 2002

Tabelle 51: Charakterisierung der Cluster nach Bildung, Alter und politischem Interesse, 2002, Online-Access-Panel

	Bildung	Alter	politisches Interesse	Häufig- keit der Inter- netnut- zung	Online- Wahl- kampf- seiten angese- hen, in %
klassische politisch Interessierte (Cluster 2)	3,4	43	2,5	3,9	53,3
Internetgeneration (Cluster 5)	3,5	29	2,3	4,5	59,6
Heavy-Political-Media-User (Cluster 3)	3,8	41	2,8	4,4	86,3
Uninteressierte (Cluster 4)	3,3	33	1,6	3,7	20,1
Fernsehkonsumenten (Cluster 1)	3,6	35	2,3	4,2	68,7
Zeitungsleser (Cluster 6)	3,5	36	2,1	4,0	57,9
Gesamt	3,5	39	2,3	4,1	57,2

Online-Wahlkampfseiten angesehen (1 seltener als ein paar Mal im Monat bis 5 mehrmals täglich)
Quelle: Online-Access-Panel 2002

Diejenigen, die sich hingegen relativ häufig online politisch informieren, finden sich in den Clustern 3 und 5. Der Unterschied zwischen beiden besteht darin, dass die *Heavy-Political-Media-User* aus Cluster 3, die immerhin 16,7 Prozent der Befragten ausmachen, alle drei Medientypen intensiv nutzen und extrem großes Interesse an Politik haben, während die als *Internetgeneration* bezeichneten Befragten aus Cluster 5 nur an etwa zwei Tagen pro Woche den Politikteil der Zeitung lesen und mit durchschnittlich 1,6 Tagen pro Woche sehr selten Nachrichten im Fernsehen sehen. Ihr politisches Interesse sowie ihre formale Bildung entsprechen dem Durchschnitt, sie sind jedoch mit im Mittel 29 Jahren das „jüngste“ Cluster. Mit 4,7 Prozent ist allerdings auch im Online-Access-Panel diese Gruppe der politischen Onliner, die auf klassische Medien weitgehend verzichtet, sehr klein. Leicht fällt die Interpretation des vierten Clusters. Es enthält ganz eindeutig die politisch wenig Interessierten, die alle Medien unterdurchschnittlich zur politischen Information nutzen (*Uninteressierte*). Diese weisen von allen Clustern die niedrigste formale Bildung auf und sind mit im Schnitt 33 Jahren auch noch relativ jung. Der Anteil der *Uninteressierten* an allen Befragten ist mit 13,7 Prozent um etwa sieben Prozentpunkte geringer als in den bevölkerungsrepräsentativen Daten desselben Jahres (siehe Tabelle 45). Grund dafür ist das generell höhere Interesse der Internetnutzer im Vergleich zu den Offlinern, wie in Abschnitt 5.2.3 gezeigt wurde. Auch die aus den vorherigen Clusteranalysen bekannten *Fernsehkonsumenten* finden sich hier wieder. Cluster 1 enthält diese Personen, die kaum den politischen Teil der Zeitung lesen, aber sehr häufig, nämlich im Schnitt an 6,5 Tagen pro Woche, Fernsehnachrichten sehen. Ihre politische Internetnutzung liegt etwas über dem Durchschnitt. Sie sind durchschnittlich politisch interessiert, verfügen über einen verglichen mit der Gesamtheit der Befragten des Online-Access-Panels im Mittel etwas höheren Bildungsabschluss und zählen mit durchschnittlich 35 Jahren zu den Jüngeren. Gut zehn Prozent der Befragten sind durch relativ häufiges Zeitunglesen, weit unterdurchschnittlichen Fernsehkonsum und sehr seltenes Abrufen politischer Informationen online gekennzeichnet. Ihr politisches Interesse wie auch ihr Alter liegt im Mittel etwas unter dem Durchschnitt, sie verfügen jedoch über eine leicht überdurchschnittliche formale Bildung. Dieses sechste Cluster wird als *Zeitungsleser* betitelt.

Eine Varianzanalyse zur Überprüfung der Güte der Clusterlösung zeigt, dass es offenbar für die Online-Bevölkerung etwas weniger gut gelingt, trennscharfe Cluster

zu finden. Bezüglich der Variablen „Lesen des politischen Teils der Zeitung“ erklärt die Clusterzugehörigkeit 79 Prozent und bezüglich des Sehens von Nachrichten im Fernsehen 67 Prozent der Varianz. Am schlechtesten ist die Erklärungsleistung der Cluster für die politische Internetnutzung mit 59 Prozent erklärter Varianz.

Interessant ist ein Blick auf das Interesse an Online-Wahlkampfwerbung in den verschiedenen Clustern. 86 Prozent der *Heavy-Political-Media-User* aus dem Online-Access-Panel haben 2002 solche Seiten angesehen, gefolgt von 68 Prozent der *Fernsehkonsumenten*, aber nur knapp 60 Prozent der *Internetgeneration* (Tabelle 51). Dies gibt einen vagen Hinweis darauf, dass Letztere eventuell vor allem politische Information auf News-Portalen konsumieren, auf weitere aktive Recherche jedoch weitgehend verzichten. Zu dieser Interpretation passt, dass die *Internetgeneration* am häufigsten online ist, also relativ große Chancen hat, auch quasi im Vorbeigehen, politische Inhalte aufzunehmen, dass ihr Interesse an Politik aber nicht ausgeprägt genug ist, um sie zu aktiver Selektion politischer Inhalte zu motivieren. Zusammenfassend deuten auch die Ergebnisse für die Online-Bevölkerung bisher nicht in Richtung einer Fragmentierung der Öffentlichkeit. Vielmehr erfolgt die politische Nutzung des Internets weitgehend komplementär zur Nutzung der klassischen Massenmedien. Lediglich bei 4,7 Prozent der Onliner, der *Internetgeneration*, fehlen politische Nachrichten in der Zeitung sowie im Fernsehen, während gleichzeitig politische Inhalte im Netz Beachtung finden. Ihr nur durchschnittliches politisches Interesse lässt aber nicht vermuten, dass sie einen großen Anteil ihrer Online-Zeit mit politischen Inhalten verbringen und aktiv bzw. entsprechend ihrer Interessen und Prädispositionen selektiv nach spezifischen politischen Inhalten suchen.

6. Politische Internetnutzung und politische Partizipation

6.1 Vorbemerkung

Dieses Kapitel umfasst zwei unterschiedliche Aspekte des Themenbereichs politische Internetnutzung und politische Partizipation. Zum einen stellt sich die Frage, ob – und wenn ja, welche – Zusammenhänge zwischen der Nutzung des Internets zur politischen Information und Kommunikation und herkömmlichen, elektoralen und nichtelektoralen, Formen politischer Beteiligung bestehen. Ihr wird in Unterkapitel 6.2 nachgegangen. Zum andern, und darum geht es im zweiten Teil des vorliegenden Kapitels, kann das Internet selbst im Rahmen von Onlinewahlen zur Stimmabgabe genutzt werden. In Unterkapitel 6.3 werden einleitend verschiedene Varianten von Onlinewahlen vorgestellt. Im Anschluss daran wird die Kontroverse um die Umsetzbarkeit der verschiedenen Varianten im Lichte der verfassungsrechtlich garantierten Wahlrechtsgrundsätze, der sicherheitstechnischen Aspekte sowie der Wirtschaftlichkeit aufgerollt. Einen Überblick über einige Pilotprojekte zu Onlinewahlen gibt der Abschnitt 6.3.3, der mit bisher in Deutschland durchgeführten Experimenten schließt. Vor diesem Hintergrund wird schließlich in Abschnitt 6.3.4 der Frage nach der Akzeptanz von Onlinewahlen in der deutschen Bevölkerung nachgegangen.

6.2 Politische Internetnutzung und Offline-Partizipation

6.2.1 Elektorale Beteiligung

In der DFG-Studie 2002 sind fünf Variablen enthalten, die sich auf die Wahlteilnahme bzw. auf die Wahlentscheidung beziehen, und die hier als Korrelate der politischen Internetnutzung näher untersucht werden sollen. Es handelt sich um die Wahlnorm, die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme (fünfstufig), die natürlich nur in der Vorwahl-Stichprobe erhoben wurde, die tatsächliche Wahlteilnahme der Nachwahl-Befragten¹⁵ sowie die Sicherheit der Wahlentscheidung und den Zeitpunkt, an dem diese gefällt worden war.

¹⁵ Bei den Nachwahlbefragten wurden diejenigen als Wähler betrachtet, die eine Partei angegeben haben, Antwortverweigerer wurden aus der Analyse ausgeschlossen und als Nichtwähler wurden alle betrachtet, die dies ausdrücklich angegeben haben.

Die Onliner insgesamt hatten im Mittel eine signifikant stärker ausgeprägte Wahlnorm als die Offliner (vgl. Tabelle 15, Kap. 5.3.3.1). Weder in der offline erhobenen Stichprobe, noch in den Daten des Online-Access-Panels zeigen sich jedoch signifikante Unterschiede zwischen nicht-politischen und politischen Onlinern bezüglich der Wahlnorm (Tabellen 52 und 53). Dennoch wird für die politischen Onliner in der Face-to-Face-Befragung eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme ermittelt. Interessant ist aber, dass bei der Rückerinnerung an ihr tatsächliches Verhalten bei der Bundestagswahl 2002 die politischen Onliner zwar auch noch eine etwas höhere Wahlbeteiligungsrates aufweisen als die nicht-politischen, der Unterschied aber nicht mehr signifikant ist. Im Online-Access-Panel sind die Unterschiede weder bei den Vor-, noch bei den Nachwahlbefragten signifikant. Auch hier deutet sich aber an, dass die politischen Internetnutzer zwar etwas häufiger die Absicht haben, wählen zu gehen, aber gemessen am tatsächlichen Verhalten keine höheren Wahlbeteiligungsrates aufweisen als die nicht-politischen Onliner. Bezüglich der Sicherheit der Wahlentscheidung unterschieden sich Offliner und Onliner überhaupt nicht (Tabelle 15). Wie es von politisch involvierteren Personen zu erwarten ist, scheinen politische Onliner sich im Vergleich zu nicht-politischen ihrer Wahlentscheidung etwas sicherer zu sein (Tabellen 52 und 53), wenngleich die Mittelwertdifferenz in der Face-to-Face-Befragung zu gering ist, um statistische Signifikanz zu erreichen. Ebenso überrascht es wegen des ausgeprägteren politischen Interesses nicht, dass die politischen Onliner ihre Wahlentscheidung etwas frühzeitiger treffen als die nicht-politischen. Die Onlinerschaft insgesamt unterschied sich, wie in Tabelle 15 festgestellt worden war, im Zeitpunkt der Wahlentscheidung nicht von den Offlinern.

Tabelle 52: Akzeptanz der Wahlnorm und die Wahlentscheidung 2002 bei nicht-politischen und politischen Internetnutzern, Mittelwerte

	keine politische Internetnutzung	politische Internetnutzung
Zustimmung zur Wahlnorm	0,85	0,86 ^{n.s.}
Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme (Vorwahlbefragte)	0,91	0,97 ^c
Recall Wahlteilnahme 2002 (Nachwahlbefragte)	0,91	0,94 ^{n.s.}
Sicherheit der Wahlentscheidung	0,78	0,82 ^{n.s.}
Zeitpunkt der Wahlentscheidung	0,86	0,93 ^c

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant
Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 53: Akzeptanz der Wahlnorm und die Wahlentscheidung 2002 bei nicht-politischen und politischen Internetnutzern, Mittelwerte

	keine politische Internetnutzung	politische Internetnutzung
Zustimmung zur Wahlnorm	0,88	0,89 ^{n.s.}
Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme (Vorwahlbefragte)	0,95	0,97 ^{n.s.}
Recall Wahlteilnahme 2002 (Nachwahlbefragte)	0,96	0,95 ^{n.s.}
Sicherheit der Wahlentscheidung	0,79	0,86 ^c
Zeitpunkt der Wahlentscheidung	0,72	0,79 ^a

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

Quelle: Online-Access-Panel 2002

Für 2005 liegt lediglich eine retrospektive Variable zur tatsächlichen Wahlteilnahme bei der Bundestagswahl 2005 vor¹⁶, derzufolge 95 Prozent der politischen Onliner angaben, bei der vorangegangenen Bundestagswahl gewählt zu haben. Bei den restlichen Befragten, die hier allerdings aus Offlinern *und* unpolitischen Onlinern bestehen, waren dies nur 86 Prozent (signifikant auf dem 99,9-Prozent-Niveau). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die bivariaten Unterschiede zwischen Offlinern und Onlinern wie auch zwischen unpolitischen und politischen Onlinern bezüglich elektoraler Partizipation relativ gering sind.

Schließlich soll noch ein Blick auf die Wahlbeteiligung, die Wahlnorm, die Sicherheit und den Zeitpunkt der Wahlentscheidung der in den Cluster-Analysen ermittelten Mediennutzungsgruppen geworfen werden. Um die Fallzahlen in den Clustern nicht zu stark zu reduzieren, wurde hier für 2002 eine zusammengefasste Wahlbeteiligungsvariable für Vor- und die Nachwahlbefragung gebildet. Vor der Wahl wurde die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung ja anhand einer fünfstufigen Skala von „werde bestimmt zur Wahl gehen“ bis „werde bestimmt nicht zur Wahl gehen“ erfasst. Für die Bildung der dichotomen Variable Wahlbeteiligung für Vor- und Nachwahlbefragte insgesamt wurden nur diejenigen als Wähler definiert, die bestimmt zur Wahl gehen wollten.

¹⁶ Antwortverweigerer wurden hier ebenfalls ausgeschlossen.

Tabelle 54: Wahlbeteiligung und Parteiidentifikation nach Mediennutzungstypen, 2002

	PID in %	Stärke PID (MW)	Wahl- norm (MW)	Wahlbe- teiligung 2002 in %	Sicherheit Wahlent- scheidung (MW)	Zeit- punkt Wahlent- scheidung (MW)	N
klassische politisch Interessierte	73,7	0,52	0,87	0,89	0,81	0,87	1610
politische Onliner mit TV-Nachrichten	71,6	0,49	0,86	0,95	0,79	0,84	67
politische Onliner ohne TV-Nachrichten	79,5	0,56	0,83	0,88	0,80	0,78	70
Heavy-Political-Media-User	83,6	0,62	0,86	0,97	0,83	0,89	221
Uninteressierte	59,9	0,39	0,77	0,74	0,75	0,81	644
Fernsehkonsumenten	58,6	0,40	0,78	0,77	0,79	0,82	511
Gesamt	69,1	0,48	0,83	0,85	0,79	0,85	3124

Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 55: Wahlbeteiligung und Parteiidentifikation nach Mediennutzungstypen, 2005

	PID in %	Stärke PID (MW)	Wahlbeteiligung 2005 in %	N
klassische politisch Interessierte	83	0,63	93	1037
Internetgeneration	81	0,64	98	54
Heavy-Political-Media-User	81	0,63	100	138
Uninteressierte	56	0,40	70	362
Fernsehkonsumenten	74	0,54	87	784
Zeitungsleser	76	0,57	92	136
Gesamt	76	0,57	88	2495

Quelle: Wahlstudie „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ 2005

Tabelle 56: Wahlbeteiligung und Parteiidentifikation nach Mediennutzungstypen, 2002, Online-Access-Panel

	PID in %	Stärke PID (MW)	Wahl- norm (MW)	Wahlbe- teiligung 2002 in %	Sicherheit Wahlent- scheidung (MW)	Zeit- punkt Wahlent- scheidung (MW)	N
Fernsehkonsumenten	84	0,68	0,87	91	0,81	0,70	148
klassische politisch Interessierte	85	0,66	0,92	96	0,85	0,79	443
Heavy-Political-Media-User	92	0,75	0,93	98	0,88	0,75	182
Uninteressierte	66	0,46	0,82	86	0,71	0,69	149
Internetgeneration	84	0,60	0,70	72	0,85	0,68	52
Zeitungsleser	82	0,60	0,89	99	0,82	0,77	115
Gesamt	83	0,64	0,89	93	0,83	0,75	1089

Quelle: Online-Access-Panel 2002

Betrachtet man nun die Wahlbeteiligung für die einzelnen Mediennutzungsgruppen, so fügt sich das Ergebnis in das im vorherigen Abschnitt gezeichnete Bild, nach dem politische Onliner etwas höhere Teilnahmeraten aufwiesen. Mit 97 Prozent (2002) bzw. 100 Prozent (2005) ist die Wahlbeteiligung bei den politisch sehr interessierten *Heavy-Political-Media-Usern* am höchsten. Ihnen folgen in der Face-to-Face-Studie 2002 die *politischen Onliner mit TV-Nachrichten* vor den *klassischen politisch Interessierten* und den *politischen Onlinern ohne TV-Nachrichten*. Mit großem Abstand folgen die *Fernsehkonsumenten* und die *Uninteressierten*, deren Wahlbeteiligung bei nur 77 bzw. 74 Prozent liegt. 2005 weist die *Internetgeneration* - also diejenigen, die sich fast täglich online über Politik informieren, aber an weniger als zwei Tagen pro Woche den Politikteil der Zeitung lesen - mit 98 Prozent die zweithöchste Wahlbeteiligung auf. Damit ist sie bei den politischen Onlinern noch um mindestens fünf Prozentpunkte höher als bei den *klassisch politisch Interessierten*, die mit 93 Prozent nahezu gleichauf mit den *Zeitungslesern* folgen. Die Schlusslichter bilden auch 2005 wieder die *Fernsehkonsumenten* und die *Uninteressierten*. Auffallend ist, dass die politischen Internetnutzer der Face-to-Face-Befragung 2002 trotz sehr hoher Wahlbeteiligungsraten der Wahlnorm nicht stärker zustimmen als die *klassischen politisch Interessierten*. Sie sind offenbar nicht durch die gesellschaftliche Norm, sondern durch ihr politisches Interesse motiviert.

Ein aus der Wahlforschung lange bekanntes Phänomen bestätigt sich auch hier wieder: Diejenigen, die Medien am intensivsten nutzen, sind gleichzeitig diejenigen, deren Wahlentscheidung schon lange vor dem Wahltermin mit großer Sicherheit feststeht (Lazarsfeld 1944: 95). Auf die *Heavy-Political-Media-User* trifft dies in idealtypischer Weise zu (Tabelle 54). Etwas weniger sicher in ihrer Wahlentscheidung und auch etwas später entschlossen sind die beiden anderen Cluster der politischen Onliner. Allerdings sind die Fallzahlen hier sehr gering, da ja bezüglich der Sicherheit der Wahlentscheidung nur die Vorwahlbefragten, bezüglich des Zeitpunkts der Wahlentscheidung nur die Nachwahlbefragten in die Berechnung eingehen. Das Ergebnis kann also höchstens als erster Hinweis auf eine größere Offenheit der politischen Onliner mit bzw. ohne TV-Nachrichten hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung gedeutet werden.

Von dem in den Face-to-Face-Studien 2002 und 2005 gefundenen Muster weicht das Ergebnis für das Online-Access-Panel 2002 deutlich ab. Zwar weisen

auch hier die *Heavy-Political-Media-User* mit 98 Prozent zusammen mit den Zeitungslesern (99 Prozent) und gefolgt von den *klassischen politisch Interessierten* die höchsten Wahlbeteiligungsraten auf, allerdings liegt die *Internetgeneration*, die durch relativ starkes Interesse an politischen Inhalten im Netz und durch geringes Alter gekennzeichnet ist, mit nur 72 Prozent an allerletzter Stelle (Tabelle 56). Damit legten sogar die *Uninteressierten*, die sich eindeutig weniger für Politik interessieren, größeren Wahleifer an den Tag. Auf eine skeptische Position der *Internetgeneration* gegenüber elektoraler Partizipation weist auch die schwach ausgeprägte Wahlnorm hin. Ob sich diese Zurückhaltung nur auf Wahlen bezieht oder auch auf nichtelektorale Partizipationsformen, wird im folgenden Abschnitt untersucht.

Vorher soll jedoch der bivariat zutage getretene Zusammenhang zwischen politischer Internetnutzung und Wahlteilnahme in multivariaten Regressionsanalysen detaillierter untersucht werden. Die bivariaten Mittelwertvergleiche könnten z.B. die Bedeutung politischer Internetnutzung unterschätzen, weil sich eventuelle positive Effekte politischer Onlinenutzung und negative Effekte des Alters auf Wahlbeteiligung gegenseitig aufheben. Möglich wäre allerdings auch, dass es sich bei den bivariat gemessenen Zusammenhängen um Scheinzusammenhänge handelt, die durch andere Merkmale verursacht werden, die auf Wahlbeteiligung und politische Internetnutzung gleichermaßen wirken.

Die endogene Variable in den multivariaten Modellen ist die Wahlteilnahme in dichotomer Form, weshalb das Verfahren der binären logistischen Regression gewählt wird. Als exogene Variablen werden neben der hier vor allem interessierenden politischen Internetnutzung soziodemographische Merkmale (Alter, Geschlecht und Bildung), politische Einstellungen und Dispositionen (politisches Interesse, Existenz bzw. Stärke einer Parteiidentifikation, internal und external Efficacy und politisches Wissen) sowie die Nutzungsintensität der klassischen Medien (Politikteil überregionaler Zeitungen, Politikteil lokaler/regionaler Zeitungen, Nachrichten in öffentlich-rechtlichem TV und Nachrichten in privatem TV) einbezogen.

In der Literatur finden sich verschiedene Ansätze, mittels Regressionsverfahren den Zusammenhang zwischen politischer Onlinenutzung und Wahlbeteiligung multivariat zu untersuchen (Bimber 2001, 2003, Tolbert et al. 2003, Weber et al. 2003, Mossberger et al. 2008). Dabei werden im Detail unterschiedliche Herangehensweisen gewählt. Bimber (2003) und Tolbert et al. (2003) stützen sich beispielsweise auf

die gleichen Daten (American National Election Studies 1996, 1998 und 2000), allerdings bezieht Bimber in die logistische Regression zur Erklärung von Wahlbeteiligung nur die Internetnutzer ein und untersucht bei ihnen den Effekt einer politischen Nutzung, während Tolbert et al. alle Befragten analysieren, also auch die Nichtnutzer mit berücksichtigen. Dem daraus resultierenden Problem, dass Internetnutzer, vor allem aufgrund ihrer höheren Bildung, eine größere Wahlwahrscheinlichkeit haben, was die Koeffizienten für politische Internetnutzung verzerren könnte, begegnen Tolbert et al., indem sie ein „two-stage binary logit model“ verwenden (Tolbert et al. 2003: 180). Im ersten Schritt berechnen sie eine binäre logistische Regression mit politischer Internetnutzung als abhängiger Variablen und einigen soziodemographischen und politischen Variablen sowie genereller Internetnutzung als Erklärungsvariablen. Die daraus resultierenden vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für politische Internetnutzung werden im zweiten Schritt als exogene Variable benutzt, um die Wahlteilnahme vorherzusagen. Ihre Ergebnisse bezüglich der Frage, ob politische Internetnutzung die Beteiligung an der Wahl beeinflusst, verändern sich dadurch im Vergleich mit dem klassischen Vorgehen, politische Internetnutzung direkt als Erklärungsvariable für Wahlteilnahme heranzuziehen, nicht. Tolbert et al. schließen daraus, „simultaneity did not lead to biased estimates of the effects of Internet use for elections news on voter turnout.“ (Tolbert et al. 2003: 180).

Sowohl Bimber als auch Tolbert et al. und Mossberger et al. finden in ihren multivariaten Analysen signifikante Zusammenhänge zwischen politischer Online-nutzung und Wahlbeteiligung. Die Interpretationen gehen jedoch deutlich auseinander. Mossberger, Tolbert und McNeal sehen darin durchaus Veränderungspotenzial für die amerikanische Demokratie. „The consequences for U.S. democracy are significant, particularly for the young, who are more likely to be online, but also less likely to engage in voting and other forms of political participation [...]. Given the close presidential elections of 2000 and 2004, the findings are crucial, showing that politics online matters for politics offline. The internet can have a positive effect on political participation, most clearly in presidential elections.“ (Mossberger et al. 2008: 87). Sie kommen zu diesem Schluss auf Basis von erwarteten Wahrscheinlichkeiten der Wahlbeteiligung in verschiedenen Gruppen, die sich durch unterschiedliche Kombinationen von politischer Onlinenutzung und klassischer Mediennutzung unterscheiden. Die Größe der verschiedenen Gruppen wird allerdings nicht themati-

siert. So finden sie beispielsweise eine Zunahme in der vorhergesagten Wahlwahrscheinlichkeit von 26,1 Prozentpunkten durch politische Onlinenutzung bei denen, die zusätzlich weder Fernsehnachrichten noch Zeitungen konsumieren. Für die Beurteilung des Gesamteffekts der politischen Onlinenutzung ist allerdings entscheidend, wie groß die Gruppe mit eben diesem Medienverhalten überhaupt ist. Nach den Ergebnissen der Clusteranalysen im vorigen Kapitel ist sie vermutlich sehr klein.

Bimber ist bezüglich der Bedeutung des Internets für klassische politische Partizipationsformen grundsätzlich skeptischer. Zusammenfassend formuliert er: „The new information environment has not changed levels of political engagement in any substantial way“ (Bimber 2003: 224), auch wenn er einschränkt, dass es im Präsidentschaftswahljahr 2000 tatsächlich eine kleine Gruppe unter den politischen Onlinern gegeben habe, die politisch aktiver waren als die ihnen demographisch und politisch ähnliche Personen ohne politische Onlinenutzung.

Tabelle 57 zeigt zunächst das Ergebnis einer logistischen Regression für alle Befragten, in der neben den Kontrollvariablen die politische Internetnutzung als Dummy-Variable einbezogen wurde. Alle signifikanten Zusammenhänge weisen in die erwartete Richtung. Politisches Interesse und eine starke Parteiidentifikation allein erklären bereits mehr als drei Viertel der Varianz der Wahlbeteiligung. Von den Mediennutzungsvariablen ist die Häufigkeit des Sehens von Nachrichten im öffentlichen Fernsehen am wichtigsten. Auch die politische Internetnutzung liefert einen signifikanten Erklärungsbeitrag. Gemessen an den standardisierten Effektkoeffizienten, die einen Vergleich der Erklärungsvariablen untereinander zulassen, weil sie sich auf eine Standardabweichung statt auf eine Skaleneinheit beziehen, ist die politische Internetnutzung sogar besser zur Erklärung der Wahlteilnahme geeignet als die internal Efficacy und die Häufigkeit der Rezeption lokaler und regionaler Zeitungen. Wenn die politische Internetnutzung um eine Standardabweichung zunimmt, steigt die Chance, dass die Befragte an der Wahl teilnimmt, um knapp 41 Prozent. Keinen signifikanten Erklärungsbeitrag liefern in diesem Modell Bildung, external Efficacy und die Rezeption von Nachrichten im Privatfernsehen.

Tabelle 57: Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung, schrittweise logistische Regression, 2002

Variable ¹	Regressionskoeffizient b	Standardfehler der Variablen s	Exp (B)	standardisierte Effektkoeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
politisches Interesse ²	2,301c	0,253	9,979	78,99	0,179
Stärke PID ³	2,064c	0,355	7,876	108,07	0,267
Nachrichten im öffentlichen rechtlichen TV ⁴	0,108 ^c	5,101	1,114	73,48	0,294
internal Efficacy ⁵	0,242 ^b	0,900	1,274	24,33	0,303
Lesen Politikteil in lokalen/regionalen Zeitungen ⁶	0,088 ^b	2,432	1,092	23,86	0,310
polit. Internetnutzung ⁷	0,998 ^b	0,343	2,713	40,82	0,318
Wissen ⁸	0,309 ^c	0,778	1,362	27,18	0,324
Alter ⁹	0,013 ^b	17,178	1,013	25,02	0,329
Lesen Politikteil in überregionalen Zeitungen ¹⁰	0,178 ^b	1,777	1,195	37,21	0,335
Geschlecht ¹¹	0,300 ^a	0,500	1,350	16,18	0,337
Konstante	-3,145 ^c		0,043		
Bildung ¹²			n.s.		
external Efficacy ¹³			n.s.		
Nachrichten im privaten TV ¹⁴			n.s.		
N			2646		
richtig Klassifizierte in %			86,9		

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² 0 „überhaupt nicht“ 0,25 „weniger stark“ 0,5 „mittelmäßig“ 0,75 „ziemlich stark“ 1 „sehr stark“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

³ 0 „keine Parteiidentifikation“ 0,2 „sehr schwach“ 0,4 „schwach“ 0,6 „mittelmäßig“ 0,8 „stark“ 1 „sehr stark“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

⁴ 0 „gar nicht“ 1 „an einem Tag in der Woche“ 2 „an zwei Tagen“ ... 7 „an sieben Tagen in der Woche“.

⁵ Index mit Wertebereich von 1 „sehr niedrig“ bis 5 „sehr hoch“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

⁶ 0 „gar nicht“ 1 „an einem Tag in der Woche“ 2 „an zwei Tagen“ ... 7 „an sieben Tagen in der Woche“.

⁷ 0 „keine politische Nutzung des Internets“ 1 „politische Nutzung des Internets“

⁸ Wichtigkeit der Erst- und Zweitstimme und Anzahl der Bundesländer: 0 „keine korrekte Antwort“ 1 „eine richtige Antwort“ 2 „zwei richtige Antworten“.

⁹ in Jahren

¹⁰ 0 „gar nicht“ 1 „an einem Tag in der Woche“ 2 „an zwei Tagen“ ... 7 „an sieben Tagen in der Woche“.

¹¹ „männlich“ 2 „weiblich“

¹² 1 „ohne Abschluss/Hauptschule“ 2 „Mittlere Reife“ 3 „Abitur“ 4 „(Fach-)Hochschulabschluss“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

¹³ Index mit Wertebereich von 1 „sehr niedrig“ bis 5 „sehr hoch“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

¹⁴ 0 „gar nicht“ 1 „an einem Tag in der Woche“ 2 „an zwei Tagen“ ... 7 „an sieben Tagen in der Woche“.

Quelle: DFG-Studie 2002

Da die politische Internetnutzung aber von den anderen in die Regression einbezogenen Variablen wie Alter, Bildung und politischem Interesse abhängt, besteht die Möglichkeit einer Verzerrung des Regressionskoeffizienten für politische Internetnutzung. Um diese Multikollinearität der exogenen Variablen stärker zu kontrollieren, wird hier Tolbert et al. (2003) gefolgt und ein zweites Modell berechnet, in dem der tatsächliche Wert für politische Internetnutzung durch die vorhergesagte Wahr-

scheinlichkeit einer logistischen Regression für die abhängige Variable politische Internetnutzung ersetzt wird. Das Ergebnis in Tabelle 58 zeigt, dass der signifikante positive Effekt der politischen Internetnutzung sogar noch deutlicher wird. Insgesamt verändert sich wenig. Nagelkerkes R-Quadrat bleibt quasi identisch und auch die nicht signifikanten Variablen sind die gleichen wie im Ausgangsmodell.

Tabelle 58: Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung, schrittweise logistische Regression, 2002, vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der politischen Internetnutzung

Variable ¹	Regressionskoeffizient b	Standardfehler der Variablen s	Exp (B)	standardisierte Effektkoeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
politisches Interesse ²	2,103 ^c	0,253	8,188	70,24	0,179
Stärke PID	2,056 ^c	0,355	7,815	107,48	0,267
Nachrichten im öffentlich-rechtlichen TV	0,112 ^c	5,101	1,119	77,06	0,294
vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der politische Internetnutzung ³	2,016 ^c	0,206	7,509	51,48	0,304
Lesen Politikteil in lokalen/regionalen Zeitungen	0,086 ^b	2,432	1,090	23,26	0,313
Alter	0,017 ^c	17,178	1,017	33,91	0,320
Wissen	0,283 ^b	0,778	1,328	24,63	0,327
Lesen Politikteil in überregionalen Zeitungen	0,168 ^b	1,777	1,183	34,79	0,332
Geschlecht	0,326 ^a	0,500	1,385	17,70	0,335
internal Efficacy	0,207 ^b	0,900	1,230	20,48	0,338
Konstante	-3,240 ^c		0,039		
Bildung			n.s.		
external Efficacy			n.s.		
Nachrichten im privaten TV			n.s.		
N			2646		
richtig Klassifizierte in %			87,2		

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 57!

³ Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten aus einer logistischen Regression mit der abhängigen Variable politische Internetnutzung und den unabhängigen Variablen Alter, Bildung, Geschlecht, politisches Interesse, internal Efficacy und Internetnutzung (siehe Anhang Tabelle A1).

Quelle: DFG-Studie 2002

Während die Einbeziehung aller Befragten, also auch der Offliner, in die Regression die Ergebnisse allein durch die Unterschiede zwischen Offlinern und Onlinern verzerren kann, ist dies ausgeschlossen, wenn nur die Internetnutzer auf Effekte politischer Onlinenutzung untersucht werden. Tabelle 59 zeigt, dass dadurch die Erklärungskraft des Gesamtmodells sinkt, was darauf zurückzuführen ist, dass Internetnut-

zer insgesamt ressourcenstärker sind und höhere Wahlbeteiligungsraten aufweisen als Nichtnutzer, die Grundgesamtheit dieses Modells also hinsichtlich der abhängigen Variable homogener ist. Die soziodemographischen Größen liefern keinen signifikanten Erklärungsbeitrag zusätzlich zu politischem Interesse, Stärke der Parteidifikation und der Rezeption von Nachrichten im öffentlich-rechtlichen TV. Die politische Internetnutzung ist allerdings auch in diesem Modell signifikant, wenngleich der Regressionskoeffizient niedriger ist. Dies deutet darauf hin, dass im Ausgangsmodell die Variable politische Internetnutzung noch weitere, über die Rezeption politischer Inhalte im Netz hinausgehende Unterschiede zwischen politischen Nutzern und nicht-politischen Nutzern bzw. Offlinern erfasst. Das Alter spielt bei den Onlinern keine signifikante Rolle. Dies steht den Erwartungen, dass über das Internet vor allem junge Menschen zusätzlich mobilisiert werden können, zumindest nicht entgegen. Insgesamt lässt sich festhalten, dass auch unter härteren Modellbedingungen politische Internetnutzung in den Face-to-Face erhobenen DFG-Daten für 2002 einen signifikanten Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung aufweist.

Ein anderes Ergebnis zeigen diesbezüglich die Daten des Online-Access-Panels (Tabelle 60). Hier wäre ein ähnlicher, relativ schwacher, aber signifikanter Effekt wie für die Internetnutzer in Tabelle 59 zu erwarten. Es zeigt sich allerdings, dass es bei den online Befragten im multivariaten Modell überhaupt keinen signifikanten Zusammenhang zwischen politischer Internetnutzung und der Wahlteilnahme gibt. Insgesamt ist die Erklärungskraft des Modells mit einem Nageskerkes R-Quadrat von 0,22 auch deutlich geringer als in den vorherigen Modellen. Politisches Interesse, das in Tabelle 59 allein schon knapp 16 Prozent der Varianz erklärt hat, ist überhaupt nicht signifikant. Der Grund dafür ist vermutlich das insgesamt hohe Niveau politischen Interesses bei den Teilnehmern des Online-Access-Panels. Von den klassischen Medienvariablen ist hier nicht die Rezeption von Nachrichten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, sondern das Lesen des Politikteils lokaler und regionaler Zeitungen bedeutsam. Gemessen an den standardisierten Effektkoeffizienten spielt das Alter die größte Rolle. Nimmt das Alter um eine Standardabweichung, also knapp 13 Jahre zu, so steigt die Chance, dass der Befragte zur Wahl geht, um 76 Prozent. Von den Teilnehmern des Online-Access-Panels sind es offenbar die traditionelleren, und wie die Bedeutung lokaler Zeitungen zeigt, mit ihrer Region verbundenen, eher älteren, die zur Wahl gehen.

Tabelle 59: Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung, schrittweise logistische Regression, 2002, nur Internetnutzer

Variable ¹	Regressionskoeffizient b	Standardfehler der Variablen s	Exp (B)	standardisierte Effektkoeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
politisches Interesse ²	2,971 ^c	0,237	19,509	102,21	0,159
Stärke PID	2,303 ^c	0,345	10,002	121,34	0,241
Nachrichten im öffentlich rechtlichen TV	0,165 ^b	2,466	1,179	50,21	0,265
polit. Internetnutzung	0,642 ^a	0,476	1,901	35,74	0,275
Konstante	-1,101 ^b		0,039		
Alter			n.s.		
Geschlecht			n.s.		
Bildung			n.s.		
Wissen			n.s.		
internal Efficacy			n.s.		
external Efficacy			n.s.		
Nachrichten im privaten TV			n.s.		
Lesen Politikteil in lokalen/regionalen Zeitungen			n.s.		
Lesen Politikteil in überregionalen Zeitungen			n.s.		
N			2646		
richtig Klassifizierte in %			87,2		

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 57!

Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 60: Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung, schrittweise logistische Regression, Online-Access-Panel, 2002

Variable ¹	Regressionskoeffizient b	Standardfehler der Variablen s	Exp (B)	standardisierte Effektkoeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
Lesen Politikteil in lokalen/regionalen Zeitungen ²	0,215 ^c	2,430	1,240	68,62	0,091
Stärke PID	1,564 ^c	0,348	4,776	72,34	0,152
Wissen	0,548 ^b	0,761	1,730	51,74	0,176
Alter	0,045 ^b	12,758	1,046	77,55	0,194
external Efficacy	0,425 ^a	0,703	1,529	34,82	0,206
Bildung	0,306 ^a	1,049	1,357	37,85	0,217
Konstante	-2,900		0,055		
Geschlecht			n.s.		
politisches Interesse			n.s.		
internal Efficacy			n.s.		
Nachrichten im öffentlichen TV			n.s.		
Nachrichten im privaten TV			n.s.		
Lesen Politikteil in überregionalen Zeitungen			n.s.		
polit. Internetnutzung			n.s.		
N			972		
richtig Klassifizierte in %			92,9		

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 57!

Quelle: Online-Access-Panel 2002

Das Modell für 2005 ist hinsichtlich der Auswahl der Erklärungsvariablen dem für 2002 so ähnlich wie möglich, allerdings bringt es die geringere Variablenzahl der Studie mit sich, dass die klassische Mediennutzung weniger detailliert berücksichtigt werden konnte. Auch external und vor allem internal Efficacy, die im Modell für 2002 in signifikantem Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung stand, wurden nicht erhoben. Ein Vergleich der Modelle für die beiden Wahljahre ist also nur eingeschränkt möglich.¹⁷ Die Erklärungskraft des Gesamtmodells für 2005 liegt bei gut 27 Prozent, gemessen an Nagelkerkes R-Quadrat (Tabelle 61). Wie auch schon 2002 sind politisches Interesse und die Existenz bzw. Stärke einer Parteiidentifikation die besten Prädiktoren für die Teilnahme an der Bundestagswahl. Die Daten für 2005 zeigen ebenfalls einen signifikanten Effekt der politischen Internetnutzung. Dieser ist, gemessen an den standardisierten Effektkoeffizienten, zwar niedriger als 2002,

¹⁷ Schon allein deshalb, weil die endogene Variable Wahlbeteiligung sich 2005 nur auf den Recall bezieht, während 2002 bei den Vorwahlbefragten die Wahlbeteiligungsabsicht mit einbezogen wurde.

allerdings höher als die für das Lesen des Politikteils der Zeitung und das Sehen von Nachrichten im Fernsehen. Wie bereits für 2002 wird auch für dieses Modell eine zweite Variante berechnet, in die nicht die politische Internetnutzung als Originalvariable eingeht, sondern die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten einer vorgeschalteten logistischen Regression, in der die politische Internetnutzung auf Alter, Bildung, Geschlecht und politisches Interesse regrediert wird (siehe Anhang Tabelle A2). Tabelle 62 zeigt, dass die politische Internetnutzung dann die Signifikanzschwelle verfehlt, den härteren Test also nicht besteht. Angemerkt werden muss hier allerdings, dass die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten auf einem Modell beruhen, das gemessen an der Gesamterklärungskraft (Nagelkerkes R-Quadrat von 0,3 in Tabelle A2 im Anhang) selbst nur mittelmäßig auf die Daten passt. 2002 war das in der vorgeschalteten Regression berechnete Erklärungsmodell für die politische Internetnutzung wesentlich besser (Nagelkerkes R-Quadrat von 0,5).

Zusammenfassend kann wohl auch für Bundestagswahlen in Deutschland ein messbarer signifikanter Zusammenhang zwischen politischer Internetnutzung und Wahlbeteiligung konstatiert werden, der auch nach Kontrolle für die Rezeption klassischer Medien weiter besteht. Allerdings bleibt die Nutzung der klassischen informationsreichen Medien, insbesondere die Rezeption von Information des öffentlich-rechtlichen Fernsehens offenbar wichtiger, wie die Modelle für 2002 zeigen. Ob es sich bei den gemessenen Zusammenhängen zwischen politischer Internetnutzung und Wahlbeteiligung um kausale „Effekte“, also Wirkungen der politischen Internetnutzung auf die Entscheidung, zur Wahl zu gehen, handelt, ist mit den vorliegenden Daten nicht zu entscheiden. Die Möglichkeit, dass dritte, in den hier berechneten Modellen nicht berücksichtigte Variablen den gemessenen Zusammenhang verursachen, kann nicht ausgeschlossen werden. Dem Fazit Bimbers für die USA ist nach diesen Ergebnissen jedoch auch für die Bundesrepublik zuzustimmen: „At the very least, a positive finding [...] indicate[s] that use of the Internet is connected to participation-related factors not identified here and in most standard models of engagement.“ (Bimber 2003: 220f.). Eine weitere Beschäftigung mit der Frage, wie genau die politische Internetnutzung auf klassische Formen politischer Teilhabe wirkt, ist also angezeigt.

Tabelle 61: Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung, schrittweise logistische Regression, 2005

Variable ¹	Regressionskoeffizient b	Standardfehler der Variablen s	Exp (B)	standardisierte Effektkoeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
politisches Interesse ²	0,422 ^c	1,019	1,524	53,73	0,156
Stärke PID ³	1,639 ^c	0,337	5,151	73,73	0,215
Lesen Politikteil der Zeitung ⁴	0,089 ^b	2,570	1,093	25,70	0,231
Bildung ⁵	0,403 ^c	1,029	1,497	51,39	0,245
Wissen ⁶	0,503 ^b	0,497	1,653	28,40	0,254
Nachrichten im TV ⁷	0,090 ^b	1,984	1,094	19,55	0,258
polit. Internetnutzung ⁸	0,757 ^b	0,432	2,132	38,68	0,261
Alter ⁹	0,014 ^b	17,232	1,014	27,28	0,274
Konstante	-2,034 ^c				
Geschlecht ¹⁰			n.s.		
N			2488		
richtig Klassifizierte in %			89,5		

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² 0 „überhaupt nicht“ 1 „weniger stark“ 2 „mittelmäßig“ 3 „ziemlich stark“ 4 „sehr stark“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

³ 0 „keine Parteiidentifikation“ 0,2 „sehr schwach“ 0,4 „schwach“ 0,6 „mittelmäßig“ 0,8 „stark“ 1 „sehr stark“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

⁴ 0 „gar nicht“ 1 „an einem Tag in der Woche“ 2 „an zwei Tagen“ ... 7 „an sieben Tagen in der Woche“.

⁵ 1 „ohne Abschluss/Hauptschule“ 2 „Mittlere Reife“ 3 „Abitur“ 4 „(Fach-)Hochschulabschluss“; fehlende Werte durch Mittelwert ersetzt;

⁶ Wichtigkeit der Erst- und Zweitstimme 0 „falsch“ 1 „richtig“.

⁷ 0 „gar nicht“ 1 „an einem Tag in der Woche“ 2 „an zwei Tagen“ ... 7 „an sieben Tagen in der Woche“.

⁸ 0 „keine politische Nutzung des Internet“ 1 „politische Nutzung des Internet“

⁹ in Jahren

¹⁰ 1 „männlich“ 2 „weiblich“

Quelle: Wahlstudie „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ 2005

Tabelle 62: Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung, schrittweise logistische Regression, 2005, vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der politischen Internetnutzung

Variable ¹	Regressionskoeffizient b	Standardfehler der Variablen s	Exp (B)	standardisierte Effektkoeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
politisches Interesse ²	0,444 ^c	1,019	1,558	57,21	0,155
Stärke PID	1,671 ^c	0,337	5,315	75,62	0,216
Lesen Politikteil der Zeitung	0,096 ^b	2,570	1,100	27,98	0,233
Bildung	0,446 ^c	1,029	1,562	58,24	0,248
Wissen	0,538 ^b	0,497	1,712	30,65	0,257
Nachrichten im TV	0,093 ^b	1,984	1,097	20,26	0,264
Alter	0,011 ^b	17,232	1,011	20,87	0,269
Konstante	-1,966 ^c				
Geschlecht			n.s.		
vorhergesagte Wahrscheinlichkeit polit. Internetnutzung ³			n.s.		
N			2488		
richtig Klassifizierte in %			89,5		

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 61!

³ Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten aus einer logistischen Regression mit der abhängigen Variable politische Internetnutzung und den unabhängigen Variablen Alter, Bildung, Geschlecht und politisches Interesse (siehe Anhang Tabelle A2).

Quelle: Wahlstudie „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ 2005

6.2.2 Nichtelectorale Partizipation

Stärker als auf die Wahlbeteiligung könnte die politische Internetnutzung auf unkonventionelle bzw. nichtelektorale Beteiligungsformen wirken. Hier könnte die zusätzliche Möglichkeit der Information, vor allem aber die zusätzlichen Möglichkeiten der Aktivierung durch Interessengruppen, die das Internet bietet, zu einer Steigerung des Aktivitätsniveaus bei politischen Onlinern führen. Als Indikatoren nichtelektoraler Partizipation stehen sowohl für 2002 als auch für 2005 Angaben zur Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen und Parteien zur Verfügung, für 2002 zusätzlich noch die Bereitschaft, sich in einer Bürgerinitiative zu engagieren, sich an einer genehmigten Demonstration zu beteiligen oder sich im Falle eines politischen Anliegens Unterstützung bei einer Partei zu suchen. Wieder wird zunächst der Vergleich zwischen unpolitischen und politischen Onlinern angestellt bevor dann die nichtelektorale Partizipation(-sbereitschaft) in den verschiedenen Mediennutzungsgruppen betrachtet wird.

2002 zeigt sich sowohl für die Face-to-Face-Befragung als auch für das Online-Survey die signifikant höhere Mitgliedschaft der politischen Internetnutzer in Parteien. Während nur vier Prozent der nicht-politischen Onliner Mitglied einer Partei sind, liegt der Anteil bei den politischen Onlinern mit jeweils elf Prozent fast dreimal so hoch (Tabellen 63 und 64). Auch die Daten für 2005 unterstreichen den höheren Organisationsgrad politischer Internetnutzer in Parteien, wenngleich er mit acht Prozent etwas niedriger liegt als drei Jahre zuvor. Zu beachten ist in Tabelle 65, dass die Spalte „keine politische Internetnutzung“ auch die Offliner einschließt, weil wegen der fehlenden Information zur generellen Internetnutzung eine Trennung von Offlinern und nicht-politischen Onlinern nicht möglich ist. Was die Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen betrifft, unterscheiden sich die nicht-politischen und die politischen Onliner weniger stark, aber auch hier zeigt sich die größere politische Aktivität der politischen Onliner in allen drei Datensätzen.

Tabelle 63: Mitgliedschaft von nicht-politischen und politischen Onlinern in Bürgerinitiativen und Parteien in Prozent, 2002

	keine politische Internetnutzung	politische Internetnutzung
Mitgliedschaft Bürgerinitiative	0,03	0,05 ^{n.s.}
Mitgliedschaft Partei	0,04	0,11 ^c

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant
Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 64: Mitgliedschaft von nicht-politischen und politischen Onlinern in Bürgerinitiativen und Parteien in Prozent, Online-Access-Panel, 2002

	keine politische Internetnutzung	politische Internetnutzung
Mitgliedschaft Bürgerinitiative	0,02	0,05 ^a
Mitgliedschaft Partei	0,04	0,11 ^c

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant
Quelle: Online-Access-Panel 2002

Tabelle 65: Mitgliedschaft von nicht-politischen Onlinern/Offlinern und politischen Onlinern in Prozent, 2005

	keine politische Internetnutzung	politische Internetnutzung
Mitgliedschaft Bürgerinitiative	0,02	0,04 ^a
Mitgliedschaft Partei	0,04	0,08 ^c

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant
Quelle: Wahlstudie „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ 2005

Ein Blick auf die Anteile organisierter Mitglieder nach Mediennutzungsclustern zeigt, dass in der Face-to-Face-Befragung 2002 alle drei Cluster politischer Onliner überdurchschnittlich hohe Parteimitgliedsraten aufweisen, die zudem deutlich über der der *klassischen politisch Interessierten* liegen (Tabelle 66). Dasselbe trifft auch 2005 zu, wie Tabelle 68 zeigt. Bei den Daten aus dem Online-Access-Panel 2002 in Tabelle 67 ist jedoch ein anderes Ergebnis abzulesen: Während die *Heavy-Political-Media-User* weit überdurchschnittlich häufig Parteimitglieder sind, liegt die Rate bei der *Internetgeneration* fast bei Null und ist damit die niedrigste von allen Clustern. Das Ergebnis für die Nachwahlbefragung 2005 zeigt hingegen dasselbe Muster wie schon bei der persönlichen Befragung drei Jahre zuvor. Mit zehn Prozent sind bei den *Heavy-Political-Media-Usern* doppelt so viele Befragte Mitglieder in einer Partei wie im Durchschnitt. Übertroffen wird diese Rate allerdings noch von der *Internetgeneration* mit 14 Prozent. Mit immerhin sieben Prozent weisen auch die *klassischen politisch Interessierten* noch einen vergleichsweise hohen Organisationsgrad auf. Was die Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen angeht, sind 2005 die Unterschiede in den einzelnen Mediennutzungsgruppen marginal, jedoch mit Ausnahme der *Internetgeneration*, von der neun Prozent Mitglieder in einer Bürgerinitiative sind, und die damit wie schon bei der Parteimitgliedschaft weit überdurchschnittliche Beteiligung zeigt. Insgesamt zeigt sich, dass vor allem bei den klassisch rekrutierten Befragten 2002 wie auch 2005 die Mediennutzergruppen, die auch das politische Angebot online abrufen, vor allem in Parteien aktiver sind als diejenigen, die das nicht tun.

Tabelle 66: Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen und Parteien nach Clusterzugehörigkeit 2002, in Prozent

	Mitgliedschaft Bürgerinitiative	Mitgliedschaft Partei	N
klassische politisch Interessierte	0,03	0,06	1599
politische Onliner mit TV-Nachrichten	0,04	0,11	67
politische Onliner ohne TV-Nachrichten	0,11	0,12	70
Heavy-political-Media-User	0,04	0,14	217
Uninteressierte	0,02	0,02	643
Fernsehkonsumenten	0,01	0,02	508
Gesamt	0,03	0,05	3103

Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 67: Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen und Parteien nach Clusterzugehörigkeit 2002, in Prozent, Online-Access-Panel

	Mitgliedschaft Bürgerinitiative	Mitgliedschaft Partei	N
klassische politisch Interessierte	0,03	0,09	434
Internetgeneration	0,04	0,01	51
Heavy-Political-Media-User	0,04	0,15	180
Uninteressierte	0,00	0,03	149
Fernsehkonsumenten	0,02	0,04	149
Zeitungsleser	0,03	0,03	116
Gesamt	0,03	0,08	1079

Quelle: Online-Access-Panel 2002

Tabelle 68: Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen und Parteien nach Clusterzugehörigkeit 2005, in Prozent

	Mitgliedschaft Bürgerinitiative	Mitgliedschaft Partei	N
klassische politisch Interessierte	0,03	0,07	1037
Internetgeneration	0,09	0,14	53
Heavy-Political- Media-User	0,03	0,10	138
Uninteressierte	0,00	0,00	362
Fernsehkonsumenten	0,02	0,02	784
Zeitungsleser	0,01	0,04	136
Gesamt	0,02	0,05	2509

Quelle: Wahlstudie „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ 2005

Allerdings unterscheiden sich die Mediennutzergruppen eben nicht nur durch die Art und Häufigkeit der politischen Medien, die sie konsumieren, sondern auch hinsichtlich ihrer soziodemographischen Merkmale sowie hinsichtlich ihres Interesses an Politik. Um zu prüfen, ob auch nach Kontrolle dieser Standarderklärungsfaktoren für politische Partizipation ein signifikanter Effekt der politischen Internetnutzung verbleibt, wurden auch für die nichtelektoralen Partizipationsformen multivariate logistische Regressionen berechnet. Die Tabellen 69 und 70 machen deutlich, dass sich die Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative aufgrund ihrer Seltenheit generell schlecht erklären lässt. Nagelkerkes R-Quadrat liegt deutlich unter 0,1. Für die Beteiligung in einer Bürgerinitiative zeigt sich in der Face-to-Face-Befragung 2002 im multivariaten Modell kein signifikanter Erklärungsbeitrag für politische Internetnutzung mehr. Dies gilt sowohl für das Modell, in das alle Befragten eingehen (Tabelle 69), als auch für das Modell, das nur die Internetnutzer berücksichtigt (Tabelle 70). Auch wenn an Stelle der empirisch gemessenen politischen Internetnutzung die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten verwendet werden, ändert sich daran nichts. Relevante Korrelate der Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative sind internal Efficacy und politisches Interesse.

Tabelle 69: Bestimmungsfaktoren der Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative, schrittweise logistische Regression, 2002

Variable ¹	Regressionskoeffizient b	Standardfehler der Variablen s	Exp (B)	standardisierte Effektkoeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
internal Efficacy ²	0,505b	0,89984	1,657	57,53	0,064
politisches Interesse	1,597b	0,25344	4,940	49,89	0,080
Bildung	0,260a	1,03691	1,297	30,94	0,089
Konstante	-6,919		0,001		
Alter			n.s.		
Geschlecht					
Stärke PID			n.s.		
Wissen			n.s.		
external Efficacy			n.s.		
Lesen Politikteil in überregionalen Zeitungen			n.s.		
Lesen Politikteil in lokalen/regionalen Zeitungen			n.s.		
Nachrichten im öffentlichen TV			n.s.		
Nachrichten im privaten TV			n.s.		
polit. Internetnutzung			n.s.		
N			2867		
richtig Klassifizierte in %			97,2		

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 57!

Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 70: Bestimmungsfaktoren der Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative, schrittweise logistische Regression, 2002, nur Internetnutzer

Variable1	Regressions- koeffizient b	Standard- fehler der Variablen s	Exp (B)	standardi- sierte Ef- fektkoeffi- zienten	Nagel- kerkes R ² nach Auf- nahme der Variable
politisches Interesse ²	2,836c	0,23741	17,704	96,07	0,056
Konstante	-5,036		0,006		
Alter			n.s.		
Bildung			n.s.		
Geschlecht			n.s.		
Stärke PID			n.s.		
Wissen			n.s.		
external Efficacy			n.s.		
internal Efficacy			n.s.		
Lesen Politikteil in überregio- nalen Zeitungen			n.s.		
Lesen Politikteil in loka- len/regionalen Zeitungen			n.s.		
Nachrichten im öffentlich- rechtlichen TV			n.s.		
Nachrichten im privaten TV			n.s.		
polit. Internetnutzung			n.s.		
N			930		
richtig Klassifizierte in %			96,1		

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 57!

Quelle: DFG-Studie 2002

Einen wesentlich größeren Varianzanteil von über 30 Prozent erklären die Modelle bezüglich der Parteimitgliedschaft, die in den Tabellen 71 und 72 wiedergegeben werden. Den größten Erklärungsbeitrag liefern hier sowohl im Modell für alle Befragten als auch in dem für die Internetnutzer das politische Interesse, external Efficacy und die Stärke der Parteiidentifikation. Signifikant ist von den Medienvariablen das Lesen des politischen Teils von lokalen bzw. regionalen Zeitungen, was darauf hindeutet, dass dem Engagement in einer Partei die lokale Verwurzelung zuträglich ist. Für die politische Internetnutzung wird ein schwach signifikanter Zusammenhang nur im Modell für die Internetnutzer gemessen (Tabelle 72). Auffällig ist in Tabelle 72 auch der negative Effekt der formalen Bildung, der vermutlich mit dem Alter zusammenhängt. Die Älteren unter den Internetnutzern sind stärker in Parteien engagiert, verfügen jedoch im Mittel über niedrigere Bildungsabschlüsse.

Tabelle 71: Bestimmungsfaktoren der Mitgliedschaft in einer Partei, schrittweise logistische Regression, 2002

Variable ¹	Regressionskoeffizient b	Standardfehler der Variablen s	Exp (B)	standardisierte Effektkoeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
politisches Interesse ²	2,256 ^c	0,25433	9,547	77,49	0,160
Stärke PID	3,022 ^c	0,35530	20,523	192,62	0,261
external Efficacy	0,765 ^c	0,77323	2,149	80,67	0,311
internal Efficacy	0,465 ^b	0,89984	1,592	51,96	0,326
Lesen Politikteil in lokalen/regionalen Zeitungen	0,119 ^b	2,43243	1,126	33,57	0,332
Lesen Politikteil in überregionalen Zeitungen	0,079 ^a	1,77736	1,082	15,07	0,336
Wissen	0,259 ^a	0,77787	1,295	22,32	0,340
Konstante	-11,020		,000		
Alter			n.s.		
Bildung			n.s.		
Geschlecht			n.s.		
Wissen			n.s.		
Nachrichten im öffentlichen TV			n.s.		
Nachrichten im privaten TV			n.s.		
polit. Internetnutzung			n.s.		
N			2863		
richtig Klassifizierte in %			95,1		

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 57!

Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 72: Bestimmungsfaktoren der Mitgliedschaft in einer Partei, schrittweise logistische Regression, 2002, nur Internetnutzer

Variable ¹	Regressionskoeffizient b	Standardfehler der Variablen s	Exp (B)	standardisierte Effektkoeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
external Efficacy ²	1,047 ^c	0,77488	2,850	125,08	0,158
politisches Interesse	2,554 ^b	0,23714	12,861	83,25	0,241
Stärke PID	1,984 ^b	0,34514	7,271	98,33	0,283
Lesen Politikteil in lokalen/regionalen Zeitungen	0,168 ^a	2,39285	1,183	49,48	0,293
Wissen	0,625 ^b	0,74787	1,868	59,59	0,304
Bildung	-0,432 ^b	1,04508	0,649	-36,33	0,317
polit. Internetnutzung	0,791 ^a	0,47565	2,206	45,68	0,332
Konstante	-9,423				
Alter			n.s.		
Geschlecht			n.s.		
Wissen			n.s.		
internal Efficacy			n.s.		
Lesen Politikteil in überregionalen Zeitungen			n.s.		
Nachrichten im öffentlich-rechtlichen TV			n.s.		
Nachrichten im privaten TV			n.s.		
N			927		
richtig Klassifizierte in %			94,1		

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 57!

Quelle: DFG-Studie 2002

Für die Daten des Online-Access-Panels liegt die Modellgüte für Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative wie auch für die Mitgliedschaft in einer Partei jeweils noch etwas niedriger als für die bevölkerungsrepräsentativen Daten des gleichen Jahres. Einzige signifikante exogene Variable in Tabelle 73 ist für die Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative das Lesen des Politikteils in überregionalen Zeitungen, das eine sehr tiefgehende Beschäftigung mit Politik indiziert. Diese Variable gehört neben der internal und der external Efficacy auch bezüglich der Parteimitgliedschaft zu den besten Erklärungsfaktoren. Interessant ist, dass in Tabelle 74, wie bereits oben bei den Internetnutzern aus der Face-to-Face-Befragung, formale Bildung ein negatives Vorzeichen erhält und zudem das Alter in einem positiven Zusammenhang mit parteipolitischen Engagement steht. Offenbar ist dieser negative Zusammenhang zwischen Bildung und Parteimitgliedschaft nicht ausschließlich auf das Alter zurückzuführen, sondern es sind auch nach Kontrolle des Alters eher die formal niedriger Ge-

bildeten unter den Internetnutzern, die sich einer Partei anschließen. In der Gesamtbevölkerung zeigt sich hingegen regelmäßig ein positiver Zusammenhang zwischen Bildung und Parteiaktivitäten (siehe Steinbrecher 2008: 192ff.).

Tabelle 73: Bestimmungsfaktoren der Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative, schrittweise logistische Regression, Online-Access-Panel, 2002

Variable ¹	Regressionskoeffizient b	Standardfehler der Variablen s	Exp (B)	standardisierte Effektkoeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
Lesen Politikteil in überregionalen Zeitungen ²	0,282 ^c	1,85800	1,326	68,87	0,051
Konstante	-4,094		0,017		
Alter			n.s.		
Bildung			n.s.		
Geschlecht			n.s.		
politisches Interesse			n.s.		
Stärke PID			n.s.		
Wissen			n.s.		
external Efficacy			n.s.		
internal Efficacy			n.s.		
Lesen Politikteil in lokalen/regionalen Zeitungen ²			n.s.		
Nachrichten im öffentlichen TV			n.s.		
Nachrichten im privaten TV			n.s.		
polit. Internetnutzung			n.s.		
N			930		
richtig Klassifizierte in %			96,1		

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 57!

Quelle: Online-Access-Panel 2002

Tabelle 74: Bestimmungsfaktoren der Mitgliedschaft in einer Partei, schrittweise logistische Regression, Online-Access-Panel, 2002

Variable ¹	Regressionskoeffizient b	Standardfehler der Variablen s	Exp (B)	standardisierte Effektkoeffizienten	Nagelkerkes R ² nach Aufnahme der Variable
internal Efficacy ²	1,117 ^c	0,79301	3,056	142,49	0,127
external Efficacy	0,856 ^c	0,70341	2,353	82,60	0,176
Lesen Politikteil in überregionalen Zeitungen	0,204 ^c	1,85800	1,226	46,09	0,195
Alter	0,025 ^a	12,75811	1,025	37,57	0,213
Bildung	-0,272 ^a	1,04901	0,762	-24,82	0,223
Konstante	-9,671		,000		
Geschlecht			n.s.		
politisches Interesse			n.s.		
Stärke PID			n.s.		
Wissen			n.s.		
Lesen Politikteil in lokalen/regionalen Zeitungen ²			n.s.		
Nachrichten im öffentlichen TV			n.s.		
Nachrichten im privaten TV			n.s.		
polit. Internetnutzung			n.s.		
N			997		
richtig Klassifizierte in %			92,2		

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant

¹ Die Reihenfolge der Variablen in der Tabelle folgt der Reihenfolge der Aufnahme in das Modell nach statistischer Signifikanz.

² Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 57!

Quelle: Online-Access-Panel 2002

Die *Bereitschaft* zu nichtelektoralen Formen politischer Partizipation, die nur 2002 erhoben wurde, ist im Wesentlichen genauso verteilt wie die tatsächlichen Aktivitäten. Politische Internetnutzer sind signifikant eher dazu bereit, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten, an einer Demonstration teilzunehmen oder die Unterstützung einer Partei zu suchen (Tabelle 75). Das trifft auf die online Befragten ebenso zu, wie aus Tabelle 76 hervorgeht. Allerdings sind die Unterschiede zwischen nicht-politischen und politischen Internetnutzern bei ihnen geringer, weil letztere eine etwas geringere Beteiligungsbereitschaft zeigen als ihr Pendant bei den persönlich Befragten. Nach Mediennutzungsgruppen aufgesplittet, zeigt sich in der persönlichen Befragung in Tabelle 77 wiederum die höhere Partizipationsneigung bei den drei Clustern, die das Netz zur politischen Information nutzen. Die höchsten Mittelwerte erreichen hier bei allen drei erhobenen Beteiligungsformen die *politischen Onliner ohne TV-Nachrichten*, gefolgt von den *Heavy-Political-Media-Usern* und den *politischen Onlinern mit TV-Nachrichten*. Etwas überraschend ist, dass die *klassischen*

politisch Interessierten weniger bereit sind, ihre Interessen durch nichtelektrale Beteiligungsformen zu vertreten als die *Uninteressierten*. Die *Fernsehkonsumenten* bilden durchgängig das Schlusslicht. Die Daten des Online-Access-Panels zeigen auch hier wieder eine andere Reihenfolge. Nur geringe Unterschiede gibt es zwischen den *Heavy-Political-Media-Usern*, den *klassischen politisch Interessierten*, den *Fernsehkonsumenten* und den *Zeitungslesern*, wie aus Tabelle 78 hervorgeht. Für die *Uninteressierten* kommen Demonstrationen oder die Hinwendung zu einer Partei seltener in Betracht als die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, bei der *Internet-generation* ist es umgekehrt. Sie weisen jedoch insbesondere bei Demonstrationen einen höheren Mittelwert als die *Uninteressierten* auf. Anders als in der persönlichen Befragung handelt es sich hier bei ihnen nicht um eine überdurchschnittlich aktive Bevölkerungsgruppe, obwohl sie häufiger als die anderen Cluster – abgesehen von den *Heavy-Political-Media-Usern* – das Internet auch zu politischen Zwecken verwenden und ihr politisches Interesse immerhin dem Bevölkerungsdurchschnitt entspricht.

Tabelle 75: Bereitschaft zu nichtelektralen politischen Aktivitäten bei nicht-politischen und politischen Onlinern, 2002, Mittelwerte

	keine politische Internetnutzung	politische Internetnutzung
Bürgerinitiative ¹	0,58	0,64 ^b
Demonstration	0,56	0,65 ^c
Unterstützung einer Partei suchen	0,52	0,58 ^b

Alle drei Beteiligungsformen erfasst mittels einer 5er-Skala: 0 „bestimmt nicht“ 0,25 „wahrscheinlich nicht“ 0,5 „vielleicht“ 0,75 „wahrscheinlich“ 1 „bestimmt“
Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 76: Bereitschaft zu nichtelektralen politischen Aktivitäten bei nicht-politischen und politischen Onlinern, Online-Access-Panel, 2002, Mittelwerte

	keine politische Internetnutzung	politische Internetnutzung
Bürgerinitiative ¹	0,58	0,60 ^{n.s.}
Demonstration	0,56	0,60 ^a
Unterstützung einer Partei suchen	0,53	0,58 ^b

¹ Alle drei Beteiligungsformen erfasst mittels einer 5er-Skala: 0 „bestimmt nicht“ 0,25 „wahrscheinlich nicht“ 0,5 „vielleicht“ 0,75 „wahrscheinlich“ 1 „bestimmt“
Quelle: Online-Access-Panel 2002

Tabelle 77: Bereitschaft zu nichtelektralen politischen Aktivitäten nach Clusterzugehörigkeit, 2002, Mittelwerte

	Bürger- initiative ¹	Demonstra- tion	Unterstützung einer Partei suchen	N
klassische politisch Interessierte	0,49	0,42	0,43	1591
politische Onliner mit TV-Nachrichten	0,62	0,60	0,59	67
politische Onliner ohne TV-Nachrichten	0,69	0,72	0,66	68
Heavy-Political-Media-User	0,64	0,65	0,58	221
Uninteressierte	0,51	0,49	0,45	618
Fernsehkonsumenten	0,43	0,41	0,40	503
Gesamt	0,50	0,46	0,45	3068

¹ Alle drei Beteiligungsformen erfasst mittels einer 5er-Skala: 0 „bestimmt nicht“ 0,25 „wahrscheinlich nicht“ 0,5 „vielleicht“ 0,75 „wahrscheinlich“ 1 „bestimmt“
Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 78: Bereitschaft zu nichtelektralen politischen Aktivitäten nach Clusterzugehörigkeit, Online-Access-Panel, 2002, Mittelwerte

	Bürger- initiative ¹	Demonstra- tion	Unterstützung einer Partei suchen	N
klassische politisch Interessierte	0,61	0,59	0,57	440
Internetgeneration	0,49	0,56	0,52	52
Heavy-Political-Media-User	0,62	0,61	0,62	180
Uninteressierte	0,54	0,49	0,46	149
Fernsehkonsumenten	0,62	0,61	0,56	150
Zeitungsleser	0,61	0,56	0,56	116
Gesamt	0,59	0,58	0,55	1087

¹ Alle drei Beteiligungsformen erfasst mittels einer 5er-Skala: 0 „bestimmt nicht“ 0,25 „wahrscheinlich nicht“ 0,5 „vielleicht“ 0,75 „wahrscheinlich“ 1 „bestimmt“
Quelle: Online-Access-Panel 2002

Ob sich die bivariat gemessenen signifikanten Zusammenhänge zwischen politischer Internetnutzung und der Bereitschaft sich in einer Bürgerinitiative zu engagieren, zu demonstrieren oder die Unterstützung einer Partei zu suchen, auch unter Kontrolle von soziodemographischen bzw. politischen Einstellungs- und Verhaltensvariablen bestätigen, wird mit Hilfe linearer Regressionen überprüft¹⁸. Tabelle 79, in der das Modell für alle Befragten der Face-to-Face-Erhebung 2002 berechnet wird, bestätigt einen signifikanten Einfluss politischer Internetnutzung für die Teilnahmebereitschaft an Demonstrationen und die Bereitschaft, Unterstützung bei einer Partei zu suchen. Allerdings sind die Effekte schwach und nur auf dem 95-Prozent-Niveau signifikant. Die wichtigsten Determinanten nichtelektraler Partizipation sind das Alter und die internal Efficacy. Anders als bei der Wahlbeteiligung steht Alter hier

¹⁸ Die abhängigen Variablen wurden mittels einer 5er-Skala erfasst: 0 „bestimmt nicht“ 0,25 „wahrscheinlich nicht“ 0,5 „vielleicht“ 0,75 „wahrscheinlich“ 1 „bestimmt“. Dies wird als quasi-metrisch interpretiert, weshalb das Verfahren der OLS-Regression gewählt wird.

jedoch in einer negativen Beziehung zu Partizipation. Bezüglich der Bereitschaft, sich Unterstützung bei einer Partei zu suchen, sind zudem die Existenz bzw. Stärke einer Parteiidentifikation und die external Efficacy hochsignifikant. Dies ist durchaus plausibel, fällt ein solcher Schritt doch leichter, wenn positive Bindungen zu der entsprechenden Partei bestehen und eine generelle Responsivität des politischen Systems angenommen wird.

Tabelle 79: Bestimmungsfaktoren der Bereitschaft zu nichtelektoraler politischer Partizipation, OLS-Regression (Angaben: standardisierte Regressionskoeffizienten) 2002, alle Befragten

	Bürgerinitiative	Demonstration	Unterstützung einer Partei suchen
Alter ¹	-0,199 ^c	-0,269 ^c	-0,185 ^c
Bildung	0,076 ^c	0,112 ^c	0,020
Geschlecht	0,010	-0,001	0,039 ^a
politisches Interesse	0,116 ^c	0,099 ^c	0,048 ^a
Stärke PID	0,043 ^a	0,018	0,139 ^c
internal Efficacy	0,271 ^c	0,202 ^c	0,205 ^c
external Efficacy	0,021	0,004	0,100 ^c
Wissen	0,013	0,050 ^b	0,014
Lesen Politikteil in lokalen/regionalen Zeitungen	0,027	-0,016	0,031
Lesen Politikteil in überregionalen Zeitungen	-0,012	-0,002	0,001
Nachrichten im öffentlichen rechtlichen TV	-0,016	-0,015	-0,011
Nachrichten im privaten TV	-0,021	-0,026	0,022
politische Internetnutzung	0,020	0,047 ^a	0,041 ^a
R ²	0,210	0,227	0,163
N	2864	2856	2827

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant

¹ Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 57!

Quelle: DFG-Studie 2002

Auch dieses Modell wird, analog zum Vorgehen bei der Wahlbeteiligung, noch einmal mit den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für die politische Internetnutzung berechnet. Es zeigen sich in Tabelle 80 dadurch deutliche Verschiebungen in der Bedeutung der exogenen Variablen für die Erklärung der drei Partizipationsformen. Die Variable Wissen sowie die klassische Mediennutzung gewinnt an Bedeutung, die politische Internetnutzung verliert ihren signifikanten Einfluss. Dies legt die Interpretation nahe, dass die Variable politische Internetnutzung im ersten Modell nicht deshalb signifikant war, weil sie in einem direkten kausalen Bezug zur Beteiligungsbereitschaft steht, sondern weil sie ein Indikator für andere beteiligungsfördernde Merkmale ist.

Tabelle 80: Bestimmungsfaktoren der Bereitschaft zu nichtelektoraler politischer Partizipation, OLS-Regression (Angaben: standardisierte Regressionskoeffizienten) 2002, alle Befragten, vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der politischen Internetnutzung

	Bürgerinitiative	Demonstration	Unterstützung einer Partei suchen
Alter ¹	-0,165 ^c	-0,254 ^c	-0,148 ^c
Bildung	0,086 ^c	0,117 ^c	0,028
Geschlecht	0,024	0,013	0,034
politisches Interesse	0,101 ^c	0,117 ^c	0,060 ^b
Stärke PID	0,047 ^a	0,020	0,135 ^c
internal Efficacy	0,257 ^c	0,196 ^c	0,187 ^c
external Efficacy	0,021	0,006	0,090 ^c
Wissen	0,038 ^a	0,064 ^c	0,029
Lesen Politikteil in lokalen/regionalen Zeitungen	0,037 ^a	-0,006	0,052 ^b
Lesen Politikteil in überregionalen Zeitungen	-0,025	0,003	0,004
Nachrichten im öffentlichen TV	-0,011	0,001	-0,029
Nachrichten im privaten TV vorhergesagte	-0,039 ^a	-0,060 ^c	-0,016
Wahrscheinlichkeit der politischen Internetnutzung	0,011	-0,022	0,030
R ²	0,190	0,229	0,154
N	2854	2848	2816

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

¹ Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 57!

Quelle: DFG-Studie 2002

Betrachtet man nur die Internetnutzer, sinkt bezüglich nichtelektoraler Partizipationsbereitschaft die Erklärungskraft der multivariaten Modelle deutlich. Das Alter verliert als Erklärungsvariable an Bedeutung, weil die Internetnutzer diesbezüglich eine viel homogenere Grundgesamtheit darstellen. Bei den beiden Modellen, in denen die politische Internetnutzung signifikant ist (Demonstrationen und Unterstützung einer Partei suchen), verlieren offenbar die klassischen Einflussvariablen politisches Interesse und internal Efficacy an Erklärungskraft, weil ein Teil der durch sie erfassten Einstellungen nun durch politische Internetnutzung aufgegriffen wird. Ähnlich wie bei der elektoralen Partizipation legen die Daten auch hier eher die Vermutung nahe, dass die politische Internetnutzung nicht ursächlich für eine gesteigerte Beteiligungsbereitschaft ist, sondern als Indikator für Einstellungen und Verhaltensdispositionen steht, die zum Teil auch in den klassischen Erklärungsvariablen enthalten sind, zum Teil von diesen jedoch nicht vollständig adäquat erfasst werden. Das Modell für die Internetnutzer aus dem Online-Access-Panel in Tabelle 82 gibt ebenfalls keinen Anlass, von einer relevanten Wirkung politischer Onlinenutzung für die nichtelektorale Partizipation auszugehen. Insgesamt lässt sich ihre Partizipationsbe-

reitschaft, insbesondere die Bereitschaft, an Demonstrationen teilzunehmen, bei den online Befragten nur schlecht erklären. Es zeigen sich jedoch im Prinzip die gleichen Erklärungsmuster wie bei den bevölkerungsrepräsentativen Daten. Auf nichtelektrale Partizipation generell hat die internal Efficacy einen positiven Effekt, mit Demonstrationsbereitschaft ist das Alter in negativer Form verknüpft, und für die Suche nach Unterstützung bei einer Partei ist eine Parteiidentifikation sowie hohe external Efficacy förderlich. Politische Internetnutzung hat in keinem Fall einen signifikanten Effekt.

Tabelle 81: Bestimmungsfaktoren der Bereitschaft zu nichtelektraler politischer Partizipation, OLS-Regression (Angaben: standardisierte Regressionskoeffizienten) 2002, nur Internetnutzer

	Bürgerinitiative	Demonstration	Unterstützung einer Partei suchen
Alter ¹	-0,045	-0,167 ^c	-0,043
Bildung	0,046	0,090 ^b	-0,054
Geschlecht	0,060	0,063	0,070 ^a
politisches Interesse	0,131 ^b	0,098 ^a	0,032
Stärke PID	0,044	0,011	0,115 ^b
internal Efficacy	0,147 ^c	0,124 ^b	0,135 ^b
external Efficacy	0,012	-0,003	0,115 ^b
Wissen	0,055	0,089 ^b	0,087 ^a
Lesen Politikteil in lokalen/regionalen Zeitungen	0,028	-0,004	0,035
Lesen Politikteil in überregionalen Zeitungen	0,001	0,008	-0,028
Nachrichten im öffentlichen/rechtlichen TV	-0,038	-0,029	-0,041
Nachrichten im privaten TV	-0,066 ^a	-0,089 ^b	-0,059
politische Internetnutzung	0,039	0,092 ^b	0,067 ^a
R ²	0,083	0,110	0,084
N	928	929	911

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant

¹ Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 57!

Quelle: DFG-Studie 2002

Tabelle 82: Bestimmungsfaktoren der Bereitschaft zu nichtelektoraler politischer Partizipation, OLS-Regression (Angaben: standardisierte Regressionskoeffizienten), 2002, Online-Access-Panel

	Bürgerinitiative	Demonstration	Unterstützung einer Partei suchen
Alter ¹	0,029	-0,114 ^b	0,003
Bildung	0,020	0,096 ^b	0,003
Geschlecht	0,021	0,038	0,010
politisches Interesse	0,031	-0,008	0,028
Stärke PID	-0,006	0,036	0,099 ^b
internal Efficacy	0,235 ^c	0,078 ^a	0,170 ^c
external Efficacy	0,054	0,012	0,204 ^c
Wissen	-0,010	0,028	0,010
Lesen Politikteil in lokalen/regionalen Zeitungen	0,035	0,044	0,045
Lesen Politikteil in überregionalen Zeitungen	0,010	0,041	0,059
Nachrichten im öffentlich-rechtlichen TV	-0,001	0,031	-0,019
Nachrichten im privaten TV	-0,034	-0,001	-0,064
politische Internetnutzung	-0,041	0,037	-0,010
R ²	0,068	0,036	0,126
N	1000	996	1001

Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001, n.s. = nicht signifikant

¹ Zur Codierung der Variablen siehe Tabelle 57!

Quelle: Online-Access-Panel 2002

6.3 Die Akzeptanz von Onlinewahlen

6.3.1 Varianten von Onlinewahlen

Die Idee, Onlinewahlen bzw. -abstimmungen durchzuführen, ist nicht erst mit dem Internet entstanden. Bereits in der Diskussion um eine Kabeldemokratie in den 1970er Jahren kursierte die Vision, den Rückkanal des Kabelsystems für Abstimmungen und Wahlen zu nutzen. Eine Umsetzung dieser Pläne scheiterte jedoch daran, dass der geplante Rückkanal nie technisch realisiert wurde (Hagen 1996: 67). Mit der Entstehung des Internets rückte die Verwirklichung von Onlinewahlen in greifbare Nähe. Der Wunsch nach einer Vereinfachung der Stimmabgabe durch das Internet liegt angesichts der zahlreichen Junk-Polls, die auf den unterschiedlichsten Webseiten angeboten werden, auf den ersten Blick nahe. Bei staatlichen Wahlen, um die es hier ausschließlich geht, wirft eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Thema jedoch zahlreiche Fragen auf. Wie die Diskussion der rechtlichen und technischen Anforderungen an politische Onlinewahlen im Abschnitt 6.3.2 zeigen wird, handelt es sich keineswegs um ein triviales Umsetzen des herkömmlichen Wahlverfahrens in die virtuelle Umgebung. Insofern erklärt sich auch die Zurückhaltung, die bisher auf nationaler wie auch internationaler Ebene hinsichtlich der Realisierung von politischen Onlinewahlen zu beobachten ist.

Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung von internetgestützten Wahlen gibt es eine nahezu unbegrenzte Vielfalt an Möglichkeiten. Grundsätzlich zu unterscheiden sind Internetpräsenzwahlen, Kiosk-Internetwahlen und Internetfernwahlen (Neymanns 2002: 26), die sich vor allem danach differenzieren lassen, inwieweit die Stimmabgabe vom öffentlichen in den privaten Raum verschoben wird. Bei Internetpräsenzwahlen findet die Stimmabgabe weiterhin im Wahllokal statt, allerdings nicht auf einem herkömmlichen Papierstimmzettel, sondern an einem mit dem Internet verbundenen Computer. Die Vorteile einer solchen Internetpräsenzwahl liegen vor allem in der Beschleunigung der Stimmenauszählung, sie bietet aber auch mehr Flexibilität für die Wähler, da diese wegen der durch die Vernetzung ortsunabhängigen Kontrolle über die Wählerregister nicht mehr an ihr „Heimwahllokal“ gebunden wären, sondern in jedem beliebigen Wahllokal ihre Stimme abgeben könnten. Die Stimmabgabe fände dabei wie bisher im öffentlichen Raum statt und wäre hinsichtlich des Grundsatzes der geheimen Wahl unproblematisch. Auch bestünde die staat-

liche Kontrolle über die Konfigurationen und Sicherheitseinstellungen der PCs, die zur Stimmabgabe genutzt werden. Bei der Kiosk-Internetwahl dagegen würden Wahlterminals an öffentlichen Orten wie z.B. Bibliotheken, aber auch in Bahnhöfen oder in Supermärkten, also außerhalb des staatlich geschützten Raums aufgestellt. Zumeist ist allerdings, wenn von Internetwahlen die Rede ist, eine Internetfernwahl gemeint. Bei einer solchen könnten die Wähler von jedem beliebigen PC mit Internetanschluss, z.B. zu Hause oder am Arbeitsplatz, ihre Stimme abgeben. Alternativ zum PC sind auch mobile Endgeräte wie Handys zur Stimmenübermittlung vorstellbar und werden in Pilotprojekten bereits eingesetzt. Damit wäre der Vorgang der Stimmabgabe dem öffentlichen Raum gänzlich entzogen.

Diese grundlegenden Onlinewahl-Modelle sind weiter dahingehend zu unterscheiden, ob sie ergänzend oder anstatt der herkömmlichen Art der Stimmabgabe eingesetzt werden. Alle Pilotversuche bei politischen Wahlen boten bisher die Möglichkeit der Internetwahl als Ergänzung zur herkömmlichen Stimmabgabe im Wahllokal an. Während eine rein über Computer ausführbare Internetpräsenzwahl bei entsprechend einfacher Gestaltung der Stimmabgabe, z.B. mittels Touch Screen, noch vorstellbar ist, so kann eine ausschließliche Internetfernwahl derzeit angesichts der erheblichen Menge an Offlinern unter den Wahlberechtigten keine Option sein. Über diese grundsätzlich unterschiedlichen Typen von Onlinewahlen hinaus existiert eine Vielzahl anderer Variablen in der konkreten Ausgestaltung. Dies machen sowohl die nachfolgenden Erläuterungen zu den technischen Erfordernissen von Internetwahlen als auch die die in Abschnitt 6.3.3 vorgestellten Pilotprojekte deutlich. Zuvor soll jedoch in Abschnitt 6.3.2.1 auf die rechtliche Zulässigkeit von Onlinewahlen eingegangen werden.

6.3.2 Die Kontroverse um unterschiedliche Onlinewahl-Modelle

6.3.2.1 Argumente für Onlinewahlen

Ausgangspunkt für die Diskussion um Onlinewahlen ist zumeist die Feststellung, dass die Wahlbeteiligung auf allen politischen Ebenen sinkt (Goerdeler 2007: 392). Im Besonderen trifft dies auf die so genannten „second-order-elections“ (Reif et al. 1980), also Kommunal-, Landtags- und Europawahlen zu. Bei letzteren lag die Wahlbeteiligung 2009 in Deutschland bei lediglich 43,3 Prozent, aber auch bei Land-

tagswahlen erreicht sie inzwischen häufig nicht einmal mehr 60 Prozent. 2006 gaben in Sachsen-Anhalt bei der Landtagswahl beispielsweise nur noch 44,4 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Die Gründe dafür sind vielfältig und an anderer Stelle umfassend diskutiert worden (Eilfort 1994, Kleinhenz 1995, Steinbrecher et al. 2007). In der deutschen Wahlforschung werden vor allem motivationale Defizite angeführt, die auf generelles Desinteresse an Politik oder auf Unzufriedenheit mit der Politik zurückzuführen sind. Organisatorische Hürden und Hemmnisse bei der Stimmabgabe spielen in dieser Diskussion eine untergeordnete Rolle. Der Anstieg der Briefwähler¹⁹ deutet jedoch darauf hin, dass die Bürger ihre Stimme zeitlich und geographisch flexibler abgeben wollen bzw. müssen. Ob dahinter berufliche Zwänge oder lediglich der Wunsch nach weniger Einschränkungen der Freizeitgestaltung stehen, sei dahingestellt. Der zunehmenden Mobilität der Bürger, so ist jedenfalls zu erwarten, käme die Möglichkeit der Online-Stimmabgabe entgegen, sodass dadurch die Zahl derer, die aufgrund der äußeren Umstände nicht zur Wahl gehen, gesenkt werden könnte (Goerdeler 2007: 392, Neymanns 2002: 32, Rüß 2002: 41).

Ein weiteres Argument für Onlinewahlen hängt ebenfalls mit der gestiegenen Mobilität vieler Bürger und der geringeren Bereitschaft auf Freizeitverzicht zusammen. Für die Kommunen wird es zunehmend schwieriger, genügend ehrenamtliche Wahlhelfer zu finden. Rüß argumentiert, dass eine „schnelle Auszählung im Wahllokal durch moderne Verfahren und eine Vereinfachung des aufwändigen Briefwahlverfahrens [...] dazu beitragen [könnte], die Bereitschaft der Bürger zum Engagement wieder zu steigern.“ (Rüß 2002: 42). Unklar ist, ob sich durch bestimmte Onlinewahl-Varianten die Zahl der benötigten ehrenamtlichen Helfer reduzieren lässt, z.B. durch die Einsparung an Wahllokalen. Es gilt jedoch auch zu bedenken, dass wahrscheinlich mehr Experten eingesetzt werden müssten, was wiederum die Kosten in die Höhe treiben könnte (siehe zur Wirtschaftlichkeit von Onlinewahlen Abschnitt 6.3.2.4).

Neymanns gibt zu bedenken, dass auch Papierwahlen fehleranfällig seien (2002: 30). Unkenntnis der Wähler führt z.B. dazu, dass Wähler versehentlich ungültig wählen. Durch Stimmabgabe am Computer könnte dies weitgehend ausgeschlossen werden, z.B. durch eine Warnmeldung, wenn die Anzahl der vergebenen Stimmen überschritten wird. Auch die Auszählung von Hand ist mit einiger Wahrscheinlichkeit

¹⁹ Von 1990 bis 2005 stieg der Anteil der Briefwähler bei Bundestagswahlen von 9,4 auf 18,6 Prozent an (URL: <http://www.wahlrecht.de/lexikon/briefwahl.html>, Stand: 13.7.2009).

einer planmäßig funktionierenden maschinellen Auszählung, was die Fehleranfälligkeit angeht, unterlegen. So sind Auszählungsfehler in einzelnen Wahllokalen zwar in der Regel von geringer Tragweite, sie sind jedoch auch kaum zu entdecken (Otten 2002: 73).

Schließlich ist noch die Geschwindigkeit der Stimmenauszählung zu nennen. Besonders bei komplizierteren Wahlverfahren, die das Kumulieren und Panaschieren erlauben, verstreichen bei einer Auszählung von Hand manchmal mehrere Tage bis das endgültige amtliche Ergebnis vorliegt.

6.3.2.2 Die Gewährleistung der Wahlrechtsgrundsätze

Die Wahlrechtsgrundsätze sind in Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG niedergelegt. Demnach sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen. Näheres regelt das Bundeswahlgesetz. Nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG gelten die Wahlrechtsgrundsätze auch für die Volksvertretungen in den Ländern, Kreisen und Gemeinden. Wenngleich die Gesetzeslage im Falle von Pilotversuchen gegebenenfalls gesondert für die jeweilige Wahlebene geprüft werden muss, so sind die verfassungsrechtlich festgelegten Wahlrechtsgrundsätze in jedem Falle einzuhalten.

Die Verfassungskonformität von Onlinewahlen hängt von der konkreten Ausgestaltung ab, also davon, ob es sich um eine ausschließliche Internetfernwahl, um eine Internetfernwahl in Ergänzung zu herkömmlichen Wahlverfahren oder um eine internetbasierte Präsenzwahl handelt. Eine ausführliche Analyse der rechtlichen Zulässigkeit von Onlinewahlen auf Basis der derzeitigen Gesetzeslage liefert Hanßmann (2004). Im Folgenden sollen ihre Ergebnisse kurz zusammengefasst werden.

Allgemeinheit der Wahl

Der Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl richtet sich zum einen gegen einen unrechtmäßigen Ausschluss einzelner Staatsbürger von der Wahl, zum anderen leitet sich daraus die Pflicht des Staates ab, organisatorisch zu gewährleisten, dass alle wahlberechtigten Bürger an der Wahl teilnehmen können. In Bezug auf Onlinewahlen ist hier der Internetzugang, aber auch die faktische Internetnutzung bzw. die Kompetenz zur Nutzung eine relevante Größe. Eine ausschließliche Internetfernwahl verstößt allein deshalb gegen den Grundsatz der Allgemeinheit, weil Nichtnutzer von der

Wahl ausgeschlossen würden. Die ergänzende Internetfernwahl könnte hingegen die Allgemeinheit der Wahl, z.B. durch eine leichtere Stimmabgabe für im Ausland lebende Deutsche, sogar verbessern. Umstritten ist allerdings, ob es dem Allgemeingrundsatz entgegensteht, wenn nur einem Teil der Bevölkerung, nämlich den Internetnutzern, neben der Präsenz- bzw. Briefwahl eine zusätzliche Art der Stimmabgabe zur Verfügung steht, insbesondere deshalb, weil die Internetnutzung einer soziodemographischen Verzerrung unterliegt. Hanßmann kommt jedoch zu dem Schluss, dass eine ergänzende Internetfernwahl mit dem Grundsatz der allgemeinen Wahl durchaus vereinbar ist (Hanssmann 2004: 125). Durch die Möglichkeit der Stimmabgabe im Wahllokal sei bereits gewährleistet, dass alle Bürger ihre Stimme abgeben können. Mit Blick auf die Briefwahl urteilt Hanßmann: „Auch die Inanspruchnahme der Briefwahl ist zudem nach der bisherigen gesetzlichen Regelung nicht allen Wahlberechtigten, sondern nur denjenigen gestattet, die Gründe glaubhaft machen können, die sie an einer Stimmabgabe im Wahllokal hindern. Ist jedoch eine Regelung bei der aus rechtlichen Gründen nicht alle Wahlberechtigten die Möglichkeit haben, ihre Stimme per Brief abzugeben, verfassungsgemäß, so kann eine Konzeption nach der tatsächlich nicht alle Wahlberechtigten die zusätzliche Möglichkeit haben, ihre Stimme über das Internet abzugeben, ebenfalls nicht gegen den Grundsatz der allgemeinen Wahl verstoßen. Allein die Tatsache, dass es nicht wünschenswert erscheint, faktisch nur einem Teil der Wahlberechtigten eine zusätzliche Wahlmöglichkeit einzuräumen, stellt daher noch keine Beeinträchtigung des Prinzips der Allgemeinheit der Wahl dar.“ (Hanßmann 2004: 121). Auch im Falle einer Internetpräsenzwahl wäre die Allgemeinheit der Wahl nicht in Gefahr, vorausgesetzt, die Stimmabgabe ist hinreichend einfach gestaltet. Die größere Flexibilität durch die Möglichkeit, auch in einem anderen als dem „Heimatwahllokal“ zu wählen, komme der Allgemeinheit der Wahl sogar entgegen (Hanßmann 2004: 128).

Unmittelbarkeit der Wahl

Zweck dieses Wahlrechtsgrundsatzes ist es, den direkten Einfluss des Volkes auf die Wahl seiner Vertreter, ohne Zwischenschaltung weiterer Instanzen wie z.B. eines Wahlmännergremiums, zu gewährleisten. Hinsichtlich der Unmittelbarkeit von Internetwahlen liegen, so Hanßmann (2004: 137), keine rechtlichen Bedenken vor.

Freiheit der Wahl

Der Grundsatz der freien Wahl hängt eng mit dem der geheimen Stimmabgabe zusammen, die unten noch näher erörtert wird. Der Wähler soll frei von Druck und Zwang, sowohl von staatlicher Seite als auch von privaten Dritten, seine Stimme abgeben können. Im privaten Raum ist die geheime, und damit verbunden auch die freie, von privaten Dritten unbeobachtete Stimmabgabe von staatlicher Seite nicht mehr zu gewährleisten. Sie ist vielmehr, wie bei der Briefwahl auch, in die Hände des Wählers selbst gelegt. Zur Briefwahl urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass sich hier die Grundsätze der allgemeinen und der freien bzw. geheimen Wahl gegenüber stünden. Zugunsten der Allgemeinheit der Wahl, der durch die Briefwahl besonders Rechnung getragen werde, so das Bundesverfassungsgericht in seinen Urteilen von 1967 und 1981, seien Abstriche bei der staatlichen Gewährleistung der freien und geheimen Stimmabgabe zulässig. Die Bedingung in diesen Urteilen war jedoch, dass die Briefwahl eine Ausnahme von der Präsenzwahl bleibe, die nur durch einen zulässigen Verhinderungsgrund zu rechtfertigen sei. Zudem wies das Gericht darauf hin, dass jeder Briefwähler eine eidesstattliche Versicherung abzugeben habe, in der er bestätigt, den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet zu haben (BVerfGE 21, 200). Für die Ausgestaltung einer Internetfernwahl, so urteilte Hanßmann 2004, mache diese Rechtslage demnach das Vorliegen eines Verhinderungsgrundes und einer eidesstattlichen Versicherung notwendig. Eine solche könnte mittels qualifizierter elektronischer Signatur übermittelt werden (Hanßmann 2004: 144). Seit der Bundestag am 24. Januar 2008 das Bundeswahlgesetz geändert hat, indem er die Briefwahl nun auch ohne besondere Gründe zulässt, fällt das Glaubhaftmachen eines zulässigen Verhinderungsgrundes weg (Deutscher Bundestag 2008).

Ihm Rahmen der Diskussion um den Freiheitsgrundsatz bei Onlinewahlen weist Hanßmann darauf hin, dass auch bei dieser Art der Stimmabgabe die Möglichkeit gegeben sein müsse, eine ungültige Stimme abzugeben. Sie plädiert dafür, keinen Button für „ungültig“ anzubieten, weil ein solcher vielleicht die Wähler zur ungültigen Wahl animieren könnte. Besser sei es, technisch zu gewährleisten, dass der Wähler auch bei einem Online-Stimmzettel keinen oder zu viele Wahlvorschläge ankreuzen und somit ungültig wählen kann. Vor dem Abschicken sollte eine Warnung erscheinen, die ungewollte ungültige Stimmen verhindern würde. Letztlich müsse aber

trotz Warnung eine ungültige Stimme abgeschickt werden können (Hanßmann 2004: 148).

Gleichheit der Wahl

Gleiches Stimmgewicht für jeden Wähler bedeutet insbesondere, dass jeder Wähler nur einmal abstimmen darf. Im Zusammenhang mit einer ergänzenden Internetfernwahl muss vor allem verhindert werden, dass ein Wähler mehrmals online oder sowohl online als auch im Wahllokal wählt. Ersteres ist durch eine Authentifizierung der Wähler technisch zu gewährleisten. Zweites ist nicht ganz unproblematisch, weil auch für Internetwähler, z.B. im Falle eines Scheiterns der Online-Stimmabgabe in Folge technischer Schwierigkeiten, die Möglichkeit bestehen sollte, trotzdem im Wahllokal abzustimmen. Dies macht ein Online-Wählerverzeichnis nötig, in dem registriert wird, ob ein Wähler seine Stimme bereits online abgegeben hat. Wenn die Online-Stimmabgabe auch am Wahltag noch möglich sein soll, müssten die Wahllokale vernetzt sein und in Echtzeit auf dieses Online-Wählerverzeichnis zugreifen können. Bei bisherigen Pilotversuchen zur Internetfernwahl endete die Online-Wahlperiode jedoch zum Teil vor dem eigentlichen Wahltag, was dieses Problem entschärft. Die Möglichkeit der Stimmabgabe auch noch am Wahltag wird jedoch als Vorteil von Internetwahlen gegenüber der Briefwahl angeführt, die wegen der postalischen Zustellung, die im Falle von Auslandsdeutschen erhebliche Zeit in Anspruch nehmen kann, deutlich vor dem Wahltag endet.

Die Gleichheit der Stimmen ist bei Internetwahl-Verfahren jedoch noch aus einem weiteren Grund gefährdet. Bei der Übertragung der Stimmen könnten Manipulationen vorgenommen werden, die kaum nachweisbar sind. Zwar ist es möglich, mit Hilfe akkreditierter elektronischer Signaturen die Sicherheit deutlich zu erhöhen, gänzlich ausschließen wird man technische Manipulation aber nie können.

Neben der bisher diskutierten Gleichheit der Stimmen umfasst der Grundsatz der gleichen Wahl auch die Gleichbehandlung der Wahlbewerber. Zu vermeiden ist, dass nicht alle Wahlvorschläge auf dem Bildschirm zu sehen sind, sondern einige erst durch scrollen erscheinen. Aufgrund unterschiedlicher Bildschirmgrößen und Darstellungsoptionen der Nutzer und der Größe der Stimmzettel bei einigen Wahlen ist dies keine triviale Anforderung. Zudem muss gewährleistet werden, dass die Darstellung der Online-Stimmzettel der von Papierstimmzetteln möglichst nahe kommt.

Allerdings haben auch Papierstimmzettel ihre Grenzen, wie z.B. die Stimmzettel bei bayerischen Kommunalwahlen immer wieder zeigen. Eine geschickte Online-Darstellung könnte hier dem Wähler sogar einen besseren Überblick verschaffen.

Wahlgeheimnis

Wie bereits bei der Diskussion des Freiheitsgrundsatzes deutlich wurde, hängen die Grundsätze der freien und der geheimen Wahl eng zusammen. Sinn und Zweck der geheimen Stimmabgabe besteht darin, den Wählern eine Stimmabgabe frei von jeglicher Manipulation, also sowohl von staatlicher als auch von sonstiger, privater Seite, abzugeben. Die geheime Wahl dient dazu, die freie Wahl zu sichern (Buchstein 2002: 58). Hanßmann weist darauf hin, dass es dabei nicht nur um ein „subjektives Recht“ (Hanßmann 2004: 165) des Bürgers gehe, sondern dass die geheime Wahl auch eine „objektiv-rechtliche Dimension“ (Hanßmann 2004: 165) besitze. Damit ist gemeint, dass die Wähler nicht nur geheim wählen dürfen, sondern, dass sie auch geheim wählen müssen (vgl. auch Buchstein 2002: 60). Der Staat verpflichtet sie dazu, um Manipulationen wie Stimmenkauf zu verhindern, der ja nur rational ist, wenn der „Käufer“ die Wahlentscheidung beobachten bzw. anderweitig überprüfen kann. „Die Verfassungsmäßigkeit von Internetwahlen im Hinblick auf den Grundsatz der freien Wahl erfordert daher, dass der Staat das Wahlverfahren derart gestaltet, dass eine Kenntnisnahme oder spätere Rekonstruktion der einzelnen Wahlentscheidungen unmöglich ist.“ (Hanßmann 2004: 166). Der Staat hat das Wahlgeheimnis also nicht nur während der Stimmabgabe selbst, sondern auch danach zu gewährleisten. Auch hieraus leiten sich für den Fall von Onlinewahlen besondere Anforderungen an Sicherheitsvorkehrungen ab, die die Übermittlung sowie die Speicherung der Stimmen betreffen.

Was die Zeitspanne der Stimmabgabe selbst angeht, ist die Internetpräsenzwahl im Hinblick auf die Geheimhaltung unproblematisch, da hier ebenso wie beim herkömmlichen Wahlverfahren im geschützten Raum des Wahllokals abgestimmt wird. Es gelte allerdings zum Beispiel zu verhindern, dass der nachfolgende Wähler den ausgefüllten Stimmzettel noch auf dem Bildschirm sieht (Hanßmann 2004: 167). Anders stellt sich die Situation bei Kiosk-Internetwahlen und vor allem bei Internetfernwahlen dar. Wie bereits mit Blick auf die Freiheit der Wahl deutlich wurde, kann der Staat die geheime Stimmabgabe im privaten Raum nicht gewährleisten. Sie wird

bei einer Wahl außerhalb des Wahllokals in die Hände des einzelnen Bürgers gelegt. Bezüglich der Briefwahl wurde der Trade-Off zwischen staatlicher Gewährleistung der geheimen Stimmabgabe und der Allgemeinheit der Wahl zugunsten letzterer entschieden – gebunden an gewisse Bedingungen wie das Vorliegen eines Verhinderungsgrundes und die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung. Hubertus Buchstein, der den Grundsatz der geheimen Wahl als rechtlich entscheidende Frage betrachtet, kommt für die Internetfernwahl zu dem Schluss, dass rein technisch die geheime Stimmabgabe nicht überzeugend sichergestellt werden kann (Buchstein 2002: 64f.). Sowohl von Befürwortern (Otten 2002: 83f.) als auch von Skeptikern wird relativ einmütig die Ansicht vertreten, dass Internetwahlen im privaten Raum derzeit den bestehenden Gesetzen nicht standhielten (Buchstein 2000). Allerdings führt Buchstein eine Reihe von mehr oder weniger plausiblen Argumenten an, die einen Verzicht auf die geheime Wahl rechtfertigen könnten (Buchstein 2002: 65ff.). Insbesondere seien heute die Wähler nicht mehr in die engen und repressiven sozialen Netzwerke eingebunden, die „im 19. Jahrhundert die geheime Wahl notwendig machten, um Wähler vor ihren Arbeitgebern, Pfarrern oder Honoratioren zu schützen“ (Buchstein 2002: 67). Mit diesem Argument, so Buchstein, ließe sich zumindest eine Lockerung rechtfertigen (Buchstein 2002: 67). Auch Kubicek et al. sind der Ansicht, in einer gefestigten Demokratie könne die Sorge für eine geheime Stimmabgabe in die Hände jedes einzelnen Bürgers gelegt werden. Dafür wären aber Gesetzesänderungen notwendig (Kubicek et al. 2002: 100).

Selbst wenn man davon ausgeht, dass der einzelne Bürger in der Lage ist, selbst dafür Sorge zu tragen, seine Stimme unbeeinflusst von Dritten abzugeben, stellt eine Internetfernwahl hohe sicherheitstechnische Anforderungen. Es sei zu gewährleisten, so Hanßmann, dass die Wahlentscheidung nicht lokal gespeichert werden kann. Durch entsprechende Sicherheitsvorkehrungen seien zudem technische Manipulationen weitestgehend auszuschließen, die ein Ausspähen der Wahlentscheidung ermöglichen (Hanßmann 2004: 168).

Weitere Anforderungen an Onlinewahlen

An die demokratische Qualität von politischen Wahlen sind besonders hohe Anforderungen geknüpft, die durch die im Artikel 38 Absatz 1 GG aufgestellten Wahlrechtsgrundsätze, Allgemeinheit, Unmittelbarkeit, Freiheit, Gleichheit und Geheim-

haltung, gewährleistet werden. Die hohen Erwartungen der Bürger an die demokratische Qualität von Wahlen zu enttäuschen, muss auf jeden Fall vermieden werden. Jede Einschränkung bzw. Verletzung eines Wahlrechtsgrundsatzes ist damit höchst bedenklich. Auch die politischen Entscheidungsträger betonen, dass das Sicherheitsniveau des konventionellen deutschen Wahlverfahrens zumindest erhalten bleiben muss und das Vertrauen der Bürger nicht aufs Spiel gesetzt werden darf (Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/6318).

Für Internetwahlen leiten sich aus diesen Überlegungen über die Besonderheit von politischen Wahlen weitere wichtige Anforderungen ab, die über die im Grundgesetz festgeschriebenen Wahlrechtsgrundsätze hinausgehen. So führt Hanßmann als ungeschriebenen Grundsatz die Öffentlichkeit der Wahl an. Daraus leitet sich ab, dass die Wahldurchführung so transparent wie möglich sein müsse, damit Kontrolle und gegebenenfalls eine Überprüfung durch die Öffentlichkeit stattfinden kann. Problematisch sind Internetwahlen jeglicher Art insofern, als ein erhebliches technisches Fachwissen erforderlich ist, um den Auszählungsvorgang zu kontrollieren. Vermutlich wäre nicht einmal den Wahlvorständen daher eine effektive Kontrolle möglich. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte die Bedeutung des Öffentlichkeitsgrundsatzes in einem Urteil vom März 2009, in dem es den Einsatz nicht-vernetzter Wahlcomputer bei der Bundestagswahl 2005 für verfassungswidrig erklärte. Rund zwei Millionen Wähler hatten in dieser Wahl ihre Stimmen per Wahlcomputer abgegeben. Die verwendeten Geräte der Firma Nedap ermöglichten es nicht, „dass die wesentlichen Schritte der Wahlhandlung und der Ergebnisermittlung vom Bürger zuverlässig und ohne besondere Sachkenntnis überprüft werden können.“ Es sei „verfassungsrechtlich zwar nicht zu beanstanden, dass Paragraph 35 Bundeswahlgesetz (BWG) den Einsatz von Wahlgeräten zulässt. Die Bundeswahlgeräteverordnung ist jedoch verfassungswidrig, weil sie nicht sicherstellt, dass nur solche Wahlgeräte zugelassen und verwendet werden, die den verfassungsrechtlichen Voraussetzungen des Grundsatzes der Öffentlichkeit genügen.“ (Bundesverfassungsgericht 2009). Damit habe

jedoch das Gericht Internetwahlen nicht etwa einen endgültigen Riegel vorgeschoben, so der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Vosskuhle (Spiegel Online 2009).²⁰

Ein weiterer Einwand gegen Internetwahlen hat ebenfalls mit dem Grundsatz der Öffentlichkeit zu tun. Für den größten Teil der Bürger ist die Wahlteilnahme die wichtigste, meist die einzige Form politischer Beteiligung. Sie wird in weiten, auch den ansonsten eher politikfernen, Teilen der Gesellschaft als Bürgerpflicht anerkannt. Gerade in der Bundesrepublik wird in der Wahlteilnahme vielfach nicht nur ein Instrument zur Auswahl der politischen Entscheidungsträger, sondern auch die Unterstützung der Demokratie ganz allgemein gesehen. Dies durch den Gang ins Wahllokal auch in der Öffentlichkeit zu zeigen, sei, so Neymanns eine wichtige Funktion von Wahlen (Neymanns 2002: 33). Er sieht die moralisch motivierte Beteiligung in Gefahr, wenn die Stimme am heimischen Computer abgegeben werden könnte. Der Symbolcharakter entfele, was die Erosion der Wahlnorm verstärken und die Wahlbeteiligung weiter senken könnte. Wenn die symbolische Bedeutung des Wahlaktes tatsächlich so hoch ist, wie Neymanns vermutet, sind Internetwahlen, unabhängig von ihrer technischen Realisierbarkeit, äußerst kritisch zu betrachten. Selbst wenn man auf die Möglichkeit der Wahl von privaten PCs verzichtet und weiterhin das Aufsuchen eines, dann allerdings beliebigen, Wahllokals vorschreibt, wäre der Symbolcharakter bereits eingeschränkt. Zwar fände die Wahlteilnahme weiterhin in der Öffentlichkeit statt, allerdings wäre zum Beispiel am Urlaubsort, wo man nicht Nachbarn und Bekannte im Wahllokal trifft, der expressive Charakter der Wahlteilnahme wie auch der soziale Druck deutlich eingeschränkt.

Doch auch, wenn man wie Kubicek et al. argumentiert, dass das Bild vom sonn-täglichen Gang der ganzen Familie zur Wahlurne bereits durch die Briefwahl erheblich bröckelt (Kubicek et al. 2002: 106), sind weitere kulturelle Aspekte wie die Einstellungen gegenüber Technik im Allgemeinen nicht zu vernachlässigen. Herrscht

²⁰ Besser geeignet, den Grundsatz der Öffentlichkeit zu wahren, ist z.B. das Verfahren des digitalen Wahlstiftes. Der Wähler macht mit diesem Stift, der mit einer kleinen Kamera und einem Mikroprozessor ausgestattet ist, sein Kreuz ganz ähnlich wie bei der herkömmlichen Stimmabgabe, auf einem Papierstimmzettel. Neben den von dem Stift elektronisch übermittelten Stimmen liegen daher zusätzlich noch die Papierstimmzettel vor, die für Stichproben oder Nachzählungen herangezogen werden können (siehe zum Verfahren des digitalen Wahlstifts Arzt-Mergemeier et al. 2007: 88ff.). Praktische Erfahrungen mit dem digitalen Wahlstift liegen jedoch bisher nicht vor, weil ein geplanter Einsatz zur Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg, bei dem allerdings keine internetbasierte Übermittlung stattgefunden hätte, an Sicherheitsbedenken des Verfassungsausschusses der Hansestadt scheiterte (URL: <http://www.heise.de/newsticker/Aus-fuer-den-digitalen-Wahlstift--/meldung/99089>, Stand: 10.7.2009).

eine weitreichende Skepsis gegenüber technischen Systemen und insbesondere der Wahl mittels Internet vor, und kommt es dann tatsächlich auch nur zu kleinen Pannen (wie sie ja auch bei konventionell durchgeführten Wahlen auftreten können), könnte die Institution Wahl und mit ihr das gesamte politische System einen erheblichen Vertrauensverlust erleiden.

6.3.2.3 Technische Erfordernisse und Möglichkeiten

Unabhängig von der Art der Internetwahl muss die technische Infrastruktur gewährleisten, dass

- trotz zuverlässiger Identifizierung/Authentifizierung der Wahlberechtigten die Anonymität der Stimmabgabe gewahrt bleibt,
- das gesamte System sicher vor Manipulation und Funktionsunfähigkeit geschützt wird,
- die Übermittlung der Stimmen sowie die Berechnung des Ergebnisses absolut zuverlässig und manipulationsfrei erfolgt und
- das Wahlergebnis jederzeit nachprüfbar ist.

Als weitere Bedingung, die insbesondere für die Akzeptanz von Onlinewahlen entscheidend sein könnte, wird angeführt, dass zumindest der interessierte Laie das System verstehen kann. Die technischen Details vorzustellen und zu beurteilen ist nicht Gegenstand dieser Arbeit, weshalb an dieser Stelle lediglich zusammenfassend die konkurrierenden Ansichten unterschiedlicher Experten angeführt werden.

Hinsichtlich der Realisierbarkeit eines sicheren Internetwahl-Systems gehen die Meinungen auch in der Fachöffentlichkeit auseinander. Dieter Otten, Entwickler der Internetwahl-Software i-vote, kommt zu dem Schluss, dass eine Internetwahl im Rahmen eines öffentlichen Wahlsystems, also von vernetzten Wahllokalen aus, sicherheitstechnisch „uneingeschränkt zu verantworten“ sei (Otten 2002: 82). Wesentlich skeptischer ist hingegen Wilm, der gerade das System i-vote, aber auch das Cybervote-System, das im Rahmen eines von 2000 bis 2003 von der EU geförderten Projektes entwickelt wurde, als ungeeignet für den Einsatz bei verbindlichen politischen Wahlen beurteilt (Wilm 2003).

Eine Internetfernwahl von privaten Computern aus sieht hingegen auch Dieter Otten skeptisch (Otten 2002: 83). Auf den Vorwurf, man dürfe nicht über das Internet wählen, weil das Netz grundsätzlich nicht sicher sei und man nicht wissen könne,

ob überhaupt ein Angriff geführt worden sei bzw. Stimmen gefälscht worden seien oder nicht, gibt Otten in einem Interview mit Sonja Weddeling für „Politik Digital“ jedoch Folgendes zu bedenken: „Wenn dieses Prinzip auf unsere herkömmlichen Wahlen angewendet wird, käme man schnell zu einem absurden Ergebnis: Gerade die letzten US-Präsidentschaftswahlen (2000, Anm. d. Verf.) waren besonders leicht zu fälschen und niemand kann ausschließen, dass Fälschungen stattfinden, die nie festgestellt werden oder an die Öffentlichkeit kommen. Also müsste man mit der Logik [...] fordern, das Wählen überhaupt zu untersagen, weil es zu gefährlich wäre.“ (Weddeling 2004).

Sietmann weist allerdings mit Recht darauf hin, „dass die derzeit äußerst kleinteilig strukturierten Stimmbezirke sowie die Öffentlichkeit der Auszählung systematische Wahlbetrügereien in großem Maßstab erschweren, weil das dazu notwendige konspirative Zusammenwirken vieler Beteiligten kaum zu verbergen wäre. Dagegen würden die wirtschaftlichen Effizienzvorteile von Internet-Abstimmungen nur bei einer größeren Zentralisierung zum Tragen kommen, und die wiederum ist anfälliger gegen Störungen oder gezielte Angriffe, etwa in Gestalt verteilter Denial-of-Service-Attacken, die auch von außerhalb der Landesgrenzen gestartet werden könnten.“ (Sietmann 2001).

Auch Grimm, der einen knappen, aber guten Überblick über die sicherheitstechnischen Gefahren bzw. ihre Lösungsmöglichkeiten gibt, kommt zu der Einschätzung, dass Internetfernwahlen derzeit nicht vertretbar wären. „Aber auch zentrale Lösungen in Wahlämtern und Wahllokalen sind gefährdet, da diese immer das bevorzugte Ziel von professionellen Angreifern sein werden.“ (Grimm 2001: 102) Um diese Risiken besser beurteilen zu können, plädiert er für Simulationsstudien bzw. für Schattenwahlen, in denen neben echten Wahlen, aber ohne Stimmgültigkeit Onlinewahl-Verfahren getestet werden könnten. Diese seien besser geeignet als Pilotversuche bei echten Wahlen, weil in ihnen „auch gezielte Angriffe mit extremen Konsequenzen wie Totalausfall, Vertrauensverlust oder kriminelle Fälschungen erprobt werden können.“ (Grimm 2001: 101f.).

6.3.2.4 Die Wirtschaftlichkeit von Onlinewahlen

Selbst wenn man die rechtlichen und sicherheitstechnischen Voraussetzungen als erfüllbar ansieht, gilt es vor der Einführung von Onlinewahlen zu prüfen, welche

Anforderungen sie an die Wahlorganisation stellen und wie sie unter ökonomischen Gesichtspunkten abschneiden. Ein grundlegendes Erfordernis für Internetwahlen von beliebigen Wahllokalen aus ist die Zugänglichkeit der Wählerverzeichnisse, die bisher von den Kommunen in unterschiedlicher Weise administriert werden. Falls ein bundesweites Wählerverzeichnis aus Datenschutzgründen nicht realisierbar sein sollte, müssten die weiterhin auf lokaler Ebene geführten Verzeichnisse zumindest anderen Gebietskörperschaften zugänglich gemacht werden, was allerdings als unwirtschaftliche Lösung betrachtet wird. Der notwendigen Vereinheitlichung der administrativen Vorgänge zur Wahlvorbereitung auf allen beteiligten Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) ist bisher allerdings wenig Beachtung geschenkt worden.

Zu diesem grundlegenden Problem kommt, dass die Wahlvorbereitung tendenziell aufwändiger wird: Die Einweisung der Wahlhelfer in die Wahlsoftware wird länger dauern und aufwändiger sein als bei herkömmlichen Wahlen (Kubicek et al. 2002: 101). Außerdem müssen Vorkehrungen für den Fall getroffen werden, dass technische Probleme auftreten. Diese reichen von Call-Centern bis hin zu mit Blaulicht ausgestatteten Einsatzfahrzeugen, die bei Bedarf Wahlcomputer austauschen oder reparieren (Kubicek et al. 2002: 101). Auch die Möglichkeit, kurzfristig auf das alte Wahlverfahren mit Papier und Stift umzustellen, sollte gegeben sein, falls auf die Schnelle unlösbare technische Probleme auftreten (2001: 102).

Das bisher Gesagte lässt an der Wirtschaftlichkeit von Onlinewahlen Zweifel aufkommen (siehe dazu Kubicek et al. 2002: 102f.). Die Kosten für Infrastruktur, Software und (zum Teil hoch qualifiziertes) Personal stehen einer schnelleren Ergebnisermittlung, mehr Bequemlichkeit und der umstrittenen Hoffnung auf eine Steigerung, zumindest aber Stabilisierung der Wahlbeteiligung gegenüber. Der ernüchternden ökonomischen Bilanz wird mit der Forderung nach einer engen Verzahnung von Onlinewahlen mit E-Government-Anwendungen begegnet, für die die technische Infrastruktur auch außerhalb des Wahltages genutzt werden könnte (Kubicek et al. 2002: 104). Mindestens genauso wichtig ist für die Verfechter von Internetwahlen der Hinweis auf die Prestigewirkung, die eine (in Teilen) online durchgeführte politische Wahl für den Technikstandort Deutschland hätte. Dieser konkurrierte schließlich zum Beispiel mit den USA, wo die umfassende Anwendung internetgestützter Wahlsysteme nur noch eine Frage der Zeit sei, so Otten (2002: 90).

6.3.3 Pilotprojekte

6.3.3.1 Vorbemerkung

Bis auf wenige Ausnahmen wie die nationale Parlamentswahl in Estland im März 2007, bei der 5,4 Prozent der Wähler ihre Stimme online abgaben, wurde selbst eine ergänzende Internetwahl, die ähnlich der Briefwahl zusätzlich zum herkömmlichen Wahlverfahren angeboten wird, bei politischen Wahlen zur Auswahl von Repräsentanten auf verschiedenen staatlichen Ebenen bisher höchstens als Pilotprojekt, z.B. in einzelnen Wahlkreisen, getestet. So beispielsweise bei den britischen Kommunalwahlen 2002, 2003 und 2007.

Als Spielwiese für die Erprobung von Onlinewahl-Verfahren bieten sich zunächst vor allem nicht-parlamentarische bzw. nicht-staatliche Wahlen an, da hier einerseits die rechtlichen Anforderungen niedriger sind, und andererseits der Kreis der Wahlberechtigten oft wesentlich kleiner und eingegrenzter ist, sodass zum Beispiel dessen technische Ausstattung besser kontrolliert bzw. gewährleistet werden kann. Die nicht-staatlichen Onlinewahl-Projekte, die bisher die größte Aufmerksamkeit erzielt haben, sind im internationalen Bereich die Vorwahl der Demokratischen Partei in Arizona und die ICANN-Vorstandswahlen²¹, die beide im Jahr 2000 stattfanden. Die Erfahrungen aus diesen Pilotprojekten sind an anderer Stelle ausführlich dargelegt worden (Lange 2002, Ahlert 2003). Im folgenden Abschnitt sollen daher die Entwicklungen in drei Ländern nachgezeichnet werden, die interessante Erfahrungen mit Onlinewahlen im staatlichen Bereich gesammelt haben: Estland, die Schweiz und Großbritannien. Anschließend werden die bisherigen Erfahrungen mit Pilotprojekten in der Bundesrepublik dargestellt, die sich sämtlich auf nicht-parlamentarische Wahlen beziehen.

6.3.3.2 Estland

Estland ist bisher das einzige Land, in dem eine ergänzende Internetfernwahl bei nationalen Parlamentswahlen durchgeführt wurde. Zentral im Onlinewahl-System Estlands ist der mit einem Chip ausgestattete Personalausweis (siehe dazu Madise et

²¹ ICANN steht für "Internet Corporation for Assigned Names and Numbers". Es handelt sich dabei um die Organisation, die das Namens- und Adresssystem des globalen Cyberspace steuert (siehe dazu Ahlert 2003).

al. 2006: 8ff.). Der Chip ermöglicht eine digitale Signatur, die nicht nur zur elektronischen Stimmabgabe, sondern auch für Verwaltungsakte wie die Steuererklärung, Transaktionen mit Versicherungen und für öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden kann (OSCE Election Assessment Mission Final Report 2007: 9). Einen derartigen Personalausweis zu besitzen, ist obligatorisch. Nach der entsprechenden Gesetzgebung 1999 und 2000 wurden 2002 die ersten signaturfähigen Personalausweise ausgegeben. Bis Ende 2006 hatten mehr als eine Million der 1,36 Millionen Esten einen signaturfähigen Personalausweis. Um die einer herkömmlichen Unterschrift rechtlich gleichgestellte elektronische Signatur leisten zu können, muss zusätzlich ein Card Reader vorhanden sein, der ca. 20 Euro kostet, von manchen Banken aber auch günstiger zur Verfügung gestellt wird (OSCE Election Assessment Mission Final Report 2007: 13).

2001 kündigte das estnische Justizministerium die Absicht an, Internetwahlen mit dem Ziel einzuführen, die Wahlbeteiligung, vor allem der jungen Wahlberechtigten, zu erhöhen sowie den Wahlvorgang bequemer und einfacher zu machen. 2002 verabschiedete das estnische Parlament ein neues Wahlgesetz, das Internetwahlen unter Verwendung der digitalen Signatur ermöglicht. (OSCE Election Assessment Mission Final Report 2007: 9). Eine Internetwahl-Projektgruppe wurde 2003 ins Leben gerufen. Nach Konsultationen von IT-Spezialisten aus der Privatwirtschaft sowie dem akademischen Bereich entstand im Januar 2004 ein „General Concept Paper“, das als Basis für eine Ausschreibung zur Entwicklung der Wahlsoftware diente. Diese gewann eine estnische Firma namens „Cybernetica AS“, die die Software schließlich entwickelte. Ein erster Test wurde anlässlich eines Referendums über die Platzierung eines Freiheitsmonuments in Tallinn durchgeführt. Es folgten die landesweiten Kommunalwahlen im Oktober 2005. 2007 hatten die Esten schließlich auch bei den nationalen Parlamentswahlen die Möglichkeit, ihre Stimme von jedem beliebigen PC aus online abzugeben. Damit fand in Estland die erste nationale Parlamentswahl statt, bei der auch per Internet von außerhalb der Wahllokale abgestimmt werden konnte.

Bemerkenswert ist die schnelle Umsetzung der Pläne in die Praxis, die wohl auch damit zu erklären ist, dass die Esten sich seit der Unabhängigkeit 1991 an fundamentale Reformen gewöhnt haben und innovativen Lösungen vergleichsweise offen gegenüber stehen (Madise et al. 2006: 4). Nicht alle im Parlament vertretenen

Parteien befürworteten die Einführung von Internetwahlen. Allerdings gab es nach dem ersten landesweiten Test bei den Kommunalwahlen 2005 offenbar wenig Kritik an der Durchführung. Differenzen, die auch zu einer Verfassungsklage führten, bestanden jedoch hinsichtlich der Frage, ob es mit dem Grundsatz der gleichen Wahl vereinbar sei, dass ein per Internet abgegebenes Votum vom Wähler während der Zeit, in der eine Onlinewahl möglich ist (sechs bis vier Tage vor der Wahl) beliebig oft geändert werden kann. Nur das letzte abgegebene Votum wird dann gezählt. Es besteht auch die Möglichkeit, nach der Online-Stimmabgabe trotzdem einen Papierstimmzettel in einem Wahllokal auszufüllen, wodurch die elektronische Stimmabgabe annulliert wird. Eine Wahl per Stimmzettel hat damit in jedem Fall Priorität. Das Argument für die Möglichkeit, ein elektronisches Votum zu verändern, ist der Schutz des einzelnen Wählers vor Manipulation durch Dritte. Zwar kann die Geheimhaltung der Stimmabgabe nicht staatlich garantiert werden, der Anreiz beispielsweise zum Stimmenkauf bzw. -verkauf wird allerdings dadurch vermindert, dass der Wähler seine Wahlentscheidung revidieren kann. Das Gericht bestätigte diese Rechtslage, indem es urteilte, dass die Gleichheit nicht verletzt werde, weil alle Wähler prinzipiell die Möglichkeit hätten, via Internet zu wählen (OSCE Election Assessment Mission Final Report 2007: 10). Bei den bisher in Estland durchgeführten Wahlen mit E-Voting-Option wurde die Anzahl der Wahllokale ebenso wenig verändert wie die Anzahl der Tage, an denen eine Stimmabgabe möglich ist. Eine Benachteiligung der konventionellen Wähler wird daher vom Verfassungsgericht nicht gesehen.

1,85 Prozent der Wähler (0,88 Prozent der Wahlberechtigten) machten bei den Kommunalwahlen im Oktober 2005 von der Möglichkeit der Internetfernwahl Gebrauch. Bei den nationalen Parlamentswahlen 2007 waren es 5,4 Prozent der Wähler (3,4 Prozent der Wahlberechtigten). Die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber E-Voting, die im Rahmen der Begleitforschung erhoben wurden, waren stets mehrheitlich positiv. Dies änderte sich auch nach der Umsetzung in die Praxis nicht. Die Umfragen (siehe Madise et al. 2006: 29ff.) zeigen, dass die generelle Zustimmung zur Möglichkeit der Online-Stimmabgabe zwischen 2004 und 2005 zugenommen hat. Mehr als 70 Prozent der Befragten befürworteten E-Voting. Danach gefragt, welche Wahlmethode sie selbst nutzen würden, antworteten 2004 noch 43 Prozent, dass sie ganz sicher im Wahllokal wählen würden, 2005 waren dies nur noch 28 Prozent. Sowohl die Akzeptanz als auch die tatsächliche Inanspruchnahme von E-Voting

hängen mit der formalen Bildung zusammen. In der Gruppe mit den niedrigsten Bildungsabschlüssen präferieren 29 Prozent E-Voting während dies 52 Prozent derjenigen in der höchsten Bildungsstufe tun. Auch hinsichtlich des Alters gab es den erwarteten Zusammenhang. Die Jüngeren bevorzugen überproportional eine Online-Stimmabgabe und haben bei den bisherigen Wahlen auch überproportional häufig davon Gebrauch gemacht. Beim Einkommen gibt es zwar keinen linearen Zusammenhang mit der Wahl via Internet, allerdings ist der Anteil der Internetwähler in der höchsten Einkommensstufe mit 12 Prozent mit Abstand am größten. Kaum Einfluss auf die Art und Weise der Stimmabgabe hat die Wohnortgröße. Eine Spaltung zwischen Stadt- und Landbevölkerung muss nach den bisherigen Beobachtungen nicht befürchtet werden. Was den Ort der Online-Stimmabgabe betrifft, so liegt der private PC bei weitem an der Spitze: Eine Mehrheit von 54 Prozent der Internetwähler wählte von zu Hause aus, 37 Prozent vom Arbeitsplatz aus, nur 9 Prozent nutzten andere Internetzugänge wie public access points oder Internet-Cafés.

Ein auch in Estland umstrittenes Motiv für die Einführung von Onlinewahlen ist die Steigerung der Wahlbeteiligung. Dazu stellt Madise in seinem Bericht über die estnischen Kommunalwahlen fest: „Estonian e-voting experience in 2005 reassures the hypothesis that e-voting does not raise the voting activity of people who never take part in elections, but it encourages the participation of voters who vote sometimes. Thus, e-voting slows down the trend of falling participation.“ (Madise et al. 2006: 40). Zu einem zwiespältigeren Ergebnis kommt eine Studie zu dieser Wahl von Breuer et al. für das Council of Europe (Breuer et al. 2006). Tabelle 83, die aus diesem Bericht entnommen wurde, zeigt, dass sich Internetwähler und „traditionelle“ Wähler hinsichtlich ihrer generellen Beteiligungsmuster nicht grundlegend unterscheiden. Die gleiche Analyse für die Parlamentswahl 2007 weist allerdings etwas größere Unterschiede auf „which could indicate a slight mobilization effect of e-voting“ (Trechsel 2007: 33). Zudem belegt die Studie für die Kommunalwahlen 2005, dass 67,9 Prozent der Internetwähler auf jeden Fall sowieso gewählt hätten und weitere 13,6 Prozent wahrscheinlich auch ohne Internetwahl gewählt hätten (Breuer et al. 2006). Das restliche knappe Fünftel der Befragten hätte ohne dieses Angebot (wahrscheinlich) nicht gewählt. Für die Wahlbeteiligung insgesamt macht dies aufgrund des geringen Anteils an Internetwählern in der Kommunalwahl 2005 ein Plus von lediglich 0,2 Prozentpunkten aus. Allerdings könnte der positive Effekt auf die

Wahlbeteiligung steigen, wenn die Stimmabgabe via Internet, zum Beispiel als Folge der Vertrautheit sowie von Erfahrungen mit der Technik der digitalen Signatur in anderen Bereichen, für weitere Bevölkerungskreise zur Option wird, so Breuer et al. (2006). Für die nationalen Parlamentswahlen 2007 kommt Trechsel zu einem sehr ähnlichen Ergebnis: Etwa zehn Prozent der Internetwähler hätten ohne die Möglichkeit der Onlinewahl nicht gewählt. Ohne Internetwahl wäre die Wahlbeteiligung um etwa 0,5 Prozentpunkte niedriger ausgefallen. „Should e-voting become more popular, however, and should this one-tenth of otherwise abstaining citizens turn out simply because e-voting was offered, the impact on turnout could become quite tangible.“ (Trechsel 2007: 5).

Tabelle 83: Generelle Häufigkeit der Wahlbeteiligung und Art der Stimmabgabe bei Kommunalwahlen 2005

Vote in 2005 ...	Frequency of usual political participation				total (% , n)
	in all elections	in some elections	from time to time	never	
at the polling place	77,6	18,0	3,5	0,9	100,0
by internet	70,2	24,4	4,8	0,6	100,0
total (n)	467	234	26	5	632

Quelle: Breuer et al. (2006)

Gewichtiger als die Steigerung der Wahlbeteiligung dürfte für die Einführung der Internetfernwahl in Estland jedoch das Argument gewesen sein, dass durch diese Anwendung das elektronische Signaturverfahren Vorschub erhält. 61 Prozent der Internetwähler benutzten ihre ID-Card bei den Kommunalwahlen 2005 zum ersten Mal für eine elektronische Signatur (Madise et al. 2006: 28). Da es keine Beschwerden gab, liegt der Schluss nahe, dass die Internetwähler das Verfahren als unkompliziert empfunden haben. Es ist somit wahrscheinlich, dass die erste estnische Internetwahl dazu beitrug, die Akzeptanz und die Nutzung der elektronischen Signatur auch für andere Anwendungen weiter zu erhöhen. Bereits die Steigerung des Anteils der Internetwähler bei der zweiten estnischen Internetwahl 2007 deutet darauf hin, dass sich die elektronische Unterschrift in den nächsten Jahren rasch verbreiten wird.

6.3.3.3 Schweiz

Die Schweiz ist das Land der direkten Demokratie schlechthin. In der theoretischen Diskussion wird häufig argumentiert, dass die Möglichkeit der Onlinewahl bzw. Online-Abstimmung direktdemokratische Elemente erst unter vertretbarem Aufwand

möglich macht. Wenngleich die Schweiz zeigt, dass direkte Demokratie auch mit den herkömmlichen Wahl- und Abstimmungsverfahren möglich ist, so hat die Einführung von Internetwahlen bzw. -abstimmungen für sie doch eine besondere Anziehungskraft. Je häufiger Wahlgänge sind, desto größer sind die erwarteten Kosteneinsparungen. Umso überraschender ist, dass in den schweizerischen Dokumenten das Kostenargument nicht an erster Stelle angeführt wird. Vielmehr wird die Einführung von Onlinewahlen vor allem deswegen gefordert, weil sie in einer immer mobileren Gesellschaft und bei stetiger Zunahme der stimmberechtigten Auslandsschweizer notwendig sei, um die breite Teilnahme und damit die Legitimation der Entscheidungen zu sichern (Klaus 2006).

Interessant ist die Erfahrung der Schweizer mit der Einführung der Briefwahl im Jahr 1995. Diese steigerte die Wahlbeteiligung um 20 Prozentpunkte und avancierte schnell zur dominierenden Form der Stimmabgabe²². Es bestehen also durchaus positive Erfahrungen der Schweizer mit Reformen der Wahladministration. Die Briefwahl ist, im Unterschied zur Rechtslage in Deutschland bis 2009, in der Schweiz voraussetzungslos und nicht als rechtfertigungsbedürftige Ausnahme von der Präsenzwahl konzipiert. Briefwahlunterlagen werden gleich mit der Wahlbenachrichtigung verschickt. Eine Steigerung der Wahlbeteiligung scheint für die Schweizer nicht das primäre Ziel von Online-Abstimmungen und -wahlen zu sein, die diesbezüglichen Erfahrungen mit der allgemeinen Möglichkeit zur Briefwahl sind der Einführung von Onlinewahlen jedoch sicher nicht abträglich.

Anders als in Deutschland ist das Wahlgeheimnis in der Schweiz nicht in der Verfassung verankert, allerdings ist seine Wahrung durchaus strafrechtlich geschützt. „In der Schweiz geht man davon aus, dass die Stimmberechtigten die Stimmzettel bei der brieflichen Stimmabgabe zu Hause im privaten Bereich ausfüllen, was genügend Schutz bietet. Diese Tatsache wirkt sich nun positiv auf die Akzeptanz von e-Voting aus. Denn für e-Voting wird ein Schutz des Stimmgeheimnisses angestrebt, der demjenigen der Praxis bei der brieflichen Stimmabgabe entspricht. Mit anderen Worten, das Ausfüllen des Stimmzettels am PC kann in Analogie zur brieflichen Stimmabgabe als genügend geschützt gelten, wenn es im privaten Bereich geschieht.“ (Braun et al. 2003: 15)

²² Website des Kantons Genf <http://www.geneve.ch/evoting/english/welcome.asp> (Stand: 13.7.2009)

Seit 2003 laufen in den schweizerischen Kantonen Zürich, Genf und Neuenburg Pilotprojekte zur Onlinewahl – dort als *vote electronique* bezeichnet – die durch die Bundeskanzlei, also die bundesstaatliche Ebene, begleitet werden. Das föderale System der Schweiz bringt es dabei mit sich, dass in den Kantonen unterschiedliche organisatorische Voraussetzungen für die konkrete Ausgestaltung von Onlinewahlen gegeben sind. Vor allem die Verfügbarkeit eines einheitlichen Wählerverzeichnisses spielt dabei eine wichtige Rolle. Ein solches existiert beispielsweise im Kanton Zürich nicht.²³ Jedoch wurde auch dort eine Lösung gefunden, die nicht unbedingt ein einheitliches Wählerverzeichnis erfordert. Die schweizerischen Erfahrungen sind in diesem Punkt für die Bundesrepublik von besonderem Interesse, da auch hierzulande das Fehlen eines einheitlichen bundesweiten Wählerverzeichnisses als Hindernis für die Einführung von Onlinewahlen gesehen wird.

Insgesamt wurde im Rahmen des schweizerischen Pilotprojekts zwischen 2004 und 2006 e-Voting bei fünf eidgenössischen Abstimmungen sowie bei einer Reihe von kantonalen und kommunalen Abstimmungen und Wahlen erprobt (eine Übersicht findet sich auf der Website der Schweizerischen Bundeskanzlei.²⁴ Beispielhaft wird hier die Entwicklung im Kanton Zürich herausgegriffen. Dort wurde das von der Firma Unisys AG entwickelte Onlinewahl-System erstmals bei der Studierendenratswahl der Universität Zürich 2004 erprobt.²⁵ Im Vordergrund stand dabei die technische Machbarkeit. Das Onlinewahl-System Zürichs ermöglicht die Stimmabgabe nicht nur über das Internet sondern auch per SMS über Handys. Alle Bürger erhalten einen Stimmrechtsausweis mit einem PIN-Code, der unter einem Siegel verborgen ist. Um ihn zu lesen, muss das Siegel gebrochen werden. Kommt ein Bürger mit einem Stimmrechtsausweis ins Wahllokal, auf dem das Siegel gebrochen ist, kann dort überprüft werden, ob eine elektronische Stimmabgabe bereits erfolgt ist. Ist dies nicht der Fall, kann auf dem herkömmlichen Wege im Wahllokal gewählt werden.

Im Oktober 2005 fand dann in der Stadt Bülach eine kommunale Volksabstimmung statt, bei der zusätzlich zu Briefwahl und Stimmabgabe im Wahllokal die Möglichkeit bestand, per Handy oder über das Internet abzustimmen. 37,3 Prozent der Wähler machten von den zusätzlichen Angeboten Gebrauch.²⁶ Im November desselben Jahres konnten die Bürger dreier Züricher Gemeinden (Bülach, Schlieren

²³ <http://www.statistik.zh.ch/produkte/evoting/index.php?p=5> (Stand: 10.7.2009)

²⁴ siehe <http://www.bk.admin.ch/themen/pore/evoting/00776/index.html?lang=de> (Stand: 10.7.2009)

²⁵ http://www.statistik.zh.ch/produkte/evoting/mm_stura_wahlen.pdf (Stand: 10.7.2009)

²⁶ http://www.statistik.zh.ch/produkte/evoting/Medienmitteilung_05_10_30.pdf (Stand: 10.7.2009)

und Bertschikon) anlässlich einer kantonalen Volksabstimmung ihre Stimme per Internet oder Handy abgeben. Im April 2006 hatten die Bülacher bei der Stadtratswahl zum dritten Mal die Gelegenheit, online zu wählen. 20,7 Prozent der Wähler wählten dabei elektronisch, 21,2 Prozent im Wahllokal und 58,1 Prozent per Brief.²⁷ Die vom Bund unterstützten Pilotprojekte wurden 2006 mit einem Bericht an den Bundesrat abgeschlossen. Die Entscheidung über eine flächendeckende Einführung von Onlinewahlen liegt nun beim Parlament (Klaus 2006). In der laufenden Legislaturperiode, die bis 2011 dauert, ist dies bisher allerdings nicht geplant.

Zu den Pilotprojekten in den drei Kantonen führte das gfs.Bern (2005) sowie die Universität Genf (Christin et al. 2005) eine soziologische Begleitforschung durch, bei der zum einen die Akzeptanz der elektronischen Stimmabgabe bei den Bürgern, zum anderen die möglichen politischen Auswirkungen untersucht wurden. Zwar förderten diese Studien Unterschiede in der Akzeptanz der Onlinewahl bzw. deren tatsächlicher Inanspruchnahme hinsichtlich soziodemographischer Merkmale wie Alter, Geschlecht und Bildung zutage, vor allem entscheide aber die „computer literacy“ darüber, ob jemand sich vorstellen kann, elektronisch abzustimmen bzw. dies tatsächlich schon getan hat. „The drivers of the use of internet voting are neither the age, nor the income, nor the level of education, nor the political affiliation, but variables which we baptised ‘data processing’: confidence in communicating over the internet and computer knowledge. The latter doesn’t mean that one has to be a computer expert to vote online, but simply that one has to feel confident with one’s PC.“ (Christin et al. 2005: 6)

6.3.3.4 Großbritannien

Während die oben geschilderten Pilotprojekte zu Onlinewahlen in Estland und in der Schweiz als Erfolge verbucht wurden, stellt sich die Erfahrung mit den Pilotprojekten zu den Kommunalwahlen jeweils im Mai 2002, 2003 und 2007 in Großbritannien ganz anders dar (Sokolov 2003, Electoral Commission 2003, Open Rights Group 2007). Hier wird insbesondere problematisiert, dass man aus den jeweils vorangegangenen Versuchen wenig gelernt hatte.

²⁷ <http://www.statistik.zh.ch/produkte/evoting/buelach020406.pdf> (Stand: 10.7.2009)

2002 erprobten neun Kommunen, Liverpool, Sheffield, St Albans, Crewe and Nantwich, Bolton, Newhan, Chester, Stratford on Avon²⁸ sowie Swindon, entweder Internetfernwahl oder Kiosk-Voting. Allerdings bezogen sich diese Versuche nur auf einzelne „wards“, also Bezirke, innerhalb dieser Kommunen. Zusammenfassend berichtet die Electoral Commission, dass es keine signifikanten technischen Probleme gegeben habe. Allerdings sei der Zeitplan zu eng gewesen, sodass „normal good practice could not always be followed“ (Electoral Commission 2003: 7). Dokumentationen zu Sicherheitsmaßnahmen sowie zu Tests der Wahlsoftware seien ebenfalls aufgrund des Zeitmangels nicht überall erstellt worden. Teile der Bevölkerung befürchteten eine größere Gefahr von Wahlbetrug durch die Internetwahl, die Kandidaten beurteilten vor allem den Verlust an Transparenz bei der Auszählung der Stimmen als problematisch. Auf die Wahlbeteiligung hatte die Möglichkeit der Onlinewahl keine Auswirkung. Für zukünftige Pilotversuche zur Modernisierung des Wahlverfahrens forderte die Electoral Commission eine klar definierte und artikulierte Strategie.

Während die Pilotversuche von 2002 noch sehr eingeschränkt waren und nur in einzelnen „wards“ stattfanden, wählten bei den Kommunalwahlen 2003 160 000 Wähler elektronisch. In 14 Kommunen wurde die Wahl von jedem beliebigen PC mit Internetanschluss angeboten, in weiteren drei Kommunen lediglich die Wahl an vernetzten Computern im Wahllokal (Electoral Commission 2003: 49). Die Erfahrungen mit den Pilotversuchen 2003 ähneln sehr stark denen aus dem vorangegangenen Jahr. Im Großen und Ganzen konnten die Wahlen, abgesehen von kleineren Pannen, geordnet vonstatten gehen. Insgesamt beklagte die Electoral Commission jedoch wieder eine unzureichende und übereilte Vorbereitung der Tests, mangelndes Sicherheitsverständnis, lückenhafte bzw. nicht vorhandene Dokumentationen der gesamten Vorgänge und das Fehlen einer klaren Strategie. Nachdem auch in der Öffentlichkeit die Pilotversuche nicht unbedingt als Erfolg wahrgenommen wurden, verfolgte die britische Regierung die Einführung von Onlinewahlen zunächst nicht weiter. Umso überraschender war es, dass 2006 das Department for Constitutional Affairs eine Ausschreibung für Pilotversuche zur elektronischen Stimmabgabe unter den Kommunalverwaltungen machte. Darin wurde, entgegen der Erfahrungen aus den beiden vorhergehenden Pilotrunden, wiederum mit einem Potenzial der elektronischen

²⁸ Der District heißt Stratford on Avon, die größte Stadt und Verwaltungssitz ist Stratford upon Avon.

Stimmabgabe zur Steigerung der Wahlbeteiligung argumentiert (Sietmann 2006). 2007 war die Möglichkeit zur Internetfernwahl in fünf Kommunen gegeben. Zudem wurden in diesen und auch in anderen Kommunen weitere Reformprojekte wie Advance Voting, Telephone Voting oder Electronic Counting erprobt (Electoral Commission 2007: 2).

Sieben Kommunen hatten im November 2006 Anträge auf Internetwahl-Piloten eingereicht. Die Qualität dieser Anträge entsprach jedoch nicht den Vorgaben der Electoral Commission: „Only three of the applications provided evidence of effective project and risk management plans“. (Electoral Commission 2007: 2). Im Januar bekamen nach entsprechenden Revisionen fünf Kommunen grünes Licht. Kritisiert wurde dementsprechend vor allem, dass die Vorlaufzeit für die Kommunen von ca. drei Monaten viel zu kurz war und die Projekte unzureichend vorbereitet waren (Kommune21 2007). Zwar traten nach Angaben der Electoral Commission in keiner der fünf Pilotkommunen Betrugsfälle oder andere Sicherheitsmängel auf. „However, there was an unnecessary high level of risk associated with all pilots and the testing, security and quality assurance adopted was insufficient.“ (Electoral Commission 2007: 3).

Konkret bemängelt die Electoral Commission das fehlende Qualitätsmanagement, fehlende Sicherheits- und Usability-Tests und geringe Transparenz auf Seiten der Software-Unternehmen. Es fehle zudem an einer zentralen Akkreditierungsinstitution, die die Onlinewahl-Software zertifiziert. Die Kosten der verschiedenen Pilotversuche, die mit drei verschiedenen Software-Unternehmen durchgeführt wurden, waren zudem undurchsichtig und variierten erheblich. Pro Internetwähler beliefen sich diese auf 100 bis 600 Pfund (Electoral Commission 2007: 6). Bereits nach der Pilot-Runde 2003 hatte die Electoral Commission unabhängige Überprüfungen der verwendeten Software sowie die Verwendung von besseren Kryptographie-Verfahren angemahnt. „It is disappointing that none of these approaches was piloted in 2007, particularly as it is likely that many of them will not be taken up by vendors unless enforced by regulation.“ (Electoral Commission 2007: 8).

Fehlende Zertifizierungsverfahren, unzureichende technische Kompetenz auf Regierungsebene sowie in den Kommunalverwaltungen und ein unverhältnismäßig hohes Vertrauen in die bei den Pilotversuchen eingesetzten Techniken bemängelt auch eine britische Organisation für Bürgerrechte im Cyberspace, die Open Rights

Group (2007: 55), die Wahlbeobachter in die Pilot-Kommunen entsandt hatte. Ihr Fazit lautet: „Overall, the management of the pilots by the DCA (Department for Constitutional Affairs, Anm. d. Verf.) has not significantly developed since the 2003 pilots, whose conduct had raised numerous recommendations for fundamental changes from the Electoral Commission and other stakeholders.” (Open Rights Group 2007: 55).

Zu den Pilotversuchen im Mai 2007 wurde von der Electoral Commission eine Studie über die Akzeptanz der neuen Wahlmöglichkeiten und über die Nutzerstruktur in Auftrag gegeben. (Boon 2007). In jedem Pilotbezirk wurden etwa 270 Personen befragt, insgesamt waren 73 davon Internetwähler. Zwischen 65 und 85 Prozent der Befragten in den fünf Pilotkommunen wussten von der Möglichkeit der Onlinewahl. Interessant ist, dass dieser Anteil mit dem Alter anstieg, und zwar bis zur Kategorie der 65- bis 74-Jährigen. Die 18- bis 34-Jährigen, von denen besonders große Affinität zu dieser Form der Wahlteilnahme erwartet wird, waren in den englischen Kommunen am wenigsten darüber informiert (Boon 2007: 32). Das Alter der Internetwähler liegt allerdings mit 45 Jahren erwartungsgemäß unter dem Durchschnittsalter von 52 Jahren bei den restlichen Wählern (Boon 2007: 32). Darüber hinaus ist der Anteil der Internetwähler bei den Vollzeitbeschäftigten mit 55 Prozent höher als bei Teilzeitbeschäftigten oder Nichtberufstätigen. Zwischen Männern und Frauen wurden keine Unterschiede hinsichtlich der Online-Stimmabgabe festgestellt (Boon 2007: 33). Drei Viertel derjenigen, die online wählten, hätten auch ohne diese Option ihre Stimme abgegeben. Dementsprechend fassen die Autoren der Studie ihre Ergebnisse folgendermaßen zusammen: „Internet voting is offering more choice to those who are already part of the voting process rather than attracting those disaffected or disengaged voters who would not have voted had internet voting been unavailable.” (Boon 2007: 33).

Als Grund für eine Stimmabgabe via Internet wurde am häufigsten Bequemlichkeit angeführt (67 Prozent), 5 Prozent der befragten Internetwähler gaben an, online gewählt zu haben, weil sie es ausprobieren wollten. Den Wunsch, die Stimme auch bei zukünftigen Wahlen via Internet abgeben zu können, äußerten 54 Prozent der Wähler und 59 Prozent der Nichtwähler. Von den Internetwählern 2007 plädierten 85 Prozent für diese Option. Erwartungsgemäß erheben die Jüngeren diese Forderung in stärkerem Maße. Von den 25- bis 34-Jährigen bejahen 71 Prozent die Frage, ob die

Bürger über das Internet wählen können sollten, bei den 65- bis 74-Jährigen sind es nur noch 37 Prozent. Gegner von Onlinewahlen finden sich vor allem in Reihen der politisch stark Interessierten. Was die Einschätzung der Sicherheit des Online-Wahlverfahrens betrifft, zeigen sich sehr ähnliche Zusammenhänge wie bei der allgemeinen Zustimmung zur Möglichkeit der Onlinewahl. Insgesamt geben 42 Prozent der Befragten an, Vertrauen in die Sicherheit dieser Form der Stimmabgabe zu haben, 45 Prozent halten sie dagegen für unsicher. Bei den 18- bis 24-Jährigen haben allerdings nur 30 Prozent Sicherheitsbedenken, während es bei den 55- bis 64-Jährigen 64 Prozent sind. Von denen, die bereits online gewählt haben, sind 97 Prozent der Befragten der Ansicht, es handle sich um eine sichere Form der Stimmabgabe (Boon 2007: 36).

Qualitative Interviews, die mit Kandidaten durchgeführt worden waren, ergaben, dass diese vor allem die fehlende Transparenz der Stimmenauszählung und die fehlende Möglichkeit der Wahlprüfung bemängelten. Zudem schätzten die Kandidaten die Chancen, mit Onlinewahlen die Wahlbeteiligung zu steigern, kritisch ein (Boon 2007: 38). Kritisiert wurde außerdem, dass sich Internetwähler, anders als 2003, vorab per Post registrieren lassen mussten, und dass dieser Medienbruch insbesondere für die jüngeren Wähler abschreckend gewirkt habe (Electoral Commission 2007: 6).

6.3.3.5 Deutschland

Vor allem die Beispiele Estland und Schweiz zeigen, dass eine ergänzende Internetfernwahl technisch und praktisch unter verschiedensten Voraussetzungen umsetzbar ist. Die Bundesrepublik ist allerdings weder mit Estland noch mit der Schweiz oder Großbritannien unmittelbar vergleichbar. Allerdings kann ein Blick auf internationale Erfahrung durchaus lehrreich sein. Als wichtiges Hindernis für die technische Umsetzung von Onlinewahlen in der Bundesrepublik gilt beispielsweise das Fehlen eines einheitlichen bundesweiten digitalen Wählerregisters, weil für das Meldewesen und damit auch für die Verwaltung der Wählerlisten die Kommunen zuständig sind. Die schweizerischen Erfahrungen zeigen jedoch, dass dieses Problem lösbar ist.

Allerdings müssten auf dem Weg zu Internetwahlen nicht nur organisatorische Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt und Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden. Essentiell ist, dass die Bevölkerung ein solches Wahlverfahren akzeptiert. Nur wenn die Bürger Vertrauen in das Verfahren haben, bzw. einem solchen nicht von

vornherein misstrauen, sollte überhaupt mit Onlinewahlen experimentiert werden. Die politische Kultur, und darunter wird hier auch die Innovationsfreudigkeit und die Aufgeschlossenheit gegenüber technischen Neuerungen verstanden, spielt also eine nicht zu unterschätzende Rolle (vgl. Kapitel 4.4). So weist Martin Hagen darauf hin, dass sich zum Beispiel die USA und die Bundesrepublik, was die Technisierung der Demokratie betrifft, grundlegend unterscheiden (Hagen 1999: 69ff.). In den USA werden bereits seit Jahrzehnten Wahlgeräte eingesetzt, wobei es den einzelnen Kommunen vorbehalten bleibt, für deren Sicherheit und Funktionsfähigkeit zu sorgen. Mit dem „Help America Vote Act“, verabschiedet 2002 nach dem Debakel um die Präsidentschaftswahl 2000, stellte die Regierung den Kommunen Geld für moderne Wahlmaschinen zur Verfügung und rief eine Kommission ins Leben, die die Erprobung und Zertifizierung von Hard- und Software für Wahlmaschinen sicherstellen soll (Traugott 2004). Auch die estnische Bevölkerung, die seit der Unabhängigkeit des Landes zum Teil drastische Reformen erlebte, wird als innovationsfreudig beschrieben. Allein diese Unterschiede in den politischen Kulturen verbieten es, Erfahrungen aus anderen Ländern unkritisch auf die Bundesrepublik zu übertragen. Chancen und Risiken von Onlinewahlen hierzulande hängen wesentlich auch von der Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung ab.

Bevor in Unterkapitel 6.3.4 die Einstellungen der Deutschen gegenüber Onlinewahlen detailliert untersucht werden, soll ein kurzer Überblick über die bisher in der Bundesrepublik durchgeführten Pilotprojekte und ihre Ergebnisse gegeben werden. Die deutsche Politik steht der Einführung von Onlinewahlen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, wenngleich sie die Entwicklung auch nicht aktiv voranzutreiben scheint. Bereits 1998 hat die Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ die Einführung von Onlinewahlen empfohlen (Deutscher Bundestag 1998: 81). Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit der Regierung Schröder förderte das oben bereits erwähnte Projekt „Forschungsgruppe Internetwahlen“ um den Osnabrücker Professor Dieter Otten, in dem das Internetwahlsystem i-vote entwickelt wurde, mit mehr als 1,3 Millionen Euro (BT Drucksache 14/8098, S. 3). Im Bundesministerium des Inneren gab es seit Oktober 2000 eine Arbeitsgruppe „Onlinewahlen“. Mehrmals wurde auch im Bundestag über das Thema diskutiert. So forderte die CDU/CSU-Fraktion im Juni 2001 die Regierung auf, „einen Bericht über die gesetzlichen, si-

cherheitstechnischen und verwaltungsrelevanten Erfordernisse an Onlinewahlen sowie Maßnahmen zu ihrer Realisierung vorzulegen. Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, darzulegen, unter welcher zeitlichen Perspektive und mit welchem technischen, personellen sowie finanziellen Aufwand erste Onlinewahlen als Ergänzung der herkömmlichen Stimmabgabe auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene durchgeführt werden können.“ (BT Drucksache 14/6318, S. 2, vom 20.6.2001). Auch im Januar 2002 wurde noch einmal über das Thema diskutiert. In einem Antrag der Fraktionen der SPD und von Bündnis90/Die Grünen wird die Bundesregierung aufgefordert, „ihre Bemühungen bei der schrittweisen Ermöglichung der elektronischen Stimmabgabe bei politischen oder sonstigen Wahlen – unter Berücksichtigung der Wahlgrundsätze und hier insbesondere des Wahlheimnisses – zu verstärken.“ (BT Drucksache 14/8098, S. 5). Bezüglich einer Kleinen Anfrage der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen vom 28.12.2006 wies die Bundesregierung darauf hin, dass mit dem Projekt W.I.E.N. „Wählen in elektronischen Netzen“ nachgewiesen wurde, dass sichere elektronische Wahlen aus geschützten Wahllokalen möglich seien, und dass mit dem Forschungsvorhaben „vote remote“ bis 2008 erprobt werden solle, ob dies auch für nicht geschützte Rechner (z.B. am Arbeitsplatz) gelte. Hauptziel von vote remote sei „die Entwicklung einer Wahlplattform für sichere Onlinewahlen von beliebigen Internetzugängen mit Fokus auf nicht-parlamentarische Wahlen (Betriebsrats-, Personalrats- und Sozialwahlen)“ (BT Drucksache 16/3975, S. 7). Der Einsatz des Internets bei parlamentarischen Wahlen ist demnach bisher auch als Pilotprojekt nicht geplant. Dennoch geht aus den obigen Dokumenten hervor, dass es letztlich auch für die Bundesregierung im Rahmen eines Stufenplans um die Frage geht, ob und, wenn diese Frage positiv beantwortet werden sollte, wie parlamentarische Wahlen um eine Online-Komponente ergänzt werden können. Diese kurze Zusammenschau macht die Relevanz des Themas Onlinewahlen für die praktische Politik auch in Deutschland deutlich.

Bislang wurden in der Bundesrepublik, anders als in Estland, der Schweiz oder Großbritannien, auf keiner staatlichen Ebene rechtsverbindliche politische Wahlen durchgeführt. Auch Pilotversuche in einzelnen Wahlkreisen oder Kommunen gab es bisher nicht. Die größte Aufmerksamkeit erlangte im Februar 2000 die mit dem System i-vote durchgeführte Wahl zum Studierendenparlament der Universität Osnabrück. Hierbei handelte es sich um die weltweit erste rechtsverbindliche Wahl über

das Internet. Im Vordergrund stand die rechtliche Durchführbarkeit einer solchen Wahl unter Einsatz der digitalen Signatur. Zuvor hatte im Mai 1999 bei der Sozialwahl der Technikerkrankenkasse bereits ein erster Test des i-vote-Systems stattgefunden. Allerdings hatte es sich dabei lediglich um eine Simulation gehandelt, das heißt, die Wähler konnten eine rechtsverbindliche Stimme nur mittels Briefwahl abgeben, hatten aber die Möglichkeit, zusätzlich auch online abzustimmen. Mit dieser Simulation sollte die technische Machbarkeit einer Onlinewahl von öffentlichen Wahllokalen aus mit dem i-vote-System getestet werden. Sie hatte die Notwendigkeit eines Signaturverfahrens deutlich gemacht (Blume 2001: 109). Eine weitere Simulation mit dem System i-vote hatte im Juni 2000 bei den Personalratswahlen im Statistischen Landesamt Brandenburg stattgefunden (Blume 2001: 109). Im Laufe des Jahres 2001 war bei der Wahl von Jugendparlamenten in Esslingen, Fellbach und Filderstadt die Möglichkeit der online-Stimmabgabe gegeben, auch hier über die Software i-vote. 2002 und 2005 konnten schließlich Mitarbeiter von T-Systems ihre Stimme bei Betriebsratswahlen alternativ zu Urnenwahl und zur Briefwahl auch online am Arbeitsplatz-PC abgeben.

Neben der Wahl von Hochschulgremien, Jugendparlamenten sowie Betriebs- und Personalräten wurde inzwischen auch bei vereinsinternen Wahlen das Internet eingesetzt. Im Dezember 2003 wählte der Verein Initiative D21 seinen Vorstand in einer rechtsverbindlichen Online-Wahl. Hier wurde, ebenso wie bei den ausschließlich online durchgeführten Präsidiumswahlen der Gesellschaft für Informatik 2004 und 2005, eine Software des Kasseler Unternehmens Micromata genutzt. Sowohl die Initiative D21 als auch die Gesellschaft für Informatik werteten diese Internetwahlen als Erfolg. In einer Presseerklärung zieht die Gesellschaft für Informatik folgendes Fazit: „Nach übereinstimmender Auffassung der ausgewählten Fachleute innerhalb der GI (Gesellschaft für Informatik, Anm. d. Verf.) könnten derartige Verfahren nach einer ausreichend tiefgründigen, positiven Begutachtung auch von anderen Vereinen und Verbänden eingesetzt werden, um die Wahlbeteiligung zu erleichtern und entscheidend zu erhöhen, sowie um den bürokratischen Aufwand und die Kosten auf Dauer zu reduzieren. Auf der anderen Seite weist die GI aber ausdrücklich darauf hin, dass elektronische Wahlverfahren dieser Art nicht unmittelbar auf politische Wahlen übertragen werden können, da diese ganz anderen Anforderungen genügen müssen.“ (Gesellschaft für Informatik 2004). Auf die Einsparung von Reisekosten

für die Vertreter der Mitgliedsunternehmen durch die Online-Wahl weist auch die Initiative D21 hin (Initiative D21 2003).

Der gegenwärtige Stand der wissenschaftlichen Diskussion über Onlinewahlen sowie die Erfahrungen mit Pilotprojekten in der Bundesrepublik kann also folgendermaßen zusammengefasst werden: Die Pilotversuche haben gezeigt, dass bei Vereinswahlen, aber auch bei Betriebs- und Personalratswahlen oder bei Sozialwahlen eine Onlinewahl vom heimischen PC oder vom Arbeitsplatz-PC durchaus denkbar ist. Kosteneinsparungen sind hier leichter zu realisieren, weil zum einen die rechtlichen Anforderungen niedriger sind, zum anderen teilweise auf bereits vorhandene technische Ausstattung, beispielsweise am Arbeitsplatz, zurückgegriffen werden kann. In manchen Fällen werden sogar positive Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung konstatiert (Initiative D21 2003, Gesellschaft für Informatik 2004).

Was politische Wahlen angeht, sind Experten dagegen deutlich skeptischer, wie bereits in Abschnitt 6.3.2.3 deutlich wurde. Aus rechtlichen Gründen wären politische Onlinewahlen derzeit wohl höchstens in Form einer Online-Stimmabgabe von vernetzten Wahllokalen aus denkbar. Immerhin ermöglichte diese Variante den Wählern mehr Flexibilität, weil sie nicht mehr in ihrem „Heimwahllokal“ wählen müssten. Auch sicherheitstechnisch scheint diese Variante derzeit die einzig vertretbare zu sein. Neben der Gefahr, die von möglicherweise unbemerkt manipulierten PCs privater Nutzer ausgeht, ist vor allem die in Deutschland fehlende Verbreitung der digitalen Signatur, die zur Identifizierung eines Wählers notwendig wäre, ein Problem im Hinblick auf Internetfernwahlen (Otten 2002: 85).

6.3.3.6 Zusammenfassung

Die hier ausgewählten Beispiele aus Estland, der Schweiz und Großbritannien zeigen erstens, dass die Beurteilung von Onlinewahlen wesentlich von den organisatorischen Voraussetzungen, von der elektoralen Ebene, und von der Strategie der Regierungen abhängt. Zweitens ist, wie die sozialwissenschaftliche Begleitforschung bei all diesen Pilotversuchen zeigt, die Einstellung der Bevölkerung prinzipiell positiv. Für die Bürger liegt die Attraktivität von Onlinewahlen vorrangig in der Bequemlichkeit. Eine signifikante Steigerung der Wahlbeteiligung ist nach den bisherigen Erfahrungen eher nicht zu erwarten. Bisherige Nichtwähler lassen sich auch durch eine komfortablere Art der Stimmabgabe kaum mobilisieren. Mit den Erkenntnissen

der Nichtwählerforschung gehen diese Beobachtungen durchaus konform. Die Literatur zur Nichtwahl hat eine Reihe von Gründen ans Tageslicht gebracht, angefangen von Desinteresse an Politik im Allgemeinen über das Abbröckeln von genereller Normenkonformität, das auch die Wahlnorm betrifft, bis hin zu Nichtwahl aus Protest (Eilfort 1994, Kleinhenz 1995, Steinbrecher 2007). Fehlende Möglichkeiten der Stimmabgabe und Kritik an der Wahlorganisation spielen dabei regelmäßig eine untergeordnete Rolle.

Vor dem Hintergrund der bisher wiedergegebenen Diskussion hinsichtlich der rechtlichen, technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Aspekte von Onlinewahlen sowie der Beschreibung einiger Pilotprojekte werden im Folgenden anhand eigener empirischer Analysen die Einstellungen der Bürger zu Internetwahlen untersucht. Sie müssen ebenso wie die Klärung rechtlicher und technischer Probleme ein entscheidendes Kriterium für die Beantwortung der Frage nach Onlinewahlen sein, geht es doch bei Wahlen um das zentrale Verfahren der Demokratie. Höchst bedenklich wäre es, wenn sich der Vertrauensverlust vieler Bürger, der sich derzeit in erster Linie auf die politischen Akteure richtet, durch die Einführung von Onlinewahlen auf das politische System ausweiten würde. Auch bei denjenigen, die sich aus juristischer bzw. technischer Sicht mit dem Thema beschäftigen, ist die Relevanz der Bevölkerungsmeinung dazu unumstritten. „Es ist darauf zu achten, dass nicht nur die Sicherheit des Systems, sondern vor allem auch das Vertrauen der wahlberechtigten Bürger in die Sicherheit des Systems erhalten bleibt“, so Wilm (2003: 10). „Die Akzeptanz der elektronischen Wahl durch die Wähler wird aufgrund plausibler Annahmen unterstellt. Es gibt jedoch keine wissenschaftlichen Studien darüber. Deshalb ist es erforderlich, die Akzeptanz der Internetwahl [...] in allen Bevölkerungsschichten zu untersuchen.“ (Otten 2002: 89). Diese Lücke soll mit den folgenden Analysen zumindest zum Teil gefüllt werden.

Die öffentliche Meinung und die Verteilung von Einstellungen zur Einführung von Onlinewahlen in einzelnen Bevölkerungsgruppen sind für Parteien und Politiker darüber hinaus auch aus politischen Gründen von Bedeutung. Ob ihre Wählerschaft im Durchschnitt im Internet über- oder unterrepräsentiert ist und ob sie mit Internetwahlen Modernität und Aufgeschlossenheit oder Angst und Gefahr verbindet, fließt in die Entscheidung der politischen Akteure, Internetwahlen zu unterstützen bzw. abzulehnen, sicherlich mit ein. Wenngleich diese Argumente für und wider Internet-

wahlen an vielen Stellen erörtert werden, so fehlt bislang eine empirische Quantifizierung ihrer Bedeutung aus Sicht der Bevölkerung.

6.3.4 Akzeptanz von Internetwahlen

6.3.4.1 Datenbasis

Einstellungen der Bevölkerung zu Internetwahlen wurden bisher nur sehr vereinzelt untersucht. Sicherlich wird man in Umfragen zudem nicht mehr als eine relativ diffuse Zustimmung oder Ablehnung erfassen können, ist es doch angesichts der Komplexität des Themas und der vielen möglichen Varianten von Onlinewahlen nicht möglich, detaillierte Einstellungen in wenigen Fragen zu erheben. Selbst wenn eine längere Befragung zum Thema Onlinewahlen gemacht würde, fehlte wohl bei den allermeisten Bürgern die Sachkenntnis, um über sachlich fundierte Einstellungen zu Einzelaspekten zu verfügen. Allerdings sind für das Vertrauen in ein Wahlsystem auch primär affektiv geleitete Meinungen durchaus wichtig. Der folgenden Analyse liegen einige Studien zugrunde, die jeweils spezifische Vor- und Nachteile haben, die in ihrer Gesamtheit jedoch zumindest ein Bild der Stimmungslage geben können.

In der DFG-Studie 2002 wurde eine Frage zu Internetwahlen mit zwei Items gestellt. Gleichzeitig lief eine selbstrekrutierte Online-Wahlumfrage – im Folgenden als „Wahlumfrage 2002“ bezeichnet –, in der die beiden Items ebenfalls erhoben wurden und in der 10478 Teilnehmer die hier interessierenden Items beantworteten. Somit können die Ergebnisse verschieden rekrutierter, aber zum gleichen Zeitpunkt durchgeführter Studien verglichen werden. Zusätzlich wurde vom 20. Juni bis 01. Juli 2005, einige Wochen nach der Ankündigung der Vertrauensfrage im Bundestag durch Gerhard Schröder und der Einleitung des Wahlkampfes 2005, eine ebenfalls selbstrekrutierte Online-Befragung am Lehrstuhl Politikwissenschaft II der Universität Bamberg mit Unterstützung des Survey Research Unit (SRU) durchgeführt, in der die Frage aus der DFG-Studie von 2002 wieder aufgegriffen wurde. In drei weiteren Items wurden hier noch etwas detailliertere Einstellungen zum Thema Onlinewahlen erhoben. Insgesamt kann hier auf 611 abgeschlossene Interviews zurückgegriffen werden. Die Problematik selbstrekrutierter Online-Erhebungen soll hier nicht verschwiegen werden: In keinem Falle sind sie für die Gesamtbevölkerung repräsentativ. Allerdings ermöglichen es die vorliegenden Studien, Gruppen zu untersuchen, die über eine sehr große Interneterfahrung verfügen. Bereits aus den oben zitierten Begleitstudien zu den estnischen und britischen Pilotprojekten ging deutlich hervor,

dass die Vertrautheit mit dem Medium Internet die Akzeptanz von Internetwahlen wesentlich beeinflusst.

Folgende Frage zu Internetwahlen wurde in allen hier zur Verfügung stehenden Studien gestellt: „Derzeit wird auch darüber diskutiert, ob die Bürger die Möglichkeit erhalten sollten, bei Wahlen ihre Stimme zukünftig auch über das Internet abzugeben. Vorausgesetzt, die Sicherheit einer elektronischen Stimmabgabe ist wirklich zuverlässig gewährleistet – wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

- Bürger, die am Wahlsonntag nicht persönlich ins Wahllokal gehen können, sollten neben der Briefwahl auch die Möglichkeit haben, ihre Stimme über das Internet abzugeben.
- Die Bürger sollten ganz allgemein ihre Stimme auch über das Internet abgeben können – egal, ob sie am Wahltag ins Wahllokal gehen könnten oder nicht.“

Die Antwortskala reichte jeweils von „stimme voll und ganz zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“.

6.3.4.2 Zustimmung zu Onlinewahlen

Betrachtet man die Verteilungen in Abbildung 19, fällt zunächst auf, dass die Mehrheit der Befragten in fast allen Studien Onlinewahlen begrüßen würde. Allerdings gibt es eine Ausnahme: Die Offliner aus der repräsentativen Wahlstudie 2002 zeigen sich deutlich skeptischer. 28 Prozent von ihnen (12 Prozentpunkte mehr als bei den Internetnutzern derselben Studie) lehnen eine Onlinewahl als Ergänzung zur Briefwahl rigoros ab, nur 18 Prozent stimmen dem Vorschlag voll und ganz zu (37 Prozent bei den Onlinern). Zudem sind bei den Offlinern die mittleren Antwortkategorien stärker besetzt als bei den Internet-Nutzern und der Anteil der „weiß nicht“-Antworten ist mit 19,2 Prozent der Befragten deutlich höher als bei den Nutzern mit lediglich 3,3 Prozent. Zieht man auch das Online Access Panel 2002 und die Wahlumfrage 2002 in die Betrachtung mit ein, verstärkt sich der Eindruck, dass Internet-erfahrung, die bei diesen Befragten im Durchschnitt größer ist, positive Einstellungen zu Onlinewahlen begünstigt. Dieses Ergebnis ist auf der einen Seite nicht allzu überraschend, auf der anderen Seite aber auch nicht selbstverständlich. Erfahrung mit dem Internet könnte schließlich auch zu größerer Skepsis veranlassen. Ein solcher Effekt deutet sich an, wenn man das Ergebnis aus der selbstrekrutierten Online-

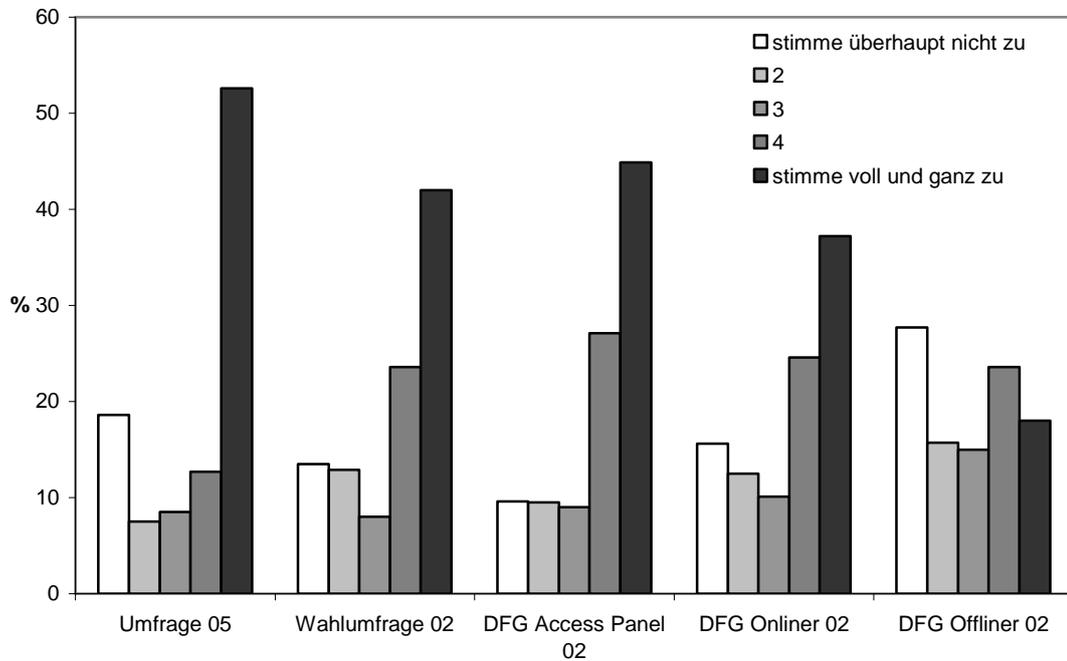
Umfrage 2005 anschaut, an der überwiegend politisch interessierte, interneterfahrene Nutzer teilnahmen. Immerhin knapp 19 Prozent von ihnen lehnen Onlinewahlen klar ab. Im Vergleich mit den anderen Studien sind die Ergebnisse hier polarisierter. Über 70 Prozent der Teilnehmer äußern entweder extreme Zustimmung oder extreme Ablehnung. Daraus kann zumindest eines geschlossen werden: Interneterfahrung führt zu einer eindeutigeren (tendenziell positiven) und mit einiger Wahrscheinlichkeit auch fundierteren Einstellung zum Thema Onlinewahl. Dass gerade IT-Experten bezüglich des Einsatzes von Computern bei politischen Wahlen zum Teil sehr skeptisch sind oder diesen sogar rigoros ablehnen, zeigt der Widerstand des Chaos Computer Club (CCC) gegen die Verwendung von (nicht vernetzten) Wahlcomputern der niederländischen Firma Nedap. Diese nicht vernetzten Geräte waren zum Beispiel bei der Landtagswahl 2008 in Hessen eingesetzt worden. Der CCC konnte die Software der Nedap-Wahlcomputer ohne großen Aufwand manipulieren und dokumentierte dies auch (Kurz et al. 2007).

Ein Vergleich zwischen 2002 und 2005 ist, selbst wenn man nur die beiden selbstrekrutierten Online-Umfragen Umfrage 05 und Wahlumfrage 02 heranzieht, problematisch, weil die Rekrutierung unterschiedlich ablief. Mangels besserer Daten soll er hier als grober Hinweis auf zeitliche Entwicklungen im Einstellungsbild dennoch vorgestellt werden. Fasst man die Fünferskala zu drei Kategorien (Ablehnung, Unentschiedenheit, Zustimmung) zusammen, ergeben sich in beiden Online-Umfragen nahezu die gleichen Anteile. Dass die Positionen extremer Ablehnung bzw. Zustimmung in der Wahlumfrage 2005 stärker besetzt waren, ist mit einiger Sicherheit der Tatsache geschuldet, dass hier in erster Linie politisch interessierte Heavy-User befragt wurden, während die Basis bei der Wahlumfrage, sowohl was die Internetnutzung angeht als auch was das politische Interesse betrifft, 2002 sicherlich breiter war. Offenbar sind in diesen drei Jahren die Einstellungen zu Onlinewahlen weitgehend gleich geblieben. Dies ist angesichts der Tatsache, dass sich die Problematik wenig verändert hat und auch keine weiteren Pilotprojekte eine größere Öffentlichkeitswirkung erreicht haben, durchaus plausibel.

Der Vergleich der beiden Items „Onlinewahl als Ergänzung zur herkömmlichen Briefwahl“ (Abbildung 19) und „Onlinewahl als Möglichkeit für alle Wahlberechtigten“ (Abbildung 20) zeigt, dass sich die Verteilungsmuster im Wesentlichen gleichen. Die Zustimmung zur Onlinewahl für alle ist in allen Studien, auch bei den On-

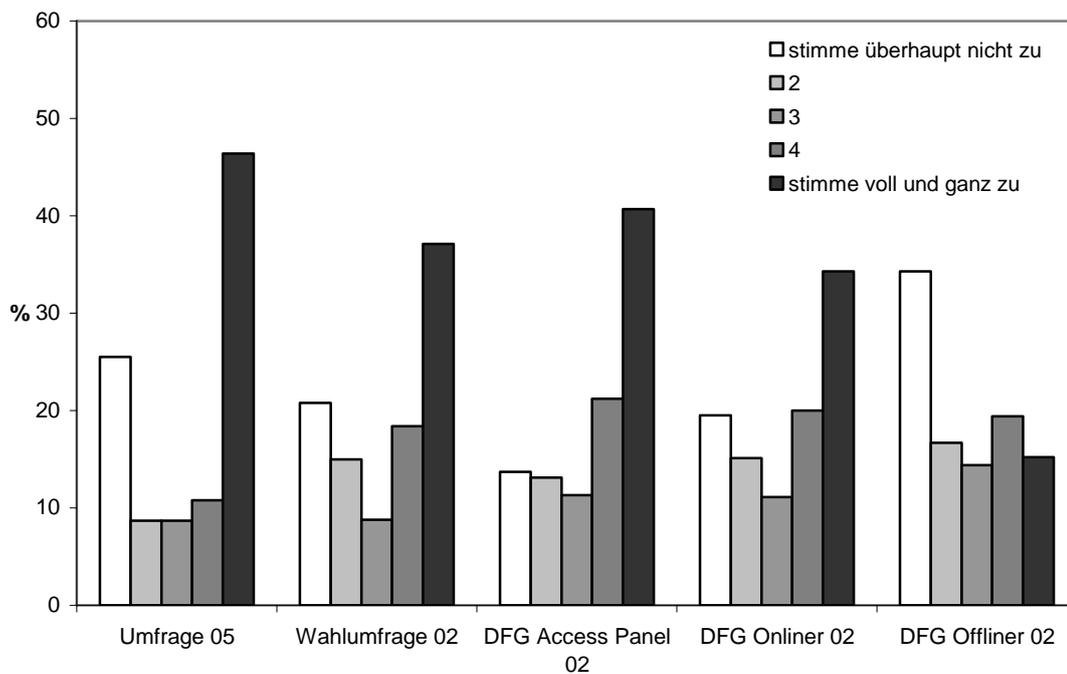
linern, etwas geringer als die Zustimmung zu Onlinewahl als Ergänzung zur Briefwahl.

Abbildung 19: Onlinewahl als Ergänzung der herkömmlichen Briefwahl



Quellen: Umfrage 05, Wahlumfrage 02, DFG-Studie 2002, Online-Access-Panel 2002

Abbildung 20: Onlinewahl für alle Bürger



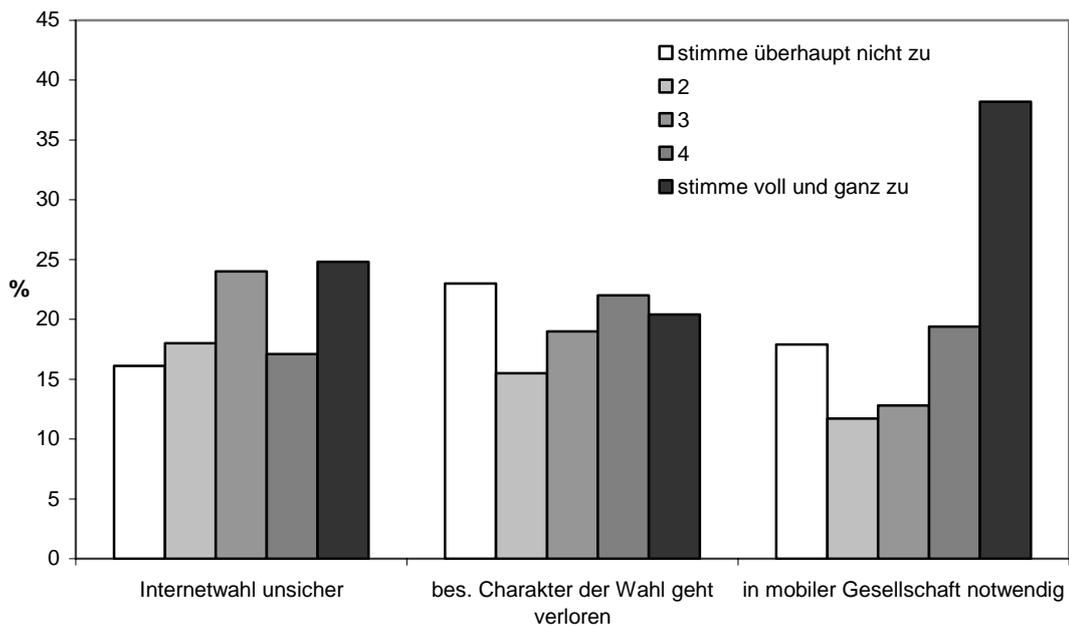
Quellen: Umfrage 05, Wahlumfrage 02, DFG-Studie 2002, Online-Access-Panel 2002

6.3.4.3 Risiken und Chancen von Onlinewahlen aus Sicht der Bürger

In Abbildung 21 werden die Einstellungen zu drei Aussagen zu Onlinewahlen wiedergegeben, die in der Online-Umfrage 05 erhoben wurden. Dem Statement, Onlinewahlen seien aus Sicherheitsgründen abzulehnen, stimmen zwar 25 Prozent der Befragten zu, aber fast genauso viele sind in der Mittelkategorie zu finden. Die Antworten sind annähernd gleich über die Skala verteilt. Dies lässt darauf schließen, dass ein erheblicher Teil der Befragten sich bewusst ist, dass Internetwahlen mit Sicherheitsrisiken behaftet sind. Im Falle der Einführung von Onlinewahlen, auch in Pilotprojekten oder in unproblematischeren Versionen (zum Beispiel weiterhin als Präsenzwahl in vernetzten Wahllokalen), wären also vertrauensbildende Maßnahmen notwendig. Bei einem auch die Experten überzeugendem Sicherheitskonzept böten diese sicherlich auch die Möglichkeit, Misstrauen und Unsicherheit auf Seiten der Bürger abzubauen.

Interessant sind die Ergebnisse hinsichtlich der kulturellen Dimension von Wahlen. Zwar ist eine knappe Mehrheit der Befragten der Ansicht, Onlinewahlen täten dem besonderen Charakter von Wahlen keinen Abbruch, fast genauso viele sind jedoch vom Gegenteil überzeugt. Das kulturelle Argument (Neymanns 2002: 33) ist also nicht aus der Luft gegriffen, sondern beruht durchaus auf realen Empfindungen der Wahlberechtigten und darf bei der Entscheidung für oder gegen internetbasierte Wahlen nicht vernachlässigt werden.

Ausschlaggebend für die Zustimmung zum Wählen über das Netz ist für die Bürger, wie auch schon die Erfahrungen aus den diversen Pilotprojekten deutlich machen, das Mobilitätsargument. 38 Prozent stimmen der Aussage voll und ganz zu, in einer immer mobiler werdenden Gesellschaft sei es notwendig, die Stimmabgabe auch über das Netz zu ermöglichen. Für die Wähler ist dies sicherlich der Hauptvorteil von Onlinewahlen. Die schnellere Verfügbarkeit des Ergebnisses hingegen ist für den Normalbürger wahrscheinlich weniger relevant, schmälert vielleicht sogar die Spannung und den Unterhaltungswert der Nachwahl-Fernsehsendungen. Allerdings liegen zu diesem Argument keine empirischen Daten vor.

Abbildung 21: Beurteilung von Internetwahlen in der Umfrage 05

Quelle: Umfrage 05

Entscheidend für die Zustimmung zu bzw. Ablehnung von Onlinewahlen ist, ob eine Notwendigkeit dafür gesehen wird. Tabelle 84 zeigt die Korrelationen zwischen den Einstellungen zu Onlinewahlen und den drei Statements und weist die höchste Korrelation für das Mobilitätsargument aus. Wenn der für die Bürger entscheidende Vorteil der größeren Bewegungsfreiheit am Wahltag nicht als solcher bewertet wird, fällt die Beurteilung von Internetwahlen erwartungsgemäß negativ aus.

Tabelle 84: Zustimmung zu Internetwahlen und spezifische Einstellungen zu Internetwahlen (Korrelationskoeffizient Pearson's r)

	Sicherheit	besonderer Charakter	Mobilität
Ersatz für Briefwahl	-0,638	-0,438	0,833
Internetwahl für Alle	-0,627	-0,528	0,842
N	604	603	610

Quelle: Umfrage 05

In Tabelle 85 wird die Zustimmung zu spezifischen Einstellungen zu Internetwahlen nach Alter, Geschlecht und formaler Bildung dargestellt. Die Unterschiede sind jedoch äußerst gering. Die Frauen der Umfrage 05 beurteilen die Sicherheit von Internetwahlen etwas kritischer als die Männer. Ebenfalls bezüglich der Sicherheitsfrage fällt auf, dass es einen negativen Zusammenhang mit dem Alter gibt: Je älter desto weniger sind die Befragten der Ansicht, Onlinewahlen seien aus Sicherheitsgründen

abzulehnen. Die größere Mobilität wird umso höher bewertet je intensiver das Netz genutzt wird, den besonderen Charakter von Wahlen sehen die Vielnutzer weniger als Argument gegen Onlinewahlen. Das politische Interesse macht bezüglich der Bewertung der drei Argumente keinen Unterschied.

Tabelle 85: Zustimmung zu spezifischen Einstellungen zu Internetwahlen nach Alter, Geschlecht und Bildung sowie Internetnutzungsintensität und politischem Interesse (Mittelwerte auf einer Skala von 1 "stimme überhaupt nicht zu" bis 5 "stimme voll und ganz zu")

	Sicherheit	besonderer Charakter	Mobilität	N
Alter				
bis 25	3,54	3,05	3,27	146
26-35	3,28	2,89	3,48	169
36-45	3,13	3,00	3,37	81
46-55	2,87	3,14	3,51	69
56 oder älter	2,75	3,05	3,74	137
Geschlecht				
männlich	3,10	3,00	3,48	490
weiblich	3,45	3,12	3,47	117
Bildung				
noch Schüler(in)	4,06	3,12	2,88	17
ohne Abschluss od. Hauptschulabschluss	2,55	3,03	4,03	29
Mittlere Reife	2,79	3,02	3,74	82
(Fach-)Abitur	3,52	3,07	3,25	217
abgeschlossenes Studium	3,00	2,97	3,57	260
Internetnutzung				
Gelegenheitssurfer	4,00	3,78	2,53	18
	3,05	3,15	3,69	64
	3,18	3,15	3,34	185
	3,17	2,94	3,47	222
„Internet-Junkie“	3,06	2,74	3,78	118
politisches Interesse				
überhaupt nicht	4,40	3,40	2,60	5
weniger stark	3,41	3,12	3,59	17
mittelmäßig	3,08	2,82	3,60	94
ziemlich stark	3,14	2,97	3,42	246
sehr stark	3,17	3,12	3,51	249

Quelle: Umfrage 05

6.3.4.4 Determinanten der Einstellungen zu Onlinewahlen

Zustimmung zu Onlinewahlen ist abhängig von der Erfahrung mit dem Internet. Dies zeigte bereits die Skepsis der Nichtnutzer in Abbildung 19. Ob darüber hinaus Alter, Geschlecht und Bildung wesentlichen Einfluss auf die Einstellungen zu Internetwahlen haben, wird in Tabelle 86 untersucht. Es wird deutlich, dass sich innerhalb der verschiedenen Studien bzw. Teilgruppen Alter, Geschlecht und Bildung kaum

auswirken. Erfahrung mit dem Medium Internet ist eindeutig die wichtigere Determinante, wie vor allem die Unterschiede zwischen Onlinern und Offlinern in den ersten beiden Spalten von Tabelle 86 deutlich machen.

Onliner und Offliner unterscheiden sich signifikant in ihrer Zustimmung zu Internetwahlen als Ergänzung zur Briefwahl (Mittelwertdifferenz: -0,67). Doch auch die Häufigkeit der Internetnutzung, die in engem Zusammenhang zur Erfahrung mit dem Internet steht, korreliert signifikant mit der Zustimmung zu Onlinewahlen (Pearson's $r = 0,24$). Keinen signifikanten Unterschied für die Beurteilung von Onlinewahlen macht es interessanterweise, ob das Internet politisch genutzt wird oder nicht. Offenbar ist allein die Vertrautheit mit dem Medium Internet die entscheidende Größe.

Tabelle 86: Zustimmung zu Onlinewahl als Ersatz für Briefwahl nach Alter, Geschlecht und Bildung (Mittelwerte auf einer Skala von 1 "stimme überhaupt nicht zu" bis 5 "stimme voll und ganz zu")

	DFG-Studie 2002		Internet-Wahlumfrage 05	Online-Access-Panel 2002
	Internetnutzer	Nicht-Internetnutzer ¹		
Alter				
bis 25	3,65	3,19 ^b	3,60	3,61
26-35	3,69	2,90 ^c	3,71	3,97
36-45	3,47	3,00 ^c	3,50	3,80
46-55	3,43	2,86 ^c	3,81	4,13
56 oder älter	3,39	2,78 ^c	3,95	4,03
Eta ²	0,007 ^{n.s.}	0,007 ^a	0,009 ^{n.s.}	0,014 ^b
Geschlecht				
männlich	3,56	2,85 ^c	3,72	4,00
weiblich	3,55	2,92 ^c	3,71	3,73
Eta ²	0,000 ^{n.s.}	0,000 ^{n.s.}	0,000 ^{n.s.}	0,016 ^a
Bildung				
noch Schüler(in)	3,80	3,20 ^a	3,61	3,54
ohne Abschluss od. Hauptschulabschluss	3,43	2,84 ^c	4,26	3,89
Mittlere Reife	3,45	2,96 ^c	3,87	3,92
(Fach-)Abitur	3,60	2,84 ^c	3,47	3,94
abgeschlossenes Studium	3,65	2,95 ^c	3,82	3,87
Eta ²	0,006 ^{n.s.}	0,002 ^{n.s.}	0,018 ^a	0,004 ^{n.s.}

¹ Signifikanz der Mittelwertdifferenz zwischen Internetnutzern und Nicht-Internetnutzern

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

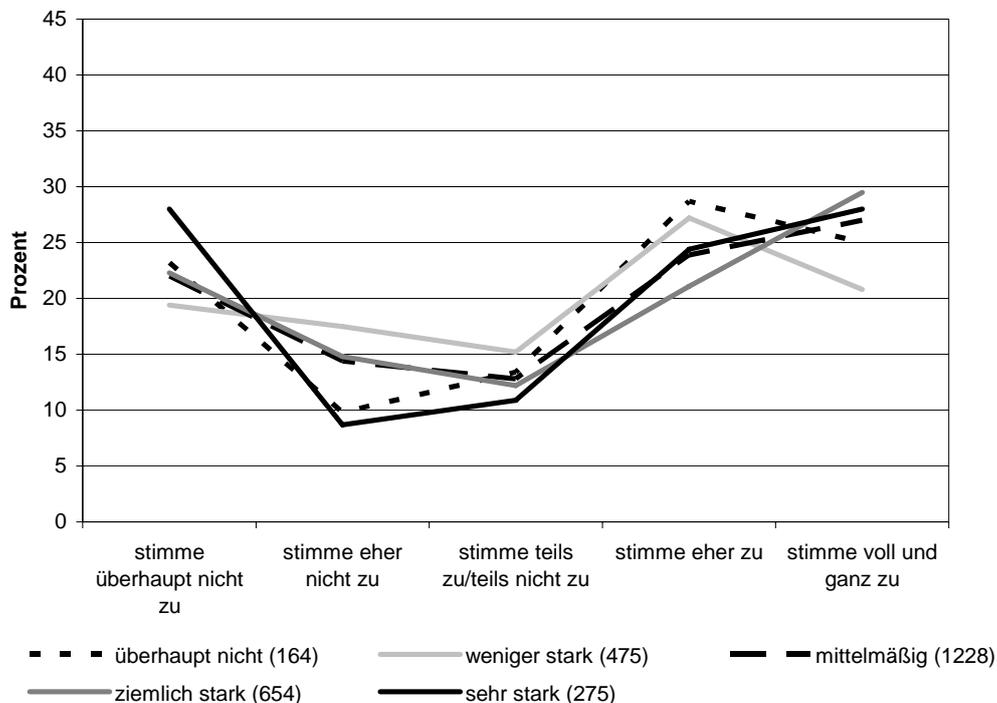
Quellen: DFG-Studie 2002, Internet-Wahlumfrage 2005, Online-Access-Panel 2002

Neben der Interneterfahrung dürfte auch das politische Interesse eine Rolle spielen. Wie es durch die polarisierteren Einstellungen der Heavy-User in der Internet-Wahlumfrage 05 angedeutet wird, kann eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema, sowohl aus dem technischen Blickwinkel als auch aus gesellschaftspolitischer Sicht, auch zu größerer Skepsis und Ablehnung derselben führen. Aufgrund der vielfältigen Gefahren, die Onlinewahlen für die Glaubwürdigkeit und Integrität des politischen Systems bergen, wird erwartet, dass zumindest ein Teil der an Politik besonders interessierten Bürger, die sich der besonderen Bedeutung von Wahlen eventuell bewusster sind, Onlinewahlen negativer beurteilen als weniger Interessierte, welche vor allem die für den Wähler größere Bequemlichkeit mit diesem Vorschlag verbinden, die Risiken aber vielleicht nicht erkennen. Wirft man zunächst einen Blick auf die Mittelwerte für die Zustimmung zu Internetwahlen als Ergänzung zur Briefwahl in den Kategorien des politischen Interesses, so sind kaum Unterschiede zu erkennen. Die graphische Veranschaulichung der Verteilung macht aber deutlich, dass sich hinter diesen Mittelwerten interessante Zusammenhänge verbergen. Betrachtet man alle Befragten, so zeigt Abbildung 22 eine in etwa U-förmige Verteilung in allen Kategorien politischen Interesses.²⁹ Besonders polarisiert sind in der Tat die Einstellungen der politisch sehr stark Interessierten. Da sich oben bereits bestätigt hat, dass für die Zustimmung zu Onlinewahlen Internetnutzung die wichtigste Erklärungsvariable ist und diese wiederum von Bildung und damit auch von politischem Interesse nicht unabhängig ist, wird in den Abbildungen 23 und 24 die Verteilung der Zustimmung zu Onlinewahlen nach politischem Interesse noch einmal nach der Internetnutzung aufgespaltet. Betrachtet man zuerst die Offliner, so zeigt sich für fast alle Stufen politischen Interesses, mit Ausnahme der politisch wenig Interessierten, dass „stimme überhaupt nicht zu“ die Modalkategorie ist. Dabei ist die Ablehnung tatsächlich bei den politisch sehr stark Interessierten mit 36 Prozent am weitesten verbreitet. Auf der anderen Seite ist aber auch die Zustimmung zu Onlinewahlen als Ergänzung zur Briefwahl bei den politisch sehr stark Interessierten etwas höher als bei den weniger Interessierten. Der Anteil derjenigen, die voll und ganz zustimmen, liegt zwischen 15 Prozent bei den weniger stark Interessierten und 21 Prozent bei den sehr stark Interessierten. Auch bei den Onlinern ist die Skepsis, ausgedrückt in voll-

²⁹ Ein Balkendiagramm wäre zwar eigentlich angemessener, weil es nicht um einen zeitlichen Verlauf geht, allerdings wird durch die Darstellung als Liniendiagramm die interessierende Aussage deutlicher.

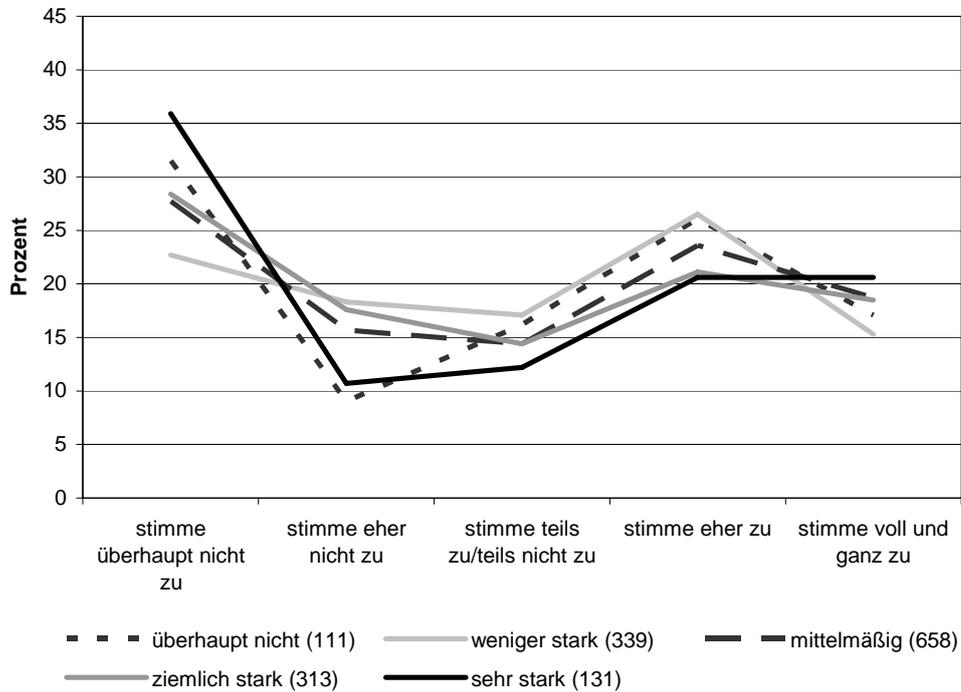
ständiger Ablehnung von Onlinewahlen, unter den politisch sehr stark Interessierten am weitesten verbreitet (Abbildung 24). Am positivsten gegenüber Onlinewahlen als Ergänzung zur Briefwahl sind die überhaupt nicht politisch interessierten Onliner eingestellt. Dies wäre eventuell die Bevölkerungsgruppe, die durch die Möglichkeit der Online-Stimmabgabe neu mobilisiert werden könnte. Allerdings ist anzunehmen, dass auch bei diesen Bürgern das politische Interesse die entscheidende, in diesem Falle hinderliche, Größe für die Wahlteilnahme ist. Und selbst wenn die Möglichkeit der Internetwahl zu einer stärkeren Beteiligung der Internetaffinen, aber politisch völlig Uninteressierten führen sollte als bisher, so sind Zweifel darüber angebracht, ob die demokratischen Qualität der Wahl wirklich gesteigert wird. Zahlenmäßig fallen weder die überhaupt nicht politisch Interessierten noch die sehr stark Interessierten stark ins Gewicht. Sie machen nur 6,4 bzw. 9,4 Prozent der Befragten aus. Die Einstellungen insbesondere der politisch interessierten Onliner sind denn auch vielmehr deshalb interessant, weil diese Gruppe die öffentliche Meinung zu Internetwahlen wahrscheinlich am meisten beeinflussen würde, wenn die Umsetzung von Internetwahlen anstünde.

Abbildung 22: Zustimmung zur Onlinewahl als Ergänzung zu Briefwahl nach politischem Interesse, gesamt



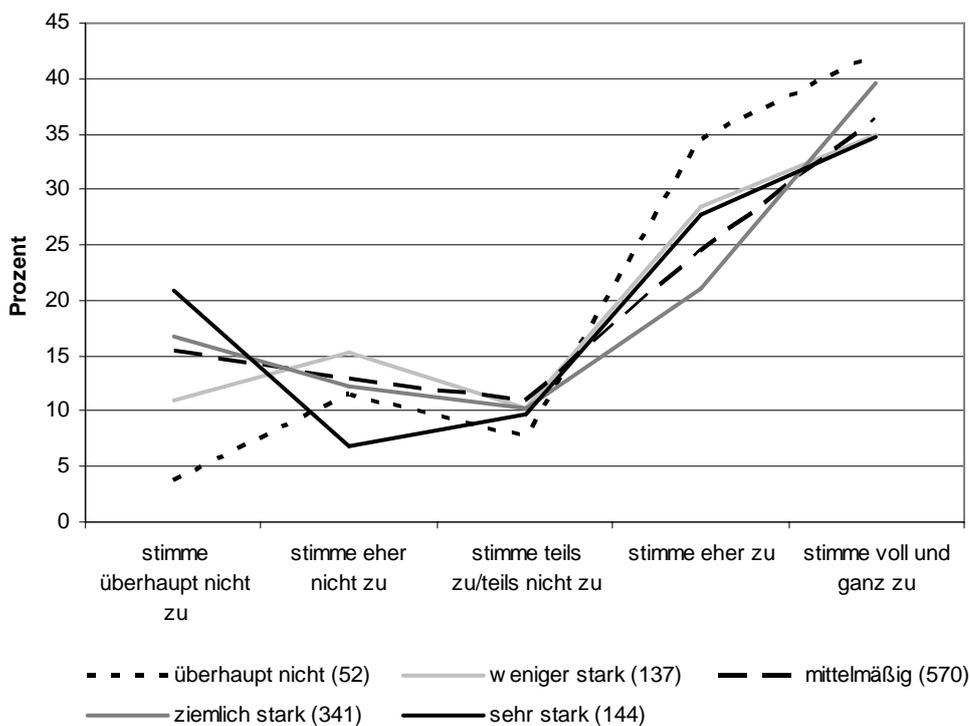
Quelle: DFG-Studie 2002

Abbildung 23: Zustimmung zur Onlinewahl als Ergänzung zu Briefwahl nach politischem Interesse, Offliner



Quelle: DFG-Studie 2002

Abbildung 24: Zustimmung zur Onlinewahl als Ergänzung zu Briefwahl nach politischem Interesse, Onliner



Quelle: DFG-Studie 2002

Die multivariate Analyse von soziodemographischen Variablen, politischem Interesse und Internetnutzung mittels einer linearen Regression zeigt auf, dass lediglich zwei Variablen einen signifikanten Erklärungsbeitrag zur Zustimmung zu Onlinewahlen als Ergänzung zur Briefwahl haben, nämlich in erster Linie die Häufigkeit der Internetnutzung und in zweiter Linie das Alter. Insgesamt können allerdings nur etwa sechs Prozent der Varianz in der Zustimmung durch diese Variablen erklärt werden.³⁰

Tabelle 87: Regression von Zustimmung zur Onlinewahl als Ergänzung zur Briefwahl auf soziodemographische Variablen, politisches Interesse und Häufigkeit der Internetnutzung, 2002 (N = 2741)

	Beta	Standardfehler
Bildung	0,034 ^{n.s.}	0,031
Alter	-0,063 ^b	0,002
Geschlecht	0,016 ^{n.s.}	0,058
politisches Interesse	-0,033 ^{n.s.}	0,031
Häufigkeit Internetnutzung	0,207 ^c	0,019
korrigiertes R ²	0,062	

Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$, n.s. = nicht signifikant

Quelle: DFG-Studie 2002

Betrachtet man die Zustimmung zur Onlinewahl als Ergänzung zur Briefwahl in Abhängigkeit von der Beteiligung bei der bevorstehenden bzw. bei der zurückliegenden Bundestagswahl 2002, so scheint es keine Unterschiede zu geben. Dies gilt es allerdings zu relativieren, wenn man Vor- und Nachwahlbefragte getrennt betrachtet. Tabelle 88 zeigt, dass bei den Vorwahlbefragten der Anteil der Befragten, die einer Internetwahl voll und ganz zustimmen, bei denjenigen, die sich an der Wahl beteiligen wollen, um zwölf Prozentpunkte höher ist. Umgekehrt verhält es sich jedoch, wenn nur die Nachwahlbefragten analysiert werden. Dann nämlich ist die Zustimmung bei den Nichtwählern um etwa neun Prozentpunkte höher als bei den Wählern. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass zumindest ein Teil der Nichtwähler nach der Wahl davon ausgeht, dass er mittels Internet doch seine Stimme abgegeben hätte. Dafür spricht, dass die Zustimmung bei den Nichtwählern, die das Internet nutzen, von der Vor- zur Nachwahl stärker ansteigt als bei den Nichtwählern, die es nicht nutzen (kein tabellarischer Nachweis).

³⁰ Für politisches Interesse ist das insignifikante Ergebnis darauf zurückzuführen, dass diese Variable in einem kurvilinearen Zusammenhang mit der Zustimmung zur Internetwahl steht.

Tabelle 88: Differenz in der Zustimmung zu Onlinewahlen als Ergänzung zur Briefwahl zwischen Wählern und Nichtwählern, repräsentative Wahlstudie 2002

	Vorwahl	Nachwahl
stimme überhaupt nicht zu	-1,5	-1,9
stimme eher nicht zu	1,7	11,3
stimme teils zu/teils nicht zu	-4,0	0,1
stimme eher zu	-8,3	-0,6
stimme voll und ganz zu	12,0	-8,8

Quelle: DFG-Studie 2002

Interessant ist auch die Zustimmung zu Onlinewahlen in Abhängigkeit davon, auf welche Art und Weise bei der vergangenen Wahl die Stimme abgegeben wurde. Diese Information enthält die repräsentative Nachwahlbefragung aus dem Jahr 2002. Tabelle 89 zeigt, dass die im Mittel höchsten Zustimmungswerte bei den bei der Bundestagswahl 2002 nicht Wahlberechtigten gemessen wurden. Hier ist sicherlich das niedrige Alter von im Mittel nicht einmal 19 Jahren die entscheidende Erklärungsgröße. Ihr politisches Interesse ist gering, und wie aus der Nichtwählerforschung bekannt, ist es auch die Wahlbeteiligung der Jungwähler. Ihre Internetaffinität könnte zum einen eventuell in dieser Bevölkerungsgruppe eine gewisse Neugier erzeugen, die zu einer etwas höheren Wahlbeteiligung führt, zum anderen kommt dem Argument der Ortsunabhängigkeit von Internetwahlen für junge Menschen, die überdurchschnittlich mobil sind, möglicherweise eine größere Bedeutung zu als für ältere.

Am zweithöchsten ist die mittlere Zustimmung zu ergänzenden Onlinewahlen bei den Nichtwählern. Die weiteren Charakteristika dieser Gruppe, niedrige formale Bildung, geringe Internetnutzung und schwaches politisches Interesse, sprechen hier jedoch gegen einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung. Am wenigsten stimmen die Briefwähler der Bundestagswahl 2002 einer Online-Komponente bei der Wahl zu. Die jetzigen Briefwähler scheinen keinen Bedarf über das bestehende Fernwahlverfahren hinaus zu sehen. Verschiedene Erklärungsmöglichkeiten bieten sich dafür an: Ihr relativ großes Interesse an Politik führt vermutlich zu der Einstellung, dass man die Mühen einer Briefwahl durchaus in Kauf nehmen kann, zugleich aber wahrscheinlich auch zu einer sicherheitstechnisch kritischen Beurteilung von Onlinewahlen.

Tabelle 89: Zustimmung zu Internetwahl als Ergänzung zu Briefwahl, für Alter, Bildung, Internetnutzung und politisches Interesse nach Art der Stimmabgabe, Mittelwerte

Art der Stimmabgabe	Zustimmung zu Internetwahl als Ergänzung zu Briefwahl	Alter	Bildung	Dummy: Internetnutzung	politisches Interesse
nicht gewählt	3,39	40,3	1,63	0,30	2,28
Briefwahl	2,97	50,4	2,26	0,40	3,47
Wahllokal	3,14	48,9	1,95	0,38	3,17
war nicht wahlberechtigt	3,62	18,6	2,28	0,66	2,47

Quelle: DFG-Studie 2002

Aufgrund ihrer unterschiedlichen soziodemographischen Zusammensetzung, aber auch unterschiedlicher Werthaltungen ist zu erwarten, dass sich die Anhänger verschiedener Parteien unterschiedlich aufgeschlossen gegenüber Onlinewahlen zeigen. In den Abbildungen 11 und 14 wurde bereits deutlich, dass unter den Internetnutzern die Anhänger der linken Parteien überrepräsentiert sind. Da ein entscheidender Faktor für die Befürwortung von Wahlen über das Netz die Internetnutzung ist, dürften folglich vor allem die SPD sowie B90/Die Grünen von Onlinewahlen profitieren – vorausgesetzt, die Möglichkeit der Stimmabgabe über das Netz hat überhaupt den postulierten positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung. Aber selbst, wenn man davon ausgeht, dass die Möglichkeit von Onlinewahlen keine Auswirkungen auf Beteiligungsraten hat, kann es für die Parteien durchaus interessant sein, die Einstellungen ihrer Anhänger zu dieser Sachfrage zu kennen – dann nämlich, wenn die Einführung einer Onlinewahl-Komponente tatsächlich einmal ernsthaft erwogen und öffentlich diskutiert würde.

Wenn man davon ausgeht, dass Unterschiede in den Einschätzungen der unterschiedlichen Wählergruppen hauptsächlich durch die unterschiedliche Internetaffinität zustande kommen, wäre Parteienwahl lediglich eine Proxy-Variable für Internetnutzung. Aber auch innerhalb der Internet-Nutzerschaft könnten sich Unterschiede hinsichtlich der Einstellung zu Onlinewahlen in den verschiedenen Parteianhängerschaften ergeben. Deshalb wird in Tabelle 90 auch bei der Repräsentativbefragung nach Internetnutzung unterschieden. Anhand der vorliegenden Studien lassen sich jedoch keine gravierenden Unterschiede in der Zustimmung zu Onlinewahlen nach Parteienwahl finden. Zwischen den Wählern der großen Volksparteien sind sie gering und gehen zudem nicht immer in die gleiche Richtung. Ein größerer Vorteil für

die SPD und B90/Die Grünen ergibt sich lediglich aus den Daten der Internet-Wahlumfrage 05, die jedoch wegen der Selbstrekrutierung mit Vorsicht zu genießen ist. In den repräsentativen Daten ist vielmehr auffällig, dass die Wähler von B90/Die Grünen, die wie oben gezeigt wurde, das Internet im Allgemeinen und vor allem auch zu politischen Zwecken häufiger nutzen, Onlinewahlen weniger stark zustimmen. Diejenigen Wähler der Umwelpartei, die Internetnutzer sind, scheinen in ihrem Urteil ambivalenter zu sein als die Wähler aller anderen Parteien. Mit 16 Prozent fallen in etwa doppelt so viele von ihnen in die Kategorie „teils/teils“ wie bei SPD-, Unions-, FDP- oder PDS-Wählern. Was die Anhänger der kleineren Parteien betrifft, zeichnet sich kein eindeutiges Muster ab.

Tabelle 90: Zustimmung zur Onlinewahl als Ergänzung zur Briefwahl nach Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2002 (in Prozent)

	SPD	CDU/CSU	B90/Die Grünen	FDP	PDS	Sonstige
Internet-Wahlumfrage 2005						
stimme nicht zu	22,8	29,1	23,9	26,5	29,5	32,8
teils/teils	5,7	9,9	7,3	8,2	8,2	7,8
stimme zu	71,5	61,0	68,8	62,3	62,3	59,4
N	123	172	109	61	61	64
Online-Access Panel 2002						
stimme nicht zu	18,1	20,2	21,3	14,9	22,0	20,4
teils/teils	8,5	9,1	10,7	5,3	4,0	18,4
stimme zu	73,4	70,7	68,0	79,8	74,0	61,2
N	436	263	150	114	50	49
DFG-Studie 2002						
Offliner						
stimme nicht zu	41,9	40,9	49,3	56,9	51,2	44,4
teils/teils	13,8	17,0	13,3	12,5	14,0	22,2
stimme zu	44,3	42,1	27,3	30,6	34,9	33,3
N	470	523	75	72	43	27
DFG-Studie 2002 Onliner						
stimme nicht zu	29,0	25,5	28,7	31,6	18,8	58,8
teils/teils	7,4	9,1	16,2	10,1	8,3	5,9
stimme zu	63,6	65,4	55,1	58,2	72,9	35,3
N	338	341	136	79	48	17

Quelle: DFG-Studie 2002

7. Zusammenfassung und Fazit

Das Mediensystem ist ein wesentlicher Bestandteil einer modernen Demokratie. Die technischen Möglichkeiten und die mediale Infrastruktur, aber auch die ökonomische und rechtliche Organisation des Mediensystems prägen die Funktionsweise demokratischer Systeme maßgeblich mit. Dementsprechend induzierte die Entstehung des Internets, ähnlich wie bereits andere Medienentwicklungen zuvor, schnell die Frage, wie sich die neue technische Infrastruktur auf die politischen Kommunikationsbeziehungen auswirkt und ob sie zu Veränderungen der Funktionsweise von Demokratien führt. Insbesondere waren am Beginn positive Erwartungen bezüglich einer Mobilisierung politischer Partizipation mit dem Internet verbunden. Im empirischen Teil dieser Arbeit wurde für die Jahre 2002 bis 2005, also für einen Zeitraum, in dem die Internetverbreitung bereits bei 40 bis 50 Prozent lag, die tatsächliche Nutzung des Netzes zur Information bzw. Kommunikation über Politik durch die Bürger mittels repräsentativer Umfragedaten untersucht. Eine detaillierte Untersuchung dieser tatsächlichen Nutzung ist erforderlich, weil die theoretischen Erwartungen, sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen, bezüglich der Wirkungen der politischen Internetnutzung weit divergieren. Im theoretischen Teil der Arbeit, insbesondere in Kapitel 4, wurden diese Erwartungen dargelegt. Während in der ersten Phase der Auseinandersetzung mit dem Internet aus sozialwissenschaftlicher Perspektive in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die Möglichkeiten zu einer direkteren Einbindung der Bürger in politische Entscheidungen über die Stimmabgabe bei Wahlen hinaus in den Vordergrund gestellt wurden, gewannen im Laufe der Zeit Stimmen an Bedeutung, die auf möglicherweise problematische Folgen des Internets für die Demokratie aufmerksam machten. Die Gefahren resultieren vor allem daraus, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen zur gleichen Zeit und mit gleicher Intensität den Aufbruch ins digitale Zeitalter wagen, sondern dass die Aneignungsprozesse neuer Medien und insbesondere des Internets von sozialen und ökonomischen Kriterien abhängen. Der daraus entstehende Digital Divide ist mit empirischen Daten ausreichend dokumentiert. In Abschnitt 4.5.1 und in Unterkapitel 5.3 wurde seine Existenz bis in das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts auch in dieser Arbeit nachgewiesen. Die Tatsache, dass das Internet als Pull-Medium permanente Selektionsentscheidungen erfordert, führt des Weiteren dazu, dass die spezifische, in diesem Falle politische Nutzung, auch

maßgeblich vom bereits vorhandenen politischen Interesse abhängt. Während auf der einen Seite die technischen Potenziale netzbasierter Kommunikation durchaus geeignet sind, die Transparenz administrativer und politischer Entscheidungen zu steigern und die direkte Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen zu befördern, stellt sich auf der anderen Seite die Frage, wie groß das Interesse der Bürger an solchen Angeboten ist und wie es entlang sozioökonomischer Kriterien verteilt ist. Eine weitere Frage, die sich aus der notwendigerweise selektiven Nutzung des Internets ergibt, ist, ob es dadurch zu einem Verlust einer gemeinsamen Öffentlichkeit und damit einer Fragmentierung der Gesellschaft kommt. Im Folgenden werden die wichtigsten empirischen Befunde aus den Kapiteln 5 und 6 noch einmal zusammengefasst.

Die Internetverbreitung lag 2002 bei etwa 40 Prozent, mehr als 80 Prozent der Internetnutzer waren auch regelmäßige Nutzer, 2004 war der Anteil der Nutzer in der Bevölkerung auf 54 Prozent gestiegen. Allerdings waren laut Allbus 2004 mehr als 70 Prozent der Internetnutzer weniger als 5 Stunden pro Woche online und die dominierenden Anwendungen waren E-Mail, Informationssuche und Online-Banking. Die Internetnutzung wurde zudem signifikant von den soziodemographischen Merkmalen Alter, Bildung, Geschlecht, Herkunft (Ost- bzw. Westdeutschland) und Einkommen beeinflusst. 53 Prozent der Varianz der Internetnutzung konnten durch sie erklärt werden. Zudem erwies sich auch die Nutzungshäufigkeit als abhängig von der formalen Bildung der Befragten.

Signifikante Unterschiede zwischen Onlinern und Offlinern konnten zudem auch bezüglich fast aller untersuchten politischen Einstellungen gefunden werden. So sind Onliner auch nach Kontrolle des Zusammenhangs für Alter und Bildung politisch interessierter, verfügen über größeres Wissen und höhere internal Efficacy, verfolgen den Wahlkampf intensiver und widmen sich stärker informationsreichen Massenmedien wie überregionalen Zeitungen und Nachrichtensendungen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Auch zum politischen System haben die Onliner positivere Einstellungen als die Offliner. Als gering erwiesen sich Unterschiede bezüglich der ideologischen Orientierung auf der Links-Rechts-Achse, allerdings präferieren Onliner in stärkerem Maße die kleineren Parteien FPD, PDS und insbesondere Bündnis90/Die Grünen. Ein Grund für die relativ ausgeprägte Unterstützung von Bündnis90/Die Grünen ist die Neigung der Onliner zu postmaterialistischen Wertorientie-

rungen. Überraschen mag der Befund zu den Einstellungen hinsichtlich politischer Partizipation: Obwohl die Wahlbeteiligung mit dem Alter bis circa 69 Jahre zunimmt (Rattinger 1992: 270) und auch die Wahlnorm positiv mit dem Lebensalter korreliert, stellte sich heraus, dass die Onliner trotz ihres geringeren Durchschnittsalters der Wahlnorm signifikant stärker zustimmen und auch eine größere Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung haben. Weniger überraschend ist hingegen, dass Internetnutzer eher bereit sind, sich an Bürgerinitiativen zu beteiligen oder an Demonstrationen teilzunehmen, handelt es sich hierbei doch um Formen unkonventioneller Partizipation³¹, die generell häufiger von jüngeren Menschen ausgeübt werden (Steinbrecher 2008: 186ff.).

In Unterkapitel 5.4 wurde die Bedeutung des Internets als Medium zur politischen Information bzw. politischen Interaktion für die Jahre 2002 und 2005 abgeschätzt. 2002 informierten sich 22 Prozent aller Befragten online über Politik, etwa die Hälfte davon allerdings nur selten. 2005 gaben 25 Prozent der Befragten an, sich online über Politik zu informieren, auch hier aber 9 Prozent seltener als einmal pro Woche. Der Anstieg an politischer Nutzung zu Informationszwecken hielt sich also in engen Grenzen. Longitudinale Daten der Forschungsgruppe Wahlen unterstützen dieses Ergebnis und zeigen auf, dass selbst zwischen 2002 und 2008 das Lesen von Politiknachrichten nur geringfügig und im Vergleich mit anderen Nutzungsaktivitäten unterproportional zugenommen hat. Die Ergebnisse bezüglich der Informationsnutzung dürften damit auch gegenwärtig nicht wesentlich anders ausfallen. Hinweise geben die vorliegenden Daten auch auf die Bedeutung des Online-Wahlkampfes. 13,9 Prozent der Bevölkerung (35 Prozent der Onliner) haben sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 Wahlkampf-Seiten angesehen, 2005 stieß der Online-Wahlkampf nur bei 11,5 Prozent der Befragten auf Interesse – verglichen mit dem Interesse an anderen Wahlkampfformen ist dies eher als gering zu veranschlagen. Was die interaktive Nutzung des Netzes zur politischen Kommunikation angeht, zeigen die Daten, dass dies nur von 3,3 Prozent der Onliner, also einer sehr kleinen Minderheit in nennenswertem Umfang genutzt wird – und dies, obwohl die Formulierung des Items in der DFG-Studie auch Kontakte zwischen Bürger und Behörden im Rahmen des E-Governments mit einschloss. Explizit nach der Teilnahme bzw. der Bereitschaft zur Teilnahme an politischen Online-Diskussionsrunden gefragt, gaben 2004 im ISSP

³¹ Zur Problematik der Unterscheidung konventioneller und unkonventioneller Partizipationsformen siehe Steinbrecher 2008: 41.

„Bürger und Staat“ gerade einmal 3,5 Prozent der Internetnutzer (1,9 Prozent der Bevölkerung) an, dies bereits einmal getan zu haben. Allerdings sagten immerhin 46 Prozent der Internetnutzer, dass sie sich vielleicht einmal an solchen Diskussionen beteiligen würden. Knapp die Hälfte der Onliner schloss dies allerdings kategorisch aus.

In Unterkapitel 5.5 wurden die nicht-politischen und die politischen Onliner auf sozialstrukturelle und auf attitudinale Variablen hin kontrastiert. Signifikant unterschieden sich nicht-politische und politische Onliner 2002 ebenso wie 2004 was die formale Bildung anbetrifft. Dagegen ließen sich die politischen Onliner im Vergleich zu den restlichen Onlinern nicht besonders gut über ihr Alter, Geschlecht, Einkommen oder Herkunft charakterisieren. Eindeutig ist hingegen die höhere kognitive politische Involvierung dieser Gruppe. Von besonderem Interesse ist hier, dass diejenigen, die das Netz für politische Zwecke nutzen, auch bezüglich klassischer Offline-Partizipationsformen aktiver sind als die unpolitischen Onliner. Dieses Ergebnis spricht stark für die Reinforcement-These bezüglich politischer Partizipation. Die vorliegenden Ergebnisse lassen es zu, die politischen Onliner als eine politisch auch offline besonders aktive und interessierte Subgruppe der Onliner zu beschreiben, die sich ja bereits als im Mittel politisch aktiver erwiesen hatten als die Offliner.

Ganz ähnlich fallen auch die Ergebnisse zur Wissensluft-Hypothese aus. Ob jemand zu den politischen Onlinern zählt, wird in erster Linie durch sein politisches Interesse bestimmt, aber auch ein hoher Bildungsabschluss, hohe internal Efficacy und eine starke Parteiidentifikation sind Merkmale, die politische Onliner kennzeichnen. Diejenigen, die bislang schon politisch überdurchschnittlich aktiv waren, insbesondere die besser gebildeten, nutzen die neuen Möglichkeiten eines erweiterten politischen Kommunikationsraums folglich am intensivsten. Nicht geprüft werden kann hier, ob sich diese Nutzung tatsächlich auf den Informations- und Wissensstand auswirkt. Dafür müssten nicht nur detailliertere Daten möglichst zu verschiedenen Formen politischen Wissens, sondern insbesondere auch longitudinale Daten erhoben werden. Weitere intensive Forschungsbemühungen in diese Richtung scheinen notwendig. In einer Zeit von Politikverdrossenheit, Dealignment und sinkendem Vertrauen der Bürger in die Politik sollte möglichst vermieden werden, die politisch weniger interessierten und häufig zugleich auch bildungsferneren Bevölkerungsschichten zu frustrieren und weiter von der Politik zu entfremden. Unter der Annah-

me, dass die politische Online-Nutzung einen Mehrwert bietet, sollten die vorliegenden Ergebnisse daher Anlass sein, geeignete Maßnahmen gegen eine weitere Öffnung dieses Democratic Divide zu ergreifen. In der multivariaten Analyse ergab sich, dass unter Kontrolle insbesondere des politischen Interesses Jüngere häufiger unter den politischen Onlinern zu finden sind. Im Wahlkampf bietet sich damit der Einsatz des Internets vornehmlich zur Aktivierung der jungen politisch Interessierten an. Lohnenswert erscheint es jedoch auch, spezielle Angebote, die auch offline z.B. über die klassischen Massenmedien propagiert werden, für andere, weniger politikaffine Bevölkerungsgruppen, zu schaffen.

Abgelehnt werden kann nach den vorliegenden Analysen die These einer zunehmenden Fragmentierung der Gesellschaft durch einander ausschließende Mediennutzungsrepertoires. In Unterkapitel 5.5.7 wurde gezeigt, dass die Mehrheit der politischen Internetnutzer auch weiterhin die klassische politische Berichterstattung in Form von Print- und Fernsehnachrichten verfolgt und nur bei einem sehr geringen Teil der politischen Internetnutzer Substitutionseffekte erkennbar sind. Zwischen 2002 und 2005 hat sich diesbezüglich nichts Wesentliches verändert. Klar auszumachen waren in beiden Jahren die *klassischen politisch Interessierten*, die regelmäßig Politik in den klassischen Massenmedien verfolgten und etwa 40 bis 50 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Politik im Netz gehörte hingegen nicht zu ihrem Medienrepertoire. 72 Prozent von ihnen zählten 2002 zu den Offlinern. Die Anteile der politisch *Uninteressierten* sowie der *Fernsehkonsumenten* schwankten zwischen beiden Untersuchungsjahren erheblich, was jedoch zum Teil auf die unterschiedlichen Frageformulierungen zurückzuführen sein dürfte. Erstaunlich konstant war der Anteil der *Heavy Political Media User*, der 2002 bei sieben, 2005 bei sechs Prozent lag. Sie sind diejenigen, die politische Online-Angebote am intensivsten nutzen, gleichzeitig aber auch die Nutzung politischer Fernsehnachrichten und der politische Berichterstattung in Zeitungen nicht einschränken. Dazu kamen 2002 zwei weitere Gruppen politischer Onliner (je ca. 2 Prozent), die sich von ersteren darin unterschieden, dass sie die klassischen politischen Medien deutlich seltener nutzten. 2005 ergab sich in der Clusteranalyse lediglich eine weitere Gruppe politischer Onliner, die durch seltene Zeitungslektüre bzw. seltenes Nachrichtensehen auffiel, mit 2,7 Prozent der Befragten aber sehr klein ausfiel. Bezüglich dieser kleinen Gruppen politischer Onliner sind Substitutionseffekte nicht unwahrscheinlich. Insbesondere, da es sich bei ihnen

um tendenziell jüngere Befragte handelte, besteht Grund zu der Annahme, dass mit dem Generationenwandel doch langsam eine größere Bevölkerungsgruppe entsteht, die politisch durchschnittlich interessiert ist und ihr Informationsbedürfnis primär über das Internet befriedigt. Es ist daher nötig, Verschiebungen bezüglich der Mediennutzungstypen kontinuierlich zu beobachten und zu diesem Zweck eine längsschnittlich angelegte Datenbasis zu schaffen, mit der vor allem Veränderungen besser nachzuzeichnen wären. Gleichzeitig reicht eine, durch die Datenbasis bedingt, relativ oberflächliche Analyse, wie sie in dieser Arbeit durchgeführt wurde, nicht aus, um über die Gefahr einer Fragmentierung urteilen zu können. Vielmehr müsste darüber hinaus auch inhaltlich tiefergehend untersucht werden, welche Angebote im Netz aufgerufen werden. Denn was die Befragten tatsächlich unter politischer Information verstehen, kann über ein weites Spektrum von Kurznachrichten auf Einstiegsportalen über ausführliche Hintergrundberichterstattung auf den Webseiten politischer Print- oder Fernsehmagazine bis hin zu themenspezifischen Angeboten auf in- und ausländischen Seiten oder auch Augenzeugenberichten in Form von Blogs reichen. Trotz der genannten Einschränkungen wird die Validität der vorliegenden Ergebnisse, insbesondere bezüglich der verschiedenen Gruppen politischer Onliner, dadurch gestützt, dass sich in beiden Jahren sehr ähnliche Mediennutzungstypen ermitteln ließen.

Kapitel 6 widmete sich unter der Überschrift „Politische Internetnutzung und politische Partizipation“ zwei verschiedenen Aspekten dieses Themas: erstens, politische Internetnutzung und Offline-Partizipation, zweitens, dem Internet als Instrument zur Stimmabgabe in Form von Onlinewahlen. In Unterkapitel 6.2 stand somit zunächst der Zusammenhang zwischen politischer Internetnutzung und Offline-Partizipation im Fokus. Bezüglich der Wahlteilnahme wurden in Abschnitt 6.2.1 politische und nicht-politische Onliner hinsichtlich der Zustimmung zur Wahlnorm, der Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung bzw. der bei den Nachwahlbefragten 2002 erhobenen Wahlteilnahme, der Sicherheit der Wahlentscheidung sowie des Zeitpunkts der Wahlentscheidung verglichen. Während die Onliner insgesamt im Vergleich zu den Offlinern die Wahlnorm signifikant stärker befürworteten, zeigte sich kein Unterschied zwischen politischen und nicht-politischen Onlinern. Auch was die tatsächliche Wahlteilnahme laut Rückerinnerung betrifft, unterschieden sich politische und nicht-politische Onliner nicht. Hingegen entschieden sich die politischen

Onliner geringfügig, aber signifikant früher, welcher Partei sie ihre Stimme geben wollten und waren sich dieser Entscheidung auch etwas sicherer als die nicht-politischen Onliner. Ein Vergleich der Mediennutzungscluster hinsichtlich der Wahlentscheidung ergab, dass die *Heavy Political Media User* die höchsten Wahlbeteiligungsraten aufwiesen, ihre Wahlentscheidung schon früh feststand und sie sich dieser auch sehr sicher waren. Ähnliches, wenn auch in etwas abgeschwächter Form trifft auch auf die anderen Cluster mit politischer Internetnutzung zu. Überraschend ist jedoch das Ergebnis dieser Mittelwertvergleiche für die Daten aus dem Online Access Panel, da hier das als *Internetgeneration* bezeichnete Cluster im Durchschnitt die niedrigste Wahlbeteiligung aufwies. In Abschnitt 6.2.2 stellte sich außerdem heraus, dass sie zudem auch nur eine unterdurchschnittliche Bereitschaft aufwiesen, sich nichtelektoral politisch zu engagieren. Es liegt die Vermutung nahe, dass hier innerhalb der Onlinerschaft eine Gruppe sehr junger Intensivnutzer existiert, die sich wahrscheinlich eher oberflächlich eben auch politisch im Netz informiert, ansonsten aber eher als politikfern eingestuft werden kann. In der bevölkerungsrepräsentativen Studie fiel diese Gruppe vermutlich 2002 noch nicht auf, weil sie noch sehr klein war. Selbst in der Stichprobe aus dem Online-Access-Panel handelt es sich nur um 4,7 Prozent. Aufgrund der Tatsache, dass diese Teilgruppe im Schnitt sehr jung ist, kann man annehmen, dass die hier gemessene Kombination an soziodemographischer Struktur, politischen Einstellungen und Verhaltensdispositionen an Bedeutung gewinnen wird.

Divergierende Ergebnisse ergeben sich aus beiden Studien auch in den binären logistischen Regressionen, die durchgeführt wurden, um die Frage zu beantworten, ob sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen politischer Internetnutzung und Wahlteilnahme auch unter Kontrolle der klassischen beteiligungsrelevanten Größen zeigt. Alle Varianten dieses multivariaten Modells für die Face-to-Face-Befragung 2002 ergaben einen signifikanten Effekt der politischen Internetnutzung. Anders fiel hingegen das Ergebnis für das Online-Access-Panel aus. Hier zeigte sich kein signifikanter Effekt der politischen Internetnutzung. Am wichtigsten waren vielmehr zwei Variablen, die darauf hindeuten, dass es auch innerhalb der Internetnutzerschaft die Bodenständigeren sind, die zur Wahl gehen: Alter und das Lesen lokaler bzw. regionaler Zeitungen. Für die bevölkerungsrepräsentativen Daten bestätigt sich jedoch auch für Deutschland das Ergebnis der amerikanischen Studien (Bimber 2003, Tol-

bert et al. 2003, Mossberger et al. 2008). Ein messbarer signifikanter Zusammenhang zwischen politischer Internetnutzung und Wahlbeteiligung bleibt auch nach Kontrolle der Variablen aus dem Standardmodell zur Erklärung von Wahlteilnahme. Nur Panelstudien, die auch inhaltlich spezifischer auf die politische Onlinenutzung ausgerichtet sind, könnten klären, ob und inwiefern es sich dabei auch tatsächlich um einen kausalen Zusammenhang handelt.

Zusammenhänge zwischen politischer Internetnutzung und nichtelektoralen Partizipationsformen wurden in Abschnitt 6.2.2 untersucht. Es zeigte sich 2002 wie auch 2005 eine signifikant höhere Parteimitgliedschaftsrate bei den politischen Onlinern. Alle Mediennutzungscluster, die primär politische Onliner enthalten, wiesen dementsprechend ebenfalls höhere Anteile von Parteimitgliedern auf. Dies gilt jedoch wiederum nicht für die Stichprobe aus dem Online-Access-Panel, wo zwar die *Heavy-Political-Internet-User* diesem Muster entsprachen, nicht aber die *Internetgeneration*. Letztere waren quasi überhaupt nicht in Parteien organisiert. Die Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen ist allgemein relativ selten. Nur ca. 3 Prozent der Bevölkerung sind in einer solchen organisiert. Der Unterschied zwischen nicht-politischen und politischen Onlinern erwies sich als schwach signifikant und die Vergleiche der Cluster zeigten ebenfalls bei allen Datensätzen, dass diejenigen, die politische Inhalte im Netz nutzten, auch diesbezüglich aktiver waren. In den multivariaten Analysen für die Mitgliedschaft in Parteien bzw. Bürgerinitiativen erwies sich die politische Internetnutzung dann allerdings als nicht mehr signifikant.

Neben diesen tatsächlichen Mitgliedschaften wurde für 2002 zudem die Bereitschaft untersucht, sich gegebenenfalls an einer Demonstration zu beteiligen, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten oder für ein politisches Anliegen die Unterstützung einer Partei zu suchen. Das Muster gleicht dem bezüglich der tatsächlichen Mitgliedschaften: Politische Internetnutzer zeigten sich signifikant eher bereit, eine solche politische Aktivität zu ergreifen. Nach den Mediennutzungsclustern aufgesplittet, wiesen sie auch höhere Bereitschaft auf als die *klassischen politisch Interessierten*. Die Ausnahme bildete auch hier wieder die *Internetgeneration* aus dem Online-Access-Panel, die bei allen drei abgefragten Partizipationsform unterdurchschnittliche Bereitschaft zeigte. Entsprechend wurden auch in den multivariaten Analysen signifikante Effekte für die politische Internetnutzung nur in der bevölkerungsreprä-

sentativen Studie nachgewiesen, auch hier allerdings nur in Bezug auf Demonstrationbereitschaft und die Bereitschaft, Unterstützung bei einer Partei zu suchen.

Insgesamt kann aufgrund der vorliegenden empirischen Ergebnisse Bimber zugestimmt werden, der resümiert, „[i]n systems similar to those of the United States that have long traditions of opportunities for civic engagement of various kinds, reasonably transparent government processes connected to competitive private media, and a reasonably long history of universal or near-universal suffrage, contemporary developments in information technology may lead to little in the way of expanded individual-level participation.” (Bimber 2003: 237).

Der zweite Teil von Kapitel 6, Unterkapitel 6.3, war dem Themenbereich Onlinewahlen gewidmet. Die zur Diskussion stehenden Varianten Internetpräsenzwahl, Kiosk-Internetwahl und Internetfernwahl wurden in Abschnitt 6.3.1 zunächst genauer erläutert, bevor in Abschnitt 6.3.2 die Kontroverse um die Stimmabgabe an vernetzten Computern dargelegt wurde. Den Vorteilen von Onlinewahlen, größerer Flexibilität der Wähler hinsichtlich Ort und Zeit der Stimmabgabe, einer schnelleren und möglicherweise kostengünstigeren Ermittlung des Wahlergebnisses sowie der Demonstration von Modernität stehen vor allem rechtliche Probleme und sicherheitstechnische Gefahren gegenüber. Internetpräsenzahlen, also die Stimmabgabe in vernetzten Wahllokalen, sind, was die Wahrung der im Grundgesetz verankerten Wahlrechtsgrundsätze anbetrifft, am unproblematischsten. Insbesondere das Wahlgeheimnis, das eng mit dem Grundsatz der Freiheit der Wahl zusammenhängt, ist nicht gefährdet, da die Wahl weiterhin im öffentlichen Raum stattfindet. Auch die sicherheitstechnischen Herausforderungen sind hier am leichtesten zu lösen, weil zum einen die Authentifizierung der Wähler weiterhin durch Wahlhelfer erfolgt, zum anderen die technische Infrastruktur am besten kontrolliert und überwacht werden kann. Dennoch sind auch bei dieser Variante Sicherheitsbedenken angebracht, weil im Falle von Manipulationen an der Wahl-Software oder Angriffen gegen die Server die Auswirkungen wesentlich umfassender sein könnten als es beim dezentral durchgeführten traditionellen Wahlverfahren möglich ist. Strittig ist auch, ob sich durch Internetpräsenzahlen Kosteneinsparungen realisieren lassen. Neben den Kosten für die technische Hard- und Softwareausstattung fallen vermutlich kaum weniger Kosten für Personal an als bisher, weil zumindest ein Teil der ehrenamtlichen Wahlhelfer durch IT-Sicherheitsexperten ersetzt werden müsste. Auch der Hinweis auf langfris-

tige Kosteneinsparungen ist kritisch zu hinterfragen, da die technische Infrastruktur permanent dem Stand der Technik und insbesondere der Kryptographie angepasst werden müsste.

Weitaus bedenklicher hinsichtlich der Wahlrechtsgrundsätze, insbesondere des Wahlgeheimnisses und der Freiheit der Wahl, sowie der Sicherheit ist die Variante Internetfernwahlen. Die Wahl von jedem internetfähigen Computer böte zwar den Wählern größtmögliche Flexibilität, die Einhaltung des Wahlgeheimnisses kann jedoch nicht mehr staatlich überwacht werden und auch die sicherheitstechnischen Vorkehrungen sind zum Teil in die Hände des Wählers gelegt. Kiosk-Internetwahlen sind in Bezug auf die geheime Stimmabgabe weniger kritisch als Internetfernwahlen, da die Stimmabgabe zumindest im öffentlichen, wenn auch nicht im staatlich überwachten Raum stattfinden. Die Gefahr durch Manipulationen an der Hard- und Software ist jedoch ebenso gegeben wie bei Internetfernwahlen.

Während deutsche Experten Internetfernwahlen aus den genannten Gründen als derzeit nicht vertretbar einstufen, wird dies in anderen Ländern offenbar anders beurteilt, wie die Darstellung der Pilotprojekte in Abschnitt 6.3.3 zeigt. In Estland, aber auch in der Schweiz wird die ergänzende Internetfernwahl favorisiert und auch bei den britischen Kommunalwahlen wurden bereits Pilotversuche durchgeführt, in denen die Wahl von beliebigen PCs aus möglich war. Ernsthaftige Sicherheitsprobleme traten, der verfügbaren Literatur nach zu urteilen, bisher in keinem Fall auf. Allerdings fiel die Evaluation der Projekte in Großbritannien durchwegs kritisch aus, weil diese offenbar unzureichend vorbereitet waren und dadurch Sicherheitsrisiken bestanden. Die soziologische Begleitforschung zu den in Abschnitt 6.3.3 beschriebenen Projekten förderte eine mehrheitlich positive Einstellung der Internetwähler wie auch der Gesamtbevölkerung gegenüber der Online-Stimmabgabe zutage. Insbesondere in der Schweiz war der Anteil an Internetwählern mit 21 Prozent bei einer Stadtratswahl bereits sehr hoch. In Estland stimmten bei den nationalen Parlamentswahlen 2007 5,4 Prozent der Wähler online ab. Was Effekte auf die Wahlbeteiligung angeht, sind die Einschätzungen in allen drei Ländern eher verhalten. Onlinewahlen scheinen demnach kaum geeignet, Wähler an die Urne zu bringen, die sonst nicht gewählt hätten.

Obwohl bereits seit Ende der 1990er Jahre das Thema Onlinewahlen sporadisch auch im Bundestag diskutiert wurde, gibt es bisher keine Pläne, die Stimmabgabe

über das Internet oder mobile Endgeräte bei politischen Wahlen zuzulassen. Mit der bereits 2000 mittels öffentlicher Gelder entwickelten Software „I-vote“ wurden rechtsverbindliche, allerdings nicht-staatliche Wahlen durchgeführt. In dem Projekt W.I.E.N. („Wählen in elektronischen Netzen“) wurden Onlinewahlen von geschützten Rechnern in Wahllokalen erfolgreich durchgeführt, im Folgeprojekt „vote remote“ Internetfernwahlen von beliebigen Rechnern. Allerdings handelte es sich dabei immer um nicht-staatliche Wahlen.

In Abschnitt 6.3.4 wurden schließlich die Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Internetfernwahlen untersucht. Es zeigte sich, dass laut der repräsentativen DFG-Studie 2002 eine knappe absolute Mehrheit der Bevölkerung ergänzende Internetfernwahlen befürwortete. Vor allem die Interneterfahrung stand dabei in einem positiven Zusammenhang mit der Zustimmung, soziodemographische Größen hingegen kaum. Bei denjenigen, bei denen Internetnutzung und starkes politisches Interesse zusammenkamen, zeigte sich jedoch eine polarisiertere Verteilung als beim Rest der Befragten, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass diese Personengruppe nicht nur den für die Wahlberechtigten augenscheinlichen Vorteil größerer Bequemlichkeit, sondern auch die oben diskutierten Risiken bezüglich technischer Sicherheit und Vertrauen der Bevölkerung in die Zuverlässigkeit des Wahlverfahrens sieht.

Die selbstrekrutierte Online-Umfrage 2005 macht deutlich, dass zumindest die in ihr vorrangig vertretenen Heavy-User immerhin zu 42 Prozent ein Sicherheitsrisiko in Onlinewahlen sehen, 34 Prozent hegten diesbezüglich keine Bedenken. Ebenfalls 42 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, der besondere Charakter der Wahl ginge verloren, wenn der Gang ins Wahllokal entfiere, 39 Prozent waren gegensätzlicher Ansicht. Am eindeutigsten war mit 58 Prozent die Zustimmung zu der Aussage, Internetwahlen seien in einer mobilen Gesellschaft notwendig, lediglich 30 Prozent der Befragten sahen dies anders. Bezüglich der Zusammenhänge zwischen soziodemographischen Größen (Alter, Geschlecht, Bildung), Internetnutzungshäufigkeit sowie politischem Interesse mit diesen drei Items zeigte sich, dass interessanterweise die älteren Befragten weniger Angst vor Sicherheitsrisiken hatten. Wiederum deutlich wurde auch die Bedeutung der Internetnutzungshäufigkeit: diejenigen, die am häufigsten online waren, sahen den besonderen Charakter von Wahlen weniger bedroht und erachteten Internetwahlen in einer modernen Gesellschaft eher als geboten.

Mit Blick auf die möglichen Auswirkungen von Onlinewahlen auf die Wahlbeteiligung wurde die Zustimmung zu Internetfernworten in der DFG-Studie 2002 nach Wahlbeteiligungsabsicht (bei den Vorwahlbefragten) bzw. nach tatsächlicher Wahlbeteiligung (bei den Nachwahlbefragten) aufgesplittet. Während bei den Vorwahlbefragten die Zustimmung unter denjenigen mit Wahlbeteiligungsabsicht stärker ausgeprägt war als bei denjenigen, die nicht wählen wollten, war es bei den Nachwahlbefragten gerade umgekehrt. Insbesondere die Nichtwähler, die das Internet nutzten, stimmten Onlinewahlen zu. Interessant ist, dass die Briefwähler offenbar die bestehende Möglichkeit der Fernwahl als ausreichend betrachten und Onlinewahlen skeptischer beurteilen als alle anderen.

Von politischer Seite wird derzeit in der Bundesrepublik, anders als in Estland, der Schweiz oder Großbritannien, die Einführung politischer Onlinewahlen weder in Form von Internetpräsenzwahlen noch in Form von Internetfernworten forciert.³² Gefördert werden vielmehr Projekte zur Erprobung von Internetworten im nicht-staatlichen Bereich. Die Analysen der Einstellungen der Bevölkerung zu Onlinewahlen haben gezeigt, dass zwar insgesamt eine knappe Mehrheit der Befragten Onlinewahlen zustimmt und dass eine Flexibilisierung der Stimmabgabe für die Wähler gewünscht ist, dass aber insbesondere die politisch interessierten Internetnutzer hinsichtlich der Sicherheit politischer Onlinewahlen durchaus skeptisch sind. Es handelt sich hierbei um eine zwar kleine, aber die öffentliche Diskussion prägende Gruppe, deren Einstellungen zu einer computerbasierten Stimmabgabe kontinuierlich beobachtet werden sollten.

Die empirischen Ergebnisse der vorliegenden Arbeit bestätigen, dass das Internet eine Erweiterung des politischen Kommunikationsraums darstellt, allerdings bislang vor allem für diejenigen, die auch offline aktiver an der politischen Kommunikation teilnehmen und an politischen Entscheidungen partizipieren. Der Begriff „Erweiterung“ ist auch deshalb sinnvoll, weil die Rezeption politischer Angebote in den klassischen Massenmedien bisher kaum eingeschränkt wird. Eine Verlagerung der

³² Dennoch gibt es auch in Deutschland immer wieder Bestrebungen, das Wahlverfahren zu technisieren, zuletzt im Vorfeld der Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg, bei der erstmals ein neues Wahlrecht Anwendung fand, das das Kumulieren und Panaschieren erlaubt und damit den Auszählvorgang verkompliziert. Dort sollte ein digitaler Wahlstift verwendet werden, mit dessen Hilfe die Wählerstimme im Wahllokal an ein nicht vernetztes Notebook übertragen werden sollte (siehe Arzt-Mergemeier et al. 2007). Der Einsatz scheiterte jedoch letztlich an Sicherheitsbedenken des Verfassungsausschusses der Hamburger Bürgerschaft (URL: <http://www.heise.de/newsticker/Aus-fuer-den-digitalen-Wahlstift--meldung/99089>, Stand: 10.7.2009).

politischen Kommunikation fand zumindest im hier untersuchten Zeitraum nicht statt. Nur für einen sehr kleinen Teil der politischen Internetnutzer war das Netz bereits 2002 zum primären Informationsmedium geworden. Allerdings deuten die mehrfach festgestellten Abweichungen zwischen repräsentativer Studie und der Stichprobe aus dem Online-Access-Panel darauf hin, dass es eine zwar kleine, aber sehr junge Gruppe innerhalb der Internetnutzerschaft gibt – hier als *Internetgeneration* bezeichnet –, die sich vor allem online über Politik informiert, auf politische Angebote der klassischen Massenmedien jedoch deutlich seltener zurückgreift, weil sie nicht übermäßig stark politisch interessiert ist. Mediennutzung ist in starkem Maße Gewohnheitshandeln, das in der politischen Sozialisation im Jugendalter geprägt wird, weshalb sich solche Entwicklungen derzeit erst vorsichtig andeuten, in den kommenden Jahren aber eindeutig verstärken werden. Zweifellos wird daher die Bedeutung des Internets für die politische Kommunikation zunehmen. Das in den hier verwendeten bevölkerungsrepräsentativen Daten gefundene Muster, dass vor allem die politisch sehr Interessierten – neben der weiteren gewohnheitsmäßigen Nutzung der klassischen politischen Medien – Politik im Netz aufrufen, wird sich verändern. Es wird, wie es sich bei den intensiveren Internetnutzern aus dem Online-Access-Panel bereits 2002 andeutete, zunehmend auch Bevölkerungsteile geben, die sich primär online informieren. Welche konkreten Inhalte bzw. Anwendungen des Netzes von ihnen genutzt werden, wird weiterhin vor allem vom politischen Interesse, aber auch von der Medienkompetenz bestimmt werden, die beide wiederum stark bildungsabhängig sind. Insofern werden auch in Zukunft die Grundstrukturen der politischen Kommunikation im Netz überwiegend denen der Realwelt ähneln, wie Meckel bereits 1999 vermutete (Meckel 1999: 241). Die stark politisch Interessierten werden, wie auch in der Offline-Welt die informationsreicheren und differenzierteren Informationsangebote im Netz aufsuchen, sie werden aber auch zunehmend den politischen Mehrwert des Internets als Kommunikationsmedium nutzen und vermutlich auch weiterhin die politische Online-Kommunikation mit den klassischen Massenmedien kombinieren. Durch diese Kumulation politisch relevanter Offline- und Online-Mediennutzung wird sich allerdings das Spektrum zwischen Informationsreichen und -armen noch erweitern. Neben den Access-Divide, der sich zunehmend als Spaltung zwischen den Generationen darstellen wird, sind bereits ein Skills-Divide und vor allem ein Motivational Divide getreten, wobei es wohl, insbesondere im

Hinblick auf die letzten beiden, richtiger ist, nicht von Divides, sondern von weiteren Differenzierungen in der Nutzung politischer Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten zu sprechen.

Ende des vergangenen Jahrhunderts konstatierte Meckel, die Verlagerung des politischen Kommunikationsprozesses ins Netz wäre eine „in sozialer Perspektive [...] kaum zu identifizierende Transformation. Das Netz als technisches Medium stellte dann lediglich den Raum bereit für Funktionen und Strukturen, die nicht primär technikinduziert, sondern im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß entstanden sind.“ (Meckel 1999: 241). Dem ist jedoch aus heutiger Sicht nicht uneingeschränkt zuzustimmen. So weckt das Netz mit seinen Möglichkeiten der Bereitstellung aller möglichen Informationen das Bedürfnis, dies auch bezüglich politischer Informationen zu tun und trägt so zum Beispiel mittels Angeboten wie abgeordnetenwatch.de zur Transparenz von parlamentarischen Entscheidungen bei. Die Schnelligkeit der Kommunikation und insbesondere die Vernetzungsmöglichkeiten, die unter dem Schlagwort Web 2.0 firmieren, sind technikinduzierte, aber gesellschaftlich und politisch relevante Entwicklungen. Größere Auswirkungen haben diese Kennzeichen der Online-Kommunikation zugegebenermaßen in repressiven politischen Systemen mit staatlicher Zensur.

In dieser Arbeit wurde ausschließlich die Nutzerseite der politischen Online-Kommunikation untersucht. Die gewählte Herangehensweise, sich vor allem auf bevölkerungsrepräsentative Daten zu stützen, hat, wie fast alle Forschungsdesigns, Vor- und Nachteile. Der Vorteil besteht insbesondere darin, die Bedeutung der politischen Online-Kommunikation in einer Gesellschaft einschätzen zu können, in der immer noch eine große Minderheit – selbst im Jahre 2009 noch über ein Viertel der Bevölkerung – überhaupt keinen Zugang zum Internet hat und die Hauptanwendungen nach wie vor E-mail, Online-banking und E-Shopping sind. Für die weitere Forschung wäre es wertvoll, wenn eine longitudinale Datenbasis zum Thema politische Online-Nutzung geschaffen würde, die neben der Information, welche Arten von politischen Inhalten genutzt werden, auch wichtige politische Einstellungen sowie insbesondere auch Fragen zur politischen Nutzung der klassischen Massenmedien enthielte. Eine solche wäre geeignet, die Einbindung der politischen Online-Nutzung in das gesamte Medienrepertoire – ähnlich, wie es hier mit Hilfe der Clusteranalysen in Kapitel 5.5.7 geschehen ist – über die Zeit und in verschiedenen Generationen zu

untersuchen. Der Nachteil repräsentativer Studien im Bereich der politischen Kommunikations- und Medienwirkungsforschung liegt in der fehlenden inhaltlichen Tiefe. Ein weiteres Forschungsdesiderat ist deshalb die genauere Beschäftigung mit der Frage, welche Folgen bestimmte Formen der politischen Online-Nutzung für den einzelnen Bürger haben, ob und inwiefern der Access-Divide, aber auch Skills-Divides sich in politischen Einflusskategorien niederschlagen. Ist er tatsächlich besser in der Lage, sich schnell gute Informationen zu beschaffen? Verbessert sich sein Wissensstand nachweisbar, wie es in der Wissensklufthypothese postuliert wird und gelingt es ihm tatsächlich besser, Unterstützung für politische Anliegen zu mobilisieren? Bezüglich dieser Fragen werden bevölkerungsrepräsentative empirische Untersuchungsansätze durch die Untersuchung spezifischer Teilgruppen und durch qualitative Forschungsmethoden, am besten in Verbindung mit Inhaltsanalysen der Angebotsseite, ergänzt werden müssen.

Anhang: Ergänzende Tabellen

Tabelle A1: Bestimmungsfaktoren politischer Internetnutzung, logistische Regression, 2002

	Regressionskoeffizient b	Exp (B)
Alter	-,026 ^c	,975
Bildung	,368 ^c	1,444
Geschlecht	-,196 ^{n.s.}	,822
politisches Interesse	1,829 ^c	6,230
internal Efficacy	,437 ^c	1,548
Internetnutzung	19,726 ^{n.s.}	369000000,000
Konstante	-22,736	
Nagelkerkes R ²	0,541	
N	3085	
richtig Klassifizierte in %	88,5	

Signifikanz: c: p<0,001 b: p<0,01 a: p<0,05

Tabelle A2: Bestimmungsfaktoren politischer Internetnutzung, logistische Regression, 2005

	Regressionskoeffizient b	Exp (B)
Alter	-,047 ^c	,954
Bildung	,449 ^c	1,566
Geschlecht	-,627 ^c	,534
politisches Interesse	,586 ^c	1,796
Konstante	-,959	
Nagelkerkes R ²	0,297	
N	2520	
richtig Klassifizierte in %	78,9	

Signifikanz: c: p<0,001 b: p<0,01 a: p<0,05

Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang (1965), *Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik*, Stimme-Verlag, Frankfurt am Main.
- Ahlert, Christian (2003), *Weltweite Wahlen im Internet. Möglichkeiten und Grenzen transnationaler Demokratie*, Campus-Verlag, Frankfurt.
- Almond, Gabriel A., Sidney Verba (1963), *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton. University Press, Princeton.
- Arterton, Christopher F. (1987), *Teledemocracy. Can Technology Protect Democracy?*, Sage Publications, Newbury Park.
- Arzt-Mergemeier, Jörg, Willi Beiss, Thomas Steffens (2007), *The Digital Voting Pen at the Hamburg Elections 2008: Electronic Voting Closest to Conventional Voting*. In: Alkassar, Ammar, Melanie Volkamer (Hrsg.), *VOTE-ID 2007. E-Voting and Identity*, Springer, Berlin, S. 88-98.
- Barber, Benjamin (1984), *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*, University of California Press, Berkeley.
- Becker, Barbara und Michael Paetau (Hrsg.) (1997), *Virtualisierung des Sozialen - Die Informationsgesellschaft zwischen Fragmentierung und Globalisierung*, Campus-Verlag, Frankfurt.
- Beierwaltes, Andreas (2000), *Demokratie und Medien. Der Begriff der Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratie in Europa*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Berens, Harald, Marie-Luise Kiefer, Arne Meder (1997), *Spezialisierung der Mediennutzung im dualen Rundfunksystem*. In: *Media Perspektiven*, Heft 2, S. 80-91.
- Bieber, Christoph (2005), *Der Online-Wahlkampf 2005. Supporter-Sites, Negative Campaigning, Weblogs*. In: *Dossier Bundestagswahl. Bundeszentrale für politische Bildung*. 1.9.2005. URL: <http://www.bpb.de/themen/Z22XZ9.html> (23.07.2006).
- Bimber, Bruce (1998), *The Internet and Political Transformation: Populism, Community and Accelerated Pluralism*. In: *Polity*, Jg. 31, Heft 1, S. 133-160.
- Bimber, Bruce (2003), *Information and American Democracy. Technology in the Evolution of Political Power*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Birreck, Manfred (1979), *Zweiweg-Kabelfernsehen und bürgernahe Verwaltung*, Minerva Publikationen, München.
- Blume, Horst (2001), *Elektronische Demokratie aus Sicht der Politik unter besonderer Berücksichtigung von Internetwahlen*. In: Holznapel, Bernd, Grünwald, Andreas, Hanßmann, Anika, *Elektronische Demokratie*, Münster, Verlag C.H. Beck, S. 105-114.
- Bonfadelli, Heinz (1994), *Die Wissensluft-Perspektive. Massenmedien und gesellschaftliche Information*, Ölschläger, Konstanz.
- Bonfadelli, Heinz (1999), *Medienwirkungsforschung I: Grundlagen und theoretische Perspektiven*, UVK Medien, Konstanz.
- Bonfadelli, Heinz (2005), *Die Rolle digital-interaktiver Medien für gesellschaftliche Teilhabe*. In: *Medien und Erziehung*, JG. 49, Heft 6, S. 6-16.
- Boon, Martin, John Curtice, Sebastian Martin (2007) *Local Election Pilot Schemes 2007. Main Research Report*. URL: http://www.electoralcommission.org.uk/__data/assets/electoral_commission_pdf_file/0010/1

- 6201/ICMElectoralPilotsresearchreport_27285-20161__E__N__S__W__27286-20162__E__N__S__W__.pdf (Stand: 10.7.2009)
- Braun, Nadja, Alexander Prosser, Robert Krimmer (2003), Öffentliche Wahlen im Internet. Ein Vergleich zwischen der Schweiz und Österreich.
URL: http://epub.wu.ac.at/dyn/virlib/wp/showentry?ID=epub-wu-01_4b4 (Stand: 10.7.2009)
- Brettschneider, Frank, Jan van Deth, Edeltraud Roller, Ende der politisierten Sozialstruktur? Leske und Budrich, Opladen.
- Breuer, Fabian, Alexander H. Trechsel (2006), Report for the Council of Europe. E-Voting in the 2005 local elections in Estonia. URL:
http://www.coe.int/t/e/integrated_projects/democracy/02_activities/02_e-voting/00_e-voting_news/finalreportevotingestoniacoe6_3_06.asp#P241_27619 (Stand: 10.7.2009).
- Brodocz, André, Gary S. Schaal (Hrsg.) (2006), Politische Theorien der Gegenwart, Band 1, UTB, Opladen.
- British Council Germany (2006), Facilitating Active Citizenship. E-Participation in Großbritannien und Deutschland – eine Bestandsaufnahme, Berlin 2006. URL:
http://www.britishcouncil.de/pdf/e_participationdt.pdf (Stand: 10.7.2009).
- Bucher, Hans-Jürgen (2004), Online-Interaktivität – Ein hybrider Begriff für eine hybride Kommunikationsform. In: Bieber, Christoph, Klaus Leggewie (Hrsg.), Interaktivität, Campus Verlag, Frankfurt am Main, S. 132-167.
- Buchstein, Hubertus (2000), Präsenzwahl, Briefwahl, Online-Wahl und der Grundsatz der geheimen Stimmabgabe. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 31, S. 886-903.
- Bundesverfassungsgericht (2009), Pressemitteilung Nr. 19/2009 vom 3. März 2009.
- Castells, Manuel (1996), The Rise of the Network Society, Blackwell, Cambridge Mass..
- Castells, Manuel (2002), Das Informationszeitalter II, Leske und Budrich, Opladen.
- Christin, Thomas, Alexander H. Trechsel (2005), Analysis of the 26th September 2004 ballot as held in four Geneva municipalities (Anières, Carouge, Cologny and Meyrin).
http://www.geneve.ch/evoting/english/doc/rapports/rapport_26sept_english_final.pdf
(Stand: 10.7.2009)
- Compaine Benjamin M. (2001), The Digital Divide. Facing a Crisis or Creating a Myth? MIT Press, Cambridge.
- Converse, Philip E., 1970: Attitudes and Non-Attitudes: Continuation of a Dialogue. In: Tufte, R. (Hrsg.): The Quantitative Analysis of Social Problems, Reading, Addison-Wesley, S. 168-189.
- Converse, Philipp E. (1964), The Nature of Belief Systems in Mass Publics. In: Apter, David E. (Hrsg.), Ideology and Discontent, Free Press, New York, S. 206-261.
- Dahl, Robert (1989), Democracy and Its Critics, Yale University Press, New Haven.
- Dahl, Robert A. (1994), A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation. In: Political Science Quarterly, Bd. 109, Nr. 1, S. 23-34.
- Dalton, Russell J., Martin P. Wattenberg (2000), Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies, University Press, Oxford.
- Dalton, Russell J., Scott C. Flanagan, Paul Allen Beck (Hrsg.) (1984), Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment? University Press, Princeton.

-
- Davis, Lane (1975), Die politischen Kosten des neuen Realismus. In: Grube, Frank, Gerhard Richter (Hrsg.), *Demokratietheorien, Konzeptionen und Kontroversen*, Hofmann und Campe, Hamburg.
- Davis, Richard (1999), *The Web of Politics. The Internet's Impact on the American Political System*, Oxford University Press, New York.
- Deutscher Bundestag (Hrsg) (1998), *Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft“*. Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Bonn.
- Deutscher Bundestag (2008), *Bundestag vereinfacht Briefwahl*. URL: http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2008/19451612_kw05_briefwahl.
- Diller, Ansgar (1980), *Rundfunkpolitik im Dritten Reich*, Deutscher Taschenbuchverlag, München.
- Doh, Michael (1994), *10 Jahre Privatfernsehen*, KoPäd Verlag, München.
- Donges, Patrick, Otfried Jarren (1999), Politische Öffentlichkeit durch Netzkommunikation? In: Kamps, Klaus (Hrsg.), *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 85-108.
- Donsbach, Wolfgang (1991), *Medienwirkung trotz Selektion. Einflussfaktoren auf die Zuwendung zu Zeitungsinhalten*, Böhlau, Köln.
- Donsbach, Wolfgang (1993), Täter oder Opfer – Die Rolle der Massenmedien in der amerikanischen Politik. In: Donsbach, Wolfgang, Otfried Jarren, Hans Mathias Keppinger und Barbara Pfetsch, *Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion*, Gütersloh, S. 221-281.
- Dörner, Andreas (2001), *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Eilfort, Michael (1994), *Die Nichtwähler – Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*, Schöningh Paderborn.
- Eimeren, Birgit van, Beate Frees (2008), *Internetverbreitung: Größter Zuwachse bei Silver-Surfern*. In: *Media Perspektiven*, Heft 7, S. 330-344.
- Electoral Commission (2002): *Modernising Elections. A strategic evaluation of the 2002 electoral pilot schemes*. URL: http://www.electoralcommission.org.uk/__data/assets/electoral_commission_pdf_file/0016/13156/Modernising_elections_6574-6170__E__N__S__W__.pdf (Stand: 10.7.2009)
- Electoral Commission (2003): *The Shape of Elections to Come. A Strategic Evaluation of the 2003 Electoral Pilot Schemes* URL: http://www.electoralcommission.gov.uk/files/dms/The_shape_of_elections_to_come_final_10316-8346__E__N__S__W__.pdf (Stand: 10.7.2009)
- Electoral Commission (2007): *Electronic Voting. May 2007 electoral pilot schemes*. URL: http://www.electoralcommission.org.uk/__data/assets/electoral_commission_pdf_file/0008/13220/Electronicvotingsummarypaper_27194-20114__E__N__S__W__.pdf (Stand: 10.7.2009)
- Elff, Martin (2005), Wertorientierungen und Parteipräferenz. In: Falter, Jürgen W., Oscar W. Gabriel, Bernhard Wessels, *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 309-338.
- Emmer, Martin (2005), *Politische Mobilisierung durch das Internet? Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung zur Wirkung eines neuen Mediums*. Verlag Reinhard Fischer, München.

-
- Ettema, James S., F. Gerald Kline (1977), Deficits, Differences, and Ceilings: Contingent Conditions for Understanding the Knowledge Gap. In: *Communication Research*, Jg. 4, Heft 2, S. 179-202.
- Etzioni, Amitai (1993), *The Spirit of Community. Rights, Responsibilities and the Communitarian Agenda*, Crown Publishers, Inc., New York.
- Eurostat Jahrbuch (2008), URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/publications/eurostat_yearbook (Stand: 10.7.2009)
- Feist, Ursula (1992), Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland? In: Starzacher, Karl (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie*, Bund-Verlag, Köln, S. 40-57.
- Fisch, Martin (2004), *Nutzungsmessung im Internet*, Verlag Reinhard Fischer, München.
- Forschungsgruppe Wahlen (2008), *Internet-Strukturdaten*, URL: http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen_und_Publikationen/Internet-Strukturdaten/ (Stand: 10.07.2009).
- Friedrichs, Stefan, Thomas Hart, Oliver Schmidt (Hrsg.) (2002), *E-Government. Effizient verwalten – demokratisch regieren*, Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Fromm, Guido (2000), Vergangene Zukunft – Die Neuen Medien der „ersten Generation“ in Deutschland. In: *Media Perspektiven*, Heft 6, S. 258-265.
- Fuchs, Dieter (2000), Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: einige demokratietheoretische Überlegungen. In: Niedermayer, Oskar, Bettina Westle (Hrsg.), *Demokratie und Partizipation*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Gabriel, Oscar W., Kerstin Völkl (2004), Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs. Eine Analyse der Bundestagswahl 2002. In: Brettschneider, Frank, Jan von Deth, Edeltraud Roller (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 221-248.
- Galston, William (1991), *Liberal Purposes. Goods, Virtues and Diversity in the Liberal State*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Geffken, Michael (2001), Gleiche Chancen für alle. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 9.10.2001, S. 16.
- Gehlen, Martin (2009), Neda, das Symbol des Widerstands. In: *Zeit Online*, URL: <http://www.zeit.de/online/2009/26/iran-neda> (Stand: 10.7.2009).
- Gellner, Winand (1998), Das Ende der Öffentlichkeit? In: Gellner, Winand, Fritz von Korff (Hrsg.), *Demokratie und Internet, Nomos*, Baden-Baden, S. 11-24.
- Gellner, Winand, Fritz von Korff (Hrsg.) (1998), *Demokratie und Internet, Nomo*, Baden-Baden.
- Gerhards, Jürgen (1997), Diskursive versus liberale Öffentlichkeit: Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 49, Heft 1, S. 1-39.
- Gerhards, Jürgen, Mike S. Schäfer (2007), Demokratische Internet-Öffentlichkeit? Ein Vergleich der öffentlichen Kommunikation im Internet und in den Printmedien am Beispiel der Humangemforschung. In: *Publizistik*, Jg. 52, Heft 2, S. 210-228.
- Gerhards, Maria, Andreas Grajczyk, Walter Klingler (1998), Programmangebote und Spartennutzung im Fernsehen 1997. In: *Media Perspektiven*, Heft 12, S. 582-593.
- Gesellschaft für Informatik (2004), *Pressemitteilung*, URL: <http://www.gi-ev.de/presse/pressearchiv/pressemitteilungen-der-gi-im-jahr-2004/pressemitteilung-vom-10-dezember-2004/> (Stand: 10.7.2009)

- gfs.bern (2005) Das Potenzial der elektronischen Stimmabgabe,
 URL: <http://www.e-gov.zh.ch/internet/sk/e-gov/de/doku/study.SubContainerList.SubContainer3.ContentContainerList.0025.DownloadFile.pdf> (Stand: 13.2.2008)
- Gisler, Michael, Dieter Spahni (Hrsg.) (2001), eGovernment. Eine Standortbestimmung, Haupt, Bern.
- Goerdeler, Andreas (2007), E-Voting. In: Zechner, Achim (Hrsg.), Handbuch E-Government. Strategien, Lösungen und Wirtschaftlichkeit, Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart, S. 391-395.
- Goertz, Lutz (2004), Wie interaktiv sind Medien? In: Bieber, Christoph, Klaus Leggewie (Hrsg.), Interaktivität, Campus Verlag, Frankfurt am Main, S. 97-117.
- Grimm, Rüdiger (2001), Technische Sicherheit bei Internet-Wahlen. In: Holznagel, Bern, Andreas Grünwald, Anika Hanßmann (Hrsg.), Elektronische Demokratie – Bürgerbeteiligung per Internet zwischen Wissenschaft und Praxis, C.H. Beck, München, S. 86-104.
- Grimmer, Klaus (1982), Partizipationsstützender Technikeinsatz in der Kommunalverwaltung als Problem der Verwaltungspolitik. In: Thränhard, Dietrich, Herbert Uppendahl (Hrsg.), Kommunikationstechnologien und kommunale Entscheidungsprozesse, Minerva Publikationen, München, S. 86-110.
- Groebel, Jo, Wolfgang Hoffmann-Riem, Renate Köcher (1995): Bericht zur Lage des Fernsehens für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Grossman, Lawrence K (1995), The Electronic Republic: Reshaping Democracy in the Information Age, Viking Adult, New York.
- Grunwald, Armin, Gerhard Banse, Christopher Coenen, Leonhard Hennen (2006), Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, edition sigma, Berlin.
- Grunwald, Armin, Gerhard Banse, Christopher Coenen, Leonhard Hennen (2006), Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet, edition sigma, Berlin.
- Habermas, Jürgen (1990), Strukturwandel der Öffentlichkeit, Suhrkamp, Frankfurt am Main, zuerst erschienen 1962.
- Hagen, Lutz M., Markus Mayer (1998), Der direkte Draht zur Politik. Formen und Inhalte der Online-Nutzung im Hinblick auf die Entstehung politischer Öffentlichkeit. In: Hagen, Lutz M. (Hrsg.), Online-Medien als Quellen politischer Information. Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten, Westdeutscher Verlag, Opladen. S. 94-129.
- Hagen, Martin (1996), A Road to Electronic Democracy? – Politische Theorie, Politik und der Information Superhighway in den USA. In: Kleinstüber, Hans J. (Hrsg.), Der „Information Superhighway“, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 63-85.
- Hagen, Martin (1997), Elektronische Demokratie – Computernetzwerke und politische Theorie in den USA, Lit Verlag, Hamburg.
- Hagen, Martin (1999), Amerikanische Konzepte elektronischer Demokratie. In: Kamps, Klaus (Hrsg.), Elektronische Demokratie? Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 63-81.
- Hagen, Martin (2000), Digital Democracy and Political Systems. In: Hacker, Kenneth L., Jan van Dijk (Hrsg.), Digital Democracy : Issues of Theory & Practice. Sage, London, S. 54-69.
- Hague, Barry, N., Brian D. Loader (1999), Digital Democracy. Discourse and Decision Making in the Information Age, Routledge, London.

-
- Harth, Thilo (2001), Medien und Demokratie: Der Einfluss des Internet und die Folgen für Politik und politische Bildung. In: Meier-Walser, Reinhard C., Thilo Harth, Politikwelt Internet: Neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet?, Olzog, München.
- Hayes, Bernadette, Bean, Clive S. (1993), Political Efficacy. A Comparative Study of the United States, West Germany, Great Britain and Australia. In: European Journal of Political Research, Jg. 23, S. 261-280.
- Hebecker, Eike (2002), Experimentieren für den Ernstfall. Der Online-Wahlkampf 2002. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50 (2002), S. 48-54.
- Heeter, Carrie (1989), Implications of new interactive technologies for conceptualizing communication. In: Salvaggio, Jerry L., Bryant, Jennings (Hrsg.), Media use in the information age. Emerging Patterns of Adoption and Consumer Use, Lawrence Erlbaum, Hillsdale, N.J., S. 217-235.
- Höflich, Joachim R. (1997), Zwischen massenmedialer und technisch vermittelter interpersonaler Kommunikation - der Computer als Hybridmedium und was die Menschen damit machen. In: Beck, Klaus, Gerhard Vowe (Hrsg.), Computernetze - ein Medium öffentlicher Kommunikation? Wissenschaftsverlag Spiess, Berlin, S. 85-126.
- Höflich, Joachim R. (2003), Mensch, Computer und Kommunikation. Theoretische Verortungen und empirische Befunde, Peter Lang, Frankfurt am Main.
- Holtz-Bacha, Christina (1989), Verleidet uns das Fernsehen die Politik? Auf den Spuren der „Videomalaise“. In: Kaase, Max, Winfried Schulz (Hrsg.), Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 30), Opladen, S. 239-252.
- Holtz-Bacha, Christina (1998), Fragmentierung der Gesellschaft durch das Internet? In: Geller, Winand, Fritz von Korff (Hrsg.), Demokratie und Internet, Nomos, Baden-Baden, S. 219-226.
- Horrigan, John, Kelly Garrett, Paul Resnick (2004), The internet and democratic debate, URL: http://www.pewinternet.org/~media/Files/Reports/2004/PIP_Political_Info_Report.pdf (Stand: 10.7.2009).
- Hottelet, Ulrich (2001), Zypriens: "Digitale Spaltung darf es nicht geben", Interview mit Brigitte Zypriis. In: FAZ.net vom 25.7.2001, URL: http://fazarchiv.faz.net/webcgi?START=A11&T_SEITE=17&WID=66253-3060109-00903_8 (Stand: 10.7.2009).
- Bräuer, Marco, Thomas Biewendt (2005), Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2005. Zweites Website-Ranking der Initiative eParticipation, URL: http://www.initiative-eparticipation.de/Studie_eParticipation2005.pdf (Stand: 08-01-2008).
- Inglehart, Ronald (1977), The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton University Press, Princeton.
- Initiative D21, Presseinformation vom 11.12.2003, URL: http://www.rissberger.de/pdf/Presse_D21-Initiative_waehlt_neuen_Vorstand_111203.pdf (Stand: 10.7.2009).
- Internet World Stats (2009), URL: <http://www.internetworldstats.com/stats9.htm#eu> (Stand: 10.7.2009).
- Iyengar, Shanto, Mark D. Peters, Donald R. Kinder (1982), Experimental Demonstrations of the „Not-So-Minimal“ Consequences of Television News Programs. In: American Political Science Review, Jg. 76, S. 848-858.
- Jansen, Jürgen, Wilfried Laatz (1999), Statistische Datenanalyse mit SPSS für Windows. Eine anwendungsorientierte Einführung, Springer, Berlin.

-
- Jarren, Otfried, Patrick Donges (2006), Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Kamarck, Elaine C., Joseph S. Nye, Jr. (1999), *democracy.com? Governance in a Networked World*, Hollis Publishing, Hollis.
- Kepplinger, Hans M. (1998), *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*, Alber, Freiburg.
- King, Bridgett (2008), From the Digital Divide to Digital Citizenship. In: Mossberg, Karen, Caroline J. Tolbert, Ramona S. McNeal, *Digital Citizenship. The Internet, Society, and Participation*, MIT Press, Cambridge, Massachusetts, S. 95-122.
- Klapper, Joseph T. (1960), *The Effects of Mass Communication*, Free Press, New York.
- Klaus, Max (2006): eVoting in der Schweiz: Grosses Wählerinteresse. URL: http://www.politik-digital.de/edemocracy/evoting/mklaus_evoting_schweiz060824.shtml (Stand: 13.7.2009).
- Klein, Markus (1998), A Postmaterialist Realignment? Value Change and Electoral Behavior in Unified Germany. In: Anderson, Christopher J., Carsten Zelle (Hrsg.), *Stability and Change in German Elections. How Electorates Merge, Converge, or Collide*, Praeger, Westport., S. 153-172.
- Klein, Markus (2005), Gesellschaftliche Wertorientierungen, Wertewandel und Wählerverhalten. In: Falter, Jürgen W., Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 423-443.
- Kleinhenz, Thomas (1995), *Die Nichtwähler: Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Kleinstauber, Hans J. (1995), „Technologies of Freedom“: Warum werden in den USA Medien so ganz anders interpretiert? In: *Amerikastudien*, Jg. 40, S. 183-207.
- Kleinstauber, Hans J., Magnus-Sebastian Kutz (2008), *Vorreiter auf neuem Kurs? Die Zukunft der elektronischen Medien in den USA*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Kommune21 (2007), *Stop für Online-Wahlen gefordert*.
URL: http://www.kommune21.de/web/de/politik,293_0_0_82.5,6791 (Stand: 13.7.2009)
- Kopper, Gerd G. (2005), Internet-Dienste und demokratische Kultur. Plädoyer für eine kritische Perspektive. In: Matzker, Reiner, Siegfried Reinecke (Hrsg.), *Öffentlichkeit, Partizipation, Politische Kultur, Jahrbuch für Internationale Germanistik*, Bern, Peter Lang, S. 115-123.
- Krotz, Friedrich (2006), Das Konzept "Digitale Spaltung" - ein modernisierungstheoretisch begründeter Ansatz, der an der Wirklichkeit vorbeigeht. Ein Kommentar zu den Beiträgen und eine Kritik des Konzepts. In: Imhof, Kurt, Roger Blum, Heinz Bonfadelli, Otfried Jarren (Hrsg.), *Demokratie in der Mediengesellschaft*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 362-376.
- Krotz, Friedrich (2007), *Mediatisierung: Fallstudien zum Wandel von Kommunikation*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Kubicek, Herbert (1998), Das Internet 1995-2005. Zwingende Konsequenzen aus unsicheren Analysen. In: Leggewie, Claus, Christa Maar (Hrsg.), *Internet und Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie?* Bollmann, Köln, S. 55-69.
- Kubicek, Herbert, Martin Hagen (1998), Von der Web-Seite zum "One-Stop-Government". Die öffentliche Verwaltung der USA auf dem Information Superhighway, In: *Verwaltung und Management*, 4. Jg. Heft 4, S. 208-213.

-
- Kubicek, Herbert und Martin Wind (2002): Bundestagswahl per Computer? In: Buchstein, Hubertus und Harald Neymanns (Hrsg.): Online-Wahlen, Opladen, Leske und Budrich, S. 91-112.
- Kurz, Constanze, Frank Rieger, Rob Gonggrijp (2007), Beschreibung und Auswertung der Untersuchungen an NEDAP-Wahlcomputern. URL: <http://www.ccc.de/press/releases/2007/20070609/nedapReport54.pdf> (Stand: 13.7.2009).
- Lange, Nico (2002), Click'n'Vote – Erste Erfahrungen mit Online-Wahlen. In: Buchstein, Hubertus und Harald Neymanns (Hrsg.): Online-Wahlen, Opladen, Leske und Budrich, S.127-144.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson, Hazel Gaudet (1944), The People's Choice: How the Voter Make Up His Mind in a Presidential Campaign, Duell, Sloan and Pearce, New York.
- Lenk, Klaus (Hrsg.) (1976), Informationsrechte und Kommunikationspolitik. Entwicklungsperspektiven des Kabelfernsehens und der Breitbandkommunikation, Toeche-Mittler Verlag, Darmstadt.
- Lenk, Klaus, Martin Brüggemeier, Margret Hehmann, Werner Willms (1990), Bürgerinformationssysteme. Strategien zur Steigerung der Verwaltungstransparenz und der Partizipationschancen der Bürger, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Liedke, Bernd H., August Tepper (1989), Sozialverträglicher Technikeinsatz in der Kommunalverwaltung. Erfahrungen mit dem kommunalen Bürgeramt, R. Oldenburg Verlag, München.
- Lipset, Seymour M. (1962), Soziologie der Demokratie, Luchterhand, Neuwied.
- Madise, Ülle, Priit Vinkel, Epp Maaten (2006), Internet Voting at the Elections of Local Government Councils on October 2005, URL: <http://vvk.ee/public/dok/report2006.pdf> (Stand: 10.7.2009)
- Märker, Oliver (2007), E-Participation: Gewinnung bürgerschaftlicher Expertise zur Qualifikation von Planungs- und Entscheidungsprozessen. In: Zechner, Achim (Hrsg.), Handbuch E-Government. Strategien, Lösungen und Wirtschaftlichkeit, Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart, S. 367-382.
- Maletzke, Gerhard (1963): Psychologie der Massenkommunikation, Verlag Hans-Bredow-Institut, Hamburg.
- Marr, Mirko (2002), Das Ende der Gemeinsamkeiten? Folgen der Internetnutzung für den medialen Thematisierungsprozess. In: Medien und Kommunikationswissenschaft, Jg. 50, Heft 4, S. 510-532.
- Marr, Mirko (2006), Das Internet als politisches Informationsmedium. Eine aktuelle Bestandsaufnahme. In: Imhof, Kurt, Roger Blum, Heinz Bonfadelli, Otfried Jarren (Hrsg.), Demokratie in der Mediengesellschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 261-284.
- Marschall, Stefan (1998), Netzöffentlichkeit – eine demokratische Alternative? In: Geller, Winand, Fritz von Korff (Hrsg.), Demokratie und Internet, Nomos, Baden-Baden, S. 43-54.
- Marschall, Stefan (1999), Alte und neue Öffentlichkeiten. In: Kamps, Klaus (Hrsg.), Elektronische Demokratie? Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 109-126.
- Mayer, Thomas (2009), Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Meckel, Miriam (1999), Cyberpolitics und Cyberpolity. Zur Virtualisierung politischer Kommunikation. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 229-244.
- Meffert Christine (2001), Gegen die digitale Spaltung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.9.2001, Nr. 222, Berliner Seiten, S. 2.
- Merz, Manuel, Stefan Rhein, Julia Vetter (2006), Wahlkampf im Internet, LIT-Verlag, Berlin.

-
- Meyn, Hermann (1999), *Massenmedien in Deutschland*, UVK Medien, Konstanz.
- Miller, Steven E. (1996), *Civilizing Cyberspace*, acm Press, New York.
- Moore, Richard K. (1999), *Democracy and Cyberspace*. In: Hague, Barry, N. und Brian D. Loader, *Digital Democracy. Discourse and Decision Making in the Information Age*, Routledge, London.
- Mossberger, Caren, Caroline J. Tolbert, Ramona S. McNeal (2008), *Digital Citizenship. The Internet, Society, and Participation*, MIT Press, Cambridge Mass..
- Mossberger, Caren, Caroline J. Tolbert, Mary Stansbury (2003), *Virtual inequality. Beyond the Digital Divide*, Georgetown University Press, Washington, DC.
- National Telecommunications and Information Administration (1998), *Falling Through the Net II: New Data on the Digital Divide*, URL: <http://www.ntia.doc.gov/ntiahome/net2/> (Stand: 10.7.2009)
- Negroponce, Nicholas (1995), *Total Digital*, Bertelsmann, München.
- Neidhardt, Friedhelm (1994), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Psychologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 7-41.
- Neller, Katja (2002), *Politische Informiertheit*. In: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, 2. neu bearbeitete Auflage, 2002, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 363-370.
- Newton, Kenneth (1999), *Mass Media Effects: Mobilization or Media Malaise?* In: *British Journal of Political Science*, Jg. 29, Heft 4, S. 577-599.
- Neymanns, Harald (2002): *Die Wahl der Symbole: Politische und demokratietheoretische Fragen zu Online-Wahlen*. In: Buchstein, Hubertus und Harald Neymanns (Hrsg.), *Online-Wahlen*, Leske und Budrich, Opladen, S. 23-38.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1973), *Kumulation, Konsonanz und Öffentlichkeitseffekt*. In: *Publizistik*, Jg. 18, S. 26-55.
- (N)onliner-Atlas (2006), *Sonderauswertung 19 „Internetnutzung von Frauen und Männern in Deutschland 2006*, URL: http://www.old.initiated21.de/fileadmin/files/NOA_Umzug/Sonderauswertungen/Nonliner_Sonderauswertung_2006_151206.pdf (Stand:10.7.2009).
- (N)onliner-Atlas 2008 (2008), URL: http://old.initiated21.de/fileadmin/files/08_NOA/NONLINER2008.pdf (Stand: 10.7.2009).
- Norris, Pippa (2000), *A Virtuous Circle. Political Communications in Postindustrial Societies*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Norris, Pippa (2001), *Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet in Democratic Societies*, Cambridge University Press, New York.
- Oehmichen, Ekkehardt, Christian Schröter (2008), *Medienübergreifende Nutzungsmuster: Struktur- und Funktionsverschiebungen*. In: *Media Perspektiven* Heft 8, S. 394-409.
- Open Rights Group (2007), *May 2007 Election Report*. URL: http://media.ito.com/kevinmarks/org_election_report.pdf (Stand: 10.7.2009)
- OSCE Election Assessment Mission Final Report: *Republic of Estonia, Parliamentary Elections 4. March 2007* (2007), URL: http://www.osce.org/documents/odihr/2007/01/23131_en.pdf (Stand: 10.7.2009)

-
- Otten, Dieter (2002), Modernisierung der Präsenzwahl durch das Internet. In: Buchstein, Hubertus, Harald Neymanns (Hrsg.), *Online-Wahlen*, Leske und Budrich, Opladen, S. 71-90.
- Pappi, Franz U. (2002), Die politisierte Sozialstruktur heute: politische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential? In: Brettschneider, Frank, Jan van Deth, Edeltraud Roller, *Ende der politisierten Sozialstruktur?* Leske und Budrich, Opladen, S. 25-46.
- Pelinka, Anton (1976), *Politik und moderne Demokratie*, Scriptor, Kronberg/Ts..
- Plake, Klaus, Daniel Jansen, Birgit Schuhmacher (2001), *Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale der Medienentwicklung*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Putnam, Robert (2000), *Bowling Alone? The Collapse and Revival of American Community*, Simon and Schuster, New York.
- Rafaëli, Sheizaf (1988), Interactivity: From New Media to Communication. In: Hawkins, Robert P., John M. Wiemann, Suzanne Pingree (Hrsg.), *Advancing Communication Science: Merging Mass and Interpersonal Processes*, Sage Publications, Newbury Park, S. 110-134.
- Rattinger, Hans (1992), Das Wahlverhalten bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl nach Alter und Geschlecht. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 23, S. 266-280.
- Reese, Jürgen (1982), Chancen und Risiken des Einsatzes neuer Informationstechnologien an der Schnittstelle Bürger/Verwaltung. In: Thränhard, Dietrich, Herbert Uppendahl (Hrsg.), *Kommunikationstechnologien und kommunale Entscheidungsprozesse*, Minerva Publikationen, München, S. 23-32.
- Reif, Karlheinz, Hermann Schmitt (1980), Nine second-order national elections – A conceptual framework for the analysis of European election results. In: *European Journal of Political Research* 8, S. 3-44.
- Reinermann, Heinrich, Jörn von Lucke (Hrsg.) (2002), *Electronic Government in Deutschland: Ziele, Stand, Barrieren, Beispiele, Umsetzung*, Speyer, Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, URL: <http://www.foev-speyer.de/RUVII/fb226.htm> (Stand: 10.7.2009).
- Rheingold, Howard (1994), *Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers*, Addison-Wesley, Bonn.
- Rogers, Everett M. (1995), *Diffusion of Innovations*, Free Press, New York, 4. Auflage.
- Rogers, Everett M. (2003), *The Diffusion of Innovations*, Routledge, New York, 5. Auflage.
- Roth, Dieter (1992), Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom. In: Starzacher, Karl (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie*, Bund-Verlag, Köln, S. 58-68.
- Sarcinelli, Ulrich (2009), *Politische Kommunikation in Deutschland*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Sartori, Giovanni (1992), *Demokratiethorie*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.
- Schallbruch, Martin (2007), E-Government 2.0: Das Programm des Bundes. In: Zechner, Achim (Hrsg.), *Handbuch E-Government. Strategien, Lösungen und Wirtschaftlichkeit*, Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart, S. 23-27.
- Scheufele, Dietram A., Matheu C. Nisbet (2002), Being a Citizen Online. New Opportunities an Dead Ends. In: *The Harvard International Journal of Press/Politics*, Jg. 7, Heft 3, S. 55-75.
- Schmidt, Gunnar (1995), Zivile Gesellschaft und öffentlicher Raum. In: *Leviathan*, Jg. 23, Heft 4, S. 562-579.

-
- Schmidt, Manfred G. (2008), *Demokratietheorien*, 4. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Schoen, Harald (2005), *Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung*. In: Falter, Jürgen W. , Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 135-186.
- Schoen, Harald, Cornelia Weins (2005), *Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wählerverhalten*. In: Falter, Jürgen W. , Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 187-242.
- Schulz, Winfried (1989), *Massenmedien und Realität: Die "ptolemäische" und die "kopernikanische" Auffassung*. In: Kaase, Max/ Schulz, Winfried (Hrsg.), *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 135-149.
- Schulz, Winfried (1997), *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und empirische Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik*, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Schulz, Winfried (2008), *Politische Kommunikation*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Schweiger, Wolfgang (2007), *Theorien der Mediennutzung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Siedschlag, Alexander, Arne Rogg, Carolin Welzel (2002), *Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet*, Leske und Budrich, Opladen.
- Sietmann, Richard (2001), *Verführerischer Charme... aber die Einführung allgemeiner Online-Wahlen bleibt umstritten*. In: c't 11/2001, S. 22, URL: <http://www.heise.de/ct/01/11/022/>, (Stand: 10.7.2009)
- Sietmann, Richard (2006), *Großbritannien nimmt neuen Anlauf zum E-Voting*. URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/79720> (Stand: 10.7.2009)
- Sokolov, Daniel A. J. (2003), *Test von E-Voting bei Lokalwahlen in Großbritannien*, URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/38037> (Stand: 10.7.2009)
- Spiegel Online (2009), *Verfassungsgericht stoppt Einsatz von Wahlcomputern*, URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/tech/0,1518,610962,00.html> (Stand: 10.7.2009).
- Steinbrecher, Markus, Sandra Huber, Hans Rattinger (2007), *Turnout in Germany. Citizen Participation in State, Federal, and European Elections since 1979*, Nomos, Baden-Baden.
- Steinbrecher, Markus (2008), *Politische Partizipation in Deutschland*, Nomos, Baden-Baden.
- Steinmetz, Rüdiger (1999), *Initiativen und Durchsetzung privat-kommerziellen Rundfunks*. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Böhlau Verlag, Bonn.
- Sunstein, Cass (2001), *republic.com*, Princeton University Press, Princeton.
- Tichenor, Phillip J., George A. Donohue, Clarice N. Olien (1970), *Mass Media Flow and Differential Growth in Knowledge*. In: *Public Opinion Quarterly*, Jg. 34, Heft 2, S. 159-170.
- Tolbert, Carolin J., Ramona S. McNeal (2003), *Unraveling the Effects of the Internet on Political Participation?* In: *Political Research Quarterly*, Bd. 56, Heft 2, S. 175-185.
- Traugott, Michael W. (2004), *Das amerikanische Wahlverfahren*, URL: http://usa.usembassy.de/elections04/traugott_d.htm (Stand: 10.7.2009)
- Trechsel, Alexander H. (2007): *Report for the Council of Europe. Internet voting in the March 2007 Parliamentary Elections in Estonia*, URL: http://cadmus.iue.it/dspace/bitstream/1814/7549/3/Report_Evoting_Estonia_for_the_CoE_2007.pdf (Stand: 10.7.2009)

-
- Van Dijk, Jan (2000), *Models of Democracy and Concepts of Communication*. In: Hacker, Kenneth L., Jan van Dijk (Hrsg.), *Digital Democracy. Issues of Theory and Practice*, Sage Publications, Thousand Oaks.
- Van Dijk, Jan (2005), *The Deepening Divide*, Sage Publications, Thousand Oaks.
- Viswanath Kasisomayajula, John R. Finnegan (1996), *The Knowledge Gap Hypothesis: Twenty Five Years Later*. In: Burleson, Brant R. (Hrsg.), *Communication Yearbook 19*, Sage Publications, Thousand Oaks, S. 187-227.
- Vogel, Klemens (2003), *Im Netz der Parteien*. Interview mit Vito Cecere und Stefan Scholz. URL: http://www.bpb.de/veranstaltungen/5SFL09,0,Im_Netz_der_Parteien.html, Stand: 10.7.2009).
- Vorländer, Hans (2001), *Dritter Weg und Kommunitarismus*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16-17, S. 16-23.
- Weber, Lori M., Alysha Loumakis, James Bergman (2003), *Who Participates and Why? An Analysis of Citizens on the Internet and the Mass Public*. In: *Social Science Computer Review*, Bd. 21, Heft 1, S. 26-42.
- Weddeling, Sonja (2004): *US-Online-Wahl Pleite bestätigt: deutsche Systeme sicherer*. URL: <http://www.politik-digital.de/edemocracy/evoting/serve.shtml> (Stand: 10.7.2009).
- Weirich, Dieter (1982), *Das flimmernde Rathaus. - Neue Medientechnologien - Herausforderungen für die Kommunalpolitik*, Kommunal-Verlag, Recklinghausen.
- Weixner, Bärbel M. (2002), *Direkte Demokratie in den Bundesländern. Verfassungsrechtlicher und empirischer Befund aus politikwissenschaftlicher Sicht*, Leske und Budrich, Opladen.
- Wiesendahl, Elmar (1981), *Moderne Demokratietheorie – eine Einführung in ihre Grundlagen, Spielarten und Kontroversen*. Diesterweg Verlag, Frankfurt am Main.
- Wilhelm, Anthony G. (2000), *Democracy in the Digital Age. Challenges to Political Life in Cyberspace*. New York: Routledge.
- Wilm, Peter (2003): *Notwendige technische Anforderungen an eVoting-Systeme für staatliche Volksvertreter-Wahlen*. URL: <http://www.elektronische-wahlen.de/gi-edemocracy-workshop-2003/e-voting-anforderungen.pdf> (Stand: 10.7.2009)
- Winkel, Olaf (1999), *Demokratische Politik und Kommunikation im 21. Jahrhundert*, Lit Verlag, Münster.
- Wolling, Jens (1999), *Politikverdrossenheit durch Massenmedien? Der Einfluß der Medien auf die Einstellungen der Bürger zur Politik*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Zechner, Achim (Hrsg.), *Handbuch E-Government. Strategien, Lösungen und Wirtschaftlichkeit*, Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart.
- Zimmermann, Ann C. (2007), *Online-Öffentlichkeiten als Gegenstand empirischer Forschung*. In: *Berliner Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 17, Heft 2, S. 167-187.
- Zimpel, Gisela (1972), *Selbstbestimmung oder Akklamation? Politische Teilnahme in der bürgerlichen Demokratietheorie*, Enke, Stuttgart.
- Zittel, Thomas (2001), *Elektronische Demokratie. Planskizze für eine Demokratie des 21. Jahrhunderts*. In: *Neue Politische Literatur*, Heft 3, S. 433 - 470.
- Zittel, Thomas (2003), *Vernetzte politische Kommunikation: Elektronische Demokratie als amerikanischer Sonderweg?* In: Esser, Frank, Barbara Pfetsch, (Hrsg.), *Politische Kommunikationsforschung im internationalen Vergleich*. Westdeutscher Verlag, Opladen, 2003, S. 259–280.